

Apr 21/89 mel. v. H.

*1889.
357.*

Beiträge zur Statistik

des

Herzogthums Braunschweig.

Herausgegeben

vom

statistischen Bureau des Herzogl. Staatsministeriums.

Heft IX.

Uebersicht über die bisherige Verwendung der den einzelnen Kreiscommunalverbänden
des Herzogthums Braunschweig gesetzlich überwiesenen Erträgnisse und Einnahmen
nebst einer einleitenden Darstellung der
derzeitigen Organisation der Braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben.

Universitätsbibliothek
nischen Universität
Braunschweig

Ja
1889

1889.

UB Braunschweig 84



10108-789-6

7-25

Beiträge zur Statistik

des

Herzogthums Braunschweig.

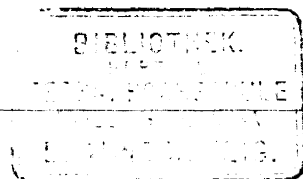
Herausgegeben

vom

statistischen Bureau des Herzogl. Staatsministeriums.

Heft IX.

Uebersicht über die bisherige Verwendung der den einzelnen Kreiscommunalverbänden des
Herzogthums Braunschweig gesetzlich überwiesenen Erträgnisse und Einnahmen
nebst einer einleitenden Darstellung der
derzeitigen Organisation der Braunschweigischen Verwaltung und der geschichtlichen Entwicklung derselben.



1889.

Druck von Joh. Heinr. Meyer in Braunschweig.

Uebersicht
über die bisherige Verwendung der den einzelnen
Kreiscommunalverbänden des Herzogthums Braunschweig
gesetzlich überwiesenen Erträgnisse und Einnahmen
nebst einer einleitenden Darstellung
der derzeitigen Organisation der Braunschweigischen Verwaltung
und der geschichtlichen Entwicklung derselben.

Vom
Regierungsrath F. W. R. Zimmermann.

Inhaltsverzeichniss.

	Seite
Einleitung	1
I. Die Organisation der Verwaltung im Herzogthum Braunschweig in ihrer geschichtlichen Entwicklung.	2
A. Die Entwicklung bis zum Jahre 1806	2
1. Aelteste Zeit bis 1688.	2
2. Die Zeit von 1688—1740	5
3. Die Zeit von 1740 bis zur Westfälischen Fremdherrschaft	8
B. Die Zeit der Westfälischen Fremdherrschaft	20
C. Die Entwicklung bis zum Jahre 1850.	22
1. Die provisorische Regelung nach Auflösung des Königreichs Westfalen	22
2. Die Regelung vom Jahre 1823	23
3. Die Regelung vom Jahre 1832	25
D. Die Entwicklung der jetzt in Geltung stehenden Form	26
1. Die Umgestaltung vom Jahre 1850	26
2. Die Bildung der Kreiscommunalverbände im Jahre 1871	29
a. Die gesetzliche Regelung	29
b. Die finanzielle Ausstattung der Kreiscommunalverbände	32
α. Die Dotationen aus Staatsmitteln	32
β. Die gesetzlich überwiesenen Intraden	33
aa. Die Abgabe von Testamenten, Ehestiftungen und Contracten	33
bb. Die Strafgelder	33
cc. Die Jagdscheingebühren	34
Anhang: Die geschichtliche Entwicklung und der jetzige Stand der Wegegesetzgebung.	34
1. Die erste Entwicklung und die Wegeordnung von 1704	34
2. Die Wegeordnung von 1840	35
3. Die Wegeordnung von 1871	36
II. Die statistische Erhebung über die Vereinnahmungen und Verausgabungen der Kreiscommunalverbände	38
Einleitung	38
A. Die Kreiscommuncassen	39
1. Die Vereinnahmungen der Kreiscommuncassen	39
Tabelle I	76
2. Die Verausgabungen der Kreiscommuncassen	42
a. Die Verausgabungen für Armenwesen und Unterstützungen	42
Tabelle II A	77
b. Die Verausgabungen für Kirchen- und Schulzwecke.	46
Tabelle II B	77
c. Die Verausgabungen für das Feuerlöschwesen	49
Tabelle III A	78
d. Die Verausgabungen für Landesculturzwecke und Beförderung der Landwirthschaft	50
Tabelle III B	78

	Seite
e. Die Verwaltungskosten	52
Tabelle IV A	79
f. Die sonstigen Verausgabungen	53
Tabelle IV B	79
3. Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunalcassen	55
Tabelle V	80. 81
B. Die Kreiscommunalwegebaucaassen	58
1. Die Vereinnahmungen der Kreiscommunalwegebaucaassen	58
Tabelle VI	82. 83
2. Die Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucaassen	65
a. Die Verausgabungen für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau	65
Tabelle VII	84
b. Die Verwaltungskosten und sonstigen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucaassen	68
Tabelle VIII	85
3. Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucaassen	70
Tabelle IX	88
Anhang: Der Kapitalbestand und der Zinsenertrag der Dotationsfonds der Kreiscommunalverbände in den Jahren 1883—1888 einschliesslich	72
Tabelle X	86. 87

Einleitung.

Im Laufe des Jahres 1887 wurde von fast sämtlichen Kreiscommunalverbänden beim Herzoglichen Staatsministerium in Antrag gebracht, ob nicht eine Verstärkung der den Kreiscommunalverbänden staatsseitig Anfang der siebenziger Jahre überwiesenen Dotationsfonds mit Rücksicht auf den in den letzten Jahren stattgehabten Rückgang in den Zinserträgen derselben, welchem eine entsprechende Verminderung der an die Verbände zu stellenden Anforderungen nicht gegenüberstehe, wiederum staatsseitig aus den etwaigen Ueberschüssen der Finanzperiode 1885/87 bei Feststellung des Staatshaushalts-Etats für die jetzige Finanzperiode 1888/89 zu ermöglichen sei.

Ihren Ausgangspunkt hatten diese Anträge im Kreise Blankenburg, woselbst die Kreisversammlung auf Anregung des Kreis Ausschusses zuerst unter dem 30. April 1887 einen bezüglichen Antrag beschloss. Durch die Kreisdirection Blankenburg wurden sodann die übrigen Herzoglichen Kreisdirectionen aufgefordert, auf ein gleichmässiges Vorgehen der Communalvertretungen ihrer Kreise hinzuwirken, welcher Aufforderung durchweg entsprochen ist. In Folge dessen fassten einen gleichen Beschluss der Beantragung einer eventuellen Dotationsverstärkung die Kreisversammlung des Kreiscommunalverbandes Wolfenbüttel am 26. Mai 1887, die Kreisversammlung des Kreiscommunalverbandes Holzminden am 30. Juni 1887, die des Kreiscommunalverbandes Helmstedt am 24. August 1887, die des Kreiscommunalverbandes Gandersheim am 28. November 1887, und endlich die des Kreiscommunalverbandes Riddagshausen-Vechelde am 5. December 1887. Nur der Kreiscommunalverband Thedinghausen und die Stadt Braunschweig als selbstständiger Kreiscommunalverband haben die Einbringung eines bezüglichen Antrages unterlassen.

Für eine Beschlussfassung über diese Anträge musste es von Wichtigkeit sein, eine weitere thatsächliche Unterlage zu gewinnen und eine Uebersicht über die bisherige Verwendung der den Kreiscommunalverbänden staatsseitig überwiesenen Erträge und Einnahmen zu haben. Daneben schien es aber auch im Interesse der einzelnen Kreiscommunalverbände zu liegen, wenn jeder derselben von der sich im Einzelnen doch vielfach verschieden gestaltenden Vermögensverwendung der übrigen Verbände eine nähere Kenntniss, welche bislang ermangelte, erhalten würde, und hierfür erwies sich gerade der jetzige Zeitpunkt nach Ablauf von drei fünfjährigen Perioden 1872/76, 1877/81 und 1882/86 als ein ganz geeigneter. Unter diesen Umständen erlaubte ich mir bei Herzoglichem Staatsministerium die Anordnung einer statistischen Erhebung über die bisherigen Vereinnahmungen und Veraus-

gabungen der Kreiscommunalverbände in einem Berichte vom 15. October 1887 unter Darlegung der zweckmässigsten Art und Weise der Ausführung in Vorschlag zu bringen. Durch Beschluss Herzoglichen Staatsministeriums vom 20. October 1887 wurde dem Folge gegeben und ich beauftragt, das Material für die Erhebung aus den Rechnungen der einzelnen Kreiscommunalcassen, den Acten der Herzoglichen Kreisdirectionen etc. zu sammeln und demnächst entsprechend zu verarbeiten; die Herzoglichen Kreisdirectionen wurden durch ministerielle Verfügung vom 21. October 1887 No. 7276 hiervon in Kenntniss gesetzt und zu thunlichster Hülfeleistung und Förderung angewiesen. Nachdem ich sodann das erforderliche Material an Ort und Stelle bei den Herzoglichen Kreisdirectionen unter anerkennenswerthestem Entgegenkommen derselben zusammengebracht und hier entsprechend gesichtet hatte, wurde dasselbe auf dem statistischen Bureau unter meiner speciellen Leitung zu den nunmehr zur Veröffentlichung gelangenden Uebersichten verarbeitet. Da der hier behandelte Gegenstand bislang einer Bearbeitung nicht unterzogen war und hier zum ersten Male gewissermaassen eine ziffermässige Darstellung über die Thätigkeit der Kreiscommunalverwaltung in der Zusammenstellung über ihre Vereinnahmungen und Verausgaben gegeben wurde, so musste es nicht unzweckmässig erscheinen, in gleicher Weise, wie solches bereits bei Veröffentlichung der Resultate der Armenstatistik vom Jahre 1885 geschehen, auch hier eine Darstellung der ganzen gegenwärtigen Organisation der Kreis- und Kreiscommunalverwaltung sowie der geschichtlichen Entwicklung derselben anzuschliessen. Diese Darstellung, welche natürlich ihrem Zweck und der Natur der Sache nach nur eine kurze und übersichtliche sein konnte, bildet den ersten Theil der Bearbeitung; das eigentliche specielle Thema, die Vereinnahmungen und Verausgaben der einzelnen Kreiscommunalverbände in den Jahren von 1872 bis 1886 einschliesslich, ist demnächst im zweiten Theile im Anschluss an die aufgestellten Haupttabellen näher behandelt worden. Da die Herstellung und Unterhaltung der Communicationswege eine der wesentlichsten Aufgaben der jetzigen Kreiscommunalverbände bildet, so ist in einem Anhang zu dem ersten Theile auch kurz die geschichtliche Entwicklung und der jetzige Stand der Wegegeseztgebung im Herzogthume beschrieben worden.

I.

Die Organisation der Verwaltung im Herzogthum Braunschweig in ihrer geschichtlichen Entwicklung.

Die Entwicklung der Verwaltung im Herzogthume Braunschweig ist in den älteren Zeiten bei der Unzulänglichkeit der vorhandenen Quellen schwer zu verfolgen. Eigentliche gesetzliche Regelungen der Verwaltungsorganisation kommen erst im Laufe des gegenwärtigen Jahrhunderts vor; ältere allgemeinere Verwaltungsgesetze wie z. B. die Landes-Ordnung von 1647, die Amtscammerordnung von 1688 u. A. enthalten über die Zusammensetzung und ganze Gliederung der Verwaltung keine Vorschriften, nur aus einzelnen Bestimmungen lässt sich auf gewisse Amtspflichten und Functionen einzelner Beamten schliessen. Einige landesfürstliche Verordnungen, welche den Personalbestand einer bestimmten Behörde regeln, kommen in späterer Zeit wohl vor, aber auch sie bieten keinen Zusammenhang und sind nur vereinzelt. Man ist daher für die ältere Zeit hauptsächlich darauf angewiesen, die Functionen der einzelnen Beamten aus den speciellen Gegenstände behandelnden Verordnungen und aus dem noch vorhandenen Actenmaterial der früheren Behörden zusammenzustellen. Ich habe zu diesem Zwecke, abgesehen von den gedruckten Verordnungen und landesfürstlichen Erlassen, im Wesentlichen die im Herzoglichen Landes-Haupt-Archiv zu Wolfenbüttel befindlichen Acten der alten Landesfürstlichen Cammer, soweit sie die einzelnen Aemter betrafen, die gleichfalls daselbst befindlichen älteren Bestallungen der in Frage kommenden Beamtenkategorien, einige andere dortige Originalurkunden, sowie die Acten der jetzigen Herzoglichen Cammer, Direction der Domainen, bezüglich der einzelnen, Amtshauptorte bildenden, Domainen und auch die alten Original-Pachtcontracte der bezw. Domainen benutzt und will nun versuchen auf Grund dieser Vorarbeiten, welche ja allerdings mit Rücksicht auf meine sonstige dienstliche Beschäftigung immer nur mit einer gewissen Beschränkung auszuführen waren, eine Darstellung der Entwicklung der Verwaltungsorganisation zu geben. Dieselbe wird nach Lage der Sache im Einzelnen ergänzungsbedürftig und lückenhaft bleiben, hoffentlich aber doch einen allgemeinen Ueberblick über den Gang der Entwicklung bieten und so dem hier gesteckten Ziel wenigstens einigermaßen genügen.

A. Die Entwicklung bis zum Jahre 1806.

1. Älteste Zeit bis 1688.

In der frühesten Zeit war die eigentliche innere Verwaltung von nur geringem Umfang und nebensächlicher Bedeutung. Sie hat sich erst nach und nach theils aus

der Justizpflege, theils aus der Verwaltung des Fürstlichen und Domanial-Besitzes entwickelt, mit welchen beiden sie bis in das gegenwärtige Jahrhundert hinein mehr oder weniger verbunden gewesen ist. Doch auch schon für die vorliegende Periode sind einzelne Spuren, die ersten Anfänge einer Landes-Verwaltung neben der Justizverwaltung und der Fürstlichen Vermögensverwaltung zu constatiren.

Was zunächst die örtliche Abgrenzung in einzelne Districte anlangt, so sind allerdings weder in dieser noch in den beiden folgenden Perioden wirkliche Verwaltungsbezirke vorhanden, dieselben gehen vielmehr wesentlich in dem örtlichen Umfange der einzelnen Gerichtsbarkeiten, daneben aber auch in den Districten für die Fürstliche und Domanial-Verwaltung bezw. für die Oberaufsicht über diese auf. Hier ist in erster Linie hervorzuheben die sich bis in dieses Jahrhundert fortsetzende Scheidung der Braunschweigischen Länder in das Fürstenthum Wolfenbüttel und das Fürstenthum Blankenburg mit Stiftsamt Walkenried. Das Fürstenthum Wolfenbüttel zerfällt dann wieder in den Wolfenbüttelschen Bezirk, im Wesentlichen die jetzigen Amtsbezirke Braunschweig, Riddagshausen, Vechelde, Wolfenbüttel, Schöppenstedt und Salder umfassend, den Schöningenschen Bezirk, etwa die jetzigen Amtsbezirke Helmstedt, Schöningen, Königslutter, Vorsfelde und Calvörde begreifend, den Harzbezirk aus den jetzigen Amtsbezirken Harzburg, Gandersheim, Seesen und Lutter am Barenberge, den Weserbezirk, durch die jetzigen Amtsbezirke Greene, Holzminden, Stadtoldendorf, Eschershausen und Ottenstein gebildet, das Amt Thedinghausen und den Communion-Unterharz mit der Ortschaft Oker. Das Fürstenthum Blankenburg umfasst die jetzigen Amtsbezirke Blankenburg und Hasselfelde und ist mit dem Stiftsamt Walkenried, dem jetzigen Amtsbezirk Walkenried, verbunden. Die vorbezeichneten grösseren Bezirke zertheilen sich wieder in einzelne Ober- und Untergerichtsdistricte, die sich an die Domanialverwaltungsdistricte anlehnen. Dieselben haben sich in den drei ersten Perioden bis zum Jahre 1806 einerseits durch Zusammenziehungen, andererseits durch Auseinandertheilungen zwar im Einzelnen mannigfach verändert; diese Veränderungen sind jedoch an sich von nur localem untergeordneten Interesse, so dass eine eingehendere Behandlung derselben die für die vorliegende Bearbeitung gegebenen Grenzen überschreiten und zu unnöthiger Weitläufigkeit führen möchte; ich will deshalb diese Unterbezirke nur bei der dritten Periode in ihrer Gestaltung im Anfang dieses Jahrhunderts vor

der Westfälischen Zeit kurz behandeln. Im Allgemeinen ist bezüglich dieser Unterdistricte nur noch hervorzuheben, dass sie sich nicht, wie jetzt die Amtsgerichtsbezirke, an einen Hauptort, eine Stadt oder Flecken, anschliessen, sondern durchweg an den Sitz eines Domanialhaushalts, und dass Veränderungen in dem Umfang der einzelnen Districte häufig lediglich in Rücksicht auf eine einzelne Person vorgenommen und dann nach Fortfall der betreffenden Persönlichkeit wieder beseitigt worden sind.

Als Beamte, welche bezüglich der wenigen schon vorhandenen Verwaltungs-Functionen in Frage kommen, werden regelmässig in den bezüglichen Verordnungen etc. aufgeführt »die Ober- und Beamten, die Gerichtsverwalter, Gogrefen, Vögte und Untervögte,« oder auch »die Beamten, Gerichtshalter, Gogrefen und Vögte.« Als Beamter in erster Instanz fungirt der Amtmann; ihm liegt in erster Linie die Domanialverwaltung ob, dann hat er regelmässig die Gerichtsbarkeit auszuüben und tritt daneben allmählig auch als Organ für die Verwaltung in Verwendung. Unter dem Amtmann stehen die Gogrefen, Vögte und Untervögte; den Gogrefen scheint für einen kleineren Bezirk unter dem Amtmann bisweilen eine gewisse selbstständigere Befugniss zugestanden zu sein; die Vögte und Untervögte waren rein ausführende Unterbediente des Amtmanns. Daneben kommt auch als Untergebotener des Amtmanns namentlich bei grösseren oder combinirten Aemtern noch ein Amtsschreiber vor, dessen Geschäfte sich aber durchweg ausschliesslich auf die Vermögensverwaltung und den Gutshaushalt bezogen. Ueber dem Amtmann steht dann für einen ganzen der oben angeführten grösseren Bezirke, oder auch wohl nur für die Hälfte eines solchen und unter wechselnder Begrenzung des Bezirks ein Oberbeamter, welcher bald als Oberamtman, bald als Drost, bald als Oberhauptmann, bald als Amtsrath oder auch als Ober-Inspector bezeichnet wird. Demselben liegt die Ueberwachung und Beaufsichtigung der Amtleute in ihrer gesammten Geschäftsführung und daneben die Abhaltung der Landgerichte ob. Ueber diesem stand dann als letzte Instanz in Bezug auf die Gerichtspflege nach der Canzlei-Ordnung vom Jahre 1651 die Justiz-Canzlei und nach der Hofgerichtsordnung vom Jahre 1663 das Hofgericht, in Bezug auf die Domanialverwaltung und die sonstigen Amtsbefugnisse die Fürstliche Regierung oder Geheime-Rathsstube. Als Localbehörden fungiren in den Städten der Rath und in den Dörfern die Bauermeister.

In den ältesten Amtmanns-Bestellungen, denen des Herzog Julius (1568 — 1589), welche die einzelnen Amtspflichten durchgängig des Näheren auführen, finden sich besondere eigentliche Verwaltungsobliegenheiten noch nicht erwähnt; neben ausführlichen Vorschriften über Domanial- und Amtsgutsverwaltung wird aber regelmässig in Kürze vorgeschrieben: »Die Gerichte gerecht und ohne Ansehen der Person zu halten und Vergleiche zwischen den differirenden Parteien sowie Ausgleich von streitenden Punkten herbeizuführen.« In dem Dienstgelohniss eines Amtmanns unter Herzog Heinrich Julius (1589 bis 1613) wird lediglich angelobt: »Die Geschäfte eines Amtmanns treu zu führen, die Einnahmen und Ausgaben gewissenhaft in die Register einzutragen, die Schätzung zu rechter Zeit einzufordern und abzuliefern;« in den Bestellungen unter demselben Fürsten findet sich wohl noch der Zusatz: »dahin zu sehen, dass die Unterthanen nicht mehr als bisher beschwert, die Lasten gerecht und billig vertheilt werden.« Unter Herzog Friedrich Ulrich (1613 — 1634) lautet der auf die Amtspflichten aus der Justizpflege etc. bezügliche Passus in den Be-

stellungen etwa folgendermaassen: »Den Oberamtman bei Abhaltung der Landgerichte unterstützen und demselben förderlich zu sein, den Armen sowohl als den Reichen unparteiisch Recht zu administriren und widerfahren zu lassen, keine Partei vor der anderen zur Ungebühr beschweren, aus Criminal- und Peinlichen keine Civil-Sachen machen, sich an seinem Deputat und Unterhalte, wie denselben sein Antecessor gehabt, begnügen lassen, die Amtsunterthanen mit absonderlichen Auflagen und Schonungen nicht beschweren.« Spätere Bestellungen unter Herzog August (1634 — 1666) und seinen Nachfolgern Rudolph August und Anton Ulrich legen auf die Justizpflege ein vermehrtes Gewicht und greifen auch schon in die eigentliche Verwaltung ein; sie schreiben, natürlich auch hier neben ausführlichen Vermögensverwaltungsbestimmungen, übereinstimmend etwa das Folgende vor: »Insonderheit Unseres Amtes Jurisdiction, Hof-Recht und Gerechtigkeit, auch Grenz-, Jagd-, Justiz- und Partei- ingleichen Haushaltungs- und andere davon dependirende Sachen, und dass Uns in solchen Allen nicht der geringste Eingriff sowenig von den Benachbarten und Fremden als den Eingesessenen geschehe und zugefügt werde, in gute Obacht nehmen und Uns zum Präjudiz nichts davon verabsäumen; Fürters auch in Justiz- und Parteisachen einem Jeden, dem Armen sowohl als dem Reichen, ohne Affect unparteiisch Recht widerfahren lassen, oder, da es ihm zu schwer fallen wollte, dieserhalb mit genügsamen Berichte an Uns oder an Unsere Fürstliche Regierung verweisen, sich nach Unserer Geheimen Cammerathe Befehl, soviel seine Amtsbedienung concerniret, richten; Unserer Fürstlichen Kirchen-, Hof-, Amt- und anderen dergleichen nützlichen Ordnungen sich gemäss verhalten.« Einzelnen Amtleuten wurde auch die Abhaltung der Landgerichte übertragen und wird dieses in den bezüglichen Bestellungen ausdrücklich hervorgehoben: es findet sich aber erst später gegen Mitte des 17. Jahrhunderts. Zu gleicher Zeit kommt auch wohl die Vorschrift vor: »Soweit es die Amtsgeschäfte erlauben, Unseren Land-Capitain des Orts assistiren und die Hand bieten.« Bezüglich der Beschäftigung des Amtsschreibers ist in einzelnen, namentlich späteren Amtmannsbestellungen bei Anführung der Justiz- und Parteisachen hervorgehoben: »mit Zuziehung des Amtsschreibers, soweit derselbe bei gütlichen Verhören sein und das Protocoll halten muss.« Die Bestellungen der Amtsschreiber, welche im Anfang des 17. Jahrhunderts häufiger als früher vorkommen, erwähnen irgend welche Pflichten bezüglich der Justizpflege oder der eigentlichen Verwaltung nicht, sondern beziehen sich lediglich auf Vermögensverwaltung und den Gutshaushalt. Bestellungen von Gogrefen, Vögten und Untervögten kommen nicht vor; nur ausnahmsweise erscheint unter Herzog Julius die Bestallung eines Grossvogts zu Wolfenbüttel, welcher neben dem Amtmann Gericht zu halten, Ausgleich etc. herbeizuführen und für Erhaltung der Fürstlichen Güter und Gerechtigkeiten zu sorgen hat etc.; nach Lage der Sache scheint es sich hierbei aber nur um eine Ausnahmestellung zu handeln, von der in der nachfolgenden Zeit Spuren nicht mehr zu bemerken sind. Die Bestellungen der Oberbeamten, der Oberamtänner, Oberhauptleute, Amtsräthe etc. enthalten durchweg auch eine eingehende Bezeichnung der Amtspflichten. Unter Herzog Julius wird hauptsächlich das Fürstliche Domanial-Interesse hervorgehoben, die Beaufsichtigung des Ackerbaues auf den Fürstlichen Gütern etc., der Rechnungsführung, Registerführung etc. Eine sehr eingehende, die verschiedenartigsten Angelegenheiten bunt durcheinander behandelnde Instruction über die Amtspflichten ist der Bestallung eines Oberamtman unter Herzog Heinrich Julius vom Jahre 1589 beigelegt; danach sind als Pflichten folgende angegeben: »Nach der Hoheit und Gerechtigkeit, auch den Grenzen der Aemter sich erkundigen und auf Wahrung derselben achten; Länderei, Wiesen etc. beaufsichtigen und dafür sorgen, dass die Amtleute, Amtsschreiber etc. dieselben ordentlich und haushälterisch bewirthschaften; Führung der Korn- und Viehregister, Rechnungen etc. revidiren; Sorge tragen, dass die Beitreibung der Amtsdienste ohne Begünstigung nach den Kräften der Dienstleistenden geschehe; auf Beobachtung der bestimmt gegebenen Vorschriften über mässige Feier der Hochzeiten und Kindtaufen der Unterthanen halten; darauf achten, dass die Aussteuer der Kinder so geschehe, dass die Höfe zur Tragung ihrer Pflichten im Stande bleiben; die pünktliche Einbringung des Kornes bezw. Ablieferung an die Mühlen unter Controle beaufsichtigen; richtige Zinslieferung controliren, welche nur an die Amtleute geschehen darf; Zahlung der Zinse in Geld nicht zulassen; pünktliche rechtzeitige Einziehung der ausgeschriebenen

Schatzungen beaufsichtigen; darauf achten, dass die Amtleute alles Korn und Geld selbst auszahlen, dass rechtzeitige Gewährung des Gesindelohnes statffinde, dass die Amtleute ausser den bewilligten Pferden keine Füllen halten, dass die Beamten ohne Urlaub keine Nacht vom Amte sind, dass wöchentlich Sonnabends Tag für die armen Leute zur Begleichung ihrer angelegenen und irrigen Sachen abgehalten werde, dass vorbehaltene Sachen an die Fürstliche Rathsstube verwiesen werden, dass auf die Erbschaften Obacht gegeben werde.« In der Bestallung eines anderen Oberhauptmanns unter demselben Fürsten wird neben den Vermögensverwaltungs-Vorschriften noch besonders hervorgehoben: »den Landgerichten beizuwohnen und daselbst Recht zu sprechen und den Unterthanen die erforderliche Anweisung zu ertheilen, die Aemter alle 4 Wochen zu revidiren bezüglich des Ackerbaues, der sonstigen Betriebe, der Mühlen, Meiereien, Vorwerke etc. überhaupt nach allen Richtungen; desgleichen die Register und Kornbestände; die Unterthanen wegen ihrer Verpflichtung zu Zehnten etc. anzuhalten, auf gleichmässige Vertheilung und Eintreibung der Zehnten nach Maassgabe der früheren Berechtigungen zu sehen; alle 6 Wochen Bericht an die Fürstliche Rathsstube über das Bemerkte und den Bestand der Aemter zu erstatten.« Die gleichzeitige Bestallung eines Amtraths nimmt lediglich auf die Verwaltung des Fürstlichen bzw. Domanialvermögens Bezug. »Des Durchlauchtigsten und Hochgeborenen Fürsten und Herrn Friedrich Ulrich Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg Reformation Seiner Fürstlichen Gnaden Hofstadts- und Ordnung, wie es inkünftig in Justiz-, Cammer-, Amt- und Haushaltungssachen auch mit Bestallung der Aemter und Diener gehalten werden soll« vom 31. October 1622 giebt über die Stellung und den Geschäftskreis der Oberhauptleute einen näheren Aufschluss; sie sagt, dass unter der Fürstlichen Cammer in Zukunft 4 Oberhauptleute an Stelle der früheren Landdrosten ernannt werden sollten, welche »nächst Unserer Fürstlichen Cammer die inspectio Unserer Aemter und Klöster nach einer besonderen von Uns unterschriebenen Assignation, jedoch mit dieser Maasse und Restriction anvertraut werde, dass sie die Aufsicht in Unseren Aemtern über Unsere Hauptleute, Beamten, Klosterverwalter, Schreiber, Vögte und Diener in Haushaltungssachen haben, darauf mit Fleiss gute Achtung geben, auch allen Landgerichten in Person mit beiwohnen und dahin sehen, dass die strafwürdigen nach Gestalt eines jeden excessus recht bestraft und Unschuldige nicht übernommen werden: In Geldsachen aber (ausser des Amtsgesindes Besoldung und nothdürftiger Refection der Gebäude) auch Wolle und Kornkauf, ingleichen in Ab- und Ansetzung Unserer Beamten, Oberförster, Amt- und Küchenschreiber, Ober- und Schirmvögte, ohne Unser und Unserer Fürstlichen Cammer-räthe Wissen und Willen nichts vornehmen noch anordnen, sondern solche vorkommenden Mängel, wie auch um mehrerer Richtigkeit willen die Extracte von ihnen Unseren Oberhauptleuten unterschrieben monatlich unfehlbar einschicken. Ingleichen in Justiz- und Partisachen, so ihrer Art und Eigenschaft nach an Unsere Fürstliche Rathsstube, Hofgericht und Consistorium gehören, oder daselbst eingeführt und rechthängig sein und denselben anbefohlenen Executionen sich vormeldeten Unseren bestallten Gerichten nicht weniger als Uns Selbst pure passive accommodiren, die nicht hemmen oder hindern, sondern dieselben ihren stracken Lauf ungehindert lassen. Da aber Amtsunterthanen zur Verhütung grosser Kostspildung in Güte oder durch kurzen Process von einander gesetzt und vertragen werden könnten, so wollen Wir dem nicht zuwider sein. Und weil dies bisher grosse Verhinderung gegeben, dass alle peinlichen Sachen hier ausgeführt werden müssen, so wollen Wir, dass inkünftig dieselben für Unseren Aemtern verbleiben und mit Vorwissen Unserer Oberhauptleute auf vorgehende Information und Verschickung darin procedirt, sonsten aber ausser Unserem gnädigen Vorwissen kein Gnad ertheilt noch Strafe exasperirt oder gemildert werden sollen.« Unter Herzog August ist die Oberhauptmanns-Bestallung nicht so ins Einzelne gehend wie in der Zeit vorher, sie schliesst sich an die Amtmannsbestallung desselben Herzogs mehr an und giebt die Oberaufsicht in allgemeinen Zügen an; sie beschränkt sich etwa auf das Nachstehende: »Die Beamten und anderen Amtsdienere zu überwachen, desgleichen die Führung des Haushalts, der Rechnungen, des Ackerbaues, der Viehzucht etc.; sodann aber auch die Aufsicht über die Justizpflege zu führen, dass dieselbe unparteiisch aequa lance administrirt werde; auch die Kirchen-, Hof- und andere nützliche Ordnungen, soweit sie sein Amt concerniren, zu beobachten etc.« Unter Herzog August kommt sodann auch noch

die Bestallung eines Cammermeisters vor, »welcher die Cammer-, Amt- und Bergsachen zu bearbeiten hat, namentlich das Schuld- und Gegenschuldwesen und das Rechnungswesen der Cammer, den Amtsvisitationen beizuwohnen, die Rechnungen der Aemter zu revidiren, die Aemter wieder in guten Stand zu bringen und nutzbar zu machen;« derselbe ist lediglich Beamter für die Domanial- und Fürstliche Vermögensverwaltung.

Die Original-Pachtcontracte über die Verpachtung der Fürstlichen Güter und Domainen, welche in den Acten Herzoglicher Cammer, Direction der Domainen, hieselbst noch vorhanden sind, gehen etwa bis auf die Jahre 1665—1670 zurück und kommen daher nur für den Schluss der vorliegenden Periode in Frage. Selbst die ältesten Contracte enthalten aber durchweg einen Abschnitt bezüglich der Uebertragung der Justizpflege und Amtsverwaltung; nur ausnahmsweise, z. B. bei dem Contract über die Domaine Harzburg vom Jahre 1668 fehlt ein solcher Hinweis gänzlich; in manchen Fällen wird die Justizpflege und Amtsverwaltung in dem Vertrage ausdrücklich dem Pächter eines anderen Gutshaushalts übertragen, so z. B. bei der Verpachtung von Allersheim im Jahre 1673 dem Pächter von Wickensen. Regelmässig werden nur die Untergerichte und die damit zusammenhängenden Functionen übertragen, zuweilen auch die Abhaltung der Landgerichte; die Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit, Sporteln etc. werden stets mit verpachtet, diejenigen aus der nicht mit übertragenen werden dabei ausdrücklich vorbehalten, so regelmässig bei den Hohe-Gerichts-Brüchen, meist bei den Landgerichtsbrüchen, zuweilen auch bei Forst- und Jagdsachen. Neben der Ausübung der Gerichtsbarkeit wird dem Pächter die Amtsverwaltung und die Eintreibung der Gefälle übertragen; eine Anführung besonderer Functionen, welche zum Gebiet der eigentlichen inneren Verwaltung zu rechnen wären, kommt nicht vor. Für die Administration der Justiz und die Beobachtung der Gerechtsame etc. wird der Pächter besonders honorirt, entweder indem bei Bemessung des Pachtgeldes ausdrücklich die qu. Amtspflicht mit in Ansatz gebracht wird oder indem — und dieses ist der regelmässige Fall — ein bestimmtes Salarium für ihn ausgewiesen wird. Bezüglich der Besoldung der Amtsdienere, der Vögte, denen die Eintreibung der Gefälle in der Hauptsache obliegt etc. sind regelmässig besondere Bestimmungen getroffen, welche aber unter sich von einander abweichen; zuweilen hat der Pächter diese Besoldung allein zu tragen, wenn sie auch — wie besonders hervorgehoben wird — zur Amtsjurisdiction oder Eintreibung der Contribution angenommen sind; vielfach werden die Vögte halb vom Pächter, halb aus den Pachtintraden besoldet, während die niederen Diener ganz dem Pächter zur Last fallen; endlich werden auch wohl sämmtliche Amtsdienere je zur Hälfte unterhalten.

Die einzelnen die innere Verwaltung betreffenden Functionen der vorgenannten Beamten sind, wie schon oben hervorgehoben, in der in Frage stehenden Periode erst in ihren Anfängen zu beobachten und daher naturgemäss nur höchst geringe und wenige. Im Vorstehenden ist bei den Bestallungen schon Einzelnes angeführt, namentlich bei den verhältnissmässig sehr eingehenden Bestallungen der Oberhauptleute verschiedenes das allgemeine Wohl der Unterthanen Bezweckendes. In den Fürstlichen Erlassen und Verordnungen finden sich in dieser Zeit nur wenig bezügliche Vorschriften. So enthalten die alten Haus- und Amtordnungen, welche speciell für einzelne Aemter erlassen sind, überhaupt gar nichts hierauf Bezügliches. Eine Reihe landesfürstlicher Verordnungen trifft wegen der Wegebesserung und Unterhaltung mehr oder weniger eingehende Vorschrift. Hauptsächlich muss in Betracht gezogen werden die Landes-Ordnung vom Jahre 1647, doch ist auch sie eine nur höchst dürftige Quelle. Erst die Cammerordnung von 1688 giebt vollständigere und eingehendere Bestimmungen und ist deshalb mit Erlass derselben der Beginn einer neuen Periode angenommen.

Unter den Originalurkunden vom Herzog Heinrich dem Jüngern im Herzoglichen Landes-Haupt-Archiv zu Wolfenbüttel finden sich verschiedene von diesem Herzog verfasste Haus- und Amtordnungen, welche jedesmal für einen bestimmten Haushalt bzw. ein bestimmtes Amt erlassen worden sind, so die Haus- und Amtordnung des Hauses und Schlosses Liebenburg, die Haus- und Amtordnung für Fürstenberg, die Amtordnung für das Amt Wohldenberg. Alle diese durchweg verhältnissmässig weitläufigen und sehr ins Einzelne gehenden Ordnungen enthielten lediglich Vorschriften über die Verwaltung der betreffenden Fürstlichen Güter, über die Verwendung der Intraden aus denselben und den Berechtigungen, über die Viehhaltung, über die Register und die Rechnungsführung, die Deputate der Beamten etc., ohne dass darin irgend ein Hinweis auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit oder auf eine sonstige Amtsverwaltung vorkommt. Uebereinstimmend hiermit ist auch die vom Herzog Heinrich dem Jüngern erlassene Ordnung der Visitationen der Aemter; die befohlenen Visitationen haben sich lediglich auf Prüfung der Wirthschaftsführung, Verwaltung und Verrechnung der Fürstlichen Intraden etc. zu erstrecken. Dahingegen enthält die in Gesenius Meyerrecht, Band 2, Beilage XXIV, Seite 146 abgedruckte Ordnung, den Amtleuten gegeben am 28. April 1566, vom Herzog Heinrich dem Jüngern eine Reihe allgemeiner Bestimmungen, bei deren einzelnen die Verwaltungsfunktion der Amtleute mit berührt wird, wenn sie sich auch in der Hauptsache auf Fürstliche Vermögensverwaltung beziehen. Die im Archiv befindlichen Acten, Amtssachen aus der gleichen und der nachfolgenden Zeit, enthalten jedoch wiederum durchgängig nur Verfügungen, welche sich auf die Vermögensverwaltung der Fürstlichen Güter beziehen. — Als Fürstliche Verordnungen und Erlasse, welche über die Fürstliche Vermögensverwaltung hinausgehende, verwaltungsbeamtliche Functionen berühren, sind etwa die nachstehenden hervorzuheben. Eine Landesfürstliche Verordnung vom 9. November 1555 befiehlt, dass der Rath in den Städten und die Amtleute auf dem Lande auf die Münzen und den verschiedenen Werth derselben achten und das Uebervorthellen Unkundiger zu verhüten suchen sollen. Nach der Jagdordnung vom 1. December 1603 haben die Amtleute die Leute zum Treiben aufzubieten. Die Landesfürstliche Verordnung vom 9. October 1617 befiehlt allgemein die Besserung der Wege den Gogrefen, Vögten, Bauermeistern und Dorfschaften bei Strafe, damit die Passanten nicht Beiwege fahren und dadurch Zoll defraudiren und Saaten vernichten. Eine Landesfürstliche Verordnung vom 31. December 1643 betrifft gleicherweise den Wegbau; durchgängige Besserung der Landstrassen, Wege und Stege angeordnet; jede Ortschaft verpflichtet für ihren Bezirk; Besserung durch Holz, Kiesel, Mergel, Steine; die Gogrefen, Vögte und Untervögte haben auf die Besserung zu achten. Die Landesfürstliche Verordnung vom 18. August 1645, sowie die vom 15. September 1645 ordnen nochmals ausdrücklich an, dass die Landstrassen, Wege und Stege durch die jedes Orts Eingessenen, freie und unfreie Leute, dem Herkommen nach reparirt, gebessert und im guten Stande erhalten werden sollten. Eine Landesfürstliche Verordnung vom 22. Februar 1656 endlich befiehlt, dass die Beamten — einzelne bestimmte Kategorien derselben werden nicht aufgeführt, — namentlich auf dem Lande die Unterthanen nicht mit unbilligen Auflagen und Neuerungen beschweren sollen. — Die Landesordnung des Herzogs August vom Jahre 1647 bildet die erste Ordnung der Landpolizei im Herzogthume. Steinacker in seiner Einleitung zu derselben in der Sammlung der grösseren Organisations- und Verwaltungsgesetze (S. 55) begründet dieses folgendermaassen: »Zwar ist die Idee eines ähnlichen Gesetzes schon früher gefasst, aber nie zur Ausführung gekommen. Schon unter Heinrich dem Jüngern soll eine Polizeiordnung ausgearbeitet und den Landständen vorgelegt worden sein; ein zweiter Anfang geschah unter Julius im Jahre 1589 und endlich soll nach Wismann's Angabe (in den handschriftlich vorhandenen Annalen der Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landschaft, Sec. IV, Nr. 5) unter Heinrich Julius im Jahre 1621 (?) eine neue Polizeiordnung nach vorgängiger Verhandlung mit den Ständen wirklich erschienen sein, was jedoch um deswillen bezweifelt werden muss, weil nicht nur eine solche Polizeiordnung jetzt durchaus nicht mehr existirt und überhaupt keine Spur davon weiter sich findet, sondern auch, weil die Einleitung unseres Gesetzes von demjenigen, was vorhin an geschriebenem Rechte in Gebrauch gewesen sei, nur Landtags-Abschiede und »andere Verordnungen« anführt, wobei offenbar eine Polizeiordnung genannt worden wäre, wenn eine solche existirt und praktische Gültigkeit gehabt hätte.« Die all-

gemeine Landesordnung wendet sich in ihrem Eingange an die Fürstlichen Beamten, Gerichtsherren, Gogrefen, Vögte und insgesamt alle Fürstlichen Bedienten. Sie enthält sodann in 104 Paragraphen eine Reihe einzelner specieller Vorschriften, nach welchen sich die Unterthanen etc. auf dem Lande — denn nur für diese, nicht für die Städter ist die Ordnung gegeben — theils in ihrem eigenen Interesse, theils behuf Aufrechterhaltung der Ordnung zu richten haben. Ein Hinweis auf besondere Beamte, welchen in Bezug auf Einzelheiten bestimmte Verpflichtungen auferlegt wurden, kommt nur an einigen Stellen vor. So macht § 41 den Vögten, Gogrefen oder Dienern bei den Gerichten bei ernster Strafe und Entsetzung des Dienstes zur Pflicht, darauf zu achten, dass den speciell gegebenen Vorschriften zu Folge auf Wiesen, Triften etc., Weiden, auch in den Holzungen jährlich Bäume gepflanzt werden. Der § 101 bestimmt: Die Bauermeister, welche die Einnahme und die Ausgabe in den Dörfern haben, sollen alle Sonnabend der Gemeinde Rechnung thun und insonderheit Alles, was aus dem Dorfe bei nothwehrendem leidigen Kriege an Contribution oder anderen Auflagen und Ausgaben, wie sie Namen haben möchten, aufgebracht wird, mit allem Fleisse beschreiben und dabei den geringsten Heller, er sei auch hingewandt, wohin er wolle, nicht verschweigen. Im § 103 wird angeordnet: Die Bauermeister und Kirchenväter sollen an jedem Orte mit höchstem unnachlässigen Fleiss sowohl insgesamt als ein jeder insonderheit die Gebäude der Kirchen, Schulen, Pfarr- und Küsterhäuser zu beobachten und dahin zu sehen schuldig sein, dass alle dabei vorfallende Mängel von den dazu verordneten Mitteln und Aufkünften oder wenn die nicht vorhanden oder nicht zureichen wollen, alsdann aus einer gemeinen Zusteuer zeitig wieder gebessert und gebauet werden mögen; wann sie es auch für ihre Person allein zu heben und zu erreichen nicht vermöchten, so sollen sie den Beamten und Gerichtsherren zur Erlangung hülfflicher Handbietung solches anzuzeigen gehalten sein.

2. Die Zeit von 1688 bis 1740.

Ist bezüglich der vorigen Periode für die in unterster Instanz fungirenden Organe, die Amtleute, noch das Vorhandensein einer vollständigen Verbindung der Handhabung der Justizpflege und der eigentlichen Verwaltung mit der Verwaltung der Fürstlichen Güter und Intraden bzw. der Erpachtung derselben zu constatiren gewesen, so vollzieht sich in dieser Periode der Uebergang zur Schaffung und Bestallung eigentlicher, lediglich für den ersteren Zweck bestimmter Beamten und zwar zeigt sich dieser Uebergang zunächst lediglich auf dem Gebiet der Rechtspflege. Es tritt nämlich jetzt neben den Amtmann, wesentlich zur Handhabung der Gerichtsbarkeit, theilweise aber auch zur Besorgung wirklicher Verwaltungsangelegenheiten, eine zweite Person, Justitiarius oder auch Actuarius genannt, hinzu. Der Actuarius ist nun allerdings in diesem Zeitabschnitt als ein eigentlicher Beamter noch nicht aufzufassen, zu einem solchen wird er erst in dem folgenden. Er ist vollkommen abhängig von dem Amtmann und steht in keinem directen Verhältniss zur Fürstlichen Regierung; er wird von dem Amtmann angenommen und bestellt, erhält seine Besoldung von diesem und besorgt die ihm übertragenen Geschäfte der Rechtspflege etc. lediglich Namens des Amtmanns. In den Fürstlichen Bestallungen kommt er in Folge dessen gar nicht vor, wohl aber in den hier eine Hauptquelle bildenden Original-Pachtcontracten, welche sämmtlich einen bezüglichen Passus aufweisen und damit die durchgängige Verbreitung der Actuare darthun. Im Uebrigen bleiben die hier in Frage kommenden Beamtenkategorien dieselben, wie in der vorigen Periode. Die Oberbeamten werden jetzt durchweg Oberhauptmann, zuweilen auch Drost oder Landdrost titulirt;

in den Bestellungen derselben wird die eigentliche Verwaltungsfunktion schärfer als vorher betont. Als äusserliches Moment verdient noch hervorgehoben zu werden, dass alle die Ausübung und den Besitz eines wirklichen Amtes bezeichnenden Titel daneben auch als reine Titulaturen an Hofbeamte oder sonstige Persönlichkeiten verliehen werden, und zwar häufig verliehen werden, so dass aus der Führung eines bestimmten Titels durchaus nicht ohne Weiteres auf derzeitige oder frühere Innehabung eines bestimmten Amtes geschlossen werden darf.

In den Original-Pachtcontracten wird vielfach die Gerichtspflege und wirkliche Amtsverwaltung mehr als früher hervorgehoben, so wird z. B. bei einem Contract bezüglich der Verpachtung Allersheims im Jahre 1721 Folgendes gesagt: »Der Pächter hat die Jurisdiction, Hoch- und Gerechtigkeiten und andere davon dependirende Regalien über das Amt Allersheim und Neuhaus und die dazu gehörigen Dorfschaften und Feldmarken gehörig und pflichtmässig zu respiciren und zu beobachten, die etwa vorgefallenen Excesse der Bruchfälligen, wann die Land- und Forstgerichte zu den gewöhnlichen Zeiten in Unserem Namen von Unseren jedesmaligen Commissarien allda gehalten werden, richtig zu übergeben, in den bei dem Amte vorkommenden Civilsachen nach den gemeinen Rechten und Unserer Fürstlichen Landes-Constitution gemäss zu verfahren und die Parteien nach Befinden so viel möglich in Güte auseinanderzusetzen und zu entscheiden.« Eine Besoldung für Administration der Justiz, Beobachtung der Amtsjurium etc. wird den Pächtern bezw. Amtleuten in gleicher Weise wie in dem vorigen Zeitabschnitt durchgängig ausgeworfen; zum Theil wird dieselbe sogar erhöht; auch kommt es vor, dass ein bestimmter Theil der einzuziehenden Strafgeelder neben den in der Sportelordnung vorgeschriebenen Accidienten den Amtleuten zugestanden wird. Die Auswahl des Justitiarius steht, wie vielfach ausdrücklich hervorgehoben wird, lediglich dem Amtmann zu, welcher aber auch die Unterhaltung desselben zu tragen hat. Bei der Verpflichtung zur Bestellung eines tauglichen Justitiarius ist auch die Verpachtung an eine Frau zulässig und geschieht auch. In einem Contract über Wickensen vom Jahre 1731 wird dem Pächter gegen Uebnahme der Verpflichtung zur Bestellung eines erfahrenen rechtsverständigen Justitiarius, welcher Fürstlicher Cammer anständig, die Zusicherung gemacht, dass ein Oberhauptmann oder Drost nicht ernannt werden solle; letztere Zusicherung findet sich auch sonst wohl noch und zwar ohne die obige Bedingung. Auch wird Fortsetzung der Pacht auf den Todesfall zugesagt, sofern ein zur Administration der Justiz und Beobachtung der Amtsgerechsamkeit taugliches und dem Landesherrn und Fürstlicher Cammer anständiges Subject in Vorschlag gebracht wird. — Die Bestellungen der Amtleute zeigen keine wesentliche Veränderung gegenüber der vorigen Periode, dahingegen tritt bei den Oberhauptmanns-Bestellungen die Oberaufsicht über Justizpflege und Verwaltung jetzt ganz wesentlich in den Vordergrund. Dieselben haben auch die Oberaufsicht über die Klöster und Städte, so wird 1708 einem schon für das Fürstenthum Blankenburg bestellten Oberhauptmann gleichzeitig die Oberhauptmannschaft im Weserdistrict übertragen und demselben dabei: »als Oberhauptmann die Inspection und Beobachtung des Polizeiwesens nicht allein über oben specificirte im Weserquartier belegene Aemter und Klöster (Wickensen, Greene, Bevern, Allersheim, Forst, Ottenstein und Kloster Kemnade), sondern auch über die im selbigen District befindlichen Städte und Flecken committiret.« In der Bestallung desselben Oberhauptmanns werden die Pflichten desselben in folgender Weise, welche übrigens in der fraglichen Zeit durchweg üblich, hervorgehoben: »Insonderheit aber nebst seiner bisherigen Function in Unserer Grafenschaft Blankenburg (woselbst er die Direction als Oberhauptmann nach wie vor behalten, auch zu solchem Ende zu gewissen und mit nächstem zu determinirenden Zeiten dahin zu reisen ohne einige Anmeldung demselben permittiret werden soll) über mehr erwähnte Unsere Aemter und Klöster sammt denen dazu gehörigen Regalien, Hoch- und Gerechtigkeiten, Jagd- und Forstwesen, Vorwerken, Schäfereien, Mühlen, Teichen, Fischereien und anderen Pertinentien eine genaue und sorgsame Inspection haben und dahin sehen, dass die Oekonomie und Haushalt bei denen in Pacht stehenden Aemtern rechtschaffen und tüchtig geführt, der Acker allenthalben wohl bestellt, die Viehzucht von Zeit zu Zeit

mit jungem Vieh verstärkt und alles in gutem Stande erhalten, hingegen die Teiche und Fischereien nicht verwüstet noch Uns bei denen Benachbarten oder Eingessessenen darin einiger Eingriff oder Präjudiz geschehen möge, vor allen Dingen auch auf die Conductores Acht haben, dass sie contractmässig verfahren und weder die ihnen verpachteten Amts-Haushaltsgebäude und Aecker deterioriren, noch die Unterthanen mit der Dienstleistung über die Gebühr beschweren und ruiniren mögen; nächst dem soll er auch die Justiz wohl beachten und dahin sehen, dass einem Jedweden ohne Affect und Ansehen der Person Recht widerfahre und darin über die Gebühr nicht aufgehalten werde, zu dem Ende, falls er nicht besondere Abhaltungen hat, alle 4 Wochen, auch nach Befinden wohl öfter, wenn es seine übrigen ihm aufgetragenen Verrichtungen zulassen, mit Zuziehung der Ober- und Beamten jeden Orts Gerichtstage anstellen, und was selbige inzwischen in geringen Parteisachen vorgenommen, die darüber geführten Protocolle nachsehen, im Uebrigen aber die wichtigsten und angelegensten entscheiden, ferner und vor allen Dingen auch auf der Unterthanen Conservation und Beibehaltung ein sorgfältiges Absehen haben und nach äussersten Vermögen verhüten helfen, dass dieselben weder durch ihr eigenes übeles Haushalten, Faullenzen und Schwelgen, noch bei denen Beamten, Conductoren und Pächtern mit übermässigen, ungebührlichen Diensten, wucherlichen Contracten, ungebührlichen Exactionen, Kriegs-, Riege- und Bittfuhren, ungleicher Eintheilung der Contribution, übermässiger Zehrungen der Vögte und Forstbedienten und dergleichen nicht mitgenommen, beschwert und ruinirt werden mögen; hingegen aber hat Unser Oberhauptmann die Unterthanen dahin ernstlich zu vermahnern und anzuhalten, dass sie ihrem Hauswesen wohl fürstehen und insonderheit die Conservation ihrer Gebäude nicht muthwillig verabsäumen, um dadurch nur eine Remission an Contribution, Dienst und Zinsen zu erlangen, als wozu er dergleichen Leuten alle Hoffnung zu benehmen hat, daneben er dann auch mit Acht zu geben und mit Unserem Kriegsscommissario dahin zu sehen hat, dass die Wege, Stege und offenen Landstrassen in solchen ihm anvertrauten Districten der im Druck ausgelassenen und publicirten Wegeordnung gemäss in guten Stand gebracht und von Zeit zu Zeit ferner im guten Stand darin erhalten werden, ingleichen auch zu zeitiger Eintreibung der Amtsgefälle soll er denen Beamten assistiren und Hülfe leisten, über dieselben von einem Jeden nach Anweisung Unserer Amts-Cammer-Ordnung § 50 quartalige Abrechnungen oder Extracte zeitig fordern und selbige darauf nebst seinen etwa dabei habenden monitis zu gesetzter rechter Zeit zu Unserer Fürstlichen Cammer einschicken, auch auf Erfordern alle Jahr in Unserer Fürstlichen Cammer der Abhör- und Einnehmung der untergebenen sämmtlichen Amtsrechnungen mit beiwohnen und seine zur Verbesserung Unserer Amtsintraden und sonst etwa habender nützlicher Erinnerung und Vorschläge dabei thun und schriftlich übergeben, das bei einem oder anderem Amte reservirte Zins- und Zehntkorn zu rechter Zeit losschlagen lassen, zuvörderst aber dabei mit Vormeldung der dabei vorhandenen Quantität und des jedesmaligen marktgängigen Preises anhero berichten, Niemanden weder von Unseren Beamten und Conductores noch Unterthanen einige Remission an der Contribution, Zinsen und Diensten oder anderen Amtsgefallen geben und verstatten, es sei denn, dass darüber von Uns oder Unseren Collegiis schriftliche Resolution und Verordnung ertheilt wurde, in fürfallenden wichtigen Sachen, so oft er solches nöthig findet, und von ihm erfordert würde, an Uns und Unsere Collegia gründliche und pflichtmässige Berichte abstatten, auch sonst alles andere verrichten und leisten, was nach näherer Anleitung obbesagter Unserer Amts-Cammer-Ordnung einem rechtschaffenen getreuen Oberhauptmann in allen Wegen obliegt, eignet und gebühret.« Aus der Bestallung beziehungsweise dem Begleitschreiben dazu geht ferner hervor, dass zu der Zeit die sämmtlichen Aemter im Weserdistrict verpachtet gewesen und dass die mit einem Drost besetzten Aemter durchweg von der Oberaufsicht des Oberhauptmanns befreit gewesen sind. Die Geschäfte der Oberhauptleute werden zuweilen auch wohl den Cammerräthen übertragen, welche dann zwar von den regelmässigen Cammerverwaltungsgeschäften dispensirt werden, aber einzelne derartige Angelegenheiten auf besondere Commission zu erledigen haben. Auch findet sich dabei stellenweise keine scharfe Abgrenzung, so werden ähnliche Geschäfte wie die eines Oberhauptmanns, namentlich sogenannte Polizeisachen, auch einem Landcommissarius, einem Beamten der Fürstlichen Cammer, übertragen, welchem nach langer Dienstzeit das Prädicat eines Amtsraths verliehen wird

mit der Verpflichtung »alles dasjenige, was zu guter Polizei, auch zur Verbesserung der Fürstlichen Cammer-Intraden und der Unterthanen Nutzen und Besten vornehmlich bei Durchmarschierung einheimischer und fremder Truppen und im Polizeiwesen und dessen Verbesserung gereichen kann und mag, mit beizutragen.« — Uebrigens kann man durchaus nicht immer aus dem Besitz der vorbehandelten Titel auf das wirkliche Innehaben derselben amtlichen Stellung schliessen. So kommen die Titel Oberhauptmann und Amtshauptmann auch als militärische Charge vor; unter den alten Bestellungen finden sich wiederholt solche, in welchen Lieutenants, Hauptleute, Capitäns, Rittmeister und auch Majors zu Oberhauptleuten bzw. Amtshauptleuten ernannt werden. — Andererseits werden diese beiden Titel sowie der eines Landdrostes den Hofchargen lediglich als Titulatur ohne Uebertragung des eigentlichen Amtes, wie aus den Bestellungen deutlich hervorgeht, beigelegt, so werden Cammerjunker, Hofmeister, Hofräthe, Cammerherren mit denselben versehen, ebenso aber auch wohl Beamte der Fürstlichen Cammer und andere wirkliche Beamte, wie Cammerräthe, Berghauptleute, Legationsräthe. Der Titel Amtmann wird regelmässig dem Domanial-Pächter beigelegt, zuweilen jedoch auch wohl einem anderen Pächter; nach längerer Pachtzeit wird sodann auch der Titel Oberamtman, und nach diesem dann der Titel Drost verliehen, namentlich in der folgenden Periode; auch der Titel Amtsrath findet sich schon, steht aber etwas niedriger als Drost, denn es wird einem Amtsrath der Charakter als Drost verliehen. Ausnahmsweise wurde auch einem Amtsschreiber nach langer Dienstzeit das Prädicat Amtmann beigelegt.

Der sich auf die eigentliche Verwaltung beziehende Geschäftskreis der Beamten ist in dieser Periode, wie schon aus dem Vorstehenden ersichtlich, nicht unwesentlich erweitert und namentlich gesetzlich näher bestimmt worden. Die wesentlichste Grundlage hierfür bildet die Amts-Cammer-Ordnung der Herzöge Rudolph August und Anton Ulrich vom 1. Juli 1688, von deren Erlass daher auch dieser ganze Zeitabschnitt begonnen worden ist. Gegenüber der für die vorige Periode hervorgehobenen Ordnung Heinrich des Jüngeren »denen Amtleuten gegeben« vom Jahre 1566 weist die Amts-Cammer-Ordnung eine nicht zu unterschätzende sachgemässe Weiterbildung und Fortentwicklung der eigentlichen Verwaltungsfunktionen der Beamten auf; der Natur der Sache nach enthält sie auch jetzt noch in ihrem grösseren Theil Vorschriften, welche sich lediglich auf die Domanialwirthschaft und Verwaltung der Fürstlichen Güter und Intraden beziehen, aber daneben tritt doch jetzt die eigentliche Verwaltungsfunktion ganz anders hervor und ist in viel ausgiebigerer, ausgedehnterer Weise behandelt wie früher. Steinacker äussert sich über die Amts-Cammer-Ordnung in seiner Einleitung zu derselben am oben angeführten Orte: »sie darf als die erste Arbeit der Gesetzgebung betrachtet werden, bei welcher man sich zur Aufgabe gestellt hatte, die Sorge für das Wohlergehen der Landbewohner mit dem Interesse der Domainen-Verwaltung systematisch zu verbinden und sie denselben unterzuordnen, indem man theils durch Aufstellung neuer, theils durch Sammlung schon bestehender Vorschriften die Amtsverwaltung, also die Domainen-Nutzung, die Landes-Administration und die Rechtspflege der Unterbehörden, aus einem gemeinschaftlichen Gesichtspunkte regelte.« — Neben der Amts-Cammer-Ordnung treten zunächst die übrigen Quellen wesentlich zurück; es finden sich jedoch immerhin auch in dieser Periode noch einzelne landesfürstliche Verordnungen, welche für die Beamten besondere einzelne Verwaltungsfunktionen hinzufügen, so bezüglich der Mitwirkung bei der Erhebung der jetzt erst hervor-

tretenden indirecten Steuer, der Biersteuer, der Ueberwachung des Handels etc. Eine specielle Verordnung, welche den Bauermeistereid im Amte Wolfenbüttel normirt, verdient ausserdem noch besonders hervorgehoben zu werden, weil in ihr die einzelnen Amtspflichten der Bauermeister des Näheren bezeichnet worden sind.

Unter dem 1. Juli 1688 ist von den Herzögen Rudolph August und Anthon Ulrich die Amts-Cammer-Ordnung mit 106 Titeln erlassen worden, »wornach Unsere von Gottes Gnaden Rudolph August und Anthon Ulrichs Gebrüder, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg etc. Ober-Amtleute (worunter Land-Drost, Ober-Hauptleute und Amtsräthe, sooft jener in dieser Unser Verordnung, gnädigst beliebter Kürze halber, nur allein gedacht wird, allemahl mitverstanden sein sollen) so wohl, als Beamte und andere ihnen nachgesetzte Amtsdienern sich zu richten.« Die Amtsverrichtungen der Oberamtleute, welche nach dem einleitenden allgemeinen Titel I der Titel II enthält, werden in ganz ähnlicher Weise wie in den Bestallungs-Urkunden dargestellt; die Ober-Amtleute haben danach »mit äusserster Sorgfalt ihnen angelegen sein zu lassen, dass die ihnen anvertrauten Aemter und Cammer-Revenüen von Zeit zu Zeiten, jedoch ohne unbillige Steuer- und Beschwerung der Unterthanen in besseren Stand und Aufnahme kommen; die Conductores aller Orten contractmässig verfahren; die ihnen eingeräumten Amts-Haushalts-Gebäude und Acker auch Forst- und Wild-Bahnen nicht deteriorirt und ruinirt; die Unterthanen so viel an ihnen bestermaassen conservirt und weder durch ihr eigenes übles Haushalten, Faullenzen und Schwelgen in Armuth gerathen und herunterkommen, noch mit widerrechtlichen ungewöhnlichen und übermässigen Belästigungen und Prästationen, wucherlichen Contracten, ungebührlichen Exactionen, Kriegs-, Riege- und Bittfuhren, Uebersetzung in denen Zinsen an Seiten der Gutsherren, item ungleicher Eintheilung der Contribution, Services, Einquartierungen, auch Hüften-Landschätzungen etc., item anmaassliche Zehrungen ihrer selbst sowohl als der Vögte, Gogrefen, Forst- und Jagdbedienten, auch Reuter und Soldaten, der Bauermeister und einiger Bauern selber und dergleichen übernommen, ausgesogen und beschweret; nächst dem auch die Heerstrassen, Wege und Stege von Zeit zu Zeiten ausgebessert, in guten Stand gebracht und darin beständig erhalten werden.« Daran schliessen sich zunächst in den folgenden Titeln Vorschriften über Ausübung der Justizpflege in verhältnissmässig eingehender Weise. Sodann wird die Fürstliche Vermögensverwaltung und alles, was sich auf dieselbe bezieht, die Haushaltsführung auf den Domainen, die Eintreibung der Amtsgefälle und Revenüen, die Rechnungsführung darüber etc. etc. bis ins Einzelste umfangreich behandelt. Endlich folgt eine Reihe von Titeln, deren Bestimmungen wesentlich die Fürsorge für das Wohl der Unterthanen bezwecken und im Allgemeinen ihrem ganzen Charakter nach als der inneren Verwaltung angehörige Vorschriften anzusehen sind. Es sind dieses durchweg einzelne Bestimmungen, welche ohne ein leitendes Princip an einander gereiht sind und die verschiedensten, vielfach sehr speciellen Gegenstände berührend, bunt durch einander gewürfelt sind. So bestimmt ein Titel, dass auf den Aemtern »keine Ablager, Gastereien, Winkelgelage, Bierschenken, Abschleppereien, noch weniger Zank und Schlägereien geduldet werden sollen.« Ein anderer ordnet an, die neuangekommenen Unterthanen anzuzeichnen: »Wenn Unterthanen abgehen und Neue kommen, alsdann sollen der letzteren Namen nebst der Jahreszahl, in welcher sie ankommen, sowohl in das Erbregister als der Amtsbeschreibungstabelle verzeichnet werden.« Ein fernerer regelt das Bebauen wüster Höfe und die Bedingungen, unter welchen solches zuzulassen, der nächste die Veräusserung der Aecker und Wiesen der Unterthanen unter Anordnung des Erfordernisses einer besonderen Genehmigung hierzu und Vorschreibung bestimmter Bedingungen für Ertheilung derselben. Darauf wird eine eingehende Besichtigung und Beschreibung sämtlicher Unterthanen-Gebäude befohlen, um Conservirung und ordnungsmässige Instandhaltung derselben herbeizuführen. Eine Anzahl folgender Titel beschäftigt sich mit den Maassregeln, welche bei eingetretener Misswachs zur Linderung der Noth der Unterthanen zu treffen sind. Weiter werden Vorschriften für die Abmeyerung untüchtiger Hauswirthe, »derjenigen Meyer, welche durch übles Haushalten, Faullenzen und Schwelgen die Höfe ruiniren, und zu Ableistung der Dienste und anderer praestan-

dorum sich incapabel machen, also folglich Uns und Unserem Lande mehr schäd-, beschwer- und ärger- als nützlich sind,« gegeben. Daneben finden sich Bestimmungen wegen der Rottländereien und des Verbots, Wiesen, Weiden und Holzungen ohne Genehmigung zu arthaftem Acker zu machen. Dann wird noch angeordnet, dass Bauersleute weder proclamiret noch copuliret werden sollen, »wann sie nicht vorher die unter ihnen aufgerichtete und von dem Amte jedes Orts confirmirte Ehestiftungen oder Amtsscheine wegen Vergünstigung der Copulation jedesmals in originali produciret.« Zum Schluss ist noch bezüglich der Bauermeister das alte Herkommen, »dass die Bauermeister auf der Riege genommen werden,« beseitigt und vorgeschrieben, die Beamten haben »sich zu bemühen, dass in jeder Dorfschaft ein paar fleissige, verständige und gute Richtigkeit liebende Männer, welche es ohne sonderbare Versäumnung ihres eigenen Haushalts abwarten können, mit ihren guten Willen darzu angenommen und bestellt, auch ohne Abwechselung darbei beständig gelassen, und denselben dagegen von der Gemeinde eine Ergetzlichkeit für ihre Mühe jährlich zugewandt werden möge.« — Gegenüber diesen verhältnissmässig reichhaltigen Anordnungen der Amts-Cammer-Ordnung finden sich die Verwaltung betreffende Vorschriften einzelner Landesfürstlicher Verordnungen weniger. Auf Mitwirkung der Beamten bei Erhebung der Biersteuer beziehen sich einige; schon die eigentlich noch in den Ausgang des vorigen Zeitabschnitts fallende Landesfürstliche Verordnung vom 10. Juni 1687, welche besondere Bier-Inspectoren zur Beaufsichtigung der Steuererhebung bestellt, hatte die Gerichtsherren, Beamten und Magistrate jeden Orts angewiesen, den Inspectoren bei Ausübung der Controle etc. gebührend zu assistiren; eine Landesfürstliche Verordnung vom 13. September 1689 bestimmt, dass auch die Landdrosten, Oberhauptleute, Amtsräthe und Oberamtleute, sowie die Kloster-Verwalter und adligen Pächter Biersteuer von dem von ihnen gebrauchten Biere zu entrichten hätten; die Landesfürstliche Verordnung vom 25. Februar 1717 wiederholt die frühere Vorschrift, dass die Obrigkeiten jedes Ortes die Bier-Visitationen entsprechend unterstützen sollten, und die Instruction vom 10. Juni 1720 giebt dafür nähere Bestimmungen. Die Landesfürstliche Verordnung vom 25. October 1695 schärft den Obrigkeiten jeden Orts nochmals ausdrücklich ein, die Contributionsgelder pünktlich einzuziehen. Durch die Landesfürstliche Verordnung vom 21. Februar 1705 werden die Obern und Beamte, ingleichen die Gerichts-Verwalter, Gogrefen, Vögte und übrigen Befehlshaber angewiesen, darauf zu halten, dass auf dem Lande ein Handel mit Leinsamen, Eisen und anderen Waaren, welche den Städten vorbehalten, nicht betrieben werde. An die Wegeverbesserung betreffenden Verordnungen der früheren Periode schliessen sich die Landesfürstlichen Verordnungen vom 3. August 1733 und 30. December 1735 an, welche sich im Wesentlichen auf Wegegelderhebung beziehen. — Hervorgehoben zu werden verdient hier auch eine unter dem 13. December 1709 nochmals wiederholte Verordnung vom 1. August 1707, durch welche die Zahl der Beamten bei den einzelnen Behörden festgestellt und zum Theil eingeschränkt wird; danach ist besetzt die Fürstliche Geheime Rathsstube mit einem Geheimen Rath-Director, drei Geheimen Räten, einem Geheimen Secretair und einem Geheimen Canzlisten; die Fürstliche Rathsstube mit einem Director, vier Hofräten, vier Secretarien, einem Fiscal, einem Botenmeister, einem Pedell, vier Canzlisten, einem Canzleidiener und drei Canzleiboten; die Fürstliche Cammer mit einem Director, zwei Cammerräthen, einem Secretair, einem Cammerer, einem Registrator, zwei Cammer-Schreibern, einem Cammerknecht, einem Cammerconsulent; das Fürstliche Consistorium mit einem Director von den Geheimen Räten, zwei geistlichen und zwei weltlichen Consistorialräthen und einem Secretair; die Fürstliche Kloster-Rathsstube mit zwei Geheimen Räten ex collegio, wovon einer das Directorium führt, einem Kloster-Rath, wozu auch einer aus den Hofräten zu gebrauchen ist, und einem Kloster-Secretarius. — Zum Schluss ist noch anzuführen der Erlass vom 3. December 1726 über den Bauermeister-Eid im Amte Wolfenbüttel, aus welchen die einzelnen Amtspflichten der Bauermeister des Näheren erhellen; der Bauermeister wird danach auf folgende einzelne Pflichten vereidigt: Seiner Vorgesetzten, der Ober- und Beamten, Vögte und Gogrefen Gebot und Verbot zu erfüllen; von den Vögten und Gogrefen sich den Dienst wöchentlich zu holen; Contribution, Landschatz etc. pünktlich einzuziehen und abzuliefern; Gleichheit bei der Contribution herbeizuführen; die Gemeine-Einnahmen von Krügen, Backhäusern, Schmieden, Mühlen etc. getreu-

lich zu berechnen und zu administriren, sowie für Verwendung derselben zum Gemeine-Nutzen zu sorgen; des Dorfes Gerechtigkeiten im Holze, Felde, Heide, Wasser, Wiesen, Weiden zu beachten und Eingriffe abzuwehren; für Erhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Schulgebäude, soweit die Gemeinde verpflichtet, zu sorgen; auf Sonntagsheiligung (speciell Vermeidung von Saufgelagen und Feldarbeit) zu sehen; die im Dorfe vorkommenden strafbaren Handlungen den Vögten und Gogrefen zur Bestrafung anzuzeigen; die Erhaltung der Forsten und das Weidenpflanzen zu beaufsichtigen bezw. zu veranlassen; Feuer-Visitationen bezüglich des verbotenen Lagerens von Flachs, Stroh, Futter etc. in der Nähe der Feuerstellen vorzunehmen; für Anschaffung und Vorhandensein von Feuerleitern und Feuerhaken Sorge zu tragen; und endlich das Bettler- und Zigeunerwesen nach Maassgabe der erlassenen Verordnungen zu bekämpfen.

3. Die Zeit von 1740 bis zur Westfälischen Fremdherrschaft.

Wie schon bemerkt, soll hier zunächst die alte örtliche Abgrenzung der einzelnen Districte näher dargestellt werden, da diese Periode die letzte vor der Westfälischen Fremdherrschaft ist, durch welche und nach welcher eine wesentliche Aenderung in den einzelnen Districten eingeführt wurde. Von eigentlichen Verwaltungsdistricten kann aber auch jetzt bei der noch immer bestehenden Verbindung der Verwaltung mit der Gerichtspflege einerseits und der Dominalverwaltung andererseits noch nicht die Rede sein; die Verwaltungsbezirke sind vielmehr dieselben wie die Gerichtsbezirke, so dass durch eine Darstellung dieser jene ohne Weiteres gegeben sind. Nachstehend sind die Gerichtsbezirke auf Grund der »Geographisch-statistischen Beschreibung der Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg von G. Hassel und K. Bege« zusammengestellt und ist damit der factische Zustand zu Ausgang des vorigen Jahrhunderts gegeben.

Das Fürstenthum Wolfenbüttel umfasst die jetzigen Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden. Den wichtigsten Theil desselben bildet wiederum der Wolfenbüttelsche Bezirk, welcher aus dem jetzigen Kreise Braunschweig mit Ausnahme des Amtsbezirks Thedinghausen, dem Kreise Wolfenbüttel mit Ausnahme des Amtsbezirks Harzburg und eines Theils des Amtsbezirks Schöppenstedt (mit den Ortschaften Kneitlingen, Samleben, Bansleben, Gross- und Klein-Dahlum, Warle, Uehrde, Hessen und Pabstorf) und vom Kreise Helmstedt dem nordwestlichen Theil des Amtsbezirks Königslutter (mit den Ortschaften Glentorf, Boimstorf, Rothenkamp und Scheppan) besteht. Als Gerichte mit Obergerichtsbarkeit finden sich in dem Wolfenbüttelschen Bezirke 2 städtische Gerichte, 6 Aemter, 4 fürstliche und 12 adlige Gerichte.

1. Das Stadtgericht Braunschweig, gleichzeitig einen Untergerichtsbezirk bildend, mit 31 491 Seelen und 5 Ortschaften (Braunschweig, Oelper, Lehdorf, Rühme und Rüningen).

2. Das Stadtgericht Wolfenbüttel, ebenfalls zugleich nur einen Untergerichtsbezirk bildend, mit 6397 Seelen und 1 Ortschaft (Wolfenbüttel).

3. Das Residenzamt Wolfenbüttel, bei Weitem der grösste der Obergerichtsbezirke, die folgenden Untergerichte in sich begreifend: Landvogtei Bettmar mit 2939 Seelen und 9 Ortschaften (Bettmar, Siersse, Köchingen, Liedingen, Bodenstedt, Wahle, Wendeburg, Zweidorf und Woltorf); Gericht Asseburg mit 1656 Seelen und 8 Ortschaften (Gross-Denkte, Klein-Denkte, Sottmar, Wittmar, Remmlingen

Mönche-Vahlberg, Gross-Biewende und Klein-Biewende); Vogtei Evessen mit 1940 Seelen und 9 Ortschaften (Dettum, Eilum, Weferlingen, Evessen, Gilzum, Hachum, Hötzum, Volzum und Ober-Sickte); Gau-
grafschaft Sauingen mit 2432 Seelen und 7 Ortschaften (Beddingen, Bleckenstedt, Sauingen, Uefingen, Alvesse, Vallstedt und Wierthe);
Vogteien Leiferde und Fümmele mit 2406 Seelen und 9 Ortschaften
(Thiede, Geitelde, Stiddien, Gross-Stöckheim, Leiferde, Fümmele,
Drütte, Adersheim und Immeendorf); Amt Salzdahlum mit 1918 Seelen
und 7 Ortschaften (Salzdahlum, Atzum, Ahlum, Aplenstedt, Merverode,
Klein-Stöckheim und Rautheim); Amt Achim mit 1553 Seelen und
6 Ortschaften (Achim, Kalme, Börssum, Hedeper, Seinstedt und
Timmern); Amt Winnigstedt mit 1272 Seelen und 5 Ortschaften (Gross-
Winnigstedt, Klein-Winnigstedt, Barnstorf, Berklingen und Semmen-
stedt); Stadtgericht Schöppenstedt mit 1642 Seelen und 1 Ortschaft
(Schöppenstedt); Klostergericht Riddagshausen mit 1923 Seelen und
8 Ortschaften (Riddagshausen, Gliesmarode, Querum, Mönche-Schöppen-
stedt, Mascherode, Hondelage, Meerdorf und Harvesse); Adliges Ge-
richt Ampleben mit 226 Seelen und 1 Ortschaft (Ampleben); Adliges
Gericht Halchter mit 311 Seelen und 1 Ortschaft (Halchter); Adliges
Gericht Küblingen mit 688 Seelen und 2 Ortschaften (Küblingen und
Eitzum); Adliges Gericht Linden mit 182 Seelen und 1 Ortschaft
(Linden); Adliges Gericht Nieder-Sickte mit 294 Seelen und 1 Or-
tschaft (Nieder-Sickte); Adliges Gericht Wendessen mit 199 Seelen und
1 Ortschaft (Wendessen); Adliges Gericht Wendezelle mit 343 Seelen
und 1 Ortschaft (Wendezelle); Glebastengericht Bornum mit 220 Seelen
und 1 Ortschaft (Bornum); Stift Steterburg mit 285 Seelen und 2 Or-
tschaften (Steterburg und Nortenhof).

4. Das Amt Lichtenberg, als Untergerichte umfassend: Amt
Lichtenberg mit 7751 Seelen und 18 Ortschaften (Lichtenberg, Broi-
stedt, Engelnstedt, Hallendorf, Bruchmachtersen, Barum, Lesse,
Cramme, Lebenstedt, Barbecke, Berel, Nordassel, Hohenassel, Wester-
linde, Osterlinde, Reppner, Woltwiesche und Oelsburg); Adliges Gericht
Burgdorf mit 526 Seelen und 1 Ortschaft (Burgdorf); Adliges Gericht
Oelber mit 366 Seelen und 1 Ortschaft (Oelber).

5. Das Amt Gebhardshagen: Amt Gebhardshagen mit 1948 Seelen
und 5 Ortschaften (Gebhardshagen, Calbecht, Heerte, Leinde und Lob-
machtersen); Adliges Gericht Engerode mit 67 Seelen und 1 Ortschaft
(Engerode).

6. Das Amt Eich mit dem Sitz in der Stadt Braunschweig, zu-
gleich einen einzigen Untergerichtsbezirk bildend, mit 3170 Seelen und
11 Ortschaften (Broitzem, Timmerlah, Gross-Gleidingen, Sonnenberg,
Klein-Gleidingen, Denstorf, Wedtlenstedt, Lamme, Bortfeldt, Völken-
rode und Watenbüttel).

7. Das Amt Campen: Amt Campen mit 2815 Seelen und 14 Or-
tschaften (Volkmarode, Dibbestorf, Essehof, Schapen, Weddel, Hordorf,
Lehre, Flechtorf, Beienrode, Boimstorf, Rothenkamp, Schandelah,
Gardessen und Abbenrode); Adliges Gericht Scheppau mit 176 Seelen
und 1 Ortschaft (Scheppau).

8. Das Amt Neubrück: Amt Neubrück mit 943 Seelen und 6 Or-
tschaften (Neubrück, Wenden, Thune, Bienrode, Waggum und Bevenrode).

9. Das Fürstliche Gericht Salder, wie die übrigen Fürstlichen
Gerichte und die sämtlichen folgenden Adligen Gerichte gleichzeitig
einen einzigen Untergerichtsbezirk bildend, mit 713 Seelen und 2 Or-
tschaften (Salder und Watenstedt).

10. Das Fürstliche Gericht Wendhausen mit 322 Seelen und
1 Ortschaft (Wendhausen).

11. Das Fürstliche Gericht Vechelde mit 614 Seelen und 4 Or-
tschaften (Vechelde, Vechelade, Fürstenau und Sophienthal).

12. Das Fürstliche Gericht Veltenhof mit 256 Seelen und 1 Or-
tschaft (Veltenhof).

13. Das Adlige Gericht Brunsrode mit 361 Seelen und 2 Or-
tschaften (Gross-Brunstrode und Klein-Brunstrode).

14. Das Adlige Gericht Destedt mit 1136 Seelen und 5 Or-
tschaften (Destedt, Hemkenrode, Cremlingen, Schulenrode und Erkerode).

15. Das Adlige Gericht Duttonstedt mit 411 Seelen und 2 Or-
tschaften (Duttonstedt und Essinghausen).

16. Das Adlige Gericht Glentorf mit 311 Seelen und 1 Ortschaft
(Glentorf).

17. Das Adlige Gericht Hedwigsburg mit 480 Seelen und 1 Or-
tschaft (Kissenbrück).

18. Das Komthureigericht Lucklum mit 288 Seelen und 1 Ortschaft
(Lucklum).

19. Das Adlige Gericht Neindorf mit 108 Seelen und 1 Ortschaft
(Neindorf).

20. Das Adlige Gericht Schliestedt mit 216 Seelen und 1 Or-
tschaft (Schliestedt).

21. Das Adlige Gericht Gross-Vahlberg mit 293 Seelen und
1 Ortschaft (Gross-Vahlberg).

22. Das Adlige Gericht Klein-Vahlberg mit 255 Seelen und
2 Ortschaften (Klein-Vahlberg und Wetzleben).

23. Das Adlige Gericht Veltheim mit 410 Seelen und 1 Ortschaft
(Veltheim).

24. Das Adlige Gericht Watzum mit 319 Seelen und 1 Ortschaft
(Watzum).

Der Schöningensche Bezirk umfasst den jetzigen
Kreis Helmstedt mit Ausnahme des oben als zum Wolfen-
büttelschen Bezirk gehörig bezeichneten nordwestlichen
Theils des Amtsbezirks Königslutter (mit Glentorf, Boimstorf,
Rothenkamp und Scheppau) und ausserdem den zu letztem
Bezirk nicht gehörigen Theil des Amtsbezirks Schöppen-
stedt (mit Kneitlingen, Samleben, Bansleben, Gross- und
Klein-Dahlum, Warle, Uehrde, Hessen und Pabstorf). Die
Obergerichtsbarkeit besitzen in dem Schöningenschen Be-
zirke 1 Städtisches Gericht, 10 Aemter und 5 Adlige
Gerichte.

1. Das Stadtgericht Helmstedt, zugleich alleiniger Untergerichts-
bezirk, mit 4321 Seelen und 1 Ortschaft (Helmstedt mit Ausnahme des
Klosterbezirks Marienberg und der Klosterfreiheit von St. Ludgeri).

2. Das Amt Königslutter: Amt Königslutter mit 2744 Seelen und
8 Ortschaften (Oberlutter, Schickelsheim, Sunstedt, Lauingen, Riese-
berg, Lelm, Langeleben und Süplingen); Stadtgericht Königslutter
mit 1437 Seelen und 1 Ortschaft (Königslutter); Stift Königslutter mit
260 Seelen und 1 Ortschaft (Stift Königslutter); Amelunxbornisches
Klostergericht Bornum mit 481 Seelen und 1 Ortschaft (Bornum).

3. Das Amt Voigtsdahlum, ebenso wie die nächsten drei Aemter
gleichzeitig einen einzigen Untergerichtsbezirk bildend, mit 1189 Seelen
und 5 Ortschaften (Gross-Dahlum, Klein-Dahlum, Warle, Uehrde und
Bansleben).

4. Das Amt Hessen mit 1758 Seelen und 2 Ortschaften (Hessen
und Pabstorf).

5. Das Amt Jerxheim mit 3090 Seelen und 7 Ortschaften (Jerx-
heim, Beierstedt, Gevensleben, Watenstedt, Ingeleben, Dobbeln und
Söllingen).

6. Das Amt Warberg mit 1778 Seelen und 4 Ortschaften (War-
berg, Wolsdorf, Frellstedt und Rähke).

7. Das Amt Schöningen: Amt Schöningen mit 1576 Seelen und
6 Ortschaften (Esbeck, Alversdorf, Reinsdorf, Hohnleben, Büdden-
stedt und Runstedt); Stadtgericht Schöningen mit 2130 Seelen und
1 Ortschaft (Schöningen mit Ausnahme der Klosterfreiheit von
St. Lorentz); Kloster St. Lorentz mit 616 Seelen und der Kloster-
freiheit zu Schöningen und 1 Ortschaft (Hoyersdorf); Kloster Marien-
thal mit 1172 Seelen und 4 Ortschaften (Marienthal, Barmke, Gras-
leben und Querenhorst); Kloster Marienberg mit 195 Seelen und dem
Klosterbezirk zu Helmstedt; Kloster St. Ludgeri mit 708 Seelen und
der Klosterfreiheit von Helmstedt und 1 Ortschaft (Emmerstedt);
Kloster Riddagshausen mit 489 Seelen und 2 Ortschaften (Wobek
und Offleben); Fürstliches Gericht Twieflingen mit 391 Seelen und
1 Ortschaft (Twieflingen).

8. Das Amt Bahrdorf: Amt Bahrdorf mit 1493 Seelen und
7 Ortschaften (Bahrdorf, Papenrode, Rickensdorf, Meinkoth, Klein-
Twülpstedt, Rümmer und Klein-Sisbeck); Adliges Gericht Nordsteimke
mit 230 Seelen und 1 Ortschaft (Nordsteimke); Adliges Gericht Twülp-
stedt und Sisbeck mit 397 Seelen und 2 Ortschaften (Gross-Twülpstedt
und Gross-Sisbeck).

9. Das Amt Neuhaus, gleich den nachfolgenden Aemtern und
den sämtlichen Adligen Gerichten auch nur einen Untergerichtsbezirk
umfassend, mit 1060 Seelen und 5 Ortschaften (Neuhaus, Reislingen,
Dandorf, Grafhorst und Volkmarsdorf).

10. Das Amt Vorsfelde mit 2944 Seelen und 13 Ortschaften (Vors-
felde, Wendschott, Brechtorf, Rühen, Eischott, Parsau, Ahnebeck,
Bergfeld, Tiddische, Brackstedt, Velstove, Warmenau und Kästorf).

11. Das Amt Calvörde mit 2816 Seelen und 10 Ortschaften (Calvörde, Velsdorf, Berenbrock, Elsebeck, Jeseritz, Parleib, Lüssewitz, Uthmöden, Zobbenitz und Dorst).

12. Das Adlige Gericht Altena mit 570 Seelen und 2 Ortschaften (Saalsdorf und Mackendorf).

13. Das Adlige Gericht Büstedt mit 686 Seelen und 3 Ortschaften (Büstedt, Wahrstedt und Velpke).

14. Das Adlige Gericht Rottorf mit 254 Seelen und 1 Ortschaft (Rottorf).

15. Das Adlige Gericht Samleben mit 389 Seelen und 2 Ortschaften (Samleben und Kneitlingen).

16. Das Komthureigericht Süplingenburg mit 756 Seelen und 2 Ortschaften (Süplingenburg und Gross-Steinum).

Der Harzbezirk war gebildet aus dem östlich der Leine belegenen, mithin grössten Theil des Kreises Gandersheim und dem Amtsbezirk Harzburg. Mit Obergerichtsbarkeit waren in demselben versehen 6 Ämter und 3 Adlige Gerichte. Von dem jetzigen Amtsbezirk Harzburg war das Unterharzische Communiongebiet mit einem Theil der Ortschaft Oker und einer Einwohner-schaft von etwa 860 Seelen abgetrennt; in demselben hatte das Bergamt Goslar die Untergerichtsbarkeit und die Justizkanzlei von Wolfenbüttel und Hannover die Obergerichtsbarkeit.

1. Das Amt Gandersheim: Amt Gandersheim mit 4087 Seelen und 20 Ortschaften (Orxhausen, [Heckenbeck mit Ausschluss von Hilprechtshausen], Beulshausen, Kreiensen, Bentierode, Clus, Billerbeck, Haieshausen, Olxheim, Rittierode, Oppershausen, Wrescherode, Sebolds-hausen, Ellierode, Dannhausen, Ackenhausen, Altgandersheim, Gremshausen, Gehrenrode und Dankelsheim); Stadtgericht Gandersheim mit 1742 Seelen und 1 Ortschaft (Gandersheim mit Ausschluss der Stiftsfreiheit Gandersheim); Stift Gandersheim mit der Stiftsfreiheit Gandersheim; Adliges Gericht Hilprechtshausen mit 110 Seelen und dem Weiler und Rittergut Hilprechtshausen; Adliges Gericht Wolperode mit 155 Seelen und 1 Ortschaft (Wolperode); Adliges Gericht Rimmerode mit 33 Seelen und 1 Ortschaft (Rimmerode); Glebastengericht Hachenhausen mit 95 Seelen und 1 Ortschaft (Hachenhausen); Glebastengericht Helmscherode mit 172 Seelen und 1 Ortschaft (Helmscherode).

2. Das Amt Seesen mit 2551 Seelen und 6 Ortschaften (Herrhausen, Engelage, Klein-Rhüden, Bornum, Jerze und Schlewecke mit Ausnahme des Weilers und Ritterguts Nienhagen); Stadtgericht Seesen mit 1621 Seelen und 1 Ortschaft (Seesen); Gandersheimer Stiftsgericht Bornhausen mit 504 Seelen und 1 Ortschaft (Bornhausen); Glebastengericht Hochstedt mit 29 Seelen und dem Weiler Hochstedt.

3. Das Amt Staufenburg: Amt Staufenburg mit 2792 Seelen und 6 Ortschaften (Gittelde, Badenhausen, Münchhof, Teichhütte, Ahls-hausen und Sievershausen); Adliges Gericht Windhausen mit 279 Seelen und 1 Ortschaft (Windhausen).

4. Das Amt Langelsheim mit 2609 Seelen und 5 Ortschaften (Langelsheim, Frau Sophienhütte, Wolfshagen, Astfeld und Herzog-Juliusshütte).

5. Das Amt Harzburg mit 3442 Seelen und 7 Ortschaften (Neustadt, Bündheim, Bettingerode, Schlewecke, Harlingerode, Westerode und Oker, soweit es nicht dem Communion-Unterharz angehört).

6. Das Amt Lutter am Barenberge: Amt Lutter am Barenberge mit 2459 Seelen und 6 Ortschaften (Lutter am Barenberge, Nauen, Hahausen, Mahlum mit Ausschluss des Weilers Hochstedt, Neuwallmoden und Ostharlingen); Gericht Bodenstein des Klosters Frankenberg mit 237 Seelen und 1 Ortschaft (Bodenstein); Adliges Gericht Nienhagen mit 30 Seelen und dem Weiler und Rittergut Nienhagen.

7. Das Adlige Gericht Bodenburg mit 810 Seelen und 2 Ortschaften (Bodenburg und Oestrum).

8. Das Adlige Gericht Kirchberg und Ildehausen mit 682 Seelen und 2 Ortschaften (Kirchberg und Ildehausen).

9. Das Adlige Gericht Volkersheim mit 490 Seelen und 1 Ortschaft (Volkersheim).

Der Weserbezirk lag zwischen Leine und Weser und setzte sich zusammen aus dem westlich der Leine befindlichen Theil des jetzigen Kreises Gandersheim und dem Kreise Holzminden. Er enthielt als Obergerichtsbezirk 2 Stadtgerichte, 6 Ämter, 1 Fürstliches und 3 Adlige Gerichte.

1. Das Stadtgericht Holzminden mit 2452 Seelen und 1 Ortschaft (Holzminden).

2. Das Stadtgericht Stadtdendendorf mit 1390 Seelen und 1 Ortschaft (Stadtdendendorf).

3. Das Amt Wickensen: Amt Wickensen mit 6961 Seelen und 29 Ortschaften (Vorwohle, Mainholzen, Wangelnstedt, Lenne, Linnenkamp, Emmerborn, Eimen, Denkiehausen, Heinade, Oelcassen, Scharf-oldendorf, Lüerdissen, Holzen, Dielmissen, Hunzen, Bremke, Kirch-brak, Westerbrak, Breitenkamp, Buchhagen, Heinrichshagen, Halle, Dohnsen, Linse, Tuchtfeld, Kreipke, Wegensen, Heyen und Kemnade); Stadtgericht Eschershausen mit 725 Seelen und 1 Ortschaft (Eschershausen); Klostergericht Amelunxborn mit 1091 Seelen und 3 Ortschaften (Negenborn, Hohenberg und Lobach); Adliges Gericht Bisperode mit 1213 Seelen und 2 Ortschaften (Bisperode und Bessingen); Adliges Gericht Harderode mit 287 Seelen und 1 Ortschaft (Harderode).

4. Das Amt Greene: Amt Greene mit 5291 Seelen und 18 Ortschaften (Greene, Ippensen, Garlebsen, Holtershausen, Bruchhof, Brunsen, Bartshausen, Hallensen, Voldagsen, Wenzel, Stroitz, Naensen, Erzhausen, Ammenssen, Varrigsen, Kaierde, Delligsen mit Ausschluss des Landguts Düsterthal und Hohenbüchen); Fürstliches Gericht Grünenplan mit 714 Seelen und 1 Ortschaft (Grünenplan); Adliges Gericht Düsterthal mit 15 Seelen und dem Landgut Düsterthal.

5. Das Amt Allersheim mit 2180 Seelen und 9 Ortschaften (Alten-dorf, Fohlenplacken, Neuhaus, Schorborn, Mühlberg, Hellenthal, Merxhausen, Braak und Arholzen).

6. Das Amt Fürstenberg: Amt Fürstenberg mit 1581 Seelen und 3 Ortschaften (Fürstenberg, Boffzen und Derenthal); Adliges Gericht Meinbrexten mit 334 Seelen und 1 Ortschaft (Meinbrexten).

7. Das Amt Forst mit 2091 Seelen und 6 Ortschaften (Warbsen, Golmbach, Lütgenade, Reileifzen, Rühle und Dölme).

8. Das Amt Ottenstein mit 1816 Seelen und 5 Ortschaften (Ottenstein, Glesse, Lichtenhagen, Grave und Hohe).

9. Das Fürstliche Gericht Bevern mit 1046 Seelen und 1 Ortschaft (Bevern).

10. Das Adlige Gericht Brunkensen mit 673 Seelen und 3 Ortschaften (Brunkensen, Lütjenholzen und Coppengrave).

11. Das Adlige Gericht Deensen mit 652 Seelen und 1 Ortschaft (Deensen).

12. Das Adlige Gericht Hehlen mit 1004 Seelen und 3 Ortschaften (Hehlen, Daspe und Brükeln).

Schliesslich gehört dann noch zum Fürstenthume Wolfenbüttel das isolirt liegende Amt Thedinghausen, welches keinem der vorgenannten Bezirke angeschlossen ist. Dasselbe besitzt Obergerichtsbarkeit und Untergerichtsbarkeit.

Das Amt Thedinghausen mit 3431 Seelen und 12 Ortschaften (Thedinghausen, aus Bürgerei, Hagen und Westerwisch bestehend, Lunsen, Eissel, Holtorf, Dibbersen, Donnerstedt, Werder, Horstedt, Oetzen, Emtinghausen, Ahsen und Bahlum).

Das Fürstenthum Blankenburg und das damit vereinigte Stiftsamt Walkenried bilden einen Bezirk mit durchweg besonderer Verwaltung, den jetzigen Kreis Blankenburg. Die Obergerichtsbarkeit wird für den ganzen District von der Fürstlichen Regierung zu Blankenburg ausgeübt; 5 Ämter, 2 Stadtgerichte und 1 Fürstliches Gericht haben die Untergerichte.

Amt Blankenburg mit 2866 Seelen und 8 Ortschaften (Cattenstedt, Timmenrode, Wienrode, Altenbrak, Treseburg, Hüttenrode, Neuwerk und Rübeland); Stadtgericht Blankenburg mit 2635 Seelen und 1 Ort-

schaft (Blankenburg); Amt Heimbürg mit 1287 Seelen und 3 Ortschaften (Heimbürg, Benzingerode und Kloster Michaelstein); Amt Börnecke mit 552 Seelen und 1 Ortschaft (Börnecke); Amt Stiege mit 2269 Seelen und 4 Ortschaften (Stiege, Allrode, Trautenstein und Tanne); Stadtgericht Hasselfelde mit 1311 Seelen und 1 Ortschaft (Hasselfelde); Fürstliches Gericht Braunlage mit 687 Seelen und 1 Ortschaft (Braunlage); Stiftsamt Walkenried mit 3353 Seelen und 5 Ortschaften (Walkenried, Neuhoß, Hohegeiß, Zorge, Wieda).

Aus dieser Zusammenstellung tritt sofort die bunte Verschiedenheit der einzelnen Gerichtsbezirke klar vor die Augen und zwar ebensowohl bezüglich der Obergerichtswie bezüglich der Untergerichtsdistricte. Wir haben da Obergerichtsbezirke mit nur etwas über 100 Seelen und daneben solche von 20 und 30000 Seelen, wir haben solche, welche nur aus einer Ortschaft bestehen und solche, welche bis zu 80 Ortschaften umfassen, eine Reihe von Obergerichtsbezirken bildet gleichzeitig nur einen Untergerichtsbezirk, andere umfassen bis zu 10 ja bis zu 20 derselben. Dasselbe Verhältniss zeigt sich auch bei den Untergerichtsbezirken, auch hier kommen solche mit einer und solche mit über 20 Ortschaften, mit 100 Seelen und mit mehreren Tausenden vor. Man findet ja allerdings wohl eine kleine Zahl Bezirke von einer übereinstimmenden mittleren Grösse, aber diese Zahl ist doch nur verschwindend klein und tritt gegenüber der sich sonst zeigenden Unregelmässigkeit sehr zurück. Diese alles zulässige Maass weit überschreitende Ungleichmässigkeit müssen der Natur der Sache nach sowohl für die Rechtspflege wie für die damit verbundene Verwaltung, namentlich für eine gleichmässige Handhabung beider, viele Schwierigkeiten bieten und zu manchen Unzuträglichkeiten führen; neben sonstigen Verhältnissen drängte daher auch schon dieser Umstand auf eine allgemeine und durchgreifende Neuordnung hin, wie sie während der Westfälischen Zeit zunächst ohne Beachtung und Schonung des früheren Zustandes und älterer Berechtigungen eingeführt, sodann aber später unter Berücksichtigung dieser, soweit es thunlich, zweckentsprechend umgebildet wurde. In der jetzt zu behandelnden Periode half man sich theilweise dadurch, dass verschiedene Bezirke nicht wirklich vereinigt, aber doch zur Verwaltung in ein und dieselbe Hand gegeben wurden; im Jahre 1774 wurde ein vollständiger Plan für die Vereinigung von Aemtern zur Herstellung besserer Bezirke geschaffen, derselbe wurde auch vom Landesherrn gebilligt, doch wurde er niemals ganz durchgeführt; es fand vielmehr, wenn auch jetzt in etwas ausgedehnter Weise, die factische Verwaltungsvereinigung mehrerer Aemter in einer Hand statt, doch wurde dieselbe keineswegs durchweg beibehalten, es trat vielmehr auch wieder Trennung ein; bestimmend für die Vereinigung bzw. Wiederlostrennung waren immer die zufälligen Verhältnisse, namentlich die Persönlichkeit der einzelnen Beamten. Einer der hauptsächlichsten Uebelstände, das Bestehen der vielen kleinen adligen Bezirke mit Obergerichtsbarkeit, blieb ausserdem hierdurch gänzlich unberührt; eine theilweise Abhülfe wurde aber auch hier dadurch geschaffen, dass die Fürstlichen Beamten benachbarter Aemter die Verwaltung in einzelnen dieser Bezirke mit übernahmen, natürlich nur unter Zustimmung sowohl des eigentlichen Gerichtsherrn wie der Fürstlichen Regierung.

Der von der Fürstlichen Geheimrathsstube aufgestellte und vom Herzog Carl I. genehmigte »Plan, wie die Justizverwaltung verschiedener Fürstlicher Aemter mit einander zu combiniren« datirte vom 27. August 1774 und bezog sich lediglich auf das Fürstenthum Wolfenbüttel. Nach demselben sollte die Vereinigung bzw. Beibehaltung der einzelnen Aemter, ihre Besetzung mit Beamten und der Sitz der letzteren in folgender Weise geregelt werden: 1. Residenzamt Wolfenbüttel und Salzdahlum besetzt mit drei vom Staate zu besoldenden Beamten mit dem Sitz zu Wolfenbüttel; 2. Aemter Eich und Neubrück, Fürstliche Gerichte Vechelde und Veltenhof mit einem Beamten zu Braunschweig; 3. Aemter Lichtenberg und Gebhardshagen, Fürstliches Gericht Salder mit einem Beamten zu Salder; 4. Aemter Hessen, Achim, Winnigstedt mit einem Beamten zu Hessen; 5. Amt Campen, Fürstliches Gericht Wendhausen mit einem Beamten zu Campen oder Flechtorf; 6. Amt Schöningen, Fürstliches Gericht Twiefelingen mit einem Beamten zu Schöningen; 7. Aemter Jerxheim und Voigtsdahlum mit einem Beamten zu Jerxheim; 8. Aemter Königslutter und Warberg mit einem Beamten zu Königslutter; 9. Aemter Bahrdorf und Calvörde mit einem Beamten zu Calvörde; 10. Aemter Vorsfelde und Neuhaus mit einem Beamten zu Vorsfelde; 11. Amt Lutter am Barenberge mit einem Beamten zu Lutter am Barenberge; 12. Aemter Seesen, Langelsheim und Staufenburg mit einem Beamten zu Seesen; 13. Amt Harzburg mit einem Beamten zu Schlewecke; 14. Amt Gandersheim mit einem Beamten zu Gandersheim; 15. Amt Greene mit einem Beamten zu Greene; 16. Amt Wickensen mit einem Beamten zu Wickensen bzw. Eschershausen; 17. Aemter Bevern, Allersheim, Fürstenberg mit einem Beamten zu Bevern oder Holzminden; 18. Aemter Forst und Ottenstein mit einem Beamten zu Holzminden oder zu Ottenstein; 19. Amt Thedinghausen mit einem Beamten zu Thedinghausen. Gleichzeitig sollte nach dem Plane die Justizverwaltung bei den Klostergerichten und das Gerichtsschulzenamt bei den Landstädten den Justizbeamten bei den Aemtern übertragen werden und zwar Kloster Riddagshausen, St. Crucis und Aegidii dem Justizbeamten des Amtes Eich, Kloster St. Lorentz, Marienthal und Marienberg dem des Amtes Schöningen, der Riddagshäuser Klosterhof zu Wobbeck dem Justizbeamten zu Voigtsdahlum, Stift Königslutter dem zu Königslutter, Kloster Amelunxborn dem zu Bevern, Gerichtsschulzenamt Schöningen dem Justizbeamten daselbst, Gerichtsschulzenamt Königslutter dem Justizbeamten daselbst, Gerichtsschulzenamt Seesen dem Justizbeamten daselbst, Gerichtsschulzenamt Gandersheim dem Justizbeamten daselbst, Gerichtsschulzenamt Holzminden dem Justizbeamten zu Bevern und Gerichtsschulzenamt Eschershausen dem Justizbeamten zu Wickensen. Der ganze Plan war jedoch von Anfang an nicht mit der Bestimmung aufgestellt, um sofort als eine durchgreifende Neuordnung verwirklicht zu werden, er sollte vielmehr nur den systematischen Anhalt für eine nach und nach im Einzelnen nach Lage der Verhältnisse durchzuführende Aemtervereinigung bilden. In Folge dessen ist denn auch die in demselben gegebene Neugestaltung in Wirklichkeit niemals ins Leben getreten; es haben vielmehr stets immer nur einzelne Vereinigungen von Aemtern, je nach den besonderen Verhältnissen derselben und der Persönlichkeit der sie verwaltenden Beamten stattgefunden, auch sind diese Vereinigungen keineswegs immer dauernd gewesen, ebenso wie sie auch dem Plan nicht immer entsprechen; zuweilen hat auch wohl mit Rücksicht auf den Plan eine lediglich provisorische Besetzung der alten Stellen stattgefunden, welche dann aber doch wieder zu einer definitiven wurde. Als die eigentliche Districtseinteilung muss daher bis zum Ablauf dieser Periode immer noch die zunächst dargestellte angesehen werden. Zu verkennen ist dabei aber nicht, dass der »Plan« schon viele Anklänge an die spätere Amtsbezirksbildung aufweist. — Als factische Vereinigungen verschiedener Amtsbezirke unter einem Beamten sollen nur folgende hervorgehoben werden. Schon 1754 waren die Aemter Lichtenberg und Gebhardshagen, sowie das Fürstliche Gericht Salder vereinigt. Die Aemter Seesen und Langelsheim wurden 1769 gemeinschaftlich verwaltet, 1796 kam dazu noch das Amt Stauffenburg. Die Vereinigung der Aemter Voigtsdahlum und Jerxheim trat 1778 in Kraft, wurde aber 1782 schon wieder aufgelöst. Das Amt Campen und Fürstliche Gericht Wendhausen wurden 1784 mit dem Amte Neubrück zusammengezogen. Die Aemter Forst, Allersheim und Bevern waren 1792 vereint, später aber auch wieder getrennt. Die Aemter Vorsfelde und Neuhaus sind 1799, Bahrdorf und Calvörde schon 1766 vereinigt, ebenso die Aemter Hessen, Achim und Winnigstedt 1803,

Amt Schöningen und Fürstliches Gericht Twiefelingen 1800. — Dem Justizbeamten bei dem Amte Eich wird 1795 die Uebernahme der Verwaltung des Adligen Gerichtes Brunsrode gestattet, ebenso 1790 dem Justizbeamten zu Ottenstein die Verwaltung des Adligen Gerichtes Meimbrexen, sowie 1787 demselben Beamten die Verwaltung des Adligen Gerichtes Hehlen.

Es möchte hier nun wohl am Platze sein, einen kurzen Ueberblick über die ganze staatliche Amtsorganisation wenigstens in ihrem wesentlichen Theil zu geben, um zu veranschaulichen, wie die eigentliche Verwaltung sich derselben einfügt und theilweise mit den anderen Behörden verbindet. Dabei scheiden die beiden Fürstenthümer Wolfenbüttel und Blankenburg sich ziemlich vollständig von einander ab.

Die Regierung des Fürstenthums Wolfenbüttel leitet die Geheime Rathsstube zu Braunschweig; in derselben führt der Landesherr selbst den Vorsitz, die Minister bilden die Räthe derselben; zu dem Geschäftskreis gehören alle Regierungssachen in ihrem ganzen Umfange, alle Gnadensachen, der Erlass und die Erklärung der Gesetze, die Ansetzung der Obrigkeiten und Gerichtspersonen, die Ertheilung von Privilegien und Verwilligungen, das höchste Polizeiwesen, die Abnahme der landschaftlichen Rechnungen und die Correspondenz mit der Landschaft, die Aufsicht über die Allodialcasse und die Cämmereirechnungen etc. Zu den hohen Landescollegien gehören sodann die Justizcanclei, das Hofgericht, das Consistorium, die Cammer und die Klosterrathsstube. Die Justizcanclei und das Hofgericht, nach dem Vorbilde des Reichshofraths und des Reichscammergerichts eingerichtet, üben die höchste Gerichtsbarkeit des Landes aus, in Civilgerichtsbarkeit concurriren beide, so dass Prävention entscheidet, die peinliche Gerichtsbarkeit hat ausschliesslich die Justizcanclei. Das Consistorium übt die Landesherrlich-bischöflichen Rechte aus, es hat die Gerichtsbarkeit über alle Ehesachen und die Verwaltung aller Kirchen-, Pfarr-, Wittwen- und Opfereigüter und *piorum corporum*. Die Cammer hat die Aufsicht über alle Domänen und landesherrlichen Regalien, ihre Geschäfte sind nach Aemtern und Gegenständen in Local- und Realdepartements getheilt; in ihre Casse fliessen theils mittelbar, theils unmittelbar alle Einkünfte aus den Domänen; untergeordnet sind derselben als Nebenadministration und Cassen: das Postdepartement, die Berghandlungsadministration, das Bauholzmagazin, das Brennholzmagazin und die Administration des Torfwesens. Die Klosterrathsstube hat die Aufsicht über die Stifts- und Klostergüter; in ihre Casse fliesst der Ueberschuss aller Stifts- und Klostergüter. Für die übrigen Zweige der Landesverwaltung sind folgende dem Landesherrn unmittelbar unterworfenen Collegien gebildet: das Finanz-Collegium, welches die Direction über die Fürstliche Cammercasse, Leihhauscasse und Klosterkasse, sowie über alle Blankenburgischen Cassen übt und die Zahlungsbefehle an sämtliche herrschaftliche Cassen ausfertigt, und wiederum die Münze und das Münzdepartement unter sich hat; das Kriegscollegium, vor welches alles, was das Militair betrifft, gehört; das Ober-Sanitäts-Collegium, welches alle Medicinal- und Sanitätssachen besorgt, sowie die Medicinal-Polizei versieht; das General-Zoll- und Accisedirectorium, unter welchem alle Zoll-, Steuer- und Accisesachen, insofern sie nicht vor die Landschaft gehören, stehen, und

welches daneben die Aufsicht über den Packhof hat; das Hofmarschallamt, die Kornmagazincommission, die Generalwegebesserungscommission, die Wittwencassendeputation, die Leihhauscommission.

Das Fürstenthum Blankenburg und das Stiftsamt Walkenried machen einen für sich bestehenden Staat aus, welcher durch das Band eines gemeinschaftlichen Regenten mit dem Fürstenthum Wolfenbüttel in Verbindung steht und seine eigenen Collegien und Landschaft besitzt; in demselben erhalten die für das Fürstenthum Wolfenbüttel gegebenen Gesetze nur in Folge besonderer Promulgation Geltung. Die obersten Regierungsangelegenheiten werden jedoch für das Fürstenthum Blankenburg und Stiftsamt Walkenried mit von dem Fürstlichen Geheimerathscollegium in Braunschweig verwaltet, im Uebrigen bestehen jedoch besonders bestellte Landescollegien. Die Fürstliche Regierung, ein Collegium aus einem Präsidenten und mehreren Räten, ist das Hauptsächlichste; zu ihrem Ressort gehören alle Justiz-, Criminal-, Lehns-, Grenz- und Polizeisachen. Das Consistorium, aus dem Personal der Regierung, dem Superintendenten des Fürstenthums und einem geistlichen Beisitzer bestehend, verwaltet alle Kirchen-, Schul- und Armenangelegenheiten, die Bestellung der Schuldiener auf dem Lande, die Streitigkeiten über Pfarr- und Schuldienste, alle Ehe- und Dispensationsachen, die geistlichen Disciplinarsachen und die Gerichtsbarkeit über Prediger und Schullehrer. Die Cammer mit einem Präsidenten, einem Director und verschiedenen Räten und Beisitzern hat die Aufsicht und Verwaltung der Domanielgüter, die Untersuchung über die wegen des Schürfens von den Grundeigenthümern angebrachten Beschwerden, das Erkenntniss über Realklagen in Ansehung der Gruben, die Untersuchung in Wrogensachen, sowie die Beitreibung der Pachtgelder; mit derselben verbunden sind das Forstdepartement und das Hüttendepartement. Das Medicinalwesen steht unter Oberaufsicht des Ober-Sanitäts-Collegiums zu Braunschweig; für Blankenburg ist ein Landphysicus und ein Landchirurgus, und für Walkenried gleichfalls ein Landphysicus bestellt.

Die Oberaufsicht über die Polizeiangelegenheiten, mit welchem Ausdruck derzeit ja auch die Functionen der eigentlichen Verwaltung im Wesentlichen mit umfasst wurden, hat im Fürstenthum Wolfenbüttel das Ministerium, an welches unter dem Titel des Landesherrn auch die Berufungen in Polizeisachen gehen. Im Fürstenthume Blankenburg besorgt die obere Aufsicht über die Polizei in den Städten Blankenburg und Hasselfelde und bezüglich der Gildesachen auch auf dem flachen Lande (mit Ausnahme des Amts Walkenried) die Regierung und hat unter ihrer Controle nur einige Zweige derselben dem Magistrat anvertraut; die Polizei auf dem flachen Lande gehört vor die Fürstliche Cammer, welche im Stift Walkenried mit dem Amte zugleich über die dasige Polizei wacht.

Die Zwischenstufe zwischen dem Ministerium und den Beamten der einzelnen Amtsbezirke bildeten wie in der vorigen Periode die Oberhauptleute, welche jedoch wegen ihrer wesentlichen Functionen bei der Beaufsichtigung der Verwaltung des Fürstlichen und Domanielvermögens auch der Fürstlichen Cammer unterstellt waren. Regelmässig

war für jeden der oben bezeichneten grösseren Bezirke des Fürstenthums Wolfenbüttel (Wolfenbüttelscher Bezirk, Schöningenscher Bezirk, Harzbezirk, Weserbezirk) sowie für das Fürstenthum Blankenburg und Stiftsamt Walkenried je ein Oberhauptmann bestellt; es fand aber auch wohl eine Zusammenziehung oder auch eine Trennung der einzelnen Districte statt, so dass hier ebenso wie bei der Verwaltung der Amtsbezirke mit Rücksicht auf die speciellen Verhältnisse und die gerade in Frage kommenden Persönlichkeiten zeitweise Verschiebungen zu constatiren sind. Ebenmässig kam es auch vor, dass die Geschäfte und die Stellung eines Oberhauptmanns gleichzeitig einem Beamten eines Landescollegiums, namentlich wohl Beamten der Fürstlichen Cammer übertragen und von diesem neben seinen sonstigen Amtsobliegenheiten von dem Sitze dieses Amtes aus verwaltet wurden. Dass die Titulatur eines Oberhauptmanns ohne amtliche Stellung rein als solche an auszuzeichnende Personen, namentlich auch Hofbeamte verliehen wurde, ist in gleicher Weise wie in der vorigen Periode der Fall. Die Bestellungen der wirklichen Oberhauptleute sind noch ganz die gleichen wie früher, auch wird der Geschäftskreis derselben darin ganz in bisheriger Weise, so wie oben des Näheren dargestellt, begrenzt.

Bei der für die eigentliche Verwaltung wichtigsten behördlichen Instanz der Aemter kommt jetzt die in der vorigen Periode eingeleitete Umbildung, die Schaffung eines eigentlichen Beamtenthums, und eine theilweise Trennung von Justiz und Verwaltung zum vollständigen Durchbruch. Ueberall werden jetzt neben den Pachtbeamten noch besondere Beamte eingesetzt; dieselben werden aber nicht mehr von den Pachtbeamten ausgewählt und besoldet und unterhalten, sondern sie werden von der Regierung eingesetzt, ohne dass dabei dem Pachtbeamten irgend eine Einwirkung zugestanden hätte; sie werden von der Regierung besoldet, wenn sie auch anfangs regelmässig, später seltener von den Pachtbeamten gewisse Naturalleistungen (Wohnung, Feuerung, Licht), welche diesen in dem Pachtcontracte auferlegt wurden, zu fordern hatten. Die vollständige Abhängigkeit der in der vorigen Periode erwähnten Actuare von den Pachtbeamten fällt jetzt fort, die an die Stelle derselben tretenden Personen, welche jetzt theils als Actuarius, theils als Justitiarius, theils als Justizamtmann bezeichnet werden, sind selbstständige Fürstliche Beamte neben den Pachtbeamten, lediglich denselben Vorgesetzten wie letztere untergeben; die Schaffung dieser Beamten, deren ganzer Geschäftskreis und alleiniger Beruf ausschliesslich in der Thätigkeit für das Amt besteht, bildet eben das hauptsächlichste Moment der Weiterentwicklung in dieser Periode. Den Pachtbeamten, als der historisch älteren Beamtenklasse verblieb zunächst durchweg ohne Berücksichtigung weiterer Umstände der höhere Rang vor den neuen Beamten; später wurde theilweis auch die Anciennität als entscheidend hierfür angesehen.

In den Pachtcontracten über die Verpachtung der Domainen etc. tritt die Neugestaltung zunächst in Erscheinung; ausnahmslos enthalten dieselben bezügliche Bestimmungen. Der früher regelmässig sich findende Passus, nach welchem die Annahme und Besoldung eines Actuarius lediglich dem Pachtbeamten obliegen solle, kommt in Wegfall, dagegen ist stets hervorgehoben, dass die Regierung, speciell die Fürstliche Cammer, die Besoldung des Justitiarius bestreite. Bezüglich

der Verwaltung ist in einem bezüglich des Amtes Jerxheim abgeschlossenen Pachtcontracte vom Jahr 1744 gesagt: »Die Administration der Justiz soll Unser Oberamtman sammt dem bei Unserem Amte Jerxheim bestellten Justitiario conjunctim verrichten, zu dem Ende ordentliche Gerichtstage halten, und seinen Sitz und Votum auf der Gerichtsstube haben, und obwohl dem Oberamtman das Directorium in denen Amts- und Gerichtssachen verbleibet, so soll doch solches keineswegs eine völlige Dependenz des Justitiarii von dem Oberamtman involviren.« Es ist dieses ein Contract aus den ersten Jahren der Periode und erklärt sich daraus auch der Hinweis auf die Rangstellung der beiden Beamten zu einander; in den späteren Contracten fällt derselbe weg und tritt eine etwas andere Fassung ein; so heisst es in dem bezüglich desselben Amtes abgeschlossenen Contract vom Jahre 1799: »Die Verwaltung der Gerichte, Polizei- und anderen Amtssachen hat Pächter mit dem bei Unserem Amte Jerxheim angestellten Justizbeamten gemeinschaftlich zu versehen, zu dem Ende Sitz und Stimme auf der Gerichtsstube zu nehmen, die Gerichtsordnungen, Decrete, Berichte etc. zu unterschreiben oder seinen Dissensum besonders einzuberichten, für die gerichtlichen Deposita mitzuhaften und die Beobachtung der Gerechtsame des Amtes und die Erhaltung und Verbesserung Unserer Amtsunterthanen sich besonders angelegen sein zu lassen.« In gleicher oder ganz ähnlicher Weise ist die Amtsverwaltung in sämtlichen Pachtcontracten behandelt und ausgedrückt. Die Bestellungen für die einzelnen Beamten sind jetzt stets nur ganz kurz abgefasst und lassen Näheres über die amtliche Stellung derselben nicht mehr ersehen. — Ueber das Verhältniss der beiden Amtsbeamten zu einander und ihren gegenseitigen Rang giebt ein Bericht der Fürstlichen Justiz-Canzlei vom Jahre 1776 näheren Aufschluss, welcher bei Gelegenheit der Besetzung des Justitiariates zu Gebhardshagen bezüglich des Vorschlages, dem Justizbeamten vor dem Pachtbeamten den höheren Rang zu ertheilen, erstattet worden ist; derselbe lautet: »Nach der bisherigen Observanz hängt die Präcedenz mehrerer Beamten eines Amtes entweder von deren Prädicatis, mit denen sie begnadigt sind, oder wenn sie gleiche Prädicate haben, von der ancienneté ab, wonach sich zugleich die Eröffnung aller an das Amt kommenden Sachen richtet, ausser dass letzte nach der Instruction für Justitiarien und Beamte vom 17. Juni 1760 § V demjenigen, welcher auf dem Amte Wohnung hat, vorzüglich zusteht, wenn die Sache nicht namentlich an eine Amts-Official-Person gerichtet oder auf einem oder dem anderen Amte desfalls besondere Verfügung getroffen wäre. Wegen der Geschäfte selbst ist in ebengedachter Instruction denen Pachtbeamten ausdrücklich vorgeschrieben, die Justizsachen sogleich dem Justitiario zuzuschicken, und ersterer hat hierin weniger zu verantworten, als dieser, wie denn auch erstere nicht auf die Administration der Justiz, sondern nur auf die Aufsicht derselben bei Fürstlicher Cammer beeidigt werden. Ob nun gleich, wenn beiderseits Beamte nach dieser Vorschrift mit gleichem Eifer und Redlichkeit verfahren, und sich nicht selbst gegenseitig den Dienst erschweren, die Präcedenz allein auf die Erfüllung ihrer Obliegenheiten keinen merklichen Einfluss haben kann, so mögen wir dennoch, weshalb Fürstliche Cammer es dem herrschaftlichen Interesse und für die Unterthanen sehr zuträglich findet, bei dem Amte Lichtenberg und dem Gerichte Salder dem Justizamtmann den Vorsitz vor dem Pachtbeamten zu geben, wegen Ermangelung mehrerer Nachrichten nicht zu beurtheilen.« Nach der ganzen Fassung dieses Berichts scheint es doch trotz der im Anfang bezeichneten Grundsätze durchweg Regel gewesen zu sein, dass die Justizbeamten den Pachtbeamten factisch im Range nachstanden. Es geht dieses auch aus den beiderseitigen Prädicaten und Titulaturen hervor. Der Titel für die neugeschaffenen Beamten ist regelmässig Justitiarius; zuweilen führen sie auch noch den geringeren Titel Actuarius, doch nur dann, wenn sie eben ernannt sind, so dass dieser Titel nur eine Vorstufe für den Justitiarius bildet; höher steht dann wiederum der Titel Justizamtmann, welcher jedoch im Anfang der Periode sich noch nicht findet; er wird den Justitiarien nach längerer Dienstzeit verliehen und zwar in späterer Zeit ziemlich regelmässig und auch schon nach kürzerem Dienst; ausnahmsweise kommt es auch vor, dass einem Justizamtmann das Prädicat Oberamtman oder auch Drost beigelegt wird; nur bei dem Residenzamt Wolfenbüttel wird regelmässig ein Justizbeamter mit dem Titel Oberamtman ernannt. Die Pachtbeamten erhalten sofort den Titel Amtman und stehen als solche dem Justitiarius und Justizamtmann schon an Range gleich, nach nicht sehr langer Zeit wird ihnen der Titel

Oberamtmann beigelegt, welcher sie dann durchweg höher als die Justizbeamten stellt; als besondere Auszeichnung endlich wird nach längerer Zeit der Titel Drost oder Amtsrath verliehen, ausnahmsweise anstatt desselben auch der Titel »Oberhauptmann,« so dass auch Oberhauptleute lediglich mit den Functionen eines Amtmanns vorkommen. Meistens führen die Pachtbeamten den Titel Oberamtmann, so dass sie in Wirklichkeit allerdings regelmässig an Range höher als die Justizbeamten stehen. Die vorbehandelten Titel kommen aber in gleicher Weise wie in der vorigen Periode rein als solche vor; so werden Cammerjunker zu Oberhauptleuten oder Amtshauptleuten ernannt, Hofräthe desgleichen zu Oberhauptleuten, frühere Lieutenants zu Amtsräthen etc.; namentlich häufig findet sich in dieser Periode der Titel Drost oder Landdrost; er wird Hofbeamten wie z. B. dem Hofmarschall verliehen, daneben Gutsbesitzern, auch auswärtigen Persönlichkeiten, endlich aber auch anderen Beamten, so mehrfach den Cammerräthen, auch einem Polizeidirector etc. Die Titel Amtmann, Oberamtmann und Drost werden auch den Pächtern Fürstlicher Güter ohne Amtsübertragung verliehen. Der Titulatur wurde ganz erheblicher Werth und Bedeutung beigelegt; wie namentlich die vielen Gesuche um Verleihung von Titeln bezw. von höheren Titeln ausweisen. Nach dem Titel richtete sich auch die schriftliche Anrede an die mit demselben versehene Person und war auch hierfür eine ganz bestimmte Abstufung gegeben; derartige Anreden für die einzelnen Rangstufen waren: »Ehrenvestor und Hochgelehrter« für wirkliche Räte in den Fürstlichen Collegiis, »Ehrenvestor« für einen Drost, »Ehrbarer« für einen Oberamtmann (darüber steht noch »Ehrbarer und Hochgelehrter,«) »Achtbarer« für einen Amtmann; ein Beispiel für die Weitläufigkeit, zu welcher diese formellen Bezeichnungen ausarteten, bildet die allgemein übliche und von den Justitiarien, Amtmännern, Oberamtännern etc. stets angewandte Anrede an die Fürstliche Cammer, welche folgendermaassen lautete: »Hochfürstlich Braunsch.-Lüneburgische Hochverordnete Herren geheimer Cammerrath und Cammer-Präsident! Cammer-Director und Vice-Cammer-Director! Geheime Cammer- und Cammerräthe! Hochgeborner Hochwohl- und Wohlgeborene Gnädige und Hochgeehrte Herren!«; in der Unterschrift der Fürstlichen Cammer wurden auch stets die vorbezeichneten Titel sämmtlich aufgeführt. — Die Besoldung der neuen Beamten erfolgte aus der Fürstlichen Cammer-Casse. Sie war je nach der Grösse der einzelnen Amtsbezirke, zum Theil auch nach dem Range und Dienstalter der Beamten eine verschiedene, durchweg aber nicht sehr hoch. Die Sporteln, welche früher dem Pachtbeamten zustanden und mit Gegenstand des Pachtcontractes waren, wurden zunächst regelmässig zwischen dem Justiz- und dem Pachtbeamten, in erster Zeit wohl zum Vortheil des letzteren, dann aber meist in gleicher Weise getheilt; später wurden sie auch wohl ganz dem Justizbeamten zugewiesen. Die Justizbeamten bezogen daneben anfangs durchweg, später in geringerem Maasse einzelne Naturaleinkünfte, welche ihnen laut Pachtcontract die Pachtbeamten stellen mussten, so Wohnung, Feuerung, Licht etc. Den Pachtbeamten wurde in den Pachtcontracten auch jetzt noch stets mit nur vereinzelten Ausnahmen ein Salarium ausgesetzt, wie es meist ausgedrückt wurde »für die Mitverwaltung der Justiz, welche der Oberamtmann nebst dem bei Unserem Amte bestellten Justizamtmann conjunctim zu respiciren und die Amtsverordnungen, Decrete und Berichte etc. mit zu unterschreiben hat, wie auch für die Beobachtung der Amts-jurium und für die Beitreibung und Berechnung der reservirten Intraden;« in Berücksichtigung des Umstandes, dass die Regierung nunmehr die Besoldung der Justizbeamten zu tragen hat, ist das Salarium der Pachtbeamten in den meisten Fällen ein Geringeres geworden, anfangs zum Theil aber doch wohl noch höher als das der Justizbeamten. Die Besoldung im Pachtvertrage fällt sogar nicht einmal weg, wenn an eine Frau verpachtet wird, da diese theilweise die Amtspflichten mit zu übernehmen hat; so ist das Amt Greene 1786 an die Wittve des früheren Pächters wiederum verpachtet; in dem Contracte ist die Bezugnahme auf die Justizpflege nicht aufgenommen, die Besoldung ist aber die gleiche wie früher geblieben und zwar »für Erhebung und Berechnung der reservirten Gefälle, Führung der Amtsrechnung, Mitaufsicht auf die Polizei und Beobachtung der Amtsgerechtsame;« in einem späteren besonderen Paragraph ist sodann noch hervorgehoben: »Die Verbesserung und Aufnahme der Amtsunterthanen soll und will die Drostin ihre vorzügliche Sorge und alles, was sie dazu beitragen kann, ihre angelegentlichste Pflicht sein lassen, daher sie denn nicht nur auf die

Wirtschaft und Umstände der Unterthanen stets Aufsicht führen, sondern auch zu Allem, was bei weiterer Untersuchung zu Erreichung Unserer Absicht wegen dieses wichtigen Gegenstandes nützlich befunden werden sollte, so viel es ohne ihren besonderen Nachtheil geschehen kann, behülflich sein, auch selbst deshalb diensame Vorschläge einbringen will;« dieselbe Bestimmung findet sich auch in einem gleichen Contracte wegen des Amtes Wickensen vom Jahre 1767. In dem oben schon näher behandelten Plane für die Combinirung der Justizverwaltung verschiedener Aemter vom Jahre 1774 ist auch die Besoldung der Beamten der zu vereinigenden Bezirke behandelt worden; die vorgeschlagenen Besoldungen differiren zwischen 160 Thlr. und 690 Thlr., doch bilden diese beiden Zahlen nur den vereinzelt stehenden Minimal- und Maximalsatz (Harzburg und Gandersheim); die übrigen Besoldungen betragen durchweg 300, 350 und 400 Thlr., einige auch über 400 Thlr.; die strenge Durchführung dieser Besoldungssätze ist aber eben so wenig geschehen, wie die sonstige Ausführung des Planes selbst.

Die durch die allmälige Entwicklung herbeigeführte Schaffung der beiden Beamtenkategorien, der Pachtbeamten und der Justizbeamten nebeneinander und das ganze Verhältniss derselben zu einander scheint übrigens als ein mustergültiges nicht angesehen zu sein, wie solches die nachstehende Stelle aus einer Relation des Geheimen Cammerraths von Schrader vom 30. März 1789, erstattet bezüglich der Justizverwaltung in den Aemtern Lichtenberg, Salder und Gebhardshagen, ersehen lässt: »Bei diesem Gerichtsbezirke ist ehemals wie bei anderen Aemtern die Justizpflege dem Pachtbeamten überlassen, welcher alle Sporteln und Accedentien genossen und sich Actuaren oder Gerichtsverweser auf eigene Kosten gehalten hat. Diese sehr bedenkliche Einrichtung wurde bei Steigerung der Pachten und verstärkter Concurrenz der Pächter noch immer bedenklicher und daher unter des Höchstseligen Herzogs (Carl I.) Regierung aufgehoben. Zu bedauern ist nur, dass man anfangs nicht vom Grunde aus aufhob, sondern insoweit einen Theil der alten Verfassung beibehielt, dass die Justizbeamten mehrentheils sehr gering besoldet wurden, im Range den Pachtbeamten weit nachstehen mussten, von ihnen an den meisten Orten Wohnung, Feuerung, Licht erhielten und um so mehr abhängig blieben, da jene einen Sportelantheil, oft den beträchtlichsten, behielten und an den wenigsten Stellen es dem Justizbeamten möglich wurde, ohne Hülfe des Pachtbeamten sich die nothwendigsten Bedürfnisse zu verschaffen. Bei diesen Gerichten wurde die Veränderung im Jahre 1739 getroffen und der seit 1736 vom Pächter besoldete Justitiarius auf den Besoldungssatz gebracht.«

Zwischen den beiden nunmehr vorhandenen Beamtenkategorien fand von Anfang an eine strenge Theilung und Abgrenzung des Geschäftskreises nach Materien oder Bezirken nicht statt. Die neuen Beamten waren zwar in erster Linie für die Handhabung und Pflege der Justiz und Gerichtsbarkeit bestimmt, wie schon aus ihrer Bezeichnung hervorgeht; es wurden ihnen daneben auch die sämmtlichen Verwaltungs- und Polizeiangelegenheiten des Amtes in gleicher Weise mit übertragen, jawohl sogar ein Theil der lediglich die Fürstliche Domanial-Vermögen betreffenden Geschäfte. Andererseits behielten aber auch die Pachtbeamten die Befugnis und die Pflicht zur Ausübung bezw. Beaufsichtigung der Gerechtigkeitspflege bei, ebenso wie ihre Verpflichtung für die Polizei- und Verwaltungsangelegenheiten. Beide Beamtenkategorien bestehen daher für denselben Bezirk mit dem gleich ausgedehnten Geschäftskreis neben einander, nur ist der Justizbeamte in erster Linie auf die Justizpflege, der Pachtbeamte in erster Linie auf die eigentliche Fürstliche Domanial- und Vermögens-Verwaltung hingewiesen, die eigentlichen Verwaltungs- und Polizeigeschäfte hatten beide, doch mit einem Vorherrschen des letzteren zu besorgen. Demnach sind auch beide Beamtenkategorien zu den Verwaltungsbeamten zu zählen und fallen in das

Bereich der vorliegenden Betrachtung. Dieser Zustand blieb im Princip während der ganzen Dauer der Periode bestehen, wenn sich auch factisch eine mehr oder weniger gleichmässige Scheidung dahin ausbildete, dass der Justizbeamte regelmässig die Justizpflege und die damit in irgend welcher Beziehung stehenden oder verwandten Angelegenheiten und der Pachtbeamte die das Fürstliche Interesse und die finanzielle Seite berührenden Gegenstände, sowie auch wohl den grösseren Theil der eigentlichen Verwaltungssachen besorgte. Der einzige Umstand, in welchem diese factische Scheidung und die besondere Bestimmung des Justizbeamten für die Gerichtsbarkeit äusserlich Anerkennung fand, war der, dass die stets erforderliche besondere Vereidigung *ad criminalia* vor der Fürstlichen Justiz-Canzlei nur bezüglich des Justizbeamten stattfand, die Vereidigung *ad civilia* vor der Fürstlichen Cammer bezüglich beider Beamtenkategorien vorgenommen wurde. Der Mangel einer festen Abgrenzung der Functionen der neben einander stehenden Beamten bildete aber auch gleichzeitig einen nicht unerheblichen Mangel der ganzen Einrichtung, welcher sich unvermeidlich schon derzeit geltend machen musste. Er hatte eben da, wo die nothwendige persönliche Harmonie zwischen den beiden Beamten nicht bestand, häufige und fortgesetzte Reibereien zwischen den Beamten über die Art und Weise oder die Pflicht der Erledigung der einzelnen Geschäfte zur Folge, welche meist durch die verschiedene äussere Stellung und die ungleichen Rangverhältnisse der in Frage kommenden Personen noch verschärft wurden; eine Reihe von theils weitläufigen Verhandlungen in den im Herzoglichen Landes-Haupt-Archiv aufbewahrten alten Amtsacten geben hierfür ein unbestreitbares Zeugnis ab; dass natürlich derartige Zwistigkeiten oder auch nur Meinungs-differenzen einer ordnungsmässigen und pünktlichen Geschäftserledigung nicht förderlich sein konnten, liegt wohl auf der Hand. Uebrigens soll durch Hervorhebung dieses Mangels der heilsame Fortschritt, welcher in der neuen Einrichtung an sich lag, keineswegs in den Hintergrund gestellt werden. Eine weitere Verbesserung den Zuständen der vorigen Perioden gegenüber bildet aber die Ausdehnung des Geschäftskreises der Amtsbeamten selbst, welche wesentlich auf dem Gebiete der eigentlichen Verwaltung, oder wie der damals schon üblich werdende Ausdruck dafür lautet, der Polizei lag. Das Bestreben, die inneren Einrichtungen des Landes organisch auszubilden und die Fürsorge für das Wohl der Unterthanen und die gedeihliche Fortentwicklung ihrer Verhältnisse macht sich in immer erhöhtem Maasse geltend. Und hierbei wird namentlich die vermehrte Thätigkeit der Amtsbeamten in Anspruch genommen, deren Geschäftskreis so immer mehr erweitert bzw. im Einzelnen weiter ausgedehnt wird. So haben sie, wie allerdings theilweis schon früher, eine nicht unwesentliche Mitwirkung in Steuer- und Contributionsangelegenheiten, desgleichen wenn auch weniger hervorragend, in Accise- und Zollsachen; sie sind mitbetheiligt bei den militairischen Angelegenheiten, wie Soldatenaushebung, Marsch- und Einquartierungslastenvertheilung etc., haben die Grenz- und Territorialsachen zu besorgen, ferner das Gilde-Gewerbewesen, die Kirchen- und Schulangelegenheiten, die Wegebesserung, das Armen-

wesen, die Fremdenpolizei, die Brandversicherung etc.; daneben steht ihnen als eine Hauptpflicht die Ueberwachung und Beaufsichtigung der Gemeindeverwaltung zu, auch haben sie auf das ordnungsmässige Wirthschaften der Amtsunterthanen ihr Augenmerk zu richten und auch generell alles, was zur Verbesserung der Lage des Amtsbezirkes dienen kann, anzuregen und ins Werk zu setzen. Und wenn auch zum Theil diese Geschäfte im Allgemeinen den Beamten bereits in früherer Periode zustanden, so ist doch mit der Zeit eine sachgemässere Ausbildung der Geschäftszweige im Einzelnen und eine erweiterte und bessere Ordnung der beamtlichen Thätigkeit eingetreten.

Das Nichtvorhandensein einer Geschäftstrennung der beiden Beamten tritt zunächst in den Domanial-Pachtcontracten klar zu Tage; überall bis zum Ablauf der Periode ist in denselben nur von einer gemeinschaftlichen Verwaltung die Rede, der Pächter hat »die Administration, die Polizei- und sonstigen Amtssachen mit dem Justitiarius conjunctim« zu versehen und der Justitiarius hat dagegen auch für Beobachtung der Amts-jurium und für die Beitreibung und Berechnung der reservirten Intraden mit Sorge zu tragen. Im Jahre 1777 wurde wegen früher vorgekommener Conflicte über eine Abgrenzung der Beamtencompetenz speciell im Amte Schöningen verhandelt und liegen darüber zwei verschiedene Gutachten vor, welche auch über den ganzen Geschäftskreis der Beamten ein näheres Bild geben. Das eine ist von dem Amts-Cammerrath Freyhagen erstattet und unterscheidet in folgender Weise: »A. Zum Justiz-Departement gehören sind alle Klagen und Expeditionen, bei denen ein processuales Verfahren anzuwenden über das Mein und Dein. B. Zu den übrigen Amtsverrichtungen gehören: 1. Criminal- und Inquisitionsfälle; 2. Verbal- und Realinjurien, Blutrünst, Schwängerungsklagen und dergl.; 3. Land- und Forstgerichts-Wroren; 4. Bestellung und Beeidigung der Bauermeister, Geschworenen, Feldhüter, Nachtwächter, Müller, Krüger etc. (weil solches zur Landpolizei gehört); 5. Bestellung und Beeidigung der Landsoldaten; 6. Alle militaria; 7. Verfertigung und Confirmation der Ehestiftungen (weil dabei vieles auf die Verschreibung der Höfe, deren Conservation und Besetzung mit guten Hauswirthen beruhet); 8. Alle Cameral- und Amtsrechnungs-Angelegenheiten; 9. Die Besorgung der Jagd- und Forstsachen; 10. Die Verwahrung der Depositengelder; 11. Landschaftliche Angelegenheiten; 12. Kirchen-Visitationen und Revisionen der Kirchenrechnungen; 13. Publication der Herrschaftlichen Patente und Verordnungen; 14. Fürstliche Schul-, Freitisch- und Clauss-Angelegenheiten und deren Berechnung; 15. Alle zu den Land- und Forstgerichten gehörige Verfügungen und Verrichtungen; 16. Direction und Revision der Armen-Anstalten-Rechnungen; 17. Landes-Vermessungs- und Wegebesserungsangelegenheiten; 18. Besorgung der Beitrag-Steuer-Einnahme; 19. Zoll-Angelegenheiten; 20. Sanitäts-Angelegenheiten; 21. Alle auf Schöningenscher Feldmark vorkommende Streitigkeiten, Irrungen und Ausrichtungen, ingleichen Verrichtungen bei den Gilden (weil beides hauptsächlich in die Polizei- und ökonomische Wissenschaft einschlägt); 22. Die gegenwärtig vorseiende Contributionsbeschreibung und Vertheilung der Ueberschuss-Ländereien; 23. Alle und jede Ausrichtungen, so in genere zu dem Landpolizeiwesen gehören, der vielen übrigen unter keine besonderen Rubriken zu bringenden Verrichtungen nicht zu gedenken.« Das andere Gutachten ist in einem Promemoria des Geheimen Rathes Kerstens enthalten, welches zunächst ausführt, dass es schwer sei, den Begriff der Polizeisachen näher zu bestimmen und dass ein Object in gewisser Rücksicht zur Polizei, in gewisser Rücksicht zur Justiz gerechnet werden könne und eine auf alle Fälle passende Separation schwer, wo nicht unthunlich sei; es werden sodann als Justizsachen unter A. ausgeschieden: »Peinliche und bürgerliche Klagen; Untersuchung der Land- und Forstgerichts-Wroren; Abnahme der Kirchen-, Armen- und Gemeinde-Rechnungen; Aufnahme und Confirmation der Ehestiftungen, Contracte und Obligationen; Alle Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit; dagegen als Polizei- und Verwaltungssachen unter B: »Alle Territorial- und Grenzsachen und die darüber entstehenden Streitigkeiten; Publication der Herrschaftlichen Verordnungen; Kopf- und Beitrags-Steuersachen, Contributionssachen und Rectificirung der Contributionsbeschreibung;

Alle Cammer-Sachen, als Verpachtung der Cammergüter, Zollsachen, Jagd-, Forst-, Fischerei- und Dienst-Sachen, Prästanda der Unterthanen überhaupt und deren Remission, Concessionen und deren Verpachtung und dergl.; Alle Kirchen-, Schul-, Armen- Freitisch- und Clauss-Angelegenheiten insoweit nicht ad A. eine Ausnahme gemacht ist; die Verwahrung der Depositengelder ex speciali dispositione; Alle militaria; Brandversicherungs-Sachen und alle landschaftliche Angelegenheiten; Bestellung der Bauermeister, Geschworenen und Pfänder, Verpachtung der Gemeindegüter und sonstigen Gemeindesachen excl. der Abnahme der Gemeinderechnungen; Alle Gilde- und Handwerksangelegenheiten; Sanitätssachen; Viehsenkenanstalten, Landesvermessungs- und Wegebesserungssachen; Veranstaltungen gegen die Bettelheiden, Zurückhaltung alles liederlichen Gesindels und deshalb vorzunehmende Visitationen, Aufsicht auf Feuer, Licht, Bestellung der Feuerherren und Nachtwächter und überhaupt alle zur Abwendung aller Unordnungen nöthigen Verfügungen; Beeidigung der Krüger und Müller, Aufsicht auf richtiges Maass, Ellen und Gewicht, und überhaupt alle zur Beförderung des Handels und Wandels und Abwendung aller Vervortheilungen nöthigen Vorkehrungen; Aufsicht auf die Wirthschaft der Unterthanen, alle Veranstaltungen gegen den Mangel an Lebensmitteln und was sonst zur Land- und Dorf-Polizei gehört. Wirklich durchgeführt ist diese Geschäftsvertheilung nicht worden; sie wollte übrigens auch nicht eine vollständige Theilung herbeiführen, sondern lediglich die eigentlichen Justizsachen ausscheiden und diese dem Justizbeamten ausschliesslich zuweisen, die Polizei- und Verwaltungssachen, welche unter B. aufgeführt waren, sollten nach wie vor beiden Beamten gemeinschaftlich bleiben. Die Vereidigung der Pachtbeamten, welche lediglich vor der Fürstlichen Cammer erfolgte, bezog sich nur kurz auf die Verwaltungspflichten des Pächters, behandelte dagegen die eigentlichen Pachtverpflichtungen weitläufiger. Die Justizbeamten hatten stets einen doppelten Eid zu leisten, einmal den Eid ad criminalia, welcher vor Fürstlicher Justiz-Canzlei abgelegt wurde und sich ausschliesslich auf die Handhabung der Criminaljustiz bezog, und dann den Eid ad civilia, welchen die Fürstliche Cammer abnahm. Der letztere Eid wurde regelmässig bei Uebnahme des Amts am Amtshauptorte von den mit der Uebergabe betrauten Beamten der Fürstlichen Cammer in Gegenwart des Pachtbeamten, der Amtsunterbeamten, wie Amtsvogt und sonstiger Vögte etc., der Bauermeister und Feldgeschworenen der Amtsdörfer abgeleistet und hatte eine weitläufigere aber mit geringen Abweichungen sich stets wiederholende Form; die nachstehende Eidesformel, welche bei Einführung eines Justitiarius zu Ottenstein im Jahre 1776 Anwendung gefunden, bietet dafür ein Muster: »Ihr sollet geloben und schwören: Demnach ihr bei dem Fürstlichen Amte Ottenstein zum Justitiarius angenommen, einen Eid zu Gott und auf sein heiliges Wort, dass dem Durchlauchtigsten Fürsten und Herrn Carl Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg etc. ihr wollet getreu, gehorsam und gewärtig sein, Derselben Bestes suchen und befördern, Arges und Nachtheil aber nach eurem Vermögen und Verstande kehren, wahren und abwenden, insonderheit aber die Höchstgedacht Ihre Durchlaucht bei besagtem Amte competierende Gerichte und Territorialgerechtigkeit und was dem anhängig, besonders auch die Grenze des Fürstlichen Amtes mit und nebst dem jedesmaligen Pachtbeamten gebührenden Fleisses beobachten und dahin sehen, dass Ihrer Durchlaucht dabei so wenig von auswärtigen als von einheimischen einiger Eintrag und Behinderung geschehe, fürnehmlich auch der Unterthanen Conservation und Aufnahme euch möglichst mit angelegen sein lassen, damit dieselben wider die Gebühr und Billigkeit nicht beschweret werden mögen, desgleichen mit und nächst dem Pachtbeamten, der Justiz- und Parteisachen euch ernstlich und mit allem Fleisse annehmen, und zu dem Ende ordentliche Gerichtstage halten, die Parteien gegeneinander hören, den Statum Controversiae und was dem einen oder anderen Theile zu thun, zu handeln, zu bescheinigen oder zu beweisen obliegt, wohl untersuchen, die Abfassung der Bescheide und Urtheile nach der Landesordnung, Constitutionen und Landtagsabschieden, und wenn dieselben den vorkommenden Casum nicht enthalten, den gemeinen Rechten nach, ohne alle Affecten abfassen und publiciren, auch die Parteien nicht in weitläufige kostbare Processen verwickeln, sondern entweder durch gütliche Vergleiche, oder sonst ohne Aufenthalt und Weitläufigkeiten auszuscheiden suchen, keinen Theil mit Gerichtssporteln eures Interesses und des davon euch vermachten Antheils halber übersetzen, sondern auch mit dem, was desfalls in der neu

publicirten Sportel-Ordnung verordnet, begnügen, nicht weniger über alle vorkommende Herrschaftliche Amts-, Partei- und Justiz-, auch Land- und Forstgerichts-Sachen ordentliche Protocolle führen und die Registraturen ferner in gute Ordnung bringen und darin erhalten, die Bauermeister-Rechnungen alle und jede Jahr abnehmen, die Gemeinen zu Besserung der Wege zu rechter Zeit mit anhalten, auf die einkommenden Schriften und übrige exhibita das praesentatum allemal gehörig vermerken, insonderheit auch nach der unterm 17. Juni 1760 für alle Beamten und Justitiarien im Lande ausgefertigten Instruction euch pflichtmässig und genau achten, sowohl die currenten als die noch zu gebrauchende alte Acta, sofern es noch nicht geschehen, selbst heften oder allenfalls in eurer Gegenwart heften lassen; desgleichen die Protocollbücher über die Sachen, welche in einem oder etlichen Terminen ohne Weitläufigkeiten abgethan werden, und welche mit zu heften sind, mit einem Register zu versehen, die Gelder, welche ad depositum genommen werden, jedesmal in das Depositenbuch registriren, auch sofort in den Depositenkasten legen, und davon zu eurem Gebrauch nichts zurückhalten, das Gerichts-Siegel sowohl als auch den Schlüssel zum Depositenkasten gehörig mit in acht nehmen, aus der Amtsregistratur weder selbst etwas entwenden, noch von anderen wissentlich abhandeln bringen lassen und da ihr etwa ausser Ihro Durchlaucht Dienste treten, oder anders wohin euch begeben solltet, davon nicht das geringste mitnehmen, sondern alles in guter Ordnung zurücklassen, nicht weniger was ihr, aus solcher Registratur auch sonst, während eurer Bedienung in Erfahrung bringet, weder in noch ausserhalb derselben, zu Ihro Durchlaucht und des Amts, auch dessen Unterthanen Präjudiz jemanden offenbaren, sondern bis in euer Grab verschwiegen halten, und übrigens alles andere thun und leisten sollet und wollet, was einem Justitiario und getreuen Diener zu thun gebühret; So wahr euch Gott helfe und sein heiliges Wort.« Bei der Einführung und Vereidigung des Justizbeamten fand regelmässig die Uebergabe der Amtscassen statt, so der Feuernassen, der Wegebesserungscassen, der Armenncassen, desgleichen auch die Uebergabe der gerichtlichen Deposita. Ebenso werden auch die Acten überwiesen; bei der Einführung eines Justitiarius zu Warberg 1776 sind die Acten in folgende Rubriken getheilt: 1. Herrschaftliche Expeditionen; 2. Hochfürstliche Cammer-Angelegenheiten; 3. Fürstliche Amts-Sachen; 4. Commissions-Sachen; 5. Kirchen- und Consistorial-Angelegenheiten; 6. Inquisitionalia; 7. Civilia. — Besondere Bestallungen für die Pachtbeamten wurden nicht ausgefertigt, hier dienten die Pachtcontracte als solche; nur bei Verleihung eines höheren Titels (Drost, Amtsrath etc.) kommen Bestallungsurkunden vor, welche dann aber nur ganz kurz die Titelverleihung enthalten, ohne die Amtspflichten zu berühren. Die Justizbeamten dagegen erhielten stets Bestallungsurkunden; in denselben waren meist die durch das Amt bedingten Pflichten näher aufgeführt und zwar in einer von der Vereidigung durchaus abweichenden Weise. In der Bestallungsurkunde für einen Justizbeamten zu Ottenstein sind folgende einzelne Amtspflichten hervorgehoben: »1. Fürstliches Interesse wahren; 2. In Contributions-, Justiz-, Polizei- und anderen Sachen, auch Zoll-, Accis- und übrigen Einkünften thätig sein, auch die unter Aufsicht der Fürstlichen Cammer stehenden fürstlichen Rechte fördern etc.; 3. Unparteiisch die Justiz verwalten; 4. Die Registratur führen etc.; 5. Contributionswesen fördern; 6. Bei den rathhäußlichen Oekonomie-, Cämmerei- und Creditwesen das erste eventuell entscheidende Votum führen; 7. Militair-Marsch-, Einquartierungs- und Proviant-Sachen besorgen; 8. Emigranten- und Fremdenwesen beaufsichtigen; 9. Fremde gute Handwerker, Künstler und Gewerbetreibende, sowie wohlhabende Fremde herbeiziehen bezw. nach Möglichkeit für Unterbringung und Förderung derselben sorgen; 10. Förderung des Ackerbaues und der Viehzucht, der Obstbaumcultur und Bienenzucht; 11. Desgleichen der Zwirn- und Strumpf-Manufactur etc.; 12. Desgleichen der Wollspinnerei; 13. Die Cämmerei-Rechnungen und Bilanzen gemeinschaftlich mit dem Bürgermeister und Rath aufstellen und einsenden; 14. Jährlich über die Auführung der Steuer-, Zoll- und anderer Bedienten, auch Magistratspersonen und Raths-Unterbedienten berichten; 15. Strafprotocolle wegen Defraudation und anderer Verbrechen jährlich einsenden; 16. Einreichung aller über öffentliche Bau- und anderen Ausgaben auch onera publica zu führenden Rechnungen; 17. Anschläge und Etats der Cämmereigüter und Einkünfte prüfen; 18. Erstattung der erforderlichen Meldungen an das Intelligenz-Comptoir; 19. Bericht über Beschaffenheit des Depositenkastens; 20. Berichterstattung über

alles, was Interesse bietet und Nutzen verspricht (namentlich an den Landdrost, welchem die Oberaufsicht über die Administration der Polizei im Weser-Districte übertragen ist); 21. Beachtung fernerer Punkte, welche das Polizeiwesen betreffen und nicht sämmtlich aufgeführt werden können.«

Sodann ist hier noch ein kurzer Blick auf die unter den Amtsbeamten stehenden Beamten zu werfen. Es sind dieses einmal die Localbeamten für die einzelnen Ortschaften und ferner die eigentlichen Unterbeamten, welche im unmittelbaren und directen Abhängigkeitsverhältnisse zu den Amtsbeamten stehen. Die Localbeamten waren je nachdem es sich um eine Stadt bezw. einen Flecken oder ein Dorf handelte, verschiedene. In den Städten und Flecken wirkten Magistrate mit einem Bürgermeister an der Spitze, durchweg mit einer je nach der Grösse des Orts mehr oder weniger hervortretenden Unabhängigkeit von den Amtsbeamten. In den Dörfern leiteten Bauermeister, mitunter auch Schulzen genannt, die Verwaltung. In den Städten stand, wie bereits oben gezeigt, den Localbehörden fast durchweg die untere Gerichtsbarkeit, vereinzelt auch die obere zu, welche regelmässig durch einen besonderen Beamten oder eine besondere Abtheilung des Magistrats wahrgenommen wurde; von der übrigen localen Verwaltung war sodann meist auch die Polizei besonders abgetrennt und einem eigenen vom Landesherrn ernannten Beamten zugewiesen. Die Bauermeister hatten lediglich die Ortsverwaltung unter weitgehender Aufsicht der Amtsbeamten zu besorgen. Eine Zwischenstufe zwischen den Localbeamten und den eigentlichen Unterbeamten bildeten die allerdings nur bei einigen wenigen Aemtern vorkommenden Gogrefen; dieselben waren den Amtsbeamten unmittelbar untergeordnet und in der Hauptsache an dessen directe Befehle gebunden, hatten daneben aber für ihren einen Theil des Amtes umfassenden Bezirk gewisse, sonst dem Amt zustehende Befugnisse meist untergeordneter Bedeutung selbstständig vorzunehmen; mit der Zeit hat sich jedoch diese Stellung mehr und mehr verloren. Eigentliche Unterbeamte der Amtsbeamten waren hauptsächlich die Actuaren und die Amts-Gerichts- und Untervögte. Die Annahme eines Actuarius stand durchweg im Belieben der Amtsbeamten, sie hatten aber auch die ganze Besoldung desselben zu tragen; der Actuarius war nur Aushülfsarbeiter für den Amtsbeamten und arbeitete lediglich für denselben unter dessen Namen und Verantwortung. Die Amts-Gerichts- und Untervögte hatten wesentlich die Befehle der Amtsbeamten auszurichten und zu vollstrecken, daneben die eigentliche Localaufsicht zu üben und den Verkehr mit den Localbehörden zu vermitteln, auch vielfach Erledigungen an Ort und Stelle zu besorgen.

In der Stadt Braunschweig stand dem Magistrat die obere und die untere Gerichtsbarkeit zu; die Localverwaltung war hier der Natur der Sache nach weit ausgedehnter als in den übrigen Städten; der Magistrat theilte sich in ein Justizdepartement, ein Polizeidepartement, ein Vormundschaftsdepartement und ein Stadtdepartement; das Polizeidepartement besteht aus dem Polizeidirector, einem Syndicus, sechs Senatoren und einem Secretair, unter ihm stehen die Districts-polizeigerichte; für das ausserhalb der eigentlichen Stadt belegene Stadtgebiet werden die ökonomischen Angelegenheiten und die Polizei- und Wrogensachen unter Aufsicht des Magistrats durch ein Rathsmittglied, das den Titel Amtmann führt, besorgt; der Magistrat ist von einer Amtsverwaltung nicht abhängig. Die Stadt Wolfenbüttel besass gleichfalls die Ober- und die Untergerichtsbarkeit; der Magistrat be-

stand aus dem Gerichtsschultheiss, einem gelehrten und einem bürgerlichen Bürgermeister, einem Stadtsecretair, zwei Cämmerern und einer unbestimmten Anzahl Senatoren; den Gerichtsschultheissen ernannte der Landesherr, im Uebrigen ergänzte sich der Magistrat durch eigene Wahl; neben dem Magistrat fungirt das Polizeidepartement, welches unmittelbar unter dem Landesherrn steht und sich aus dem Gerichtsschultheissen, dem Polizeidirector, Bürgermeister und Secretair zusammensetzt, für alle Polizei- und Gildesachen, die Ertheilung geringer Concessionen und alles, was die Sicherheit der Stadt betrifft. Die Stadt Schöppenstedt, welche nur Untergerichtsbarkeit hat, verwaltet ein Rath; derselbe versieht die Civilgerichte und die Polizei und wird gebildet aus dem Gerichtsschultheissen, zwei Bürgermeistern und einigen Beisitzern, welche sämmtlich vom Landesherrn ernannt werden. Die Stadt Helmstedt wiederum mit voller Gerichtsbarkeit hat an ihrer Spitze einen Magistrat aus einem Gerichtsschultheissen, zwei Bürgermeistern, von denen der eine zugleich Syndicus, einem Cämmerer, zwei Senatoren und einem Stadtsecretair bestehend; daneben findet sich ein besonderes Polizeicollegium als Departement des Magistrats, welches jedoch keine Jurisdiction hat und über einige Polizeiangelegenheiten als Strassenreinigung, Feueranstalten, Brunnenerhaltung etc. wacht; der Gerichtsschultheiss wird vom Landesherrn ernannt, die übrigen Mitglieder des Magistrats werden von diesem selbst durch Wahl ersetzt. Die Verwaltung der Stadt Schöningen und die untere Gerichtsbarkeit daselbst versieht ein Magistrat, dessen Mitglieder ein Gerichtsschultheiss, zwei Bürgermeister, zwei Cämmerer, zwei Senatoren und ein Secretair sind; der Gerichtsschultheiss wird vom Landesherrn ernannt, die übrigen Mitglieder werden vom Magistrat selbst gewählt; ein besonderes Polizeidepartement besteht nicht. Der Rath der Stadt Königslutter, welcher die Civilgerichte derselben verwaltet, besteht aus einem Director, einem Gerichtsschultheissen, einem Bürgermeister und einem Cämmerer. Die Stadt Gandersheim, welche gleichfalls nur Untergerichte hat, wird durch einen Magistrat geleitet, welcher sich aus dem Gerichtsschultheissen, einem Bürgermeister, einem Syndicus, einem Cämmerer und einem Senator zusammensetzt; dem Gerichtsschultheiss, welcher hier wie überall vom Landesherrn ernannt wird, steht auch die Verwaltung der Polizei zu. In der Stadt Seesen besorgt die bürgerliche Gerichtspflege und die Polizei ein Magistrat aus einem Gerichtsschultheissen, zwei Bürgermeistern, einem Cämmerer und einem Senator. Die Stadt Holzminden hat wiederum Ober- und Untergerichtsbarkeit; dieselbe wird ebenso wie die Polizei und die übrige Verwaltung durch den Magistrat wahrgenommen, der sich aus dem vom Landesherrn gesetzten Gerichtsschultheissen, einem Bürgermeister, welcher das Secretariat mit bekleidet, zwei Senatoren und einem Polizeischreiber zusammensetzt. Die Stadt Stadtholzen besitzt ebenfalls Ober- und Untergerichtsbarkeit; ihr Magistrat, welcher diese ebenso wie die Polizei versieht, besteht aus einem Gerichtsschultheissen, einem Cämmerer und zwei Senatoren. Der Magistrat der Stadt Blankenburg hat nur die Civilgerichtsbarkeit und die eigentliche Stadtverwaltung zu versehen, die Polizei hat die Fürstliche Regierung; der Magistrat wird aus zwei Bürgermeistern, einem Syndicus, einem Stadtschreiber und zwei Cämmerern gebildet. Der Magistrat der Stadt Hasselfelde, welcher die bürgerliche Gerichtsbarkeit und die Stadtverwaltung, sowie auch die Polizei zu besorgen hat, besteht aus einem studirten und einem unstudirten Bürgermeister und zwei Cämmerern. Der einzige Flecken mit Untergerichtsbarkeit ist der Stadtflecken Eschershausen; der Magistrat desselben wird aus dem Gerichtsschultheissen, einem Bürgermeister und zwei Senatoren gebildet. In den übrigen Flecken stehen meist ein oder zwei Bürgermeister und ein Rath an der Spitze der Verwaltung; Jurisdiction haben dieselben nicht, wohl aber einen Theil der Polizeiangelegenheiten. Die Localverwaltung der Dörfer lag nach wie vor in der Hand der Bauermeister, doch scheint die oben angeführte Vorschrift der Amts-Cammerordnung vom 1. Juli 1688, nach welcher »in jeder Dorfschaft ein paar fleissige, verständige und gute Richtigkeit liebende Männer als Bauermeister angenommen, ohne Abwechslung beständig dabei gelassen und von den Gemeinden eine jährliche Vergütung für ihre Bemühungen erhalten sollen,« nicht überall streng durchgeführt zu sein, weshalb ein Landesfürstliches Circular-Rescript vom 30. November 1804 dieselbe nochmals in Erinnerung bringt und genaue Beachtung derselben fordert; als Zweck der Bauermeister wird in diesem Rescript bezeichnet, »der Unsittlichkeit und jeder Unordnung in der Gemeinde möglichst zu steuern; die Gerechtsame der Gemeinde vor Beeinträchtigungen zu bewahren, ihre Güter

und Aufkünfte auf das Vortheilhafteste zu verwalten, die Befehle der Obrigkeit pünktlich zur Vollziehung zu bringen und auf die genaue Befolgung der Landes- und obrigkeitlichen Verordnungen zu achten.« Die Bauermeister werden in einzelnen Bezirken auch als »Schulzen« bezeichnet, so z. B. in den Aemtern Calvörde und Vorsfelde, auch kommt in derselben Ortschaft dort Schulze und Bauermeister vor. Vereinzelt findet sich auch die Bezeichnung »Gemeindevorsteher«, so im Amte Harzburg; auch scheint stellenweise eine gewisse Rangabstufung unter Bauermeistern einer Ortschaft stattgefunden zu haben, wobei dann der zweite Bauermeister »der kleine Bauermeister« genannt wird. — Die Gogrefen werden den subalternen Beamten zugezählt, aber unter diesen immer in erster Linie angeführt; ihre Stellung hat sich mit der Zeit immer mehr der der Amtsvögte genähert; sie kommen überhaupt nur vereinzelt vor, so in den Aemtern Wickensen, Lichtenberg, Campen, Bahrdorf. Die hauptsächlichsten Unterbeamten der Aemter sind die Amtsvögte, welche sich bei allen Aemtern finden; daneben kommt dann noch aber nicht regelmässig eine Reihe anderer Vögte vor, welche nach ihren wesentlichen Dienstfunctionen mit verschiedenen Namen bezeichnet werden, so Gerichtsvogt, Wegebesserungsvogt, Klostervogt, Schliessvogt, Landvogt, Untervogt. Der Geschäftskreis eines Amtsvogts erstreckt sich nach einer für die fürstlichen Aemter Jerxheim und Voigtsdahlum erlassenen Instruction vom Jahre 1789 auf folgende Punkte: »1. Die Befehle seiner Vorgesetzten namentlich der Beamten bei den Fürstlichen Aemtern ausführen, sich mit den Befugnissen und Gerechtsamen der Aemter bekannt machen und solche vor Beeinträchtigungen bewahren und die Verhältnisse in den einzelnen Ortschaften kennen lernen; 2. Die Landpolizei und die Erfüllung der Fürstlichen Landes-Ordnung etc. beachten, Contractionen dagegen anzeigen, Bauermeister und Geschworene beaufsichtigen; 3. Streitigkeiten der Gemeindegossen in Güte beizulegen versuchen, den Gerichtstagen beiwohnen und die Aufträge des Gerichts erfüllen, namentlich auch Executionen und Pfändungen vornehmen; 4. Sterbefälle der mit Hinterlassung unmündiger Kinder Verstorbenen behuf Anordnung der Vormundschaft etc. zur Anzeige bringen; 5. Bestellung der Herrendienste, Burgvesten und Kriegsführen nach Billigkeit und gleichmässig vornehmen; 6. Bei Einnahme von Amtsgefallen und Einziehung von Amtsgeldern ordnungsmässig verfahren; 7. Für rechtzeitige Abführung der Abgaben Sorge tragen, bezw. die Bauermeister dazu anhalten; 8. Verwaltung der Gemeinde-Einkünfte und Rechnungsführung der Bauermeister beaufsichtigen; 9. Die Bestallung der Gemeindebeamten, Feldvögte, Nachthirten, Nachtwächter etc. beachten, sowie die Feuer-Visitationen mit abhalten; 10. Vorsichtsmaassregeln bei Viehseuchen anordnen und Beobachtung derselben beaufsichtigen; 11. Ordnungsmässige Erhaltung der öffentlichen Gebäude, desgleichen ordnungsmässige Herstellung der Privatgebäude beaufsichtigen, Taxation neuer Gebäude; 12. Unterhaltung der Landstrassen, Brücken und Communicationswege beaufsichtigen; 13. Handel der Krämer auf dem Lande überwachen und das Publicum vor Uebervorteilung schützen, Zolldefrauden verhüten, Gesindel ausweisen und Unfug verhindern etc.; 14. Wirtschaftsführung der Einzelnen beachten; 15. Berathung der Unterthanen bezüglich ihrer Wirthschaft etc.; 16. Auswärtige Werbungen zum Militair verhindern etc.« Die Unterbeamten mussten früher zum Theil von den Pachtbeamten unterhalten und salarirt werden, später wurden sie durchweg lediglich von der Fürstlichen Cammer angenommen und bezogen ihr Gehalt aus der Cammercasse.

Wenn nun auch die jetzt zu behandelnde Periode eine so umfassende gesetzliche Vorschrift über die Amtsthätigkeit der Verwaltungsbeamten als solche wie die vorige Periode in der Amts-Cammerordnung vom 1. Juli 1688 nicht aufzuweisen hat, so finden wir doch in derselben eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen und Verordnungen, welche den Geschäftskreis der eigentlichen Verwaltung berühren und denselben theils näher bestimmen, theils erweitern. Am ersten liess sich mit der Amts-Cammerordnung von 1688 für diese Periode vielleicht noch die unter dem 17. Juni 1760 erlassene Instruction für die Beamten, Justitiarien und Actuarien vergleichen, da auch sie in gewisser Beziehung eine grundlegende

allgemeine Bedeutung hat; sie bezieht sich jedoch im Wesentlichen auf die Justizpflege und berührt die eigentliche Verwaltung nur sehr kurz und in allgemeinen Bestimmungen, so dass sie also hier von weniger Bedeutung erscheint. Daneben behandeln aber noch verschiedene Landesfürstliche Verordnungen allgemeine speciell auf eigentliche Verwaltung sich beziehende Verpflichtungen der genannten Beamten. Besonders gross ist gleichwie in der vorigen Periode die Zahl der den Wegebau betreffenden Vorschriften, welche dabei die Pflichten der Verwaltungsbeamten bezüglich desselben berühren. Weitere specielle Landesfürstliche Verordnungen etc. beziehen sich auf die eigentliche Polizei, namentlich Bau- und Feuerpolizei und erweitern den Geschäftskreis der Beamten nach dieser Richtung hin. Andere betreffen wieder das Gewerbe- und Gildewesen, sowie auch das Medicinalwesen. Auch die Aufsicht über die Gemeinden und die Gemeindeverwaltung wird zum Gegenstand gemacht und in einzelnen Beziehungen näher geregelt. Dann wird auch den Beamten eine Thätigkeit in Schulangelegenheiten durch verschiedene gesetzliche Vorschriften zugewiesen. Berücksichtigt man alle diese einzelnen Vorschriften, so ist nicht zu verkennen, wie auch in dieser Periode die Thätigkeit der Beamten auf dem Gebiete der eigentlichen Verwaltung eine erhebliche Erweiterung und eine im Einzelnen sachgemässere Regelung erfahren und somit einen gedeihlichen Fortschritt gemacht hat.

Schon im Jahre 1754 wurde eine Instruction für die Ober- und Beamte zu Lichtenberg und Gebhardshagen und Gericht Salder erlassen, desgleichen 1759 eine ähnliche für das Amt Warberg; beide beziehen sich fast ausschliesslich auf die Justizpflege und haben das Vorbild für die allgemeine Instruction von 1760 gegeben, der sie fast ganz gleichen. Die allgemeine Instruction vom 17. Juni 1760 ist vom Herzog Carl I. erlassen, um »in Dero Fürstlichen Aemtern zu desto schleuniger Ausrichtung aller Amtssachen, welche seit einigen Jahren auf verschiedenen Aemtern nur gar zu schläfrig betrieben zu sein geschienen, denen Beamten, Justitiariis, und in einigen auch Actuariis die Verwaltung dieser Sachen, und Beobachtung ihrer Obliegenheit, anderweit von neuem besonders zu injungiren;« in 14 Abschnitten sind sodann die Pflichten der besagten Beamten näher aufgezählt; die ersten 12 Abschnitte behandeln jedoch lediglich die auf die Justizpflege bezüglichen Pflichten, nur in den beiden letzten ist allgemein die Verwaltung berührt worden in folgender Weise: »Serenissimus wollen mit besonderen gnädigen Wohlgefallen aufnehmen, wenn die Beamte gemeinschaftlich oder einzeln Fürstl. Cammer Vorschläge thun werden, wodurch dem ganzen Amte, oder einzelnen Gemeinden, oder auch nur einigen Einwohnern zu besserem Auskommen geholfen, und wodurch das öffentliche oder das Privat-Beste der Amtsunterthanen befördert werden kann; und, wie bei dem Landmann die Verbesserung des Ackerbaues, der Wiesen, Aenger und Weide, welche alle durch eine gute Cultur noch zu melioriren, einer der wichtigsten Vorwürfe ist; so werden die Beamte nach ihrem schuldigen Dienst-eifer, besten Wissen und Fleiss dieses würdige Object sich empfohlen sein lassen und nicht allein dahin sehen, dass von Amtswegen über die deshalb ergangenen Verordnungen gehalten werde, als deswegen auch jeder Actuarius, wo ein solcher gesetzt ist, gleichfalls darauf zu achten hat, sondern, wenn die Beamten vermeinen, dass deren Verordnung noch etwas hinzuzuthun sein möchte, so haben sie deshalb zu berichten. Uebrigens ist auch auf Grenz-, Zoll- und übrige Serenissimi jura betreffende Sachen von allen beständig ein offenes Auge zu haben, besonders sind die Befugnisse der Fürstlichen Cammer, so viel immer thunlich, von Zeit zu Zeit in Ausübung zu bringen, damit man, wenn es dereinst darüber zum Processe kommen sollte, mit der Possession sich schützen könne.« Um das Jahr 1790 ist eine Vervollständigung dieser Instruction in Berathung gestellt und sollte dabei namentlich die Thätigkeit der Beamten auf dem Gebiete der eigent-

lichen Verwaltung berücksichtigt werden; in den bezüglichen Verhandlungen ist ausgeführt, dass die Aufnahme sämtlicher Verrichtungen der Beamten nicht thunlich sei, Fürstliche Cammer hebt jedoch zur Aufnahme speciell hervor: die Obacht auf Verpachtung der Gemeindegüter, Aufstellung der Contributionsbeschreibung, wo solche ungewiss, und Untersuchung etc. der Contracte mit Verpfändung von Gemeindegütern; zu einem Erfolg haben die Verhandlungen nicht geführt. Neben der Instruction von 1760 finden sich noch folgende Vorschriften allgemeiner Natur. Die Landesherrliche Verordnung vom 3. Juni 1759 bestimmt: »Die Beamten sollen wenigstens alle Jahr die Dörfer ihres Amtes bereisen, nach Feueranstalten und anderen Polizeisachen sich erkundigen, den Ackerbau in Augenschein nehmen, wie an Aeckern, Wiesen und Aengern etwas zu verbessern, prüfen, auf die schlechten Wirthe besonders Acht geben, dieselben entweder in loco oder nachher im Amte ernstlich vornehmen, alle übrigen Mängel bemerken, so viel an ihnen ist, abstellen und von allem dem jedesmaligen Landgerichts-Commissario eine schriftliche Relation oder statt dessen das darüber gehaltene Generalprotocoll zustellen.« Das Landesfürstliche Ausschreiben vom 23. December 1755 ordnet an, dass die Justitiarii und die Actuarii ein Examen abzulegen haben; dieses wird durch das Ausschreiben vom 25. Mai 1778 wiederholt. Nachdem schon früher verboten war, dass die Amtleute in ihrem District Höfe ankaufen, verfügt die Landesherrliche Verordnung vom 20. Januar 1789: »Alle obrigkeitlichen Personen und die Justizbeamten auf dem platten Lande dürfen sich ohne Höchste vorher darüber nachzusuchende ausdrückliche Bewilligung überall nicht mit Pachtungen von Ländereien, um davon die zu ihrer und ihrer Familie Consumtion etwa erforderlichen Kornfrüchte selbst zu gewinnen, abgeben, sondern sollen in Zukunft nicht mehr Länderei in Pachtung nehmen, als sie zu Ausfütterung ihrer Pferde und Kühe unumgänglich bedürfen.« Speciell das Amts-Rechnungswesen im Fürstenthume Blankenburg ordnet ausführlich eine Landesherrliche Verordnung vom 13. November 1795. — Was die Wegebesserung anlangt, so ist es zunächst von Wichtigkeit, dass, um der schon früher für das ganze Land eingesetzten General-Wegebesserungs-Commission die Mittel für eine gedeihliche Wirksamkeit zu gewähren, durch den Artikel 22 des Landtags-Abschiedes vom 9. April 1770 eine Wege-Unterhaltungscasse mit einem Zuschuss aus den Landescassen eingerichtet wurde; schon vorher hatte nach einem Landesherrlichen Ausschreiben vom 22. November 1751 die Curie der Ritterschaft einen Beitrag von 10000 Thlr. zur Wegebesserung für das eine Mal freiwillig übernommen, welcher sodann ausgeschrieben wurde. Das Landesfürstliche Ausschreiben vom 1. December 1750 und die Landesfürstliche Verordnung vom 30. Januar 1753 ordnen die regelmässige Besserung und Unterhaltung der Wege; der General-Wegebesserungs-Commission soll eigentlich nur der Neubau und die Instandsetzung grösserer Wegestrecken obliegen, Ausbesserung kleinerer Schäden ist von den Pflichtigen ohne Weiteres vorzunehmen; bei den Wegen werden Heerstrassen und Feldwege unterschieden; die Ober- und Beamten auch Magistrate in den Städten und Gerichtsobrigkeiten haben die Ausführung zu überwachen. Ein Landesfürstliches Ausschreiben vom 4. April 1764 befiehlt, Stein-, Grand- und Sandgruben für die Ausbesserung der Wege zur Anzeige zu bringen. Durch die Landesfürstliche Verordnung vom 13. Juni 1767 wird die Wegebesserung nochmals eingeschärft und den Gerichten aufgegeben, unter Zuziehung der Gerichtsunterbedienten und der Bauermeister jedes Frühjahr und Herbst eine Visitation vorzunehmen. Die Landesfürstliche Verordnung vom 27. November 1769 erneuert die Verordnung vom 30. Januar 1753 und dehnt sie auch auf die Dorf-Communicationswege aus. Strenge Anordnung trifft wiederum das Landesfürstliche Ausschreiben vom 11. Mai 1777: »Die Obrigkeiten sollen mit Nachdruck darüber halten, dass die Bauermeister eines jeden Orts ihrer Eidespflicht gemäss auf die Wegebesserung gehörig Acht haben, und jede Gemeinde den Tractum, dessen Besserung ihr obliegt, in gehörigem Stande erhalten musste, zu dem Ende die Heerstrassen und Wege jährlich selbst ein oder ein paar Mal bereisen, und die Bauermeister und Gemeinden zu deren Besserung nachdrücklich anhalten. Eine umfassende und eingehende Neuordnung des gesammten Wegebauwesens enthält die Landesfürstliche Verordnung vom 8. Juli 1772; es wird eine beständige Nachbesserung der Wege vorgeschrieben, für welche die mit einem besonderen Abzeichen zu versehenen Wegewärter zu sorgen haben. Polizeiliche Vorschriften über Benutzung der Wege etc. werden gegeben; die General-Wegebesserungs-Commission hat in erster Linie für

die Hauptstrassen des Landes Sorge zu tragen, doch steht ihr die Oberaufsicht über alle Strassen und Communicationswege des Landes zu; über die ganze Art und Weise der Instandsetzung etc. sind eingehende Bestimmungen getroffen; die Ueberwachung der Ausführung wird wie bisher der General-Wegebesserungs-Commission, den Ober- und Beamten, den Gerichtsobrigkeiten, sowie den Magistraten in den Städten übertragen. — Die eigentliche Polizei betrifft zunächst ein Landesfürstliches Anschreiben vom 5. December 1769, welches den Gerichten, Visitationen nach feuergefährlichen Anlagen vorzunehmen, aufträgt; die Landesfürstliche Verordnung vom 9. November 1778 giebt eine Reihe feuerpolizeilicher Vorschriften und beauftragt die Prediger und die Obrigkeiten für die Ausführung derselben Sorge zu tragen. Die Landesfürstliche Verordnung vom 17. Mai 1779 richtet sich gegen die Entheiligung des Sabbaths und enthält darauf bezügliche Einzelbestimmungen, auf deren Beobachtung wiederum die Ober- und Beamten, Magistrate in den Städten und Gerichtsobrigkeiten zu achten haben. Das Landesfürstliche Ausschreiben vom 4. October 1791 ordnet das Passwesen; die Obrigkeiten sollen nur für die Personen, welche in ihrem Gerichtsbezirk das Domicilium haben, Pässe ausstellen, nicht aber für Fremde. Die Behandlung der Polizeisachen in der Stadt Braunschweig regelt ausführlich die Landesherrliche Verordnung vom 24. Juli 1759. — Das Gewerbe- und Gildewesen in einzelnen Beziehungen berühren die folgenden Verordnungen: Die Landesfürstliche Verordnung vom 23. November 1744 weist die Land-Commissare an, die Müller und deren Betrieb zu beaufsichtigen. Die Landesfürstliche Verordnung vom 28. September 1752 setzt die Gewerbebefugnisse der Maurer und Lehmrentirer fest; die Obrigkeiten haben auf die Innehaltung zu achten. Als Unterbeamte der Obrigkeiten auch speciell der Gerichtsobrigkeiten werden besondere Aufseher zur Controlirung der Hausirer auf dem platten Lande bestellt; denselben wird unter dem 1. Mai 1765 eine genaue Instruction gegeben; durch die Landesfürstliche Verordnung vom 17. Juni 1765 werden sodann die Bauermeister angewiesen, diese Aufseher zu unterstützen und auch die gleichen Denunciationen wie dieselben zu machen, worauf sie von den Obrigkeiten, denen wiederum die Oberaufsicht ausdrücklich zugewiesen ist, zu vereidigen sind. Ein Landesherrliches Ausschreiben vom 7. September 1775 setzt die Gilde-Districte fest und theilt solche den Obrigkeiten zur Richtschnur mit. Das Landesfürstliche Ausschreiben vom 12. Januar 1786 bestimmt, dass die Handlung-Concessionisten auf dem Lande sich wegen ihrer jährlich zu erneuernden Concession an das Fürstliche Amt oder Gericht, unter dem sie stehen, wenden sollen, welches sodann das Weitere zu besorgen hat. Durch das Landesfürstliche Ausschreiben vom 22. März 1800 sind die Amts- und Gerichts-Obrigkeiten angewiesen worden, in Gildesachen erst nach Rücksprache mit den Stadtmagistraten oder den Gilde-Obrigkeiten Berichte zu erstatten. — Die Landesfürstliche Verordnung vom 18. Februar 1757 und das Landesfürstliche Ausschreiben vom 22. November 1784 ordnen das Hebammenwesen; die Wahl und Annahme geschickter Hebammen und Wärnefrauen soll danach, abgesehen von der Stadt Braunschweig, jedes Orts Obrigkeiten obliegen mit Zuziehung der Stadt- oder Land-Physici; die Beaufsichtigung haben wiederum die Fürstlichen Aemter und Gerichte. — Speciell auf Gemeindeangelegenheiten etc. beziehen sich folgende Verordnungen: Die Landesfürstliche Verordnung vom 13. August 1750 bestimmt, dass die Gemeinden ihre Weiden, Aenger und Holzungen nicht verkaufen sollten, damit daraus arthbarer Acker gemacht werde; die Ober- und Beamten in allen Districten und die Gerichtsobrigkeiten haben darauf Acht zu geben; nothwendige Gemeindeausgaben sollen von den Einkünften bestritten, eventuell nach dem Fuss der Contribution oder wie sonst üblich gesammelt werden. Die extraordinären, sowie die Wegebesserungs-, Bau-, Process- und andern bei den gemeinen Anstalten vorkommenden Kosten in den Dorfgemeinden sollen zu Folge der Landesfürstlichen Verordnung vom 27. October 1750 nicht gleichmässig von den Hofbesitzern, sondern nach dem Contributionsfuss aufgebracht werden und haben hierauf die Ober- und Beamten sowie die Gerichtsobrigkeiten jeden Orts zu achten. Die Aemter sind den Gemeinden ebenso wie den Privaten gegenüber befugt zur Ausführung derartiger Landesfürstlicher Verordnungen Verfügungen mit Strafandrohungen zu erlassen. — In der Schulordnung vom 22. September 1753 wird durch die §§ 43—49 das Verhalten der Obrigkeiten gegen die Schulen geordnet; sie haben überhaupt ihre Sorgfalt auf die Schulen zu wenden und mit den Predigern und Superintendenten darüber zu communiciren, sowie Visitationen allein oder mit dem Prediger vorzunehmen;

die Eltern sind zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen anzuhalten, Schulversäumnisse zu bestrafen; für ordnungsmässige Erhaltung der Schulstuben etc. ist Sorge zu tragen; der Schullehrer ist in Beirathung des Schulgeldes zu unterstützen und gegen Anfeindungen der Eltern zu schützen; alle diese Verpflichtungen werden den Ober- und Beamten sowie den Gerichtsobrigkeiten auferlegt. Durch die Landesfürstlichen Verordnungen vom 5. September und 16. October 1754 werden die vorbezeichneten Pflichten den Fürstlichen Beamten und den Gerichtsobrigkeiten nochmals in Erinnerung gebracht und ihnen aufgegeben, die Schulordnung zum öffentlichen Anschlag und die Vorrede zur Ablesung zu bringen. In einer Erläuterung zur Schulordnung vom 19. November 1754 wird den Beamten und Gerichtsobrigkeiten das Recht ertheilt, die Kinder vom Schulbesuch zum Zweck der Verrichtung von Feldarbeit zu dispensiren, und ein zweiter Anhang vom 10. December 1754 giebt ihnen die weitere Befugniß der Schulgeldermässigung. Eine Landesfürstliche Verordnung vom 12. Juni 1786 setzt ein besonderes Fürstliches Schul-Directorium für das Land ein, welchem auch die Civil-Obrigkeiten, insofern ihre Obliegenheiten das Schulwesen bezielen, Folge zu leisten haben; aber schon unter dem 9. April 1790 hebt eine Landesfürstliche Verordnung dieses Schul-Directorium wieder auf und überträgt dessen Geschäfte wieder dem Fürstlichen Consistorium.

B. Die Zeit der Westfälischen Fremdherrschaft.

Durch die französische Occupation wurde das Herzogthum Braunschweig als solches aufgelöst und dem Königreiche Westfalen einverleibt. Das Königreich Westfalen wurde sodann nach französischem Muster gleichförmig eingerichtet, ohne dass dabei auf die früheren Verhältnisse der einzelnen Gebiete, aus denen es sich zusammensetzte, bzw. auf die Verschiedenheit derselben irgend welche Rücksicht genommen wurde. Die Departementseinteilung des Königreichs liess daher die verhältnissmässig zerstreut liegenden einzelnen Gebietstheile des Herzogthums als ein einheitliches Ganze nicht ferner bestehen, sondern vertheilte dieselben je nach ihrer Lage auf die einzelnen Departements; auf diese Weise fanden sich in fünf von den acht gesammten Departements des Königreichs braunschweigische Territorien. Der Territorial-Eintheilung entsprechend wurde dann die Verwaltung einheitlich geordnet, wobei natürlich die früheren Organe derselben ohne Weiteres beseitigt wurden. Wesentlich war hierbei zunächst die vollständige Scheidung der Verwaltung und der Gerechtigkeitspflege und die damit verbundene Schaffung eines besonderen Beamtenthums der eigentlichen Verwaltung, welches auch nicht mehr wie früher gleichzeitig und wo möglich in erster Linie der Fürstlichen bzw. staatlichen Vermögensverwaltung zu dienen bestimmt war. Damit fielen die für die vorige Periode hervorgehobenen Uebelstände, welche einerseits durch das Wirken zweier neben einander stehender Beamten in demselben Bezirk und in demselben Geschäftskreise ohne feste gegenseitige Abgrenzung und andererseits durch die damit verbundene Combination von Rechtspflege, eigentlicher Verwaltung und Fürstlicher Vermögensverwaltung in einem Beamtenorganismus veranlasst wurden, allerdings von selbst hinweg. Auch die Abstufung der einzelnen Behörden und die organische Ordnung derselben wurde eine strengere und rationeller durchgeführte. An der Spitze des Departements stand der Präfect; die Departements waren wiederum in Districte getheilt, die Districte in Cantone und die Cantone in Municipalitäten;

den District verwaltete ein Unterpräfect, für die Cantone existirten besondere Beamte nicht, die Verwaltung der Municipalitäten leiteten die Maires. Neben dem Präfecten stand ein Präfecturrath, neben dem Unterpräfecten ein Districtsrath und neben dem Maire ein Municipalrath. Daneben wird die Gerichtspflege besonders geregelt und ebenso die Domanialverwaltung etc. Für die eigentliche Polizei werden gleicherweise noch besondere Bestimmungen erlassen und eine eigene Behörde eingesetzt. Der Geschäftskreis aller der einzelnen Behörden und Beamten ist genau abgegrenzt und festgesetzt; desgleichen ist das Verhältniss der oberen Behörden zu den unteren und der Instanzenzug von diesen zu jenen eingehend geregelt worden. Wenn nun auch die vorstehend bezeichnete Neuregelung im Einzelnen manche Fehler und Mängel aufweisen mochte und das durch den Zweck der Erzielung einer absoluten Gleichförmigkeit bedingte gänzliche Ausserachtlassen der historischen Entwicklung und der bestehenden, von einander vielfach abweichenden Verhältnisse in den einzelnen Gebietstheilen an sich keineswegs als ein Vorzug erachtet werden kann, so ist doch andererseits auch nicht zu verkennen, dass durch die Neuordnung manches Althergebrachte, welches mit der fortgeschrittenen Entwicklung nicht weiter gegangen und daher aus einer ursprünglich segensreichen Einrichtung mehr zu einem Missstand geworden war, aber im gewöhnlichen Lauf der Dinge doch nur sehr allmählig und mit grossen Schwierigkeiten abzuändern gewesen sein würde, allerdings auch mit bestehendem Guten beseitigt worden ist, und dass zwar mit schroffem Einschnitt in das Bestehende, wie solches aber dem allgemeinen Charakter einer Fremdherrschaft entspricht, eine Neuregelung der ganzen Staatsverhältnisse und speciell der Verwaltung vollständig nach einheitlichen Grundsätzen und Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung der veränderten und entwickelteren Zeitverhältnisse durchgeführt wurde, welche, wenn sie auch nur kurze Zeit bestanden und mit Beseitigung der Fremdherrschaft sofort als solche wieder aufgehoben wurde, doch auch für die Folgezeit nicht ohne wesentlichen Einfluss geblieben und später die mehr schonende Beseitigung mancher von der Zeitentwicklung überholter Einrichtungen und die Einführung zeitgemässer, aber doch an die früheren Verhältnisse sich anschliessenden Neuerungen nicht unerheblich erleichtert hat.

Zunächst wurde die Territorial-Eintheilung des Königreichs Westfalen geregelt in dem Königlichen Decret vom 24. December 1807, wodurch die Eintheilung des Königreichs in acht Departements angeordnet wird, Nr. 11, Gesetz-Bulletin Nr. 4. Der grössere Theil des Herzogthums, der Wolfenbüttelsche Bezirk und der Schöningensche Bezirk mit Ausnahme des Amts Calvörde, wird zum fünften Departement, dem Departement der Oker, geschlagen, dessen Hauptstadt die Stadt Braunschweig bildet; von den vier Districten des Departements sind zwei Braunschweigische: Braunschweig und Helmstedt. Das Amt Calvörde gehört zum ersten Departement, dem der Elbe. Das Stiftsamt Walkenried und der südliche Theil des Fürstenthums Blankenburg kommt zum dritten Departement, dem Harzdepartement, der übrige Theil des Fürstenthums Blankenburg, die Stadt Blankenburg nebst Umgegend, dagegen zum Departement der Saale, dem sechsten, gleichzeitig einen District desselben bildend. Der alte Harz- und Weserbezirk werden dem vierten Departement, dem der Leine, und das Amt Thedinghausen endlich dem achten, dem der Weser, einverleibt. Die generelle Neuregelung des Königreichs erfolgte darauf durch das Königliche Decret vom 7. December 1809, wodurch die Publication der

Constitution des Königreichs Westfalen angeordnet wird, Nr. 1, Gesetz-Bulletin Nr. 1. Das Gebiet soll in Departemente, die Departemente in Districte, die Districte in Cantone und diese in Municipalitäten eingetheilt werden (Artikel 34). Die Departemente sollen durch einen Präfecten verwaltet werden; es soll in jedem Departement ein Präfectorath für die streitigen Sachen und ein General-Departementsrath sein (Artikel 35). Die Districte verwaltet ein Unter-Präfect; in jedem District oder in jeder Unter-Präfectur soll ein Districtsrath sein (Artikel 36). Jede Municipalität soll durch einen Maire verwaltet werden und in jeder soll ein Municipalrath sein (Artikel 37). In jedem Canton soll ein Friedensgericht, in jedem Districte ein Civilgericht erster Instanz und in jedem Departement ein peinlicher Gerichtshof, sowie für das ganze Königreich ein einziger Appellationsgerichtshof sein (Artikel 47). Specieell die Verwaltung behandelt das Königliche Decret vom 11. Januar 1808, die Verwaltungsordnung enthaltend, Nr. 25, Gesetz-Bulletin Nr. 11. Der Artikel 4 bestimmt in der Hauptsache den Geschäftskreis der Präfecten in folgender Weise: »Die Präfecten sind unter Unserer Autorität und Aufsicht als Oberhaupt der Nation und Verwaltung des Königreichs mit allen Zweigen dieser Verwaltung und namentlich mit jenen beauftragt, welche Bezug haben: 1. auf die Aufsicht über das Erziehungswesen, über die Universitäten, Collegien, Schulen und überhaupt über alles, was auf den politischen und moralischen Unterricht Beziehung hat; 2. auf die Handhabung und Verwendung der in jedem Departemente zur Aufmunterung des Ackerbaues, der Künste, des Gewerfleisses und jeder Gattung öffentlicher Wohlthätigkeit bestimmten Fonds; 3. auf die Inspection und Verbesserung der Verwaltung der Hospitäler, Kranken- und Arbeitshäuser, Gefängnisse und Zuchthäuser; 4. auf die Unterstützung der Armen und die Aufsicht über die milden Stiftungen und Wohlthätigkeitsanstalten; 5. auf Erhaltung des öffentlichen Eigenthums; 6. auf Erhaltung der Wälder, Wege, Flüsse und anderer gemeinheitlicher Gegenstände; 7. auf die Leitung und Vollendung der zur Anlegung der Strassen und Canäle, auch sonstigen im Departemente angeordneten Werke abzweckenden Arbeiten; 8. auf die Erbauung und Ausbesserung der Kirchen, Pfarrhäuser und anderer zur Ausübung des Gottesdienstes nothwendigen Gegenstände; 9. auf die Erhaltung der Gesundheits- und Sicherheitsanstalten, der öffentlichen Ruhe und namentlich auf die Ausrötung des Vagabonden und Bettlerwesens.« Nach Artikel 5 soll dem Präfecten ferner alles, was die Aushebung, den Dienst und den Gebrauch der Milizen oder Nationalgarden im Innern eines jeden Departements betrifft, in soweit solche nicht in Requisition oder auf den Kriegsfuss gesetzt sein werden, übertragen sein. Sodann liegt dem Präfecten noch (Artikel 8) ob: 1. Die Steuer-Register fertigen und die Vertheilung der Grundsteuer unter die Steuerpflichtigen einer jeden Municipalität besorgen zu lassen; 2. über die Erhebung der indirecten und Consumtions-Auflagen die Aufsicht zu führen; 3. über die den Steuerpflichtigen ganz oder theilweise zustehenden Erlasse ihrer Steuern zu erkennen; 4. alles das, was sowohl die Erhebung und Abzahlung des Steuer-Ertrages, als den Dienst und die Verrichtungen der hierzu angestellten Beamten angehet, zu reguliren und zu überwachen; 5. die Berichtigung der in jedem Departement auf den Steuer-Ertrag angewiesenen Ausgaben anzuordnen und vollstrecken zu lassen. Die Unter-Präfecten haben im Umfange ihrer Districte unter der Autorität der Präfecten an den Amtsverrichtungen Theil zu nehmen, welche letzteren in Gemässheit der bezüglichen Artikel der Verwaltungsordnung zustehen. Da sie die Mittelpersonen sind, durch welche die Correspondenz zwischen den Präfecten und den Municipalitäten geführt wird, so haben sie die Gesuche der Municipalitäten ersteren zu übersenden, und den letzteren die Entscheidungen und Beschlüsse der Präfecten zuzufertigen; sie haben über jeden Gegenstand ihr Gutachten beizufügen und alle ihnen abgeforderten berichtlichen Erläuterungen zu liefern. Sie dürfen keine Maassregel eigenmächtig nehmen, noch eine Instruction über die Vollziehung der Gesetze erlassen, ohne solche vorgängig dem Präfecten zur Genehmigung vorgelegt zu haben, angenommen in Fällen, wo ihnen die Gesetze die besondere Befugnis beilegen (Artikel 17—19). Die Verwaltung der Municipalitäten regeln die Artikel 28—31 in folgender Weise: In den Oertern, deren Bevölkerung nicht über 2500 Einwohner beträgt, soll ein Maire und ein Adjunct, in den Städten oder Flecken von 2500—5000 Einwohnern, ein Maire und zwei Adjuncten, in den Städten von 5000—10000 Einwohnern aber ein Maire, zwei Adjuncten und ein Polizei-Commissair sein; in den Städten, welche 10000—20000 Einwohner enthalten, sollen ausser dem

Maire drei Adjuncten und zwei Polizei-Commissarien und in den noch stärker bevölkerten Städten vier Adjuncten und drei Polizei-Commissarien angestellt werden. Die Verwaltung kommt dem Maire allein zu; die Adjuncten können nur vermöge einer Delegation oder im Falle einer Abwesenheit, einer Krankheit oder gesetzmässigen Verhinderung des Maire daran Theil nehmen, und alsdann nimmt der im Ernennungs-decrete zuerst stehende Adjunct dessen Stelle ein. Die den Maires unter der Inspection und Aufsicht der Präfecten und Unter-Präfecten zukommenden Amtsverrichtungen bestehen in Folgendem: 1. Die gemeinheitlichen Besitzungen und Einkünfte der Städte, Flecken und Dörfer zu verwalten; 2. diejenigen Ausgaben zu bestreiten, welche bis zum Belauf des von dem Präfecten hierzu festgesetzten Etats aus den Gemeindegeldern bezahlt werden müssen; 3. die der Gemeinde auferlegten und von dem Municipalrathe regulirten öffentlichen Arbeiten zu leiten und vollbringen zu lassen; 4. die zur Gemeinde gehörigen, aus ihren Mitteln zu unterhaltenden oder zum Besten ihrer Mithürger eigens gestifteten öffentlichen Anstalten zu verwalten; 5. dafür Sorge zu tragen, dass die Einwohner die Vortheile einer guten Polizei, vornehmlich in Hinsicht der Reinlichkeit, Gesundheitspflege, Sicherheit und Ruhe in den Strassen und an öffentlichen Orten und Gebäuden geniessen. Den Maires können ausserdem noch Verrichtungen, welche in die Generalverwaltung einschlagen, übertragen werden, jedoch immer um sie unter der Autorität der Präfecten und Unter-Präfecten zu versehen; diese Verrichtungen bestehen: 1. in der Vertheilung der directen Steuern unter die Einwohner der Gemeinde; 2. in der Versteigerung der Erhebung dieser Steuern; 3. in der Aufsicht über die Erheber und die Einlieferung dieser Steuern in die öffentlichen Cassen; 4. in der unmittelbaren Leitung der öffentlichen Arbeiten auf dem Territorium der Gemeinde; 5. in der unmittelbaren Verwaltung der dem allgemeinen Besten gewidmeten öffentlichen Anstalten; 6. in der Aufsicht über das öffentliche Eigenthum und der zu dessen Erhaltung nöthigen Geschäftsführung; 7. in der directen Aufsicht über die bei Ausbesserungen oder Wiederherstellungen der zum Gottesdienst bestimmten Gebäude vorzunehmenden Arbeiten; 8. in der Besorgung der zur Aushebung der Conscripten im Orte vorzunehmenden Operationen. Ausserdem sind nähere Bestimmungen über die Zusammensetzung, Competenz und Functionen der Präfectoräthe, Districtsräthe und Municipalräthe gegeben. Selbstständig wird daneben noch die höhere Polizei geordnet durch das Königliche Decret vom 12. September 1808 wegen Errichtung einer General-Direction der höheren Polizei, Nr. 124, Gesetz-Bulletin Nr. 59; durch dasselbe wird ein General-Director der Polizei für das Königreich mit dem Sitz in der Hauptstadt bestellt; derselbe hat über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Ruhe zu wachen und für die Vollziehung der die allgemeine Polizei betreffenden Gesetze und Verordnungen Sorge zu tragen; unter ihm stehen dann besondere General-Commissare. Die Gehalte der Municipalbeamten werden ebemässig besonders geregelt durch das Königliche Decret vom 13. December 1808, welches provisorisch die Entschädigung der Maire, Adjuncten, Polizei-Commissaire und Secretaire der Mairien bestimmt, Nr. 56, Gesetz-Bulletin Nr. 71; die Gehalte sind für die Städte je nach der Grösse derselben normirt zwischen 1000 und 5000 Franken; in den Dörfern und Landgemeinden sollen die betreffenden Beamten dieselben Vortheile und Vorrechte in den Gemeinde-Gütern behalten, welche den ehemaligen Bauermeistern, Voigten und Schulzen zustanden. Die Verwaltung ist jetzt vollständig von der Justizpflege geschieden; die Gerichtsverfassung wird bestimmt durch das Königliche Decret vom 27. Januar 1808, welches die Verfassung der Gerichtshöfe enthält, Nr. 34, Gesetz-Bulletin Nr. 34. Desgleichen ist auch die frühere Verbindung mit der Domanialverwaltung gänzlich aufgehoben; zu Folge Königlichen Decrets vom 29. März 1808, wodurch eine General-Administration der Domainen, Gewässer und Forsten errichtet wird, Gesetz-Bulletin Nr. 35, werden die Domainen, Waldungen und Forsten und alles, was auf die Fischerei Bezug hat, ein und derselben Verwaltung untergeordnet: der General-Administration der Domainen, Gewässer und Forsten; daneben wird durch das Königliche Decret vom 27. Januar 1809, wodurch eine General-Administration der Berg-, Hütten-, Salz- und mineralurgischen Werke und Münzen, sowie der Brücken und Chausseen des Königreichs errichtet wird, Nr. 17, Gesetz-Bulletin Nr. 6, für die Verwaltung der angeführten Geschäftszweige eine General-Administration der Berg-, Hütten- und Salzwerke, der Münzen, der Brücken und Chausseen eingesetzt; in dem letztgenannten Decrete war die Regelung der Verwaltung der Brücken und Chausseen einem be-

sonderen Decrete vorbehalten; sie erfolgt sodann in dem Königlichen Decret vom 1. August 1809, welches die Errichtung einer Verwaltung der Brücken, Chausseen und öffentlichen Gebäude betrifft, Nr. 110, Gesetz-Bulletin Nr. 37. Den neuen Verhältnissen entsprechend fällt jetzt in den Pachtcontracten über die Domainen der auf die Verwaltungs- bzw. Justizbefugnisse des Pächters bezügliche Passus fort; ausdrücklich wird wohl hervorgehoben, dass der Pächter auf den bisher für Ausübung dieser Functionen bezogenen Gehalt Verzicht zu leisten habe; auch eine Vertheidigung wie früher, findet nicht mehr statt.

C. Die Entwicklung bis zum Jahre 1850.

1. Die provisorische Regelung nach Auflösung des Königreichs Westfalen.

Nachdem der Herzog Friedrich Wilhelm Ausgang des Jahres 1813 die Regierung seiner angestammten Lande wieder übernommen hatte, setzte er sofort zur obersten Leitung der Verwaltung bis zur erfolgten Reorganisation der Verfassung eine Regierungs-Commission unter seinem unmittelbaren Befehle ein, welche dann bald in ein Fürstliches Geheimeraths-Collegium umgestaltet wurde; die frühere Präfectur fiel dadurch hinweg. Im Uebrigen sollten zunächst bis zu ausdrücklicher anderweiter Bestimmung die bisherigen Behörden in ihren Functionen bestehen bleiben, nur sollten an Stelle der französischen Bezeichnungen derselben die früheren, bzw. entsprechende deutsche treten. Sehr bald wurde darauf eine neue provisorische Justiz- und Polizei-Verfassung eingeführt. Durch dieselbe wurde Verwaltung und Justiz wiederum vereinigt. Die Oberhauptleute wurden für die früheren Districte wieder eingesetzt und denselben nicht nur Verwaltungsfunktionen, sondern auch eine gewisse Aufsicht über die Justizpflege zugewiesen. Die alte Verbindung der Verwaltung mit der Domänialverpachtung wurde dagegen nicht wieder in der alten Weise aufgefrischt, sondern blieb beseitigt. Die Functionen der früheren Amtleute wurden den neu gebildeten Kreisgerichten, allerdings unter Unterstützung der Domainen-Pächter und Guts-Eigenthümer, zugewiesen; diese waren gleichzeitig für die Verwaltung und die Justizpflege bestimmt; ihre Bezirke entsprachen den früheren Aemtern nur sehr theilweise, sie waren, so weit thunlich, annähernd gleichmässig gross gestaltet und fallen schon im Wesentlichen mit den jetzigen Amtsgerichtsbezirken zusammen. Demnächst, jedoch erst nach dem Tode Herzogs Friedrich Wilhelm unter der vormundschaftlichen Regierung, wurde eine erneuerte Landschaftsordnung mit den Ständen vereinbart und erlassen. Daneben fand vorher wie nachher eine theilweis provisorische, theilweis definitive Neuregelung verschiedener Behörden statt.

Durch Serenissimi Rescript vom 27. December 1813, G. u. V. S. 1814 Nr. 3, wurde die provisorische Regierungs-Commission ernannt »zur Obersten Leitung der Verwaltung Unserer Lande unter Unseren unmittelbaren Befehlen« und mit einem Präsidenten und zwei Beisitzern besetzt. In der Verordnung vom 30. December 1813, G. u. V. S. 1814 Nr. 4, wurden »sämmliche anjetzt bestehende Behörden provisorisch und dergestalt bestätigt, dass sie die ihnen obliegenden Geschäfte so lange ferner fortsetzen, bis Wir entweder sie zu andern Geschäften anweisen, oder aber ihr Geschäft durch Unsere anderweiten Verfügungen aufhört;« bezüglich der Verwaltung der Gemeine-Angelegenheiten wird eine baldige Neuordnung in Aussicht gestellt, bis dahin sollen die gegenwärtigen Mairen ihre Geschäfte fortführen, aber in den Städten und Flecken Bürgermeister, Schultheiss oder wie sonst üblich gewesen,

in den Dörfern Ortsvorsteher (die Adjuncten Gehülften des Ortsvorstehers) genannt werden. Die Präfectur zu Braunschweig wird unter Uebertragung ihrer Functionen auf die Regierungs-Commission ausdrücklich vermittelst der Verordnung vom 30. December 1813, G. u. V. S. 1814 Nr. 5, aufgehoben; dieselbe Verordnung lässt die Unter-Präfecten dagegen in der Eigenschaft als Districts-Beamte mit ihrem früheren Geschäftskreis bestehen. Die Justizpflege und Verwaltung wird sodann durch die Verordnung vom 15. Januar 1814 Nr. 14, die Einführung einer provisorischen Justiz- und Polizei-Verfassung betr., geregelt. Es werden gebildet Kreisgerichte, deren Gerichtskreise so eingetheilt werden sollen, dass sie »nicht zu klein sind, um den Richtern das nöthige Ansehen zu geben, und nicht zu gross, damit die Unterthanen ohne viele Beschwerde zu der vorgesetzten Behörde gelangen können«, ein Landesgericht und eine Appellations-Commission. Die Kreisgerichte sind gleichzeitig für die Justiz und die Verwaltung bestimmt; neben ihrer gerichtlichen Competenz haben sie sämmliche Gegenstände der Polizei in ihrem Bezirke auszuüben und dürfen Polizei-Vergehen bestrafen, ohne dass eine Appellation dagegen stattfindet; in der Handhabung der Polizei sollen sie jedoch durch die Domainen-Pächter und Guts-Eigenthümer unterstützt werden, welche dazu von der Regierungs-Commission näher angewiesen werden. Das Landesgericht und die Appellations-Commission dienen lediglich der Justizpflege. Das Landesgericht hatte die Aufsicht über das Verfahren der Kreisgerichte, aber nur in allen denjenigen Gegenständen, welche nicht die Landes-Polizei unmittelbar angehen. In den letzteren bleibt die Regierung die vorgesetzte Behörde und sollen für diese Aufsicht unmittelbar unter der Regierungs-Commission die Oberhauptleute wieder eingeführt werden. Die Bezirke der Kreisgerichte festzusetzen, war der Fürstlichen Regierungs-Commission überlassen, welche solches in der Bekanntmachung vom 22. Januar 1814 Nr. 20, den Sitz und den Umfang der Kreisgerichte betr. that; es werden danach 2 Stadtgerichte und 19 Kreisgerichte gebildet; die Stadtgerichte sind Braunschweig und Wolfenbüttel, die Kreisgerichte Bettmar, Salder, Wolfenbüttel, Riddagshausen, Schöppenstädt, Helmstädt, Königsutter, Vorsfelde, Harzburg, Seesen, Gandersheim, Greene, Eschershausen, Holzminde, Ottenstein, Thedinghausen, Blankenburg, Hasselfelde und Walkenried; der Umfang derselben wurde wesentlich nach den Cantonen der Westfälischen Zeit bestimmt. Die Verfügung Fürstlicher Regierungs-Commission vom 3. Februar 1814 Nr. 27, das Verfahren der Gerichte betr., giebt im Wesentlichen nur processualische Vorschriften und bezieht sich lediglich auf Gerichtspflege. Die Verwaltungsfunktionen der Kreisgerichte regelt dahingegen die Verordnung vom 19. Februar 1814 Nr. 35, nähere Beziehung der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungs-Gegenstände betr.; den Kreis- und Stadtgerichten werden alle bisher den Districts- und Kreisbeamten obgelegenen Pflichten in Ansehung der öffentlichen Verwaltung übertragen; sie haben zunächst die Vermögensverwaltung der Gemeinden zu übernehmen, bei der Rechnungsabnahme derselben mitzuwirken, Veränderungen mit unbeweglichen Gütern und Anlehen der Fürstlichen Regierungs-Commission zur Genehmigung vorzulegen; sie haben für Einsammlung der directen Steuern, der Grund-, Personen- und Gewerbesteuer, durch die Ortsvorsteher zu sorgen, desgleichen für Einsammlung der Brandversicherungsgelder; die Polizei-Verwaltung steht unter ihrer unmittelbaren Leitung »sie haben auf alle Gegenstände derselben ein wachsames Auge zu richten, und dahin zu wirken, dass, so viel an ihnen ist, Wege und Stege, Gräben und Canäle, Feuerlösch-Anstalten, Befriedigungen der Ufer, Felder und Gärten gehörig im Stande erhalten, Verbesserungen, da, wo solche zulässig und ausführbar, mit Ernst ins Werk gerichtet, Pflanzungen verbessert und gegen Schaden bewahrt, verdächtige Personen entfernt, Verbrecher aufgehoben, die Sittlichkeit allenthalben beobachtet, und alles dasjenige aufrecht erhalten und vervollkommen werde, was zur Ordnung und Verbesserung des Wohlstandes der Einwohner gereichen kann;« in Militärsachen und besonders bei der Aushebung der Mannschaften haben sie mitzuwirken, desgleichen gehört die Aufsicht über die Verwaltung der geistlichen Güter zu ihrem Geschäftskreise; die Local-Verwaltung in den einzelnen Ortschaften leiten unter Aufsicht der Kreisgerichte die Ortsvorsteher, sie haben namentlich die Verwaltung der Gemeinde-Güter zu besorgen und auf Beobachtung der guten Ordnung in ihrer Gemeinde und Aufrechterhaltung der Polizei- und sonstigen Verfügungen zu achten; bezüglich der eigentlichen Polizeiverwaltung sollen die Kreisgerichte »von den früherhin exemten Gutsbesitzern und Pächtern der Domainen und Ritterschaftlichen Güter unterstützt werden, dergestalt, dass diese in

dem Umfange der Domainen und Güter und deren Nachbarschaft, wenn sie dazu erbötig und qualificirt sind, die unmittelbare Polizeiaufsicht führen, und, wenn sie nicht selbst Ortsvorsteher, diese ihnen in solcher Hinsicht untergeordnet sind.« Die Thätigkeit der Oberhauptleute bestimmt des Näheren die Verordnung vom 24. Februar 1814 Nr. 36, den Geschäftskreis der Oberhauptleute betreffend; es wird für jeden der 5 Districte, den Wolfenbüttelschen, den Schöningenschen, den Harz und den Weserdistrict und das Fürstenthum Blankenburg mit Einschluss des Stiftsamts Walkenried, ein Oberhauptmann eingesetzt; »ihr Geschäftskreis besteht im Allgemeinen in der Aufsicht darüber, dass allenthalben die Gesetze gehörig beobachtet werden, und in Ausführung allgemeiner Maassregeln und Verordnungen, welche die gute Ordnung und die Polizei in den ihnen untergeordneten Kreisen betreffen;« insbesondere haben sie die Verquartierung der marschirenden Truppen, das Etappen- und Vorspannwesen sowie die Aushebung zum Militärdienst unmittelbar zu leiten; sodann haben sie hauptsächlich die Führung der allgemeinen Polizei und die Beaufsichtigung der Kreisgerichte in dieser Beziehung, die Obergewalt über die Hospitäler und Krankenanstalten, die Feuerlösch-Anstalten und die zur Unterstützung der Armen bestehenden Einrichtungen etc.; bei gefährlichen ansteckenden Krankheiten sowohl der Menschen als des Viehes haben sie die Sicherheitsmaassregeln mit anzuordnen und die Durchführung zu überwachen; überhaupt sollen sie alles dasjenige sorgfältig berücksichtigen, was zur Aufnahme des Wohlstandes der Unterthanen gereichen kann. Durch die Verordnung vom 1. März 1814 Nr. 40, die Auflösung der provisorisch eingesetzten Regierungs-Commission und die Errichtung eines Geheimeraths-Collegiums betreffend, wurde an Stelle der provisorischen Regierungs-Commission ein Geheimeraths-Collegium errichtet, dessen Mitgliederzahl nicht näher bestimmt wird. In der Verordnung vom 14. April 1814 Nr. 55, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betreffend, wird durch § 16 den Kreis- und Stadtgerichten die Stellung der weltlichen Visitatoren in Kirchen- und Schulsachen übertragen. Bei Neuordnung der Fürstlichen Cammer durch die Verordnung vom 19. Mai 1814 Nr. 59, die Organisation der Cammer und deren Geschäftskreis betreffend, wurden derselben eine Reihe von Verwaltungsfunktionen neben der Verwaltung der Domainen, Forsten etc. zugewiesen, ohne dass im Einzelnen dabei eine nähere Abgrenzung gegenüber der gleichen Thätigkeit der Oberhauptleute und der Kreisgerichte vorgenommen wäre; zum Geschäftskreis der Cammer wird danach allgemein gerechnet: die Aufsicht und Direction über das gesammte Bauwesen, das Abgabe- und Steuerwesen, alle Militärsachen, in soweit sie nicht den activen Dienst betreffen, die allgemeine Landes- und Sicherheits-Polizei, Beförderung der Industrie und Gewerbs-Polizei, Aufsicht über städtische und Dorfgemeinden sowie andere Corporationen, Versorgung und Unterstützung verarmter oder verunglückter Civilpersonen, Aufsicht über alle dem allgemeinen Nutzen und Vergnügen gewidmeten Anstalten und anderes mehr; vorher war schon durch die Verordnung vom 8. Januar 1814 Nr. 9 eine provisorische Domainen-Verwaltungs-Commission eingerichtet, deren Geschäfte nunmehr die Cammer übernimmt. Durch die Verordnung vom 25. April 1820 Nr. 6, die erneuerte Landschaftsordnung betreffend, wurde sodann die mit den Ständen des Herzogthums Braunschweig-Wolfenbüttel und des Fürstenthums Blankenburg vereinbarte revidirte Landschaftsordnung für beide Länder, welche jetzt vollständig vereinigt waren, veröffentlicht; nach den §§ 27 und 28 derselben darf unter Anderem eine neue allgemeine Polizeiordnung nicht ohne Berathung mit den Ständen eingeführt werden, desgleichen ist zu allen wesentlichen Veränderungen an den Landes-Collegien, den Gerichts- und allgemeinen Verwaltungsbehörden, deren Wirkungskreis und Verhältnissen etc. eine Verhandlung und Uebereinkunft mit den Ständen nothwendig. Die Verordnung vom 29. October 1821 Nr. 7, das Landes-Steuer-Collegium und dessen Geschäftskreis betreffend, regelt die Functionen des Landes-Steuer-Collegiums im Einzelnen und überträgt demselben neben den eigentlichen Steuergeschäften und der Besorgung des Landesschuldenwesens auch die Leitung der Chausseebauten im Lande und die Aufsicht über dieselben.

2. Die Regelung vom Jahre 1823.

An Stelle der ersten provisorischen Regelung trat dann im Jahre 1823 eine definitive und wurde Justiz und Verwaltung gleichzeitig geordnet. Hauptsächlich handelte

es sich hierbei um zwei Fragen: die Wiedereinführung oder definitive Abschaffung der Patrimonialgerichtsbarkeit und die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung. Die Patrimonialgerichtsbarkeit ward bezw. blieb aufgehoben, dahingegen wurden aber die vormaligen Patrimonialgerichtsherren für den Bezirk ihrer früheren Gerichtsbarkeit von Rechtswegen Polizeibeamte, sie standen als solche unmittelbar unter dem Oberhauptmann, und den neu eingerichteten Kreisämtern in Bezug auf ihre Geschäfte gleich; bei persönlicher Behinderung waren sie zur Bestellung eines Substituten berechtigt. Die Trennung der Rechtspflege und Verwaltung, wenn man sie auch im Ganzen als zweckentsprechend und nützlich anerkannte, wurde doch nicht vollständig durchgeführt. Die bisherigen Kreisgerichte mit ihren doppelten Functionen werden aufgehoben und anstatt derselben eingeführt theils Districtsgerichte in weit geringerer Anzahl und daher für einen grösseren Bezirk mit lediglich gerichtlichen Functionen im vollen Umfange derer der früheren Kreisgerichte, anderentheils Kreisämter in derselben Anzahl wie die Kreisgerichte, welchen zwar hauptsächlich die Verwaltungsfunktionen dieser übertragen wurden, daneben aber auch eine geringe Competenz in der Justizpflege, so dass in ihnen wiederum eine Vereinigung beider Zweige stattfindet. Abgesehen von diesen Aenderungen blieb im Wesentlichen die frühere Ordnung bestehen; das Landgericht bleibt alleiniges Gericht zweiter Instanz, über demselben das Oberappellationsgericht, wie die Appellations-Commission jetzt bezeichnet wird; die Oberhauptleute bilden wie bislang die Zwischenbehörde zwischen den Kreisämtern und dem Geheimerath-Collegium, welchem demnächst die Bezeichnung Staatsministerium beigelegt wird, sie werden aber jetzt rein auf die Verwaltung beschränkt; die Wirksamkeit der Cammer auf dem Gebiete der Verwaltung bleibt dieselbe. Die Gemeindeverwaltung namentlich in den Städten wird eingehender geordnet. Sammtliche Behörden sollen nunmehr das Prädicat »Herzoglich« führen.

Zunächst und hauptsächlich kommt hier in Betracht die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 7, die Einrichtung des Justizwesens betreffend. Es werden sechs Districtsgerichte gebildet als Gerichte erster Instanz, zu Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg; darin findet sich zuerst die jetzige Kreiseintheilung ausgedrückt. Die Kreisämter treten an Stelle der Kreisgerichte; in Civilsachen sind sie competent, wenn der Streitgegenstand den Betrag von 20 Thlr. nicht übersteigt, und in einer Reihe geringerer Angelegenheiten, in allen Polizeistraf-, auch Forstwroren- und Steuer-Contraventionssachen, wenn die Strafe nicht mehr als 5 Thlr. oder 3 Tage Gefängniss beträgt, in Untersuchungssachen zur ersten Feststellung des Thatbestandes etc. und auch in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit in untergeordneter Weise; dagegen ist ihnen aber vollständig die Verwaltung der administrativen Polizei innerhalb des Umfangs des Kreisamts, wo besondere Polizeibeamte nicht vorhanden, übertragen und ebenso haben sie alle übrigen Gegenstände der Verwaltung in der Weise wie die früheren Kreisgerichte zu besorgen; die Zahl bezw. der Umfang der Kreisämter ist ähnlich wie bei den Kreisgerichten, nur werden neu gebildet die Kreisämter Schöningen, Lutter am Barenberge und Stadtdendorf und an Stelle des Kreisgerichts Bettmar das Kreisamt Vechelde gesetzt; durch Bekanntmachung Herzogl. Staatsministerii vom 26. Juli 1827 Nr. 18, die provisorische Constituirung eines besonderen Kreisamts zu Calvörde betreffend, wurde dann das bisher zum Kreisamt Vorfelde gehörige Amt Calvörde von diesem abgetrennt und provisorisch zu einem besonderen Kreisamt gestaltet, als welches es dann dauernd bestehen

blieb. Die Districtsgerichte und Kreisämter standen übrigens insofern in einer unmittelbaren Verbindung, als die Beamten der letzteren den ersteren angehörig waren und zu den Kreisämtern nur committirt wurden. Das Gericht zweiter Instanz ist und bleibt nach wie vor einzig und allein das Fürstliche Landgericht, welches gleichzeitig die unmittelbar vorgesetzte Behörde der Districtsgerichte ist; darüber steht sodann das Oberappellationsgericht. »Die Patrimonialgerichtsbarkeit sowohl, als der privilegierte Gerichtsstand bleibt, so wie bisher, auch künftig völlig aufgehoben. Dagegen sollen die vormaligen Patrimonialgerichtsherren in dem Bezirke des vormaligen Patrimonialgerichts von Rechtswegen Polizeibeamte sein, und in dieser Eigenschaft unter dem betreffenden Oberhauptmann stehen. Sind dieselben behindert, ihre desfallsigen Obliegenheiten selbst versehen zu können, so haben sie dazu eine geeignete Person dem Oberhauptmann namhaft zu machen, welcher über deren Qualifikation an die Fürstliche Cammer berichtet. Wird gegen den Substituten nichts zu erinnern gefunden, so wird dessen Substitution genehmigt, im entgegengesetzten Falle aber der vormalige Patrimonialgerichtsherr aufgefordert, ein anderes schickliches Subject zu substituieren.« Durch die Verordnung vom 9. Juni 1825 Nr. 8, die veränderte Gerichtsverfassung betreffend, wurde das Inkrafttreten der neuen Gerichtsordnung auf den 1. October 1825 festgesetzt und wurden gleichzeitig die Gerichtsdistricte und die Bezirke der Kreisämter in der Weise wie schon oben angegeben bestimmt; die Gerichtsdistricte entsprachen durchweg den jetzigen Kreisen, nur gehörte das Amt Harzburg zum District Blankenburg und das Amt Thedinghausen behielt das frühere Kreisgericht mit den Functionen der Districtsgerichte und der Kreisämter als Ausnahme bei und gehörte keinem der sechs Districte an. Die Verwaltung wird durch die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 9, die Polizei- und Gemeinde-Verwaltung betreffend, geordnet. Zuerst wird die Localverwaltung behandelt; in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel soll ein Magistrat aus mehreren Personen die Leitung der Verwaltung haben, in den übrigen Städten ein Bürgermeister mit einem Cämmerer, daneben die erforderlichen Hilfsbeamten; über die Wahl der städtischen Beamten, welche lediglich aus der Stadtcasse besoldet werden, ist Näheres vorgeschrieben, dabei bezüglich der ersten Beamten eine gewisse Mitwirkung der Staatsregierung, bezüglich der übrigen Bestätigungsrecht; neben dem Magistrat als Berater desselben Stadtdeputirte mit einem näher vorgezeichneten Wirkungskreis je nach der Grösse der Stadt in verschiedener Zahl (24, 16, 6—8). In den Dörfern fungiren nach wie vor lediglich Ortsvorsteher mit den früheren Functionen, dieselben werden von dem Kreisamte, eventuell gemeinschaftlich mit dem besonderen Polizeibeamten, aus drei von Seiten der Gemeinde präsentirten Persönlichkeiten ausgewählt und sollen von den Gemeinden ihrer Mühewaltung entsprechend besoldet werden. Die Magistrate zu Braunschweig und Wolfenbüttel stehen unmittelbar unter der Fürstlichen Cammer, die Bürgermeister der übrigen Städte aber unter dem betreffenden Oberhauptmann und wie sämtliche Verwaltungsbehörden unter der Oberaufsicht der Fürstlichen Cammer. Die Polizei wird in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel durch eine vom Landesherren unmittelbar bestellte Behörde, welche gleichzeitig auch die Landespolizei zu versehen hat, verwaltet und ist der Chef der Polizei Mitglied des Magistratscollegiums; in den übrigen Städten hat regelmässig der Bürgermeister die Localpolizei. Die allgemeine Landespolizei haben die Kreisämter, ebenso haben sie auch die Localpolizei auf dem platten Lande, soweit nicht besondere Polizeibeamte bestehen. In den Bezirken der früheren Patrimonialgerichte haben die vormaligen Gerichtsherren die Localpolizei, wie schon in der oben behandelten Gerichtsverfassung des Näheren bestimmt; sie stehen als solche unmittelbar unter dem Oberhauptmann und den Kreisbeamten coordinirt; die Ortsvorsteher sind den Polizeibeamten untergeordnet. Es ist vorbehalten, ähnliche Polizeibezirke im Umfange der Domanial- und klösterlichen, auch grösseren Privatbesitzungen zu bilden und darin die Pächter oder Verwalter der Aemter und Güter oder sonstige dazu qualifizierte Personen zu Local-Polizeibeamten zu ernennen. Die Kreisämter in allen Verwaltungsangelegenheiten, die Bürgermeister in den Städten, ausser Braunschweig und Wolfenbüttel, und die Polizeibeamten auf dem Lande in ihrem Wirkungskreise stehen unmittelbar unter dem Oberhauptmann, vorbehaltlich einer Berufung an die Fürstliche Cammer, wenn die erwähnten Beamten sich durch eine Verfügung des Oberamtmanns beschwert erachten sollten. Der Geschäftskreis der Oberhauptleute bleibt im Uebrigen unverändert. Zu Folge der Verordnung vom 9. Juni 1825

Nr. 9, die veränderte Polizei- und Gemeinde-Verwaltung betreffend, trat die neue Verwaltungs-Ordnung mit der Justizverfassung gleichfalls am 1. October 1825 in Kraft. Die Verordnung vom 26. Juli 1825 Nr. 12, das Verhältniss der Oberhauptleute zu den Districtsgerichten und Kreisämtern betreffend, hebt noch ausdrücklich hervor, dass die Districtsgerichte den Oberhauptleuten nicht untergeordnet sind, und ebenso wenig in Justizsachen die Kreisämter; die Oberhauptleute haben jedoch die von ihnen bezüglich der Rechtspflege etc. bemerkten Mängel zur Kenntniss der Districtsgerichte zu bringen. Durch die Bekanntmachung vom 21. August 1826 Nr. 22, das den sämtlichen Landes-Collegien und Behörden beizulegende Prädicat »Herzoglich« betreffend, wird vorgeschrieben, dass sämtliche Landes-Collegia und Behörden statt des Prädicats »Fürstlich« in Zukunft das Prädicat »Herzoglich« führen sollen. In der Verordnung vom 31. Mai 1827 Nr. 8, die dem bisherigen Geheime-Raths-Collegio beigelegte Benennung eines Staatsministeriums betreffend, wird dem bisherigen Geheime-Raths-Collegium die Benennung »Herzogliches Staatsministerium« beigelegt. Der Geschäftskreis der Herzoglichen Cammer wird von Neuem geregelt in der Verordnung vom 28. Januar 1830 Nr. 3, die Einsetzung eines Finanz-Collegiums und eine veränderte Bestimmung über den Geschäftskreis der Cammer betreffend; danach verbleiben der Cammer hauptsächlich die eigentlichen Verwaltungsfunktionen, so die allgemeine Landes- und die Sicherheits- auch Gewerbepolizei, die Aufsicht über städtische und ländliche Gemeinden und Ortschaften mit der Leitung der Vermögensverwaltung etc., die Aufsicht über alle Armenanstalten, milde Stiftungen, Waisen- und Krankenhäuser und sämtliche dem allgemeinen Nutzen und Vergnügen gewidmeten Anstalten, sowie auch über das Vermögen derselben, die Aufsicht über die Gefängnisse, Zucht- und Strafanstalten etc., sämtliche kirchliche, Schul- und Unterrichts-Angelegenheiten, die Grenz- und Lehnssachen, das gesammte Medicinalwesen etc.; dahingegen werden alle das Finanzwesen des Staats betreffenden oder mit demselben nur in irgend welcher Verbindung stehenden Angelegenheiten dem neu gebildeten Finanz-Collegium zugewiesen, so namentlich die Verwaltung des gesammten Cammer- und Klosterguts an Domanial-Stiften und Klostergütern, Forsten und Jagden und allen Gegenständen des Bergregals mit den Salzwerken, die herrschaftlichen Fabrik- und Handelsanstalten und die Münze, die Aufsicht über die herrschaftlichen Bauten etc. etc.; dem Finanz-Collegium sind dann unter andern untergeordnet als ausführende Behörden eine Direction der Domanien-, der Stiften- und Klostergüter, eine solche für die Forsten, Jagden und wilden Fischereien und eine dritte der Berg-, Hütten- und Salzwerke, Steinbrüche, Torfstiche, der Münze und herrschaftlichen Fabrik- und Handelsanstalten. — In den Domanial-Pachtcontracten findet sich jetzt und auch schon in der vorigen Periode wieder regelmässig ein die Verwaltung betreffender Abschnitt. In einem Contracte von 1815 ist zunächst gesagt, dass der Pächter »wenn es erfordert werden sollte, die Verwaltung der Polizei und übrigen Amtsangelegenheiten, welche nicht zur Justizverwaltung gehören, wie auch die Beobachtung der Gerechtsame des Amts, auch Alles, was die Erhaltung der Unterthanen und die Verbesserung ihrer Umstände betrifft, nebst dem Justizbeamten gemeinschaftlich zu besorgen, auch in dessen Gefolg die Berichte und Verfügungen in solchen Angelegenheiten mit zu unterschreiben und Platz auf der Gerichtsstube, wenn ihm solcher angewiesen wird, zu nehmen« habe. Später und die ganze Periode und zum Theil auch die folgende hindurch wird die bezügliche Pflicht der Pächter im Anklang an die früheren Verhältnisse durchweg folgendermaassen ausgedrückt: »Pächter hat Aufträge der Landesregierung oder der Fürstlichen Cammer innerhalb seines Bezirks ohne Vergütung auszuführen, mit den Grenzen und Gerechtsamen des Fürstlichen Amts sich bekannt zu machen, bemerkte Eingriffe in dieselben der Fürstlichen Cammer oder dem Fürstlichen Kreisgerichte anzuzeigen, die zuständigen Rechtsame aufrecht zu erhalten, widrigenfalls den durch unterlassene Anzeige von Eingriffen oder durch nicht geschene Ausübung von Gerechtsamen entstehenden Nachtheil der Fürstlichen Cammer vollständig zu ersetzen, ferner auch die Wirthschaft der Unterthanen und Polizeiangelegenheiten zu beachten, wahrgenommene Mängel dem Oberhauptmann des Districts zu eröffnen und zu Allem, was die Aufnahme der Unterthanen abzweckt, soweit es ohne der Fürstlichen Cammer oder seinen Schaden geschehen kann, beizutragen.« Eine Besoldung hierfür findet nicht mehr statt, ebenso wenig wie für die Besorgung des Rechnungswesens der Cammergefälle, welche dem Pächter obliegt. Erst gegen Ausgang der folgenden Periode in den vierziger Jahren verschwindet die vorstehende Be-

zunahme auf die Verwaltungs- und Polizeiangelegenheiten und wird nur noch die Obacht auf die Grundstücke und Gerechtsame der Cammer hervorgehoben.

3. Die Regelung vom Jahre 1832.

Die Regelung vom Jahre 1832 ist principiell von geringer Bedeutung, da sie sich hauptsächlich nur auf die höheren Verwaltungsfunktionen, welche bislang von den Oberhauptmannschaften und der Herzoglichen Cammer ausgeübt worden, bezieht. Sie beruht zunächst auf der erneuerten Landschaftsordnung, welche die Bildung von Kreisdirectionen vorschreibt. Ein besonderes Gesetz kommt dann dieser Bestimmung nach; dasselbe hebt die Oberhauptmannschaften auf und nimmt der Herzoglichen Cammer die ihr bisher zustehende Leitung aller Gegenstände der Polizei und der eigentlichen Regierungsangelegenheiten; dafür treten an die Stelle 6 Kreisdirectionen, mit den jetzigen in ihrem Bezirk mit einer geringen Ausnahme übereinstimmend, welche lediglich für die Landesverwaltung und die Polizei bestimmt sind und dieselbe unter der Verantwortlichkeit je eines einzelnen Beamten unmittelbar unter dem Herzoglichen Staatsministerium zu leiten haben; in ihnen concentrirt sich schon jetzt die Hauptthätigkeit auf dem Gebiete der Verwaltung. Aus den sämtlichen Kreisdirectionen und den Vorsitzenden der Magistrate von Braunschweig und Wolfenbüttel wird ausserdem eine Landesdirection gebildet, welche sich je nach Bedarf versammelt, eine instanzliche Competenz nicht besitzt, sondern hauptsächlich den Zweck hat, eine einheitliche Sachbehandlung und gleichmässige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften etc. herbeizuführen. In der theilweise noch bestehenden Verbindung von Rechtspflege und Verwaltung wird nichts geändert; die Kreisämter bleiben und fungiren in gleicher Weise wie früher fort, nur ihr Name ändert sich, sie heissen jetzt schlechthin »Aemter«. Ausserdem werden die Verhältnisse der Städte durch Einführung einer allgemeinen Städteordnung von Neuem und in eingehender Weise geregelt; in der Verwaltungsorganisation weist die Neuordnung bedeutendere principielle Unterschiede gegen früher nicht auf und ist hier lediglich als eine sachgemässe Fortentwicklung und Weiterbildung ins Einzelne anzusehen. Im Anschluss an die Neue Landschaftsordnung ist endlich noch eine Reihe von Verwaltungsbehörden umgebildet und in ihrem Geschäftskreise neu organisirt.

Die neue Landschaftsordnung vom 12. October 1832 Nr. 22 sagt zunächst in ihrem § 160: »Die Landesverwaltung und Polizei soll unmittelbar unter dem Staatsministerium durch Kreisdirectionen geleitet werden, deren Organisation und Geschäftskreis durch ein Gesetz bestimmt ist;« bezüglich der Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung ordnet dieselbe im § 192 nur an: »Die bürgerliche und Strafrechtspflege soll, mit Ausnahme der durch das Gesetz den Einzelrichtern überwiesenen Gegenstände, ferner der Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, wie bisher, getrennt von der Landesverwaltung, durch collegialisch gebildete Gerichte, in gesetzlicher Instanzen-Ordnung, ausgeübt werden.« Die vorgeschriebene Einführung der Kreisdirectionen erfolgt sodann durch das Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 27, die Organisation und den Wirkungskreis der Kreisdirectionen und der durch dieselben zu bildenden Landesdirection betreffend. Die Wirksamkeit der durch die Verordnung vom 28. Januar 1830 gebildeten Herzoglichen Cammer hört auf, die Oberhauptmannschaften werden aufgehoben. Es

werden sechs Kreisdirectionen gebildet: die erste zu Braunschweig für die Stadt Braunschweig und die Aemter Riddagshausen und Vechelde; die zweite zu Wolfenbüttel für die Stadt Wolfenbüttel und die Aemter Wolfenbüttel, Salder, Schöppenstedt und Harzburg; die dritte zu Helmstedt für die Aemter Helmstedt, Schöningen, Königslutter, Vorsfelde und Calvörde; die vierte zu Gandersheim für die Aemter Seesen, Lutter am Barenberge, Gandersheim und Greene; die fünfte zu Holzminden für die Aemter Holzminden, Eschershausen, Stadtoldendorf, Ottenstein und Thedinghausen; die sechste zu Blankenburg für die Aemter Blankenburg, Hasselfelde und Walkenried; mit Ausnahme der Zuordnung des Amts Thedinghausen mithin ganz die jetzigen Bezirke. Die Kreisdirectionen sind dem Staatsministerium unmittelbar untergeordnet und bilden die mittlere Instanz zwischen den Localbehörden und dem Ministerium in allen zu ihrem Wirkungskreise gehörenden Verwaltungsangelegenheiten. Als speciell zum Geschäftskreise derselben gehörig werden hervorgehoben: die Sorge für die gehörige Bekanntwerdung der Gesetze etc.; die Handhabung der Bestimmungen, welche die Bevölkerung, die Aufnahme in den Unterthanenverband, die Entlassung aus demselben, die Rechte des Wohnsitzes und des Aufenthalts betreffen; die Beförderung der geistigen und sittlichen Bildung, sowie die Erhaltung und Vervollkommnung der dazu vorhandenen Anstalten; der Schutz und die Beförderung des Landbaues und des Gewerbewesens im weitesten Umfange; die Beförderung und Vervollkommnung aller den Handel und Verkehr betreffenden Einrichtungen; die Aufsicht über das gesammte Gemeindewesen; die gesammte Landespolizei und die strenge Beaufsichtigung und Sorge für die Vervollkommnung der Localpolizei in allen ihren Zweigen; die Militäraushebung etc. Wo ihnen Mängel oder Missbräuche in der Rechtspflege erster Instanz, in Kirchen- und Schulangelegenheiten oder in anderen Verwaltungszweigen zur Kenntniss kommen, haben sie die betreffenden Oberbehörden aufmerksam zu machen. Die Kreisdirectionen werden je mit einem Kreisdirector und nach Bedarf mit einem oder mehreren Assessoren besetzt; die Anordnung des Geschäftsganges, Leitung und Vertheilung der Geschäfte ist dem Kreisdirector unter eigener Verantwortlichkeit überlassen. In den innerhalb ihres Geschäftskreises getroffenen Anordnungen dürfen Zwangsmittel (Geldstrafe bis zu 5 Thlr. eventuell 3 Tage Gefängniss) angedroht werden. Die Kreisdirectoren sind verpflichtet, die sämtlichen Städte, Flecken, Aemter und wichtigen Punkte ihres Kreises mindestens zweimal jährlich zu bereisen, um eine thunlichst vollständige Local- und Personalkenntniss zu gewinnen. Die Landesdirection setzt sich aus sämtlichen Kreisdirectoren und den Vorsitzenden der Magistrate von Braunschweig und Wolfenbüttel zusammen; den Vorsitz hat der Kreisdirector zu Braunschweig, welcher den Titel Landesdirector führt. Die Versammlungen beruft das Staatsministerium so oft es für nothwendig erachtet wird, in der Regel zweimal im Jahre. Der Zweck der Landesdirection ist auf Erhaltung der Einheit und Uebereinstimmung in der Behandlung der Landes-Verwaltungs- und Polizeisachen und auf eine gleichmässige Anwendung der darauf sich beziehenden Gesetze etc. gerichtet; alle in dem Geschäftskreise der einzelnen Kreisdirectionen begriffenen einzelnen Verwaltungszweige gehören daher ebenfalls zu dem Geschäftskreise der Landesdirection, insofern darauf sich beziehende allgemeine Maassregeln zu berathen oder Vorschläge zu Gesetzen, Verordnungen und Vorschriften zu bearbeiten sind. Durch das Gesetz vom 15. October 1832 Nr. 33, die Modification der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, werden die Bezirke der Districtsgerichte denen der neu gebildeten Kreisdirectionen gleich gemacht; die Districtsgerichte bekommen den Titel »Kreisgerichte«, die Kreisämter den Titel »Aemter;« die Competenz der Gerichte wird neu festgesetzt und wird dabei die der Aemter und Stadtgerichte etwas verändert, die Verwaltungsfunktionen derselben bleiben jedoch wie früher. Da die grösseren Aemter jetzt mit zwei stimmführenden Beamten zu besetzen waren, so wird die Geschäftsvertheilung unter denselben durch die Verordnung vom 2. Januar 1833 Nr. 1, die Geschäftsführung und Vertheilung der Geschäfte bei den mit zwei Beamten besetzten Aemtern betr., geordnet; sämtliche Verwaltungssachen mit Einschluss der Polizeiverwaltung, der Besorgung der die Kirchen, Pfarren und Schulen betreffenden Angelegenheiten, sowie die Monitur und Abnahme der dabei vorkommenden Rechnungen und endlich auch die Controle über denjenigen Officianten, welcher die Amts-Armen-, Wegebesserungs- und Feuer-Cassen-Rechnungen führt, sind von einem Beamten ungetrennt zu übernehmen. In der allgemeinen Städteordnung für das

Herzogthum Braunschweig vom 4. Juni 1834 Nr. 5 werden die Verhältnisse und die Verwaltung der Städte zum ersten Male eingehend geregelt; es werden behandelt: die Stadtgesetze, die Stadtgemeinde mit dem Stadtbezirke und den Gemeindegossen, die Rechte und Pflichten der Stadtgemeinden, die Stadtverordneten, ihre Rechte und Pflichten und ihre Verhandlungen, die städtischen Beamten, ihre Rechte und Pflichten und ihre Geschäftsführung, und das Verhältniss der Stadtbehörden zu den Landesbehörden und der Landesregierung. Auf alles Einzelne hier näher einzugehen, würde zu weit führen; es soll nur hervorgehoben werden, dass überall in den Städten die Leitung der Verwaltung eine collegiale Behörde, der Magistrat, zu führen hat; derselbe muss mindestens aus drei stimmführenden Mitgliedern bestehen; der Vorsitzende führt den Titel Stadtdirector oder Bürgermeister und muss besoldet sein; die übrigen Magistratsmitglieder können besoldete und unbesoldete sein. Das Verhältniss der Stadtbehörden zu den Landesbehörden und der Landesregierung ist im Wesentlichen folgendermaassen geordnet: Die Aufsicht der Kreisdirection auf die städtische Verwaltung beschränkt sich darauf, dass die Verwaltung den bestehenden Gesetzen gemäss geschehe, insbesondere dass das Gemeindevermögen erhalten und das Einkommen davon zu Gemeindezwecken verwendet werde, und dass bei Vertheilung der Gemeinde-Abgaben nach gleichmässigen Grundsätzen verfahren werde; der Kreisdirection steht eine Entscheidung in den überhaupt zu ihrem Ressort gehörigen Sachen zu, welche der Magistrat oder ein Mitglied desselben nicht als städtische Verwaltungsbehörde, sondern als Organ der Staatsgewalt zu besorgen hat, namentlich in den auf die Verwaltung der Localpolizei sich beziehenden Angelegenheiten; die Landesfürstliche Genehmigung ist erforderlich, wenn neue örtliche Statuten errichtet, oder bestehende erklärt, abgeändert oder aufgehoben werden sollen, zur freiwilligen Veräusserung oder Theilung städtischer Grundstücke und Gerechtsame, zur Veräusserung von wissenschaftlichen und Kunstsammlungen und Veränderungen mit den städtischen Archiven, zur Aufnahme von Anleihen, sowie zur Kündigung und Ausleihung von Kapitalien, sofern dieselben nicht bei der Leihhauscasse belegt oder zum Ankauf von Landes- und Cammerobligationen verwandt werden, zum Ankauf von Grundstücken, zur Einführung von Gemeindeaufträgen und deren Veranlagung, zu der Einrichtung der jährlich aufzustellenden Haushalts-etats, des Cassen- und Rechnungswesens. Von dem Ermessen der Landesregierung hängt es ab, ob sie die Polizeiverwaltung dem ganzen Magistrat, oder nur dem Bürgermeister, oder einer abgesonderten Behörde übertragen will. In der Verordnung vom 9. October 1835 Nr. 57 ist bestimmt, dass in den Städten, in welchen keine besondere Polizeibehörde sich befindet, die mit der Verwaltung der Localpolizei beauftragten städtischen Behörden die Amtsbezeichnung »Herzogliche Stadtpolizeibehörde zu N. N.« und ein Siegel mit dem Pferde und der Krone, sowie mit jenem Titel als Umschrift führen sollen. Als Gesetze über die Neu-Organisation etc. einzelner staatlicher Verwaltungsbehörden sind folgende hervorzuheben: Gesetz über die Organisation, den Geschäftskreis und das Verfahren der Ministerial-Commission vom 12. October 1832 Nr. 26; Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 28, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzoglichen Cammer betreffend; Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 29, die Organisation und Geschäftsführung des Herzoglichen Finanz-Collegii betreffend; Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 30, Organisation und Geschäftskreis der Steuirection betreffend; Gesetz vom 12. October 1832 Nr. 31, Organisation und Geschäftskreis der Herzoglichen Baudirection betreffend; Gesetz vom 16. December 1834 Nr. 15, Verbindung der Herzoglichen Steuirection mit Herzoglichem Finanz-Collegium betreffend; Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 10 über die Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung.

D. Die Entwicklung der jetzt in Geltung stehenden Form.

1. Die Umgestaltung vom Jahre 1850.

Die Umbildung zu der jetzt bestehenden Organisation der Verwaltung wurde eingeleitet durch die neue Gerichtsverfassung vom Jahre 1849, welche zuerst den Grundsatz der vollständigen Trennung der Rechtspflege von der Ver-

waltung aussprach. Derselbe wurde gleichzeitig für die Neuordnung der Verwaltung vom Jahre 1850 maassgebend und in derselben streng durchgeführt. Die bisher mit doppelten Functionen versehenen Aemter wurden allein zu Gerichten umgeschaffen, verschwanden aber ganz als Verwaltungsbehörden. Die den Patrimonialgerichtsherren von Rechtswegen in ihren früheren Gerichtsbezirken zustehende Polizeigewalt, das umgestaltete letzte Ueberbleibsel der Patrimonialgerichtsbarkeit, wurde gleichfalls aufgehoben. Einzige Verwaltungsbehörden zwischen dem Herzoglichen Staatsministerium und den Ortsbehörden sind die Herzoglichen Kreisdirectionen, welche in ihren Bezirken wie früher bestehen bleiben mit der alleinigen Aenderung, dass das Amt Thedinghausen vom Kreise Holzminden zu dem Kreise Braunschweig verlegt wird. Sie haben sämtliche Verwaltungsgeschäfte, welche nicht anderen Behörden übertragen sind, in ihrem Kreise zu versehen, namentlich liegt ihnen die Landespolizei und die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung ob. Die Leitung der Kreisdirection hat ein allein entscheidender Beamter, der Kreisdirector. Die Befugnisse der Kreisdirectionen innerhalb ihres Geschäftskreises sind näher bestimmt und weiter ausgebildet und entwickelt. Die Localverwaltung wird sowohl in den Städten wie in den Landgemeinden durch eine revidirte Städteordnung und eine Landgemeindeordnung neu geregelt. Die Städteordnung giebt die Norm für die ganze Verwaltung sämtlicher Städte, ohne für jede einzelne Stadt den Erlass eines ergänzenden Statuts vorzuschreiben; die Städte erhalten das Recht ausdrücklich zugesprochen, innerhalb der durch das Gesetz festgesetzten Schranken alle ihre Gemeindeangelegenheiten, insbesondere ihr Gemeindevermögen, sowie auch die Ortspolizei innerhalb des Stadtbezirks selbstständig zu verwalten und ihre Vorsteher und Vertreter frei zu wählen. Dasselbe Recht bekommen auch die Landgemeinden. Durch die Landgemeindeordnung werden übrigens die früheren Aemter als besondere mit einer gewissen Selbstverwaltung versehene Verbände vermöge der Schaffung der Amtsräthe erhalten; diese setzen sich aus Vertretern, welche von den Gemeinderäthen gewählt werden, zusammen und bilden das Organ der dem Amte angehörigen Gemeinden für alle Angelegenheiten, welche sich über die Grenzen der einzelnen Gemeinden erstrecken, aber nicht als allgemeine Angelegenheit betrachtet werden können; sie sind berufen die Gesamtinteressen der Gemeinden des Amtes wahrzunehmen und nach Kräften zu fördern, sollen sich aber nicht in die Angelegenheiten einzelner Gemeinden einmischen. Die Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig wird durch ein besonderes Gesetz exceptionell geordnet. Städteordnung wie Landgemeindeordnung haben sodann noch im Einzelnen durch verschiedene Gesetze Abänderungen erfahren.

Das Gesetz vom 21. August 1849 Nr. 35, die Gerichtsverfassung betreffend wandelt die Aemter in Amtsgerichte um und bestimmt in seinem § 15 »die Amts- und Stadtgerichte bestehen getrennt von der Landesverwaltung.« Damit ist die vollständige Trennung der Rechtspflege und Verwaltung durchgeführt. Daran schliesst sich sodann das Gesetz über die Organisation der Landes-Verwaltungsbehörden vom 19. März 1850 Nr. 26. Die 6 Kreise werden mit ihren früheren Grenzen beibehalten, nur ist schon durch das Gesetz vom 19. März 1850 Nr. 21, die Verlegung des Amtes Thedinghausen an den

Kreis Braunschweig betreffend, das Amt Thedinghausen vom Kreise Holzminden abgetrennt und dem Kreise Braunschweig angeschlossen worden. Die Herzoglichen Kreis-Directionen stehen unmittelbar unter dem Herzoglichen Staatsministerium; sie haben »alle zum Wirkungskreis der Staatsgewalt gehörenden Verwaltungsgeschäfte in diesen Kreisen, welche anderen Behörden nicht übertragen worden sind, insbesondere die Landespolizei und die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung« zu besorgen. Dieselben sind besetzt mit einem allein entscheidenden Kreisdirector, mit einem zu dessen Vertretung in Behinderungs-fällen berechtigten Hilfsbeamten und dem sonst erforderlichen Hilfs- und Unterpersonale. Die Kreisdirectoren haben den Sitzungen des Amtraths regelmässig beizuwohnen und an den Amtshauptorten des Kreises regelmässige Sprechstage zur Entgegennahme der mündlichen Vorträge der Amtseingesessenen abzuhalten. Unterbeamte der Kreisdirectionen sind die Amtsvögte, welche zugleich Geschäfte der gerichtlichen Polizei etc. zu besorgen haben; das in dem Kreise stationirte Polizeimilitair hat die Aufträge der Kreisdirectionen gleichfalls pünktlich und unweigerlich zu besorgen. Die Kreisdirectionen handeln selbstständig in allen Angelegenheiten ihres Geschäftskreises, welche auf die Ausführung bestehender Gesetze und Verordnungen und sonstiger Normen des öffentlichen Rechts sich beziehen, und in denen nicht eine vorgängige Berichterstattung an das Staatsministerium und dessen Autorisation ausdrücklich vorbehalten oder eine Communication mit anderen Behörden der Natur der Sache nach erforderlich ist. Bedarf es jedoch innerhalb des den Kreisdirectionen überwiesenen Wirkungskreises der Feststellung von Maass und Umfang und von Ort und Zeit rücksichtlich solcher Geld- und Naturalleistungen, welche Gemeinden, Interessenschaften oder Einzelnen nach ausdrücklichen Gesetzen oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts im Allgemeinen obliegen, deren nähere Begrenzung aber in den einzelnen Fällen vorgenommen werden muss, und bedarf es dieserhalb wegen eintretender Weigerung der Verpflichteten der Abgabe von Entscheidungen, so sollen die Kreisdirectionen zu deren alleinigen Abgabe nur dann berechtigt sein, entweder wenn und soweit Gefahr im Verzuge ist, oder wenn der Gegenstand der Anforderung, beziehungsweise der Unterschied zwischen dieser und dem Anerbieten der verpflichteten Gemeinde, Interessenschaft oder Einzelnen, den Geldwerth von 100 Thlr. nicht erreicht. Die Kreisdirectionen sind ermächtigt den innerhalb ihres Geschäftskreises erlassenen speciellen Anordnungen und Entscheidungen, welche die Ausführung von Gesetzen, Verordnungen und sonst bestehenden Normen des öffentlichen Rechts oder die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit bezwecken, durch Androhung von Zwangsmitteln (Geldstrafe bis zu 5 Thlr. oder Gefängniss bis zu 3 Tagen) den erforderlichen Nachdruck zu ertheilen, auch diese Zwangsmittel, falls die Anordnung nicht befolgt wird, in Anwendung zu bringen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung können die Kreisdirectionen nach vorgängiger Autorisation des Herzoglichen Staatsministeriums, bei Gefahr im Verzuge auch ohne solche, allgemeine den bestehenden Gesetzen nicht widerstrebende Anordnungen für einzelne Gemeinden oder Amtsbezirke treffen; dieselben sind entsprechend zu veröffentlichen und verlieren spätestens nach 6 Monaten ihre Gültigkeit; die Uebertretung ist mit Geldstrafe bis zu 10 Thlr. eventuell 10 Tagen Gefängniss bedroht. Den Kreisdirectionen sind auch bis zu anderweiter Regelung (welche jedoch nicht erfolgt ist) die Geschäfte der weltlichen Kirchen- und Schulvisitatoren, jedoch mit Ausnahme der Abnahme der Kirchenrechnungen und der darauf sich beziehenden Verhandlungen, übertragen. Neben den Kreisdirectoren bestehen die Kreiscommissionen, welche aus dem Kreisdirector als Vorsitzenden und regelmässig aus den Bürgermeistern der Städte und den Vorsitzenden der Amträthe gebildet werden, nur im Kreise Braunschweig findet sich eine abweichende Ordnung; dieselben versammeln sich nach Bedürfniss auf Berufung der Kreisdirection regelmässig am Kreishauptorte und fassen ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit; im Allgemeinen ist ihr Geschäftskreis nicht näher bestimmt, doch ist ihre Mitwirkung im Einzelnen bei einer Reihe von Angelegenheiten besonders vorgeschrieben. — Die städtischen Verhältnisse werden sodann eingehend neu geregelt durch die Revidirte Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 19. März 1850 Nr. 23. In den zunächst gegebenen allgemeinen Bestimmungen wird das schon oben hervorgehobene Recht der Städte ausgesprochen, innerhalb der durch das Gesetz festgestellten Schranken alle ihre Gemeindeangelegenheiten, insbesondere ihr Gemeindevermögen, sowie auch die Ortspolizei innerhalb des Stadtbezirks

(mit Ausnahme der Stadt Braunschweig) selbstständig zu verwalten und ihre Vorsteher und Vertreter frei zu wählen; ferner sind sie befugt, ihre Gemeindeangelegenheiten, sowie auch Gegenstände der Ortspolizei unter Beobachtung der in der Städteordnung besonders dafür vorgeschriebenen Formen durch Statuten, in welchen einfache Polizeistrafen bis zu 10 Thlr. oder 10 Tagen Gefängniss angedroht werden können, zu ordnen; desgleichen haben sie nach Maassgabe der näheren gesetzlichen Bestimmungen die Mitwirkung bei Aufnahme Fremder in den städtischen Verband, bei Heiraths- und Gewerbebetriebsgesuchen; alle im Stadtbezirke belegenen Grundstücke und alle in demselben wohnenden Personen sind dem Gemeindeverbande unterworfen und nehmen an den Vortheilen und Lasten nach den Bestimmungen des Gesetzes Theil. Sodann wird der Stadtbezirk behandelt und dessen Begriff, Festsetzung, Veränderung und Eintheilung näher erörtert. Der nächste Abschnitt betrifft die Gemeindegenossen; es werden unterschieden Gemeindegenossen, welche auf gesetzliche Weise das Wohnortsrecht in der Stadt erworben haben, Markgenossen, welche im Stadtbezirke Grundbesitz, das Recht des Wohnsitzes daselbst aber nicht haben, und Fremde, welche sich in einer Stadt aufhalten, ohne daselbst wohnberechtigt zu sein; dann werden besonders hervorgehoben die Bürger, d. s. alle Gemeindegenossen, welche vom Stadtmagistrat einen Bürgerschein erhalten haben; über das Bürgerrecht, den Erwerb und Verlust desselben, das Ehrenbürgerrecht etc. ist Näheres vorgeschrieben. Der vierte Abschnitt handelt in einer Reihe von Unterabtheilungen von der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten und den Gemeindeämtern. In den allgemeinen Bestimmungen wird die Vertretung der Stadtgemeinden in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten dem Magistrat und den Stadtverordneten zugewiesen; die unbesoldeten städtischen Aemter sind Ehrenämter; über die Ablehnung, Niederlegung etc. sind besondere Vorschriften gegeben. Die Versammlung der Stadtverordneten besteht in Städten bis zu 4000 Einwohnern aus 9, in Städten bis zu 10000 Einwohnern aus 18, und in der Stadt Braunschweig aus 27 Mitgliedern; wählbar ist jeder wahlberechtigte Bürger; die Wahl geschieht in drei Classen nach dem Steuersatze, jede Classe wählt ein Drittel der Stadtverordneten; die Vorbereitung der Wahlhandlung, das Wahlverfahren, die Anfechtung, Aufhebung und Zeit der Wahl ist eingehend geordnet; die Dauer des Amtes beträgt 6 Jahre; wegen Unwürdigkeit kann Ausschluss von der Versammlung erfolgen, desgleichen kann die ganze Versammlung durch den Landesfürsten aufgelöst werden; in einer genau festgesetzten Anzahl von Sachen haben die Stadtverordneten ihre Zustimmung zu ertheilen, in anderen haben sie die Entscheidung, in wieder anderen nur eine gutachtliche Aeusserung, sodann haben sie den städtischen Haushalt in allen seinen Theilen zu überwachen und zu controliren und die Stadtcassen-Rechnung zu revidiren, in einzelnen Angelegenheiten haben sie auch das Recht des Antrages; eine Geschäftsordnung ist gleichfalls im Gesetz gegeben. Der Magistrat ist eine collegialische Behörde mit einem besoldeten Vorstande und ausserdem in Braunschweig vier, in den übrigen Städten zwei Mitgliedern, welche jedoch durch statutarische Bestimmung vermehrt werden und theils besoldete theils unbesoldete sein können; die unbesoldeten Mitglieder müssen überwiegend sein; die Mitglieder werden nach einem speciell vorgeschriebenen Verfahren von dem Stadtmagistrat und den Stadtverordneten in vereiniger Sitzung gewählt, der Vorsteher bedarf der Bestätigung des Landesherrn; die Dienstverhältnisse, wie Besoldung, Amtsantritt, Amtsdauer, Disciplinargewalt, Versetzung in den Ruhestand, Auflösung des Dienstverbandes etc. sind durch eingehende Vorschriften geordnet; desgleichen der Geschäftskreis im Allgemeinen und im Besonderen, sowie die Geschäftsführung; der Magistrat hat als Obrigkeit der Stadt die städtischen Angelegenheiten zu verwalten, in Landesangelegenheiten die Geschäfte zu besorgen, welche ihm gesetzlich überwiesen sind, ferner einzelne Aufträge zu vollziehen, welche ihm im Bezirke der Stadt von der Staatsbehörde ertheilt werden und den Requisitionen der sonstigen Behörden Folge zu leisten, er betreibt seine Geschäfte in der Regel collegialisch, bei Gleichheit der Stimmen ist der Vorsteher der Stadtverordneten zuzuziehen; die Ortspolizei wird in der Regel durch den Vorsitzenden des Stadtmagistrats verwaltet; dem Verwalter der Localpolizei kann auch die Landespolizei durch die Staatsregierung übertragen werden. Die vereinigte Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten, für welche eine eigene Geschäftsordnung vorgeschrieben, hat in einer Anzahl ihr gesetzlich überwiesener und näher bezeichneter Angelegenheiten mitzuwirken.

Endlich sind noch die Hilfsbeamten und Gemeindediener sowie das Rechnungswesen speciell behandelt. Die folgenden Abschnitte beziehen sich auf das Vermögen der Stadt und die städtischen Lasten, die Armenpflege, die Schulangelegenheiten, die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei Aufläufen entstandenen Schadens und die Gemeinheiten, Stiftungen und Corporationen. Am Schluss wird das Verhältniss zu den Staatsbehörden geordnet; die dem Staate zustehende Aufsicht über die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten wird in der Stadt Braunschweig unmittelbar vom Staatsministerium, in den übrigen Städten von den Kreisdirectionen geführt; die Aufsichtsbehörden haben im Allgemeinen darauf zu achten, dass die Verwaltung den Gesetzen gemäss geführt wird, speciell sind sie befugt, rechtswidrige Beschlüsse der Gemeindebehörden aufzuheben, die Ausführung von das Gemeinwohl gefährdenden Beschlüssen einstweilen zu untersagen und ministerielle Entscheidung einzuholen, die Gemeinden zur Erfüllung der ihnen obliegenden Verbindlichkeiten anzuhalten etc.; wenn die Stadtbehörden über einen Beschluss einverstanden sind, so kann die Staatsbehörde denselben nicht abändern, sondern nur Einspruch erheben und Entscheidung des Staatsministeriums veranlassen; in Angelegenheiten der Localpolizei steht der Staatsbehörde die Entscheidung über erhobene Beschwerden nach Anhörung des Localpolizeibeamten zu, zum Erlass leitender Verfügungen ist ausser bei Gefahr im Verzuge nur das Staatsministerium befugt; in denjenigen Landesangelegenheiten, welche der Magistrat oder ein Mitglied desselben Namens der Staatsgewalt zu besorgen hat, steht der Staatsbehörde die Entscheidung auf erhobene Beschwerde zu; die Genehmigung des Staatsministeriums ist erforderlich: zur Errichtung, Aenderung und Aufhebung von Statuten und polizeilichen Reglements, zur freiwilligen Veräusserung von Gemeindegrundstücken und Berechtigungen, oder zum Ankauf von Grundstücken und Berechtigungen, wenn der Capitalwerth den Betrag von 200 Thlr. übersteigt, zur Veräusserung von wissenschaftlichen oder Kunstsammlungen und Veränderungen mit den städtischen Archiven und zur Aufnahme von Anleihen, sowie zur Kündigung und Ausleihung von Kapitalien, sofern dieselben nicht bei der Leihhauscasse belegt oder zum Ankauf von Landes- und Cammer-Obligationen verwandt werden; wird die Localpolizei in einer Stadt ungeachtet der Erinnerungen der Staatsbehörde mangelhaft verwaltet, so kann auf vorgängigen Bericht der Staatsbehörde das Staatsministerium die Verwaltung der Localpolizei auf Kosten der Stadt einem Staatsbeamten übertragen. — Für die ländlichen Verhältnisse ist eine erste allgemeine Regelung in der Landgemeindeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 19. März 1850 Nr. 24 gegeben, welche in der äusseren Gestaltung und den leitenden Grundprincipien im Wesentlichen mit der revidirten Städteordnung übereinstimmt. So sind die allgemeinen Bestimmungen dieselben wie in der Städteordnung; neue Gemeinden können nur im Wege der Gesetzgebung gebildet werden. Es folgen ebenso die Vorschriften über den Gemeindebezirk. Bei den Gemeindegenossen fallen die Bürger weg, es werden nur Gemeindegenossen, Markgenossen und Fremde unterschieden; über die Wahlberechtigung sind nähere Bestimmungen getroffen. Der nächste Abschnitt handelt ebenmässig von der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und den Gemeindeämtern. Die Gemeinden werden in Bezug auf ihre Rechte und Pflichten von dem Gemeinderathe und dem Gemeindevorsteher vertreten. Der Gemeinderath besteht ausser dem Gemeindevorsteher aus 9 Mitgliedern, in Gemeinden von weniger als 250 Seelen aus 6 Mitgliedern; die Wahl geschieht von den Wahlberechtigten nach der Communalsteuer in drei Classen, von denen jede ein Drittel der Gesamtsteuer repräsentirt und ein Drittel der Gemeinderathsmitglieder zu wählen hat; über die Wahl, das Verfahren, die Vornahme, Anfechtung, Aufhebung etc. ist das Nähere vorgeschrieben; die Amtsdauer ist 6 Jahre, das Amt ist ein Ehrenamt, welches nur unter bestimmten näher bezeichneten Voraussetzungen abgelehnt werden darf; der Landesfürst kann den Gemeinderath auflösen; die Geschäftsordnung und der Geschäftskreis ist eingehend geregelt, zur Beschlussfähigkeit wird das Erscheinen von zwei Dritteln der Mitglieder erfordert, zum Beschlusse absolute Stimmenmehrheit; in allen wichtigen Angelegenheiten des Gemeinwesens hat der Gemeinderath die Gemeinde zu vertreten und verbindende Beschlüsse für dieselbe zu fassen, die einzelnen Functionen sind ausdrücklich hervorgehoben. Der Gemeindevorsteher wird von sämmtlichen Wahlberechtigten aus drei vom Gemeinderathe vorgeschlagenen Candidaten mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt; bezüglich des Verfahrens, der Anfechtung und Aufhebung der Wahl

gelten dieselben Grundsätze wie bei der Gemeinderathswahl; zur Unterstützung und Vertretung des Gemeindevorstehers wählt der Gemeinderath aus seiner Mitte einen Gemeindevorstehergehilfen; bezüglich der Dienstverhältnisse kommen wiederum im Wesentlichen analoge Bestimmungen wie beim Gemeinderath in Anwendung, nur bedarf der Gemeindevorsteher der Bestätigung der Staatsbehörde und wird von dieser auch vereidigt; der Gemeindevorsteher hat die Verwaltung der Geschäfte allein zu führen und kann sich von dem Gehilfen nach seinem Ermessen vertreten lassen; der Geschäftskreis des Gemeindevorstehers im Allgemeinen umfasst die Gemeindeverwaltung mit Einschluss der Ortspolizei, soweit nicht dem Gemeinderathe gesetzlich eine Mitwirkung eingeräumt ist, er hat die Gemeinde gegen Behörden und Privatpersonen zu vertreten, den Schriftwechsel zu führen und die Gemeindevorsteherurkunden auszufertigen, auch die Acten und Urkunden der Gemeinde aufzubewahren; die Geschäfte im Einzelnen sind sodann noch näher angegeben; zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Ausführung der im gesetzlichen Wege getroffenen Anordnungen kann er Zwangsmittel (Geldstrafe von 1 Thlr. oder 24 Stunden Gefängniss) androhen und deren Vollziehung bewirken. Hilfsbeamte sind der Gemeinde-Einnehmer und der Gemeindediener. Das Gemeindevorsteherwesen ist sodann noch speciell geordnet. Die folgenden Abschnitte handeln wiederum in Uebereinstimmung mit der Städteordnung von dem Vermögen der Gemeinde und den Gemeindelasten, von der Armenpflege, von den Schulangelegenheiten, von der Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei Aufläufen entstandenen Schadens und von den Gemeinheiten, Corporationen und milden Stiftungen. Der nächste Abschnitt regelt die abgesonderten Gemarkungen, welche gesetzlich gebildet werden können aus grösseren Forstbezirken und mit diesen im Zusammenhange liegenden sonstigen Grundstücken, sowie an den Landesgrenzen belegenen grösseren Grundflächen, welche einem inländischen Gemeindeverbande bisher nicht angehört haben; für dieselben ist je ein Localpolizeibeamter zu bestellen, welcher die Polizei nach den bestehenden Gesetzen unter Aufsicht der Staatsbehörde auszuüben hat und auch andere Geschäfte noch übertragen erhalten kann; die Wahl desselben, welche von der Staatsbehörde zu bestätigen ist, steht den Eigenthümern der in der Gemarkung belegenen Grundstücke zu. In dem folgenden Abschnitt sind die Bestimmungen über die Amtsräthe gegeben; in jedem Amte soll ein Amtsrath aus 5—15 Mitgliedern — die Zahl im Einzelnen bestimmt die Landesregierung — gebildet werden; die Mitglieder werden durch die Gemeinderäthe der einzelnen Ortschaften, welche für diesen Zweck zu Wahlkreisen vereinigt werden, nach einem genau geregelten Wahlverfahren gewählt; das Amt ist ein Ehrenamt und dauert 4 Jahre, bezüglich der Ablehnung, Niederlegung etc. gelten die für die Gemeinderathsmitglieder erlassenen Vorschriften; die regelmässigen Versammlungen finden alle drei Monate statt, daneben ausserordentliche; die Berufung geschieht durch die Staatsbehörde, doch hat auch der Vorsitzende das Recht dazu; die Staatsbehörde wohnt den in der Regel öffentlichen Sitzungen bei und kann jederzeit das Wort ergreifen; die allgemeine Bestimmung des Amtsraths ist oben schon hervorgehoben, insbesondere hat er sein Augenmerk darauf zu richten, durch welche Mittel und Wege die Erwerbsquellen der Einwohner erweitert und ergiebiger gemacht und die entgegenstehenden Hindernisse beseitigt werden können, dahin zu wirken, dass die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich gemacht und so weit es erforderlich vermehrt und verbessert werden, die Sittlichkeit zu befördern, dem Betteln und Vagabondiren entgegenzuwirken und darauf hinzuwirken, dass die zu dessen Abwendung erforderlichen Maassregeln in das Leben gerufen werden, die Auswanderung solcher Einwohner, denen es an den nöthigen Erwerbsmitteln fehlt, oder deren Verhalten schädlich zu werden droht, zu fördern und zu leiten, und zur Erreichung dieser Zwecke der Staatsbehörde Vorschläge zu machen, Uebelstände zu rügen, Mängel der Verwaltung aufzudecken und auf deren Abstellung hinzuwirken, zu dem Ende Statuten und polizeiliche Reglements zu erlassen, sowie über derartige Angelegenheiten auf Verlangen der Staatsbehörde Gutachten abzugeben; der Amtsrath ist ausserdem befugt, gemeinnützige Einrichtungen, welche sich über die Grenzen einzelner Gemeinden erstrecken, zu beschliessen und für die Verwaltung der von ihm ins Leben gerufenen Anstalten zu sorgen, auch zu solchem Zwecke Umlagen, welche aus den Gemeindecassen zu entrichten sind, auszuschreiben; er hat ferner bei der Ausübung des Oberaufsichtsrechts des Staats über die Gemeindeverwaltung in einer im Einzelnen gegebenen Weise mitzuwirken, wobei ihm theils eine Bestätigung, theils

eine Entscheidung, theils eine Begutachtung zusteht, auch hat er die Disciplinargewalt über den Gemeindevorsteher und dessen Gehülfen mit auszuüben und bei der Verwaltung der Amtssammencasse mitzuwirken. Das Verhältniss zu den Aufsichtsbehörden ist im Wesentlichen wiederum entsprechend den bezüglichlichen Vorschriften der Städteordnung geregelt worden, nur dass die Kreisdirectionen hier theilweis an die Mitwirkung der Amtsräthe gebunden sind; eine Genehmigung des Staatsministeriums ist erforderlich zur Errichtung, Aenderung und Aufhebung von Statuten und polizeilichen Reglements, zur Veräusserung von Gemeindegutstücken und Berechtigungen, zur Einziehung eines Capitals behufs Verwendung zu Gemeindezwecken, sowie zur Aufnahme von Anleihen, wenn der Capitalwerth einen Betrag von 200 Thlr. übersteigt, und zur Ausschreibung von Umlagen auf die Gemeinden eines Amts, sowie auch zur Aufnahme von Anleihen auf den Credit derselben; die übrigen in Folge des Aufsichtsrechts des Staats erforderlichen Verfügungen sind von der zunächst damit beauftragten Staatsbehörde zu erlassen und es steht sowohl den Gemeinden als den einzelnen Beteiligten dagegen ein Recurs an Herzogliches Staatsministerium zu; die mit der Aufsicht über die Gemeindeangelegenheiten beauftragte Staatsbehörde, die Herzogliche Kreisdirection, ist befugt, sowohl den einzelnen Gemeinden, als auch den Amtsräthen Vorschläge zu Einrichtungen zu machen, welche sie im Interesse einer Gemeinde oder des Amtsbezirks für angemessen erachtet. — An diese drei Hauptgesetze reiht sich sodann noch das Gesetz über die Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig vom 19. März 1850 Nr. 27 an; durch dasselbe wird die Orts- und Landespolizei in der Stadt Braunschweig einer besonderen von der Herzoglichen Landesregierung zu besetzenden Behörde, der Polizeidirection, übertragen und der Geschäftskreis und die Befugnisse dieser Behörde im Einzelnen näher geregelt. Sodann sind in der Folge noch verschiedene ergänzende oder im Einzelnen abändernde Gesetze theils vor, theils nach der Kreisordnung erlassen worden, so das Gesetz vom 27. April 1864 Nr. 23, die Abänderung der Bestimmungen im § 8 der revidirten Städteordnung und im § 11 der Landgemeindeordnung betreffend, das Gesetz vom 2. Juli 1864 Nr. 32, die Ruhegehälter der Staatsdiener, städtischen Beamten und Lehrer in den Stadtgemeinden betreffend, das Gesetz vom 6. August 1867 Nr. 63, die Abänderung des § 146, Absatz 1 der revidirten Städteordnung, imgleichen des § 146, Absatz 2 der revidirten Städteordnung und des § 88, Absatz 2 der Landgemeindeordnung betreffend, das Gesetz vom 26. Januar 1870, die Abänderung verschiedener Bestimmungen der revidirten Städteordnung und der Landgemeinde-Ordnung vom 19. März 1850 betreffend, das Gesetz vom 22. December 1870 Nr. 113, die Entlassung der Staatsdiener, städtischen Beamten, Kirchen- und Schuldieners, auch Notare betreffend, das Gesetz vom 5. Juni 1871 Nr. 40, wegen Ergänzung der revidirten Städteordnung und der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 in Betreff der Communalsteuer, das Gesetz vom 30. März 1873 Nr. 15, den Wohnsitz im Herzogthume betreffend, das Gesetz vom 15. April 1874 Nr. 15, die Bethheiligung der Staatsbeamten und der besoldeten städtischen Beamten bei der Verwaltung und Gründung von Erwerbsgesellschaften betreffend, das Gesetz vom 14. Juli 1879 Nr. 42, die Abänderung des § 140 der Städteordnung und des § 83 der Landgemeindeordnung betreffend; das Gesetz vom 8. Februar 1883 Nr. 9, die Belegung der Capitalien der Pupillen, der Curanden, der milden Stiftungen, der Kirchen und der Städte betreffend.

2. Die Bildung der Kreiscommunalverbände im Jahre 1871.

a. Die gesetzliche Regelung.

Die Kreisordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871 Nr. 35 fügt sich in die Verwaltungsorganisation vom Jahre 1850 ein und lässt die sechs Kreise in ihrer bisherigen Begrenzung als Verwaltungsbezirke bestehen. Jeder dieser Kreise, mit Ausnahme des Kreises Braunschweig, bildet zugleich einen Communalverband mit den Rechten einer Corporation für diejenigen Zwecke der Selbstverwaltung und der Mitwirkung in Angelegenheiten der Landesverwaltung, welche das Gesetz bestimmt; aus dem Kreise Braunschweig werden in glei-

cher Weise drei Communalverbände gebildet, einer aus der Stadt Braunschweig und deren Bezirke, einer aus den Amtsbezirken Riddagshausen und Vechelde und einer aus dem Amtsbezirke Thedinghausen. Kreis-Communal-Angelegenheiten sind diejenigen, welche durch das Gesetz als solche bezeichnet werden, imgleichen die nicht verfassungsmässig der Zuständigkeit der Landesversammlung unterliegenden, die Interessen aller oder eines grösseren Theiles der Gemeinden des Kreises bezw. der Kreisangehörigen berührenden, das gemeine Wohl betreffenden Angelegenheiten, welche künftighin durch einen von dem Herzoglichen Staatsministerium bestätigten Beschluss der Kreisversammlung für Kreis-Communal-Angelegenheiten erklärt werden. Für jeden Kreis oder auch für einzelne Kreistheile können in Kreis-Communal-Angelegenheiten durch Beschluss der Kreisversammlung mit Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums Statute sowie auch polizeiliche Reglements mit Gesetzeskraft errichtet werden, in welchen Strafen bis zu 20 Thaler oder bis zu 14 Tagen Haft angedroht werden dürfen. Kreisangehörige sind alle diejenigen, welche innerhalb des Kreises ihren Wohnsitz haben; sie sind berechtigt zur Theilnahme an der Vertretung und Verwaltung des Kreises und zur Mitbenutzung der öffentlichen Einrichtungen und Anstalten desselben. dagegen verpflichtet zur Uebernahme unbesoldeter Aemter in der Vertretung und Verwaltung des Kreises und zur Theilnahme an den Kreislasten. Um die Kreiscommunalverbände zur Tragung der Kreislasten und zur Förderung der Wohlfahrt der Kreisangehörigen durch Herstellung und Erhaltung gemeinnütziger Einrichtungen in den Stand zu setzen, sind dieselben durch Ueberweisung aus Staatsmitteln mit Kreisfonds dotirt worden; reichen die Einkünfte des Kreisfonds zur Erfüllung der den Kreiscommunalverbänden obliegenden Leistungen und zur Erreichung der Kreiscommunalzwecke nicht aus, so sind die Kreisangehörigen verpflichtet das Fehlende aufzubringen. Die Vertheilung der Kreisabgaben auf die im Kreiscommunalverbände befindlichen Gemeinden und Gemarkungen erfolgt — mit Ausnahme der von den Kreiscommunalverbänden zu tragenden Wegebaukosten, über deren Aufbringung die Bestimmungen der Wegeordnung maassgebend sind — nach dem Verhältnisse der zu entrichtenden Grund-, Personal- und Gewerbesteuer; unter Zugrundelegung dieses Vertheilungsmaassstabes wird das Kreisabgaben-Soll auf die einzelnen Gemeinden und Gemarkungen des Kreiscommunalverbandes im Ganzen repartirt und denselben zur Subrepartition auf die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem Communalsteuerfusse und zur Abführung im Ganzen an die Kreiscommunalcasse überwiesen; in der einen eigenen Kreiscommunalverband bildenden Stadt Braunschweig wird mit der Aufbringung der Kreisabgaben verfahren, wie mit der Aufbringung der Communalsteuer; über Befreiungen von den Kreisabgaben, Reclamationen gegen die Veranlagung zu denselben, Unzulässigkeit der Doppelbesteuerung, Abweichungen von dem allgemeinen Vertheilungsmaassstabe sind specielle Vorschriften gegeben. Die Organe der Kreiscommunalverbände sind die Kreisversammlung (Kreistag) und der Kreisausschuss; in der Stadt Braunschweig werden die Functionen der Kreisversammlung und des Kreisausschusses von den städtischen Behörden nach

Maassgabe der für die städtische Verwaltung bestehenden Normen wahrgenommen. Die Kreisversammlungen setzen sich aus einer je nach der Grösse und den besonderen Verhältnissen der einzelnen Kreiscommunalverbände verschieden normirten Anzahl von Mitgliedern (Wolfenbüttel 27; Helmstedt 26; Gandersheim 21; Holzminden 20; Blankenburg und Riddagshausen-Vechelde je 15; Thedinghausen 9) zusammen, welche theils von den Stadt- und Landgemeinden, theils von den höchstbesteuerten Grundbesitzern und den höchstbesteuerten Gewerbetreibenden nach einem für jeden einzelnen Kreiscommunalverband besonders vorgeschriebenen Vertheilungsmaassstabe gewählt werden; zu diesen gewählten Mitgliedern treten sodann in jedem Kreiscommunalverbande mit Ausnahme des Kreiscommunalverbandes Thedinghausen wegen der Betheiligung der Gemarkungen und Forsten an den Rechten und Lasten des Kreises und der concurrirenden Interessen der Cammer- und Klostergüter noch zwei Vertreter hinzu, von denen der eine durch Herzogliche Cammer, Direction der Forsten, der andere durch Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, ernannt wird. Ueber die Wahl der städtischen und ländlichen Mitglieder, die Wahlberechtigung der Höchstbesteuerten, die Listen der Wahlberechtigten, die Stellvertretung bei der Wahl, die Vornahme der Wahl, die beschlussfähige Anzahl der Wähler, die Wahlart, die Zeit der Wahlen und das Wahlprotocoll etc. sind nähere Vorschriften gegeben. Wählbar als Mitglied der Kreisversammlung ist jeder Gemeindegensosse der betreffenden Stadtgemeinden resp. Landgemeinden, welcher zur Uebernahme eines Gemeindeamtes befähigt ist; die Dauer des Amtes beträgt 6 Jahre, alle drei Jahre scheidet die Hälfte der Mitglieder aus; das Amt ist ein Ehrenamt, welches nur aus speciell im Gesetz vorgeschriebenen Gründen abgelehnt oder niedergelegt werden darf; für die Theilnahme an den Versammlungen werden weder Diäten noch Reisekosten gezahlt; wegen unwürdigen Betragens kann Ausschliessung erfolgen durch Beschluss der Kreisversammlung, gegen welchen ein Recurs an Herzogliches Staatsministerium zulässig ist. Jedes Mitglied der Kreisversammlung hat sich als Vertreter der Gesamtheit der Interessen des Kreiscommunalverbandes anzusehen. Die Kreisversammlung ist berufen, den Kreis in allen Kreiscommunalangelegenheiten zu vertreten und Namens desselben verbindende Erklärungen abzugeben, über Kreiscommunalangelegenheiten zu berathen und zu beschliessen, und die Gesamtwohlfahrt der Kreisangehörigen und Gemeinden durch Herstellung und Erhaltung gemeinnütziger Einrichtungen und Anstalten, sowie sonst auf jede Weise zu fördern. Zu den allgemeinen Aufgaben der Kreisversammlung gehört es ihr Augenmerk darauf zu richten, durch welche Mittel und Wege die Erwerbsquellen der Einwohner erweitert und ergiebiger gemacht und die entgegenstehenden Hindernisse beseitigt werden können, dahin zu wirken, dass die vorhandenen Bildungsmittel allgemein zugänglich gemacht und, soweit es erforderlich, vermehrt und verbessert werden, die Sittlichkeit zu fördern. Im Einzelnen hat die Kreisversammlung unter Anderem namentlich über statutarische Anordnungen zu berathen und Beschluss zu fassen, die Errichtung von Bildungsanstalten, Werkhäusern, Waisenhäusern, Armenhäusern, Krankenhäusern, Rettungs-

anstalten und dergl. zu beschliessen, sonstige gemeinschaftliche Anordnungen zur Fürsorge für die Armen innerhalb der bezüglichen Reichs- und Landesgesetzlichen Bestimmungen zu treffen, Ausgaben zur Erfüllung einer Verpflichtung oder im Interesse des Kreises zu beschliessen und zu diesem Behufe über das dem Kreise gehörige Grund- resp. Kapitalvermögen zu verfügen, Anleihen aufzunehmen und die Kreisangehörigen mit Kreisabgaben zu belasten, den Kreishaushaltsetat festzustellen und hinsichtlich der Jahresrechnung Decharge zu ertheilen, die Grundsätze festzustellen, nach welchen die Verwaltung des Kreisvermögens, sowie der Kreiseinrichtungen und Anstalten zu erfolgen hat, über die Anstellung von Kreisbeamten und die Höhe ihrer Besoldung Beschluss zu fassen, den Kreisausschuss, sowie die sonst für Kreis Zwecke zu bestellenden Deputationen, Commissionen und Commissare zu wählen, imgleichen die Wahlen zu den für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten, im Gesetz näher bezeichneten Commissionen zu vollziehen, zur Förderung der ihrer Fürsorge anvertrauten Interessen des Kreises bei der Staatsbehörde Vorschläge zu machen und im Falle eintretender Verletzung der Interessen des Kreises bei der Staatsbehörde Beschwerde zu führen etc. etc. Die regelmässigen Sitzungen der Kreisversammlungen finden zwei Mal im Jahre, im April und October, auf Berufung des Vorsitzenden eventuell der Staatsbehörde statt, daneben ausserordentliche Berufungen nach Bedürfniss oder wenn der Kreisausschuss oder ein Viertel der Mitglieder der Kreisversammlung darauf anträgt. Die Kreisversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder anwesend und fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; nur zu einem Beschlusse, durch welchen eine Veräusserung von Grund- oder Kapitalvermögen des Kreises oder die Aufnahme von Anleihen, oder die Errichtung bezw. Aenderung eines Kreisstatuts bewirkt werden soll, ist eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich. Das Legitimationsverfahren, die Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters desselben und des Protocollführers, die Protocollirung der Verhandlungen, die Eingaben der Kreisversammlung und an die Kreisversammlung, die Veröffentlichung der Beschlüsse der Kreisversammlung ist speciell geordnet; innerhalb der gesetzlichen Vorschriften ist die Kreisversammlung befugt, die Formen ihrer geschäftlichen Thätigkeit durch eine besondere Geschäftsordnung festzustellen. Die Verhandlungen der Kreisversammlung sind öffentlich, doch kann in einzelnen Fällen durch einen in geheimer Sitzung zu fassenden Beschluss der Versammlung die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden. Eine Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums ist erforderlich zu allen Beschlüssen der Kreisversammlung, welche betreffen: die Feststellung des Kreishaushaltsetats; Abweichungen von dem allgemeinen Abgaben-Vertheilungsmaassstabe zu Gunsten bezw. zu Lasten einzelner Kreistheile; Veräusserungen von Grund- oder Kapitalvermögen des Kreises, wozu indessen Verfügungen über Ersparnisse aus den letzten fünf Jahren nicht zu rechnen sind; Aufnahme von Anleihen und Uebernahme von Bürgschaften; die Errichtung bezw. Aenderung von Kreisstatuten und polizeilichen Reglements. Die Staatsbehörde wohnt den Kreisversammlungssitzungen

mit berathender Stimme bei und ist ihr auf Verlangen jederzeit das Wort zu ertheilen; sie ist befugt, die Ausführung von Beschlüssen der Kreisversammlung, wenn dieselben nach ihrem Dafürhalten ungesetzlich sind, oder dem Gemeinwohle des Kreises bezw. dem Staatsinteresse zuwiderlaufen, bis zu der von ihr ungesäumt zu beantragenden Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums zu beanstanden. Der Landesfürst kann die Kreisversammlung auflösen. Neben der Kreisversammlung ist der Kreisausschuss Organ der Kreisversammlung. Derselbe besteht aus dem Vertreter der Staatsbehörde, welcher in ihm den Vorsitz führt, und Kreisdeputirten, welche die Kreisversammlung aus ihrer Mitte wiederum in verschiedener Zahl (Wolfenbüttel 6; Helmstedt 7; Gandersheim 5; Holzminden 6; Blankenburg 5; Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen je 4); und nach einem gesetzlich festgesetzten Vertheilungsmaassstab aus den städtischen und den ländlichen Abgeordneten wählt. Die Kreisdeputirten bleiben so lange im Amte, als sie Mitglieder der Kreisversammlung sind. Die Berufung des Kreisausschusses geschieht durch die Staatsbehörde; Beschlussfähigkeit ist vorhanden, wenn ausser dem Vertreter der Staatsbehörde mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist; die Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Der Kreisausschuss hat als Organ der Kreisversammlung die Beschlüsse derselben vorzubereiten und demnächst zur Ausführung zu bringen; insbesondere hat er den Kreishaushaltsetat zu entwerfen, die Jahresrechnungen zu prüfen und die Kreiscommunalcasse zu revidiren, die auf dem Etat und besonderen Beschlüssen der Kreisversammlung beruhenden Ausgaben und Einnahmen anzuweisen, das Kreisabgaben-Soll der einzelnen Gemeinden und Gemarkungen des Kreiscommunalverbandes festzustellen und nach gehöriger Bekanntmachung für die Beitreibung zu sorgen, Ausgaben aller Art, welche im Etat nicht vorgesehen, innerhalb der darin zu extraordinären Verwendungen angesetzten Summe zu beschliessen und anzuweisen, mit den Kreiscommunalbeamten die nöthigen Dienstverträge abzuschliessen, den Kreiscommunalverband in Processen zu vertreten, in Wegebauangelegenheiten nach den gesetzlichen Bestimmungen mitzuwirken etc. etc.; sodann hat der Kreisausschuss noch die sämmtlichen Geschäfte, welche bislang den Amtsrathen gesetzlich überwiesen und der Kreisversammlung nicht ausdrücklich zugetheilt sind, wahrzunehmen, welche Geschäfte im Gesetz im Einzelnen aufgeführt worden sind. Die Vertretung des Kreisausschusses nach aussen hat die Staatsbehörde; Urkunden, durch welche der Kreiscommunalverband verpflichtet werden soll, ingleichen Vollmachten müssen von dem Vertreter der Staatsbehörde und zwei Mitgliedern des Kreisausschusses unterschrieben und mit dem Siegel des Kreisausschusses bedruckt sein. Für die Beaufsichtigung und Verwaltung der einzelnen Kreisinstitute und Vermögensstücke des Kreises, sowie für die Besorgung einzelner wichtiger Kreisangelegenheiten kann die Kreisversammlung besondere ständige Deputationen oder Commissionen bezw. Commissare aus ihrer Mitte oder der Zahl der Kreiseingesessenen bestellen. Den Kreisdeputirten sowie den Mitgliedern der Commissionen etc. können für ihre Thätigkeit in Kreiscommunalangelegenheiten von der Kreisversamm-

lung Diäten und Reisekosten bewilligt werden. Die Kreisausschüsse sind berechtigt, für ihre Thätigkeit eine besondere Geschäftsordnung, welche der Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bedarf, aufzustellen. Die Staatsbehörde ist auch hier befugt, die Ausführung von Beschlüssen des Kreisausschusses oder der Kreisdeputationen und Kreiscommissionen, wenn diese Beschlüsse nach dem Dafürhalten der Staatsbehörde ungesetzlich sind oder dem Gemeinwohle des Kreises bezw. dem Staatsinteresse zuwiderlaufen, bis zu der ungesäumt zu beantragenden Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums zu beanstanden. Ueber alle Einnahmen und Ausgaben des Kreiscommunalverbandes, die sich im Voraus bestimmen lassen, entwirft der Kreisausschuss einen Haushaltsetat, welcher von der Kreisversammlung festgestellt und demnächst veröffentlicht wird; bei der Vorlage des Etats ist der Kreisversammlung vom Kreisausschusse über die Ergebnisse des verflossenen Verwaltungsjahres ein vollständiger Bericht zu erstatten; in dem Etat muss insbesondere auch eine angemessene Summe zur Beihülfe für Auswandernde und zur Unterbringung armer Kranken, Blinden, Taubstummen, Idioten und Irren in den betreffenden öffentlichen und Privatanstalten und zu sonstigen extraordinären Verwendungen ausgeworfen werden; Ausgaben, welche ausser dem Etat geleistet werden sollen, bedürfen der Genehmigung der Kreisversammlung. Die Jahresrechnung der Kreiscommunalcasse revidirt zunächst der Kreisausschuss und reicht sie sodann mit seinen Erinnerungen und Bemerkungen der Kreisversammlung zur Prüfung, Feststellung und Entlastung ein. Die Kreisversammlung kann über die Vornahme regelmässiger und ausserordentlicher Revisionen der Kreiscommunalcasse Bestimmung treffen. Die früheren Amtsarrecassen, Amtswegebesserungscassen und Amtsfuercassen werden unter Erweiterung ihrer Zwecke auf den Umfang des Kreiscommunalverbandes zu Kreiscommunalcassen umgebildet; ihre bisherigen Einnahmen bleiben bestehen und fliessen fortan in die Kreiscommunalcasse; der Staatsbehörde ist auch ferner zur Bewilligung von ausserordentlichen Unterstützungen eine angemessene Jahressumme zur Disposition zu stellen. Die Aufsicht des Staats über die Kreiscommunalangelegenheiten wird von dem Herzoglichen Staatsministerium theils unmittelbar, theils unter Mitwirkung der Herzoglichen Kreisdirectionen ausgeübt. Wenn die Kreisversammlung es unterlässt oder verweigert, die dem Kreise gesetzlich oder vermöge rechtskräftigen Erkenntnisses obliegenden Leistungen auf den Haushaltsetat zu bringen oder ausserordentlich zu genehmigen, so lässt das Herzogliche Staatsministerium unter Anführung der Gründe die Eintragung in den Etat von Amtswegen bewirken oder stellt die betreffende Ausgabe ausserordentlich fest.

Der Wirkungskreis der so gebildeten Kreiscommunalverbände und speciell die Zweckbestimmung der denselben überwiesenen Einkünfte ist in dem Gesetz vom 5. Juni 1871 Nr. 36, die Dotationssumme für die Kreiscommunalverbände und deren Zweckbestimmung betreffend, nochmals näher dargelegt. Danach sollen die Einkünfte der Kreiscommunalverbände, besonders aus dem Dotationsfonds, zur Förderung der Wohlfahrt der Kreisangehörigen dienen

a. durch Herstellung und Erhaltung gemeinnütziger Einrichtungen — insbesondere durch Errichtung von Bildungsanstalten, Kranken-, Armen-, Waisen-, Werk- und Rettungshäusern,

b. durch Verwendung zur Tragung der Kreislasten, namentlich:

1. zur Bestreitung der Kosten der Kreiscommunalverwaltung,

2. zur Erleichterung resp. Ausgleichung der Wegebau- und Besserungslast,

3. zur Unterstützung der Gemeinden in der Fürsorge für das Schul- und Armenwesen,

4. zu Beihülfen für bedürftige Gemeinden in der Tragung der Gemeindelasten,

5. zu Beihülfen für Auswandernde und für die Unterbringung von Kranken, Taubstummen, Blinden, Idioten und Geisteskranken in den bestehenden Staats- und Privatanstalten.

Demnächst bestimmt die Neue Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871 Nr. 37 die Functionen der Kreiscommunalverbände nach dieser Richtung hin; hierauf wird erst unten weiter eingegangen werden. In dem Gesetze Nr. 39 vom 5. Juni 1871, die Ausführung des Bundesgesetzes vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz betreffend, wird die Pflicht der Kreiscommunalverbände, denjenigen Ortsarmenverbänden, welche den ihnen obliegenden Verpflichtungen zu genügen unvermögend sind, die erforderliche Beihülfe aus der Kreiscommunalcasse zu leisten, nochmals ausgedrückt und gleichzeitig den Kreisversammlungen die Befugniß beigelegt, die Kosten einzelner besonderer Zweige der öffentlichen Armenpflege unmittelbar auf die Kreiscommunalcasse zu übernehmen. Das Gesetz vom 2. April 1874 Nr. 16, das Feuerhülfswesen betreffend, erklärt das Feuerhülfswesen zu einer Kreiscommunalangelegenheit; es sind demnach dem Kreis-Branddirector für die in seinem Dienste zu unternehmenden Reisen Diäten und Reisekosten aus der Kreiscommunalcasse zu vergüten; ferner entscheidet die Kreisversammlung darüber, ob und in welcher Weise den Gemeinden des Kreises Beihülfen zu den Kosten des Feuerlöschwesens aus den Mitteln der Kreiscommunalcasse bewilligt werden sollen; falls Mitglieder der Feuerwehr bei Ausübung ihres Dienstes bei einem Schadenfeuer oder bei dienstlich angeordneten Uebungen zu Schaden kommen oder den Tod finden, soll für sie resp. ihre Familie Seitens der Kreiscommunalcasse desjenigen Kreiscommunalverbandes, in welchem der Beschädigte seinen Wohnsitz hat, in ausreichender, ihren Verhältnissen angemessener Weise gesorgt werden; dem Kreisausschusse steht die Befugniß zu, für ausserordentliche Leistungen bei der Feuerhülfe unter geeigneten Umständen Prämien aus der Kreiscommunalcasse zu bewilligen.

b. Die finanzielle Ausstattung der Kreiscommunalverbände.

Um die Kreiscommunalverbände in Stand zu setzen, die ihnen nach Maassgabe des Vorstehenden gesetzlich auferlegten Verpflichtungen auch ohne eine wesentliche Neubelastung der Kreisangehörigen in ausreichender Weise

zu erfüllen, sind dieselben staatsseitig finanziell ausgestattet worden. Es sind denselben einestheils wiederholt grössere Summen, insgesamt 15 Millionen Mark, aus Staatsmitteln zu eigener Verwaltung und Nutzung überwiesen worden, andernteils sind ihnen aber auch verschiedene bestimmte gesetzliche Einkünfte zugetheilt worden, worüber im Nachstehenden das Nähere angegeben wird.

α. Die Dotationen aus Staatsmitteln.

Die erste Dotation der Kreiscommunalverbände erfolgt durch den Landtagsabschied des 13. ordentlichen Landtages vom 25./28. September 1871 Nr. 64, Art. 7 Nr. 2, bezw. Art. 3 Nr. 2, wonach den Kreiscommunalverbänden 2 000 000 Thlr. aus der Kaufsumme der verkauften, bisher staatlichen Eisenbahnen und 500 000 Thlr. aus den Ueberschüssen der Finanzperiode 1867/69 zugewiesen werden. Die Vertheilung dieser 2 500 000 Thlr. auf die einzelnen Kreiscommunalverbände etc. regelt das schon oben angeführte Gesetz vom 5. Juni 1871 Nr. 36, die Dotationssummen für die Kreiscommunalverbände und deren Zweckbestimmung betreffend. Dieselbe soll in abgerundeten Beträgen nach dem Verhältniss der anwesenden staatsangehörigen Bevölkerung geschehen, wie solche auf Grund der letzten Volkszählung (vom 3. December 1867) ermittelt und festgestellt worden. Von der dem Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel zugetheilten Dotationssumme wird der Stadt Wolfenbüttel zur Bestreitung ihrer Communalbedürfnisse der vierte Theil derjenigen Summe, welche dieselbe als abgesonderter Kreiscommunalverband empfangen würde, in abgerundetem Betrage von 20 000 Thlr. als praeipuum überwiesen. Die Ueberlieferung des Kreisfonds erfolgt für jeden Kreiscommunalverband an den Kreisausschuss desselben in Werthpapieren, welche jedem Kreiscommunalverbande einen fünfprocentigen Zinsenertrag auf die ihm zugetheilte Dotationssumme gewähren, nachdem im Einverständnisse mit der Herzoglichen Landesregierung über die sichere Verwahrung der Werthpapiere von der betreffenden Kreisversammlung Bestimmung getroffen sein wird; für den Kreiscommunalverband Braunschweig bezw. die Stadt Wolfenbüttel erfolgt die Ueberlieferung an den Stadtmagistrat Braunschweig bezw. Wolfenbüttel. Bei der Ueberlieferung sollen den Kreiscommunalverbänden die fünfprocentigen Zinsen auf die Dotationssumme seit dem 1. Januar 1871 mit überwiesen werden. Eine weitere Dotation geschieht durch den Landtagsabschied des 14. ordentlichen Landtages vom 12. Juni 1874 Nr. 31 und zwar werden die Kreisfonds nach Artikel 7 Nr. 9 desselben um 1 000 000 Thlr. aus den Ueberschüssen der Finanzperiode 1870/72 und nach Artikel 8 Nr. 1 desselben um 500 000 Thlr. aus der von Frankreich geleisteten Kriegsentschädigung vermehrt. Der Landtagsabschied des 15. ordentlichen Landtages vom 4./10. September 1876 Nr. 86 endlich weist den Kreisfonds abermals 3 000 000 Mk. aus den Ueberschüssen der Finanzperiode 1873/75 zu. Die eine Million Thaler aus den Ueberschüssen der Finanzperiode 1870/72 ist durch Ministerialrescript vom 7. Mai 1873, die halbe Million Thaler aus der französischen Kriegsentschädigung durch Ministerial-

rescript vom 20. April 1874, die drei Millionen Mark aus den Ueberschüssen der Finanzperiode 1873/75 endlich durch Ministerialrescript vom 8. Juni 1876 zur Zahlung angewiesen. Ein besonderer Auszahlungstermin war bei allen drei Zahlungen nicht festgesetzt, ebensowenig eine Zinsenüberweisung von einem festen Termine an. Die Vertheilung unter die einzelnen Kreiscommunalverbände wurde im Uebrigen genau in derselben Weise wie bei der ersten Dotation von 1871 nach dem Verhältniss der anwesenden staatsangehörigen Bevölkerung auf Grund der Volkszählung vom 3. December 1867 vorgenommen. Die Stadt Wolfenbüttel erhielt jedesmal in gleicher Weise ein Praecipuum (8000 Thlr. resp. 4000 Thlr. resp. 24000 Mk.), welches in die Summe des Kreiscommunalverbandes Wolfenbüttel mit eingerechnet wurde.

Die Höhe der verschiedenen Dotationen im Einzelnen und insgesamt in Mark weist die folgende Zusammenstellung nach:

Laufende Nr.	Kreiscommunalverband	Dotation von 1871	Dotation von 1874		Dotation von 1876	Gesammte Dotation
			Aus den Ueberschüssen	Aus der Kriegsentschädigung		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1	Braunschweig ...	1 126 500	450 600	225 300	450 600	2 253 000
2	Riddagshausen-Vechelde	719 100	287 700	143 700	287 700	1 438 200
3	Thedinghausen ..	108 900	43 500	21 900	43 500	217 800
4	Wolfenbüttel ...	1 473 300	589 200	294 600	589 200	2 946 300
	Darin Stadt Wolfenbüttel	(60 000)	(24 000)	(12 000)	(24 000)	(120 000)
5	Helmstedt	1 273 500	509 400	254 700	509 400	2 547 000
6	Gandersheim ...	1 124 400	449 700	225 000	449 700	2 248 800
7	Holzminden	1 093 200	437 400	218 700	437 400	2 186 700
8	Blankenburg	581 100	232 500	116 100	232 500	1 162 200
9	Herzogthum	7 500 000	3 000 000	1 500 000	3 000 000	15 000 000

β. Die gesetzlich überwiesenen Intraden.

aa. Die Abgabe von Testamenten, Ehestiftungen und Contracten.

Die genannte nunmehr der Kreiscommunalcasse zufließende Abgabe stammt schon aus dem siebenzehnten Jahrhundert und diente ursprünglich lediglich Armen- und Wegebesserungszwecken. Sie ist im Jahre 1879 neu geregelt und wird danach erhoben: bei allen letztwilligen Verfügungen, welche bei einem Gerichte des Inlandes niedergelegt sind, vom Nachlasse abzüglich der darauf ruhenden Lasten, und bei dem vertragsmässigen Erwerbe des Eigenthums an Grundstücken oder Gerechtigkeiten vom Werth derselben ohne Abzug der Schulden. Die Höhe derselben beträgt wie von Anfang an $\frac{1}{6}$ %. Die Abgabe fließt ohne Weiteres in die Kreiscommunalcasse, ohne dass eine besondere Vorschrift über die Verwendung wie früher existirte.

Der Erlass vom Bürgermeister und Rath der Stadt Braunschweig vom 7. Januar 1681 ordnet zuerst an, dass bei der Errichtung der Testamente, Ehestiftungen und Contracte dem Armen-, Zucht- und Waisenhouse zu Braunschweig, sowie auch zur Besserung der Wege je nach Vermögen etwas ausgeworfen werde, wie solches schon lange

hergebracht und üblich, auch vom Herzoge Rudolf August in der dem Armen-, Zucht- und Waisenhouse ertheilten Ordnung im Proömio § 11 vorgeschrieben sei. Diese zunächst lediglich in der Stadt Braunschweig existirende Abgabe von Testamenten, Ehestiftungen und Contracten führt die Landesfürstliche Verordnung vom 20. Februar 1756 als Einnahmequelle der Ortsarmencassen für das ganze Land ein, enthält dabei aber über die Höhe der Abgabe nichts, wohl aber eine Strafbestimmung für Nichtzahlung. Die Landesfürstliche Verordnung vom 12. April 1758 bestimmt sodann, dass die qu. Abgabe zum Besten der Armuth und der Wege und Stege wenigstens 4 ggr. von jedem Hundert Thaler, welche in den Vergleichen, Contracten und Testamenten enthalten sind, betragen solle. Neu bekräftigt wird die Abgabe bezw. die fernere Verwendung derselben in bisheriger Weise durch den Artikel 25 des Landtagsabschiedes vom 6. April 1770. Ein Rescript Fürstlichen Cammer-Collegii vom 9. April 1818 ordnet an, dass die Abgabe von Testamenten, Contracten etc., welche bislang durchweg von den Ortsarmencassen vereinnahmt worden sei, für das platte Land den zu Folge Höchsten Rescripts vom 2. December 1816 gebildeten Kreis-Armencassen zufließen solle; ein weiteres Rescript Fürstlichen Cammer-Collegii vom 11. März 1829 schreibt vor, dass die Abgabe ad pias causas nur von dem im Inlande befindlichen Vermögen zu zahlen sei; das Verfahren bezüglich der Einziehung der Abgabe regeln die Rescripte Fürstlichen resp. Herzoglichen Cammer-Collegii vom 19. April 1823 und 14. Juni 1830, sowie Herzoglichen Staatsministerii vom 27. Mai 1846 Nr. 20 und 12. September 1846 Nr. 32. Die Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 Nr. 24 setzt an Stelle der Kreisarmencassen die Amts-Armencassen, welche nebst den Amts-Wegebesserungscassen nunmehr die Abgabe beziehen. Durch das Gesetz vom 4. Juli 1851 Nr. 28, die Sportel- und Gebührentaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betreffend, § 3 wird bestimmt, dass die Abgabe zur Armen- und Wegebesserungscasse von allen letztwilligen Verfügungen, welche bei einem Gerichte des Inlandes niedergelegt werden, vom Betrage des Nachlasses abzüglich der Schulden und bei vertragsmässigem Erwerbe des Eigenthums an Grundstücken oder Grundgerechtsamen vom vollen Werthbetrage der letzteren ohne Abzug der Schulden gezahlt werden solle; über die Höhe der Abgabe, die Einziehung derselben etc. wird nichts Näheres vorgeschrieben. Zu Folge eines Rescripts des Herzoglichen Staatsministeriums vom 20. Januar 1854 (Zeitschrift für Rechtspflege im Herzogthum Braunschweig I S. 52) ist die Herzogliche Cammer von der Entrichtung der Abgabe zur Armen- und Wegebesserungscasse frei. Die Kreisordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871 Nr. 35 § 71 bestimmt: »Die zur Zeit geltenden Bestimmungen über die jetzt in die Amts-Armen-, Wegebesserungs- und Feuer-cassen und künftig in die Kreiscommunalcasse fließenden Einnahmen bleiben bestehen;« das Gesetz vom 17. December 1873 Nr. 80, die Abgabe an Kreiscommunalcassen von letztwilligen Verfügungen etc. und von Jagdscheingebühren betreffend, declarirt zur Beseitigung eines Zweifels über die Auslegung des § 71 der Kreisordnung, dass die nach dem Gesetze vom 4. Juli 1851 Nr. 28 § 3 von letztwilligen Verfügungen, Contracten etc. zu zahlenden Abgaben, welche vor Erlass der Kreisordnung theils an städtische, theils an Amtsarmencassen abzuliefern waren, sämmtlich in die Kreiscommunalcassen fließen sollten. Eine Neuregelung erfolgt endlich durch das Gesetz vom 28. Juni 1879 Nr. 39, die Abgaben an die Armen- und Wegebesserungscassen betreffend; die Abgabe ist zu erheben: 1. bei allen letztwilligen Verfügungen, welche bei einem Gerichte des Inlandes niedergelegt worden sind, von dem Betrage des Nachlasses, über welchen verfügt worden ist, nach Abzug der darauf ruhenden Lasten, 2. bei vertragsmässigem Erwerbe des Eigenthums an Grundstücken oder selbstständigen Gerechtigkeiten von dem vollen Werthbetrage derselben, ohne Abzug der darauf ruhenden Schulden; die Einziehung erfolgt von den Erben resp. von dem eingetragenen Erwerber nach Eintragung auf Grund der Auffassung; für die Feststellung und Beitreibung der Abgaben sind die Herzoglichen Kreisdirectionen zuständig, das Verfahren dafür ist näher vorgeschrieben; über die Höhe der Abgabe ist wiederum nichts erwähnt, dieselbe bleibt unverändert wie nach der Landesfürstlichen Verordnung vom 11. April 1758.

bb. Die Strafgelder.

Die Strafgelder bildeten in mehr oder weniger ausgedehntem Umfange seit Anfang dieses Jahrhunderts

gleichfalls eine Einnahme der Armencassen, zuletzt auch der Amtsarmencassen und sind als solche auf die Kreiscommunalcassen übergegangen. Den Kreiscommunalcassen fließen jetzt alle von den Amtsgerichten (abgesehen von dem Amtsgerichte Braunschweig) erkannten bzw. bei denselben freiwillig eingezahlten Strafgeelder, soweit über dieselben nicht ausdrücklich anderweitig verfügt ist, zu einem Drittheile zu. Eine Verwendung der Gelder zu einem besonderen Zweck ist nicht vorgeschrieben.

Ein höchstes Rescript vom 2. December 1816 weist die zu erlegenden Polizeistrafgeelder in den Städten den städtischen Cämmereicassen zu, während auf dem platten Lande daraus für jedes Kreisgericht eine besondere Armencasse, die Kreisarmencasse, gebildet werden soll, welche von den Kreisgerichten unter Oberaufsicht der Oberhauptleute zu verwalten ist. Den an sich unbestimmten Begriff der Polizeistrafen begrenzt näher das Landes-Rescript vom 8. October 1833 und bestimmt, dass als Polizeistrafen alle Geldstrafen, welche von den Herzoglichen Aemtern und dem Herzoglichen Stadtgerichte Wolfenbüttel bis zu 10 Thlr. erkannt sind, den Kreis-Armencassen resp. den städtischen Armencassen (nicht wie früher den Cämmereicassen) zu überweisen sind, mit Ausnahme der Disciplinarstrafen und der der Staatscasse gesetzlich besonders vorbehaltenen Strafen; in der Stadt Braunschweig flossen die fraglichen Strafen schon früher nicht in die Cämmereicasse, sondern in die Staatscasse, in welchem Verhältniss nichts geändert wird. An Stelle der Kreisarmencassen treten dann in Folge der Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 Nr. 24 die Amtsarmencassen. Durch das Gesetz vom 22. December 1870 Nr. 122, Veränderung der Competenz der Gerichte und des Verfahrens in Strafsachen betreffend, § 22, wird angeordnet, dass alle von den Amts- und Stadtgerichten erkannten Strafgeelder, insofern nicht ein anderes ausdrücklich bestimmt worden, in die Stadt- und Amts-Armencassen fließen sollen; freiwillig erlegte Strafgeelder werden gleich den gerichtlich erkannten behandelt; in der Stadt Braunschweig bleibt das bisherige Verhältniss. Eine Neuordnung trifft das Gesetz vom 7. December 1871 Nr. 74, die Verrechnung der von den Gerichten erkannten und der freiwillig eingezahlten Strafgeelder betreffend, im § 7 in folgender Weise: Die zunächst vollständig in die Gerichtscasse einzuzahlenden erkannten und freiwillig erlegten Strafgeelder sind, nachdem die besonderen Cassen ausdrücklich gesetzlich zugewiesenen Gelder abgezogen sind, von den Cassen der Herzoglichen Amtsgerichte und des Herzoglichen Stadt-

gerichts Wolfenbüttel zu zwei Drittheilen an die Kreiscommunalcassen (in Braunschweig vom Herzoglichen Stadtgerichte Braunschweig an die Herzogliche Polizeicasse), zu einem Drittheil an Herzogliche Haupt-Finanzcasse abzuliefern. Dieses lässt das Gesetz vom 1. April 1879 Nr. 12, betreffend die Ausführung der deutschen Processordnungen, in seinem § 15 bestehen, dreht nur das Vertheilungsverhältniss um, so dass fortan die Kreiscommunalcassen (bzw. in Braunschweig die Polizeicasse) nur ein Drittheil der Strafgeelder, die Herzogliche Haupt-Finanzcasse dagegen zwei Drittheile erhält.

cc. Die Jagdscheingebühren.

Die Jagdscheingebühren, welche erst neueren Ursprungs aus dem Jahre 1852 sind, flossen von Anfang an für das flache Land in die Amtsarmencassen und sind bei der Umbildung dieser auf die Kreiscommunalcassen übergegangen. Im Jahre 1879 hat sodann eine Neuordnung stattgefunden. Die Gebühr betrug früher 9 Mk., jetzt 10 Mk. Eine ausschliessliche Verwendung für Armenzwecke ist nicht vorgeschrieben.

Das Gesetz vom 16. April 1852 Nr. 23, die Ausübung des Jagdrechts betreffend, ordnet im § 7 Absatz 2 an, dass für jeden auf ein Jahr gültigen Jagdschein eine Gebühr von 3 Thlr. entrichtet werden solle, welche in die Amtsarmencasse oder in die städtische Armencasse des Wohnorts des Einzahlers fliest. In gleicher Weise wie bezüglich der Abgabe ad pias causas declarirt das Gesetz vom 17. December 1873 Nr. 8, die Abgabe an Kreiscommunalcassen von letztwilligen Verfügungen etc. und Jagdscheingebühren betreffend, den zunächst zu Zweifeln Veranlassung gebenden § 71 der Kreisordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 35, durch welchen sämtliche Einnahmen der Amtsarmencassen den Kreiscommunalcassen zugewiesen werden, dahin, dass auch die Jagdscheingebühren, welche vor Erlass der Kreisordnung theils an städtische, theils an Amtsarmencassen abzuliefern waren, sämtlich den Kreiscommunalcassen zu Gute kommen sollen. Nach § 9 des Gesetzes vom 1. April 1879 Nr. 19, die Jagdpolizeiüber-tretungen betreffend, endlich wird die Jagdscheingebühr auf 10 Mk. für den Jahresjagdschein, resp. auf 3 Mk. für den dreitägigen Schein festgesetzt und fällt der Kreiscommunalcasse des Wohnorts des Einzahlers zu, und, falls der Wohnort ausserhalb des Herzogthums belegen ist, der Kreiscommunalcasse desjenigen Kreises, in welchem der Jagdschein gelöst ist.

A n h a n g.

Die geschichtliche Entwicklung und der jetzige Stand der Wegegesetzgebung.

1. Die erste Entwicklung und die Wegeordnung von 1704.

Nachdem schon im siebenzehnten Jahrhundert verschiedene, mehr oder weniger das Einzelne berührende Verordnungen eine Wegebesserung vorgeschrieben, wurde unter Anton Ulrich im Jahre 1704 eine eingehendere Renovirte Wegeordnung erlassen, welche, wenn auch in vielen Beziehungen ergänzt und abgeändert, fast anderthalb Jahrhundert in Geltung gestanden hat. Eine scharfe Scheidung der Wege in einzelne Classen hat die Wegeordnung noch nicht, eine solche wird erst durch Verordnungen aus den fünfziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts eingeführt und zwar werden dann geschieden die Land- und Heerstrassen, die städtischen Communicationswege und die kleinen

Wege oder Dorf-Communicationswege. Dahingegen bestimmt die Wegeordnung die Pflicht zur Wegebesserung, sowie auch die Art und Weise der Besserung in eingehender Weise, wird aber auch in diesen Beziehungen durch eine Reihe späterer Verordnungen ergänzt. Sie schafft auch zuerst das Institut der Wegewärter. Die Aufsicht über die ordnungsmässige Instandhaltung der Wege führen die Obrigkeiten und Beamten, erst später wird die General-Wegebesserungs-Commission eingeführt. Das Recht, Wegegeelder zu erheben, wird anerkannt, jedoch mit der Verpflichtung, das Erhobene zur Wegebesserung zu verwenden; später wird die Wegegeelderhebung näher geordnet.

Die ältesten Ausschreiben des Herzogs Heinrich Julius vom 5. Januar 1611 und des Herzogs Friedrich Ulrich vom 9. October 1617 ordnen lediglich allgemein die Besserung der Wege an, das letztere bei einer Strafe von 200 Goldgulden. Vollständiger sind die schon oben angeführten Landesfürstlichen Verordnungen des Herzogs August vom 31. December 1643, 18. August 1645 und 15. September 1645;

sie bestimmen, dass jede Ortschaft in ihrem Bezirk die Landstrassen, Wege und Stege zu bessern und im Stande zu erhalten habe; als zur Besserung Verpflichtete werden die »jedes Orts Eingesessenen« oder auch die »jedes Orts eingessenen freien und unfreien Leute« bezeichnet; auch über die Art der Wegebesserung durch Holz, Kiesel, Mergel, Steine kommen einzelne Vorschriften vor; die Gaugrefen, Vögte und Untervögte sollen auf die Besserung achten. Die Renovirte Wegeordnung ist durch die Landesfürstliche Verordnung vom 10. März 1704 gegeben worden; in derselben werden Steinwege in den Städten und Flecken, Landwege und Heerstrassen aufgeführt, ohne aber irgendwie im Einzelnen von einander geschieden zu sein; zunächst wird die Art und der Umfang der nothwendigen Besserungen näher vorgeschrieben, die Einrichtung von Seitengräben, Auftragung und Abböschung, Besserung mit Holz, Steinen, Grand, Sand etc.; für ganz schlechte Wegestrecken sollen auch neue angelegt werden unter Entschädigung für das dazu abzutretende Terrain. Zu der Besserung der Wege und Heerstrassen haben zu concurriren »die daran stossenden und in der Nähe gelegenen Städte, Aemter, Stifter, Klöster, adligen Häuser und Gerichte, Flecken und Dörfer, welche sich entweder der zu reparirenden Wege mit bedienen oder von Alters her deren Besserung zu thun schuldig sind;« den Pflichten wird von den zu bessernden Wegen eine bestimmte Strecke nach Ruthenzahl zugewiesen; für den Schaden, welcher in Folge schlechten Zustandes der Wege den Passanten entsteht, haben die Pflichten aufzukommen und sind auch von den Obrigkeiten bei Strafe zur Wegebesserung anzuhalten; alle zwei Jahre sind Revisionen der Wege vorzunehmen, auch besondere Wege-Commissare sollen bestellt werden; in allen Districten sind Wegewärter anzunehmen, welche für die regelmässige Unterhaltung Sorge zu tragen haben; Wegeweiser sollen gesetzt werden; die Wegegelder sollen zur Unterhaltung der Strassen aufgewandt werden, bei Ueberschuss sind bedürftige Gemeinden etc. damit im Wegebau zu unterstützen. Ein Landesfürstliches Ausschreiben vom 1. December 1750, welches gleichzeitig auch die Art der Besserung kurz behandelt, unterscheidet eingehend zwei Arten von Wegen, die Heerstrassen und die Feldwege; zu den ersteren concurriren die ganzen Districte, welche sich derselben bedienen, insbesondere die Feldmarken, durch welche sie gehen, nach Beschaffenheit der Umstände die Fürstliche Cammer und selbst das ganze Land, wenn es die Noth erfordern sollte; Feldwege sind von denen zu unterhalten, welche sich derselben bedienen, die benachbarten Gemeinden sind verpflichtet, sich den Umständen nach einander hülffreiche Hand zu bieten. Die Landesfürstliche Verordnung vom 16. Mai 1752 stellt die Land- und Heerstrassen den Communicationswegen gegenüber; letztere sind einmal die Communicationswege der Städte und ferner die kleinen Wege, welche von einem Flecken oder Dorfe zum andern führen. Speciell die Wegebesserung ordnen mehr oder weniger eingehend eine Reihe von Verordnungen; die Landesfürstliche Verordnung vom 30. Januar 1753 bestimmt hauptsächlich, dass die regelmässige Unterhaltung der Wege und die Ausbesserung kleinerer Schäden von den zur Besserung Verpflichteten geschehen solle, ohne dass sie von der schon früher eingesetzten Wegebesserungs-Commission, welcher eigentlich nur der Neubau und die Instandsetzung grösserer Wegestrecken obliege, dazu angehalten würden; ein Landesfürstliches Ausschreiben vom 4. April 1764 ordnet an, dass Stein-, Grand- und Sandgruben für die Ausbesserung der Wege zur Anzeige zu bringen seien; die Landesfürstliche Verordnung vom 13. Juli 1767 schärft die Wegebesserung nochmals ein und verpflichtet die Gerichte unter Zuziehung der Gerichtsunterbedienten und der Bauermeister stets im Frühjahr und Herbst eine Visitation vorzunehmen; die Landesfürstliche Verordnung vom 27. November 1769 constatirt wiederum die Ersatzpflicht der Wegebesserungsverpflichteten bezüglich des Schadens, welcher in Folge der mangelhaften Beschaffenheit der Wege entstehen sollte; ein Landesfürstliches Ausschreiben vom 11. Mai 1770 weist die Obrigkeiten an, auf Erfüllung der Besserungspflicht zu achten, die Säumigen anzuhalten und ihren Bezirk alle Jahr ein oder ein paar Mal zu bereisen. Nach Artikel 22 des Landtagsabschiedes vom 9. April 1770 wird, wie schon oben hervorgehoben, eine Wege-Unterhaltungscasse für das Land zur allgemeinen Wegebesserung aus Landesmitteln eingerichtet und der General-Wegebesserungs-Commission auf diese Weise für ihre Thätigkeit ein Fonds zur Verfügung gestellt. Eingehendere Bestimmungen trifft wiederum die Landesfürstliche Verordnung vom 8. Juli 1772; sie enthält zunächst speciellere polizeiliche Vorschriften, z. B. über Respectirung der mit besonderen Abzeichen zu versehenen Wegewärter,

das Verbot des Geleisefahrens, des Hütens der Seitengräben etc. etc., sodann Anordnungen über die Art und Weise der Unterhaltung und Ausbesserung der Wege; die General-Wegebesserungs-Commission hat die Oberaufsicht über alle Wege, obwohl sie in erster Linie für die Hauptstrassen des Landes bestellt ist. Während der Westfälischen Zeit wurde die Wegeverwaltung nach dem Königlichen Decret vom 27. Januar 1809 durch eine Generaladministration der Berg-, Hütten- und Salzwerte, der Münzen, der Brücken und Chausseen besorgt, von welcher durch das Königliche Decret vom 1. August 1809 eine Verwaltung der Brücken, Chausseen und öffentlichen Gebäude abgezweigt wird. Nach Beseitigung der Fremdherrschaft trat die frühere Ordnung wieder in Kraft und wurde in mancher Richtung weiter ergänzt. Die Verordnung vom 26. März 1826 Nr. 17, die Abtretung der zu den Chausseeanlagen und behuf Gewinnung der zu denselben erforderlichen Materialien benötigten Grundstücke und die dafür auszumittelnde Entschädigung betreffend, bildet das erste Braunschweigische Expropriationsgesetz; es regelt die zwangsweise Abtretung von Grundstücken zu besagten Zwecken und die dafür zu zahlende Entschädigung, welche eventuell auf Grund einer Taxation zu erfolgen hat. Zur Förderung thunlichster Verbreitung solcher Räder, welche eine geringere Abnutzung der chaussirten Strassen bedingen, ist die Verordnung vom 26. März 1823 Nr. 18, die Herabsetzung des Chausseegeldes für die breitfelgigen Räder und die Erhöhung desselben für die mit Kopfnägeln und Stiften beschlagenen Räder betreffend, erlassen. Die Verordnung vom 15. Januar 1828 Nr. 2, Declaration der §§ 6 und 9 der Landesherlichen Wegeordnung vom 10. März 1704 betreffend, bestimmt, dass die Abtretung von Grund und Boden beim Umbau aller Wege, nicht nur bei den chaussirten Heerstrassen gefordert werden könne. Die Chausseegelderhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Wegepolizei regelt in eingehender Weise das Gesetz vom 8. Mai 1835 Nr. 31 über die Chausseegelderhebung, den Gebrauch der Chausseen und die Wegepolizei; desgleichen die Breite der Radfelgen und das Gewicht der Wagenladungen das Gesetz vom 25. November 1839 Nr. 29, die Breite der Radfelgen und das Gewicht der Wagenladungen beim Gebrauche der Chausseen betreffend, zu welchem noch eine Bekanntmachung vom 17. Mai 1840 Nr. 24, Befreiungen der Bestimmungen des Gesetzes vom 25. November 1839 Nr. 29 erlassen ist.

2. Die Wegeordnung von 1840.

Die Wegeordnung von 1840 will den seit Erlass des alten Wegegesetzes von 1704 veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und eine diesen mehr entsprechende einheitliche Ordnung schaffen. Sie theilt die Wege in verschiedene Classen ein, ordnet aber die Unterhaltungspflicht nicht streng nach diesen, sondern lässt in Bezug hierauf wesentlich den alten durch Herkommen gebildeten Zustand bestehen. Eine Abweichung von den Grundprincipien der früheren Ordnung bildet sie daher nicht, sondern vielmehr nur eine mehr sach- und zeitgemässe Neuformulirung mit einer der veränderten Sachlage entsprechenden weiteren Ausbildung und Ergänzung im Einzelnen. In der Folge ist auch sie wiederum in verschiedenen einzelnen Punkten modificirt und erweitert.

Die Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 11. Mai 1840 Nr. 25 unterscheidet folgende Classen von Wegen: Landstrassen — zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landestheilen und zu deren Verbindung mit anderen Staaten —; Communicationswege — zur Verbindung der Ortschaften unter einander oder mit den Land- und Heerstrassen —; Strassen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern; Feld- und Wannewege; Privatwege; Fusswege. Ueber Veränderungen in der Eigenschaft der einzelnen Wege entscheidet das Herzogliche Staatsministerium. Die Aufsicht über die Wege steht in den Städten den städtischen Verwaltungsbehörden zu, auf dem Lande den Aemtern unter Hinzuziehung der betreffenden Polizeibeamten; die Oberaufsicht führt die Herzogliche Kreisdirection. Zur Herstellung und Unterhaltung der einzelnen Strassen und Wege sind die Interessenten der selbige einschliessenden oder berührenden Ortschaften und Feldmarken, sowie die Eigenthümer der nicht zu einer Feldmark gehörenden Holzungen,

insbesondere auch die Cammer- und Kloster-, Ritter- und andere Güter verpflichtet; über die Art und Weise der Verpflichtung sind sodann nähere ins Einzelne gehende Grundsätze gegeben, welche sich jedoch wesentlich an den bestehenden Rechtzustand anschliessen; zur Unterstützung der Pflichtigen werden Beihilfen des Staats festgesetzt und zwar bei den Landstrassen weitergehende, bei den Communicationswegen und Dorfstrassen beschränkere; bezüglich der Unterhaltung des Strassenpflasters in den Städten und Flecken bleibt es bei den bestehenden Verpflichtungen, die Strassen in den Dörfern werden von sämtlichen Einwohnern und Feldmarks-Interessenten unterhalten, Feld- und Wannewege von den Anliegern und den auf dieselben Angewiesenen; bezüglich der Repartition der Kosten innerhalb der Interessentschaft sind besondere Grundsätze aufgestellt. Ueber die Herstellung und Einrichtung der Wege und Strassen sind sodann eingehende Bestimmungen getroffen, desgleichen wegepolizeiliche Vorschriften. Das Verfahren bei Abtretung von Grundstücken, welche zum Wegebau verwandt werden, sowie die Feststellung der dafür zu zahlenden Entschädigung wird neu geordnet. Auch über Wegebesserungsabgaben und Wegegelder endlich sind unter Beibehaltung des Gesetzes vom 8. Mai 1835 Nr. 31 Anordnungen getroffen. Ergänzt bzw. abgeändert ist die Wegeordnung sodann durch folgende Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen, deren Inhalt meist aus der Bezeichnung derselben schon ersichtlich ist: Verordnung vom 11. Mai 1840 Nr. 26, die Bezeichnung der Heerstrassen betreffend; Verordnung vom 4. September 1840 Nr. 36, die Vertheilung der Wegebesserungslast auf die verpflichteten Interessentschaften im Bezirke des Herzoglichen Amtes Thedinghausen betreffend; Gesetz vom 17. September 1841 Nr. 19, das Verfahren bei Abfindung Realberechtigter an den zu Chausseen- und Eisenbahnanlagen abzutretenden Grundstücken betreffend; Bekanntmachung vom 6. Januar 1842 Nr. 24, die Anwendung der Position III des Chausseegeldtarifs vom 28. Mai 1835 betreffend; Gesetz vom 20. Juni 1843 Nr. 18, das Verfahren bei Abfindung der Realberechtigten an den zu öffentlichen Zwecken abzutretenden Grundstücken betreffend; Gesetz vom 4. Juni 1851 Nr. 4, die Abänderungen und Ergänzungen verschiedener Bestimmungen der Wegeordnung betreffend (bringt im Wesentlichen die Wegeordnung mit den Bestimmungen der neuen Verwaltungsgesetzgebung von 1850 in Einklang); Gesetz vom 2. Juli 1851 Nr. 26 über die Abänderung des Gesetzes vom 8. Mai 1835, die Chausseegelderhebung etc. betreffend; Gesetz vom 26. Februar 1861 Nr. 8, die Aufhebung des Chausseegeldtarifs für beladene Schiebekarren betreffend; Gesetz vom 3. April 1861 Nr. 21, die Erlegung des Brückengeldes für Brennholzfuhren in Wolfenbüttel betreffend; Gesetz vom 10. März 1864 Nr. 13, die Befreiung der Wirtschaftsfuhren in Braunschweig und Wolfenbüttel vom Brückengelde betreffend; Gesetz vom 10. Mai 1864 Nr. 24, den Tarif des Chausseegeldes betreffend; und endlich das Gesetz vom 13. September 1867 Nr. 78, die Ausmittlung der Entschädigungen bei Expropriationen betreffend, welches unter Aufhebung des bezüglichlichen Theils der Wegeordnung den Gegenstand principiell und allgemein ordnet.

3. Die Wegeordnung von 1871.

Die noch jetzt gültige Regelung ist durch die neue Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871 Nr. 37 erfolgt. Dieselbe theilt die Strassen und Wege folgendermaassen ein: a. Staatsstrassen, welche zum allgemeinen Verkehr in einzelnen Landestheilen oder zu deren Verbindung mit den Nachbarstaaten dienen; b. Communicationswege, welche zur Verbindung der Ortschaften und Gemarkungen unter einander, oder mit den Staatsstrassen und Eisenbahnen bestimmt sind; c. Strassen und Wege in Städten, Flecken und Dörfern; d. öffentliche Fusswege; e. Feld- und Wannewege und f. Privatwege; Zweifel über die Eigenschaft einzelner Wege entscheidet Herzogliches Staatsministerium; zu den Staatsstrassen gehören diejenigen Wege, welche bisher zu Heer- und Landstrassen ausdrücklich erklärt oder doch

als solche behandelt worden sind, und welche in Zukunft zu Staatsstrassen auf vorgeschriebene Weise werden erklärt werden; über die Umwandlung eines Communicationsweges in eine Staatsstrasse oder einer Staatsstrasse in einen Communicationsweg sind besondere Vorschriften getroffen, desgleichen über die Aufhebung von Wegen im Allgemeinen. Für die Herstellung, Erhaltung und Beaufsichtigung der Wege sind als ausführende Behörden bestimmt: bei den Staatsstrassen die Herzogliche Baudirection, deren Geschäftskreis durch das Gesetz vom 15. October 1832 Nr. 31, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzoglichen Baudirection betreffend, geregelt ist, und die Kreisbaubeamten; bei den Communicationswegen die Kreisbaubeamten unter Mitwirkung der Herzoglichen Kreisdirection und der Kreisorgane; bei den Strassen und Wegen in Städten, Flecken und Dörfern, den Feld- und Wannewegen, den Abfuhrwegen in den Forsten, den öffentlichen Fusswegen die Gemeindebehörden und die Interessentschafts- und Gemarkungsbehörden unter Oberaufsicht der Herzoglichen Kreisdirectionen. Bezüglich der Communicationswege und der Gemeindewege sind nach näheren Vorschriften jährlich besondere Wegebau-Etats aufzustellen; für die Communicationswege ist dafür das folgende Verfahren angeordnet: Der Kreisbaubeamte hat im Juli jeden Jahres der Herzoglichen Kreisdirection ein Verzeichniss der im folgenden Jahre im Kreise nothwendigen Neubauten und Reparaturen mit genereller Angabe der Kosten jeder einzelnen Baulichkeit zu überreichen; nachdem das Verzeichniss durch die Kreisdirection nach Anhörung des Kreisausschusses vorläufig festgestellt ist, sind von dem Kreisbaubeamten die darnach erforderlichen Kostenanschläge aufzustellen und der Herzoglichen Kreisdirection zur Prüfung zu übergeben, welche dieselben mit den für nöthig erachteten Erinnerungen und Bemerkungen dem Kreisausschusse zur Aufstellung des von der Kreisversammlung festzustellenden Wegebau-Etats für das folgende Jahr mitzutheilen hat; hält die Herzogliche Kreisdirection durch den aufgestellten Etat das öffentliche Interesse verletzt, so ist sie befugt, insoweit dessen Ausführung bis zu der ungesäumt zu beantragenden Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums zu beanstanden; der genehmigte und festgestellte Etat ist unter Leitung und Aufsicht des Kreisbaubeamten zur Ausführung zu bringen. Für die Communicationswege innerhalb eines Kreises sind so viele Wegewärter zu bestellen, als zur ordnungsmässigen Beaufsichtigung solcher Strassen und Wege erforderlich sind; das Bestellungsverfahren ist näher geregelt. Die Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der Strassen und Wege liegt bezüglich der Staatsstrassen dem Staate ob, bezüglich der Communicationswege den Kreiscommunalverbänden, bezüglich der Strassen und Wege in Dörfern den sämtlichen Einwohnern und Feldmarks-Interessenten nach Maassgabe des Grundsteuerkapitals, bezüglich der Feld- und Wannewege oder Abfuhrwege in den Forsten, welche in einzelne Theile der Feldmark führen, denjenigen Grundbesitzern und Nutzniessern, welche Grundstücke in diesen Theilen der Feldmark cultiviren und sich in der Regel der gedachten Wege bedienen; rücksichtlich des Strassenpflasters, sowie der Brücken und Canäle in den Städten und Flecken behält

es bei dem bisherigen Herkommen und den bestehenden Verbindlichkeiten sein Bewenden. Zur Herstellung und Unterhaltung der Communicationswege und Dorfstrassen wird den verpflichteten Kreiscommunalverbänden, bezw. den Einwohnern und Feldmarksinteressenten eine Beihilfe vom Staate durch unentgeltliche Untersuchung, Veranschlagung und Leitung der Wegebauten durch den Kreisbaubeamten geleistet. Die Verbindlichkeit zur Wegebesserung umfasst nicht allein die Strassen und Wege, sondern auch sämtliche Zubehörungen derselben, namentlich die darin befindlichen Brücken, Canäle, Durchpflasterungen, Durchlässe und die Seitengräben, sowie die Anschaffung und die Anfuhr des erforderlichen Materials. Alle auf Vertrag, gerichtlichem Erkenntniss oder sonstigen Titeln beruhenden Abweichungen von den durch das Gesetz über die Wegebaulast aufgestellten Regeln bleiben wirksam als privatrechtliche Verbindlichkeiten Dritter, für die nach den Regeln des Gesetzes Verpflichteten die betreffenden Leistungen ganz oder theilweise zu übernehmen; die gesetzlich Verpflichteten werden dadurch von ihren gesetzlichen Obliegenheiten den Verwaltungsbehörden gegenüber nicht befreit. Ueber die Repartition der Wegebaulast unter die Gemeinden und Gemarkungen sind Bestimmungen getroffen; die zur Herstellung und Unterhaltung der Communicationswege von den Kreiscommunalverbänden zu tragenden Kosten werden auf die zum Verbands gehörigen Gemeinden und Gemarkungen nach dem Verhältnisse des Grundsteuerkapitals derselben vertheilt, soweit sie nicht in Gemässheit des Kreishaushalts-Etats aus den Intraden des Kreisfonds bestritten werden; zum Neubau von Communicationswegen und zu Instandsetzungen derselben, welche den Umfang der gewöhnlichen Unterhaltungslast überschreiten und zur Zeit des Uebergangs der Baulast auf den Kreiscommunalverband bereits nothwendig gewesen sind, haben diejenigen Gemeinden und Gemarkungen, deren Bezirke von dem neuen Wege durchschnitten oder berührt werden, einen Theil der Kosten des Neubaus, in geeigneten Fällen den Gesamtbetrag derselben zu entrichten; wird die Instandsetzung oder Unterhaltung eines Communicationsweges durch dessen aussergewöhnliche Abnutzung für gewerbliche Etablissements, wie Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Berg- und Hüttenwerke, Zucker- und Cichorienfabriken etc. unverhältnissmässig vertheuert, so können solche Etablissements zu einem dem Maasse der erhöhten Abnutzung entsprechenden ausserordentlichen Beiträge zu den Kosten der Instandsetzung oder Unterhaltung des Weges angehalten werden; diese Präcipualleistungen der Gemeinden und gewerblichen Etablissements stellt die Kreisversammlung auf Antrag des Kreisausschusses nach eingeholtem Gutachten des Kreisbaubeamten und Anhörung der Betheiligten fest; werden einzelne Gemeinden durch die aufzubringenden Wegebaukosten unverhältnissmässig und über ihre Kräfte hinaus belastet, so hat denselben die Kreisversammlung auf Antrag des Kreisausschusses eine den Umständen entsprechende Beihilfe aus dem Kreisfonds zu bewilligen.

Die Subrepartition in den Gemeinden und Gemarkungen erfolgt nach dem Verhältnisse der Grundsteuerkapitale der Pflichtigen; im Einzelnen sind hierauf bezügliche nähere Vorschriften namentlich auch wegen der Befreiungen und der Einziehung rückständiger Beiträge getroffen. Demnächst ist die Herstellung und Einrichtung der Wege eingehend geordnet worden, wobei in mancher Beziehung das Maass der Anforderungen je nach den einzelnen Wegelassen ein verschiedenes ist. Zum Schluss sind noch die Abtretungen der Grundstücke, welche zu den Wegen verwandt werden, und die Entschädigung dafür, sowie die Wegebesserungsabgaben und Wegegeder behandelt worden; was die Wegegeder anlangt, so ist für die Staatsstrassen die Erhebung eines Chausseegeldes nach dem vermittelst Gesetzes vom 10. Mai 1864 Nr. 24 festgestellten Tarifs weiter geordnet, auf den Communicationswegen soll jedoch eine Wegegederhebung nicht mehr stattfinden, ebenso wenig soll in der Regel für Rechnung von Städten, Flecken, Dörfern oder Privatpersonen eine Abgabe von den Strassen und Wegen unter der Benennung von Pflaster-, Wege- und Brückengeld erhoben werden. Durch die Verordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 38, die Bezeichnung der Staatsstrassen betreffend, ist im Anschluss an die Neue Wegeordnung das Verzeichniss der Staatsstrassen veröffentlicht worden, welches später noch vervollständigt ist durch die Verordnung vom 17. October 1872 Nr. 53, die Ergänzung des mit der Verordnung vom 5. Juni v. J. Nr. 38 publicirten Verzeichnisses der Staatsstrassen betreffend, die Verordnung vom 7. August 1875 Nr. 66, die Erklärung der an Braunschweig gefallenen Communion-Unterharzer Chausseen zu Staatsstrassen betreffend, und die Verordnung vom 30. Juni 1888 Nr. 35, die Ergänzung des mit der Verordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 38 publicirten Verzeichnisses der Staatsstrassen betreffend. Die Wegegederhebung auf den Staatsstrassen wird mit dem 1. Januar 1874 durch das Gesetz vom 10. November 1873 Nr. 60, die Aufhebung des Chaussee-, Damm- und Brückengeldes betreffend, allgemein aufgehoben; eine Ausnahme machen zunächst nur noch die Erhebungsstellen zu Oker und Astfeld (Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 10. Januar 1874 Nr. 5, Fortdauer der Wegegederhebung zu Oker und Astfeld betreffend), für welche jedoch die Aufhebung am 1. Januar 1875 eintritt (Bekanntmachung Herzoglichen Staatsministeriums vom 4. December 1874 Nr. 81, die Aufhebung der Wegegederhebung zu Oker und Astfeld betreffend). Eine Abänderung endlich hat die Wegeordnung noch erlitten durch das Gesetz vom 4. April 1874 Nr. 13, Abänderungen der Neuen Wegeordnung für das Herzogthum Braunschweig vom 5. Juni 1871 betreffend; dieselbe bezieht sich wesentlich auf die Strecken der Dorf- und Stadtstrassen, welche im Zuge von Staatsstrassen oder Communicationswegen liegen, und normirt die Verpflichtung des Staates bezw. Kreiscommunalverbandes zur Unterhaltung derselben schärfer und weitergehend; sodann sollen die Abfuhrwege in den Forsten analog den Feld- und Wannenwegen behandelt werden.

II.

Die statistische Erhebung über die Vereinnahmungen und Verausgabungen der Kreiscommunalverbände.

Einleitung.

Das Material für die nachstehende Zusammenstellung über die Einnahmen und Ausgaben der Kreiscommunalcassen und der Kreiscommunal-Wegebaucassen ist, wie schon oben bemerkt, direct den Rechnungen der einzelnen Kreiscommunalverbände entnommen und zwar in folgender Weise. Die sämtlichen Rechnungen sind von mir persönlich an Ort und Stelle durchgearbeitet worden und dabei die einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten, sowie zum Theil auch die einzelnen besonderen Einnahmen und namentlich Ausgaben für die 15 in Frage kommenden Jahre nach einem sich wesentlich der Etats- und Rechnungsformulirung des betreffenden Kreiscommunalverbandes anschliessenden Schema zusammengestellt. Dabei sind so weit erforderlich, die speciellen Acten der Kreiscommunalverbände bezw. der Herzoglichen Kreisdirectionen für das Einzelne benutzt, auch wurde mir von den Beamten der Herzoglichen Kreisdirectionen und den Rechnungsführern der Kreiscommunalverbände bezüglich der allgemeinen Verwaltungsgrundsätze etc., sowohl wie bezüglich specieller Vereinnahmungen und Verausgabungen in bereitwilligster und zuvorkommendster Weise mündlich und schriftlich Auskunft ertheilt. Die Rechnungen sofort nach einer einheitlichen Form auszuziehen war nicht möglich, weil die einzelnen Kreiscommunalverbände ihre speciellen Functionen durchaus selbstständig und unabhängig von einander, ja im Wesentlichen sogar ohne Kenntniss von einander ausüben, dabei aber in Folge der nur ganz allgemeinen gesetzlichen Normirung der den Kreiscommunalverbänden überwiesenen Verwaltungsgegenstände im Einzelnen naturgemäss nicht unerheblich von einander abweichen und sich auch nach Maassgabe der verschiedenen örtlichen Verhältnisse in verschiedener Weise nach der einen oder anderen Seite hin mehr oder weniger scharf entwickelt hatten; es war aber hierdurch nicht nur die in den nachstehenden Einzelbetrachtungen näher zu Tage tretende materielle Verschiedenheit in der finanziellen Thätigkeit der einzelnen Kreiscommunalverbände bedingt, sondern gleichzeitig war damit auch eine Verschiedenheit in der formellen Sachbehandlung, in der Etatformulirung, in der Rubricirung der einzelnen Einnahme- und Ausgabeposten etc. gegeben, so dass das gesammte vorhandene

Material von vornherein weder nach materieller Seite noch nach formeller genügend zu übersehen war. Bei dieser ursprünglichen Bearbeitung genügte es auch nicht nur die Gesamtbeträge der einzelnen Etats- und Rechnungsabtheilungen bezw. Unterabtheilungen etc. zu berücksichtigen, es musste vielmehr, wenn auch wohl hauptsächlich nur bei den Ausgaben, auf die Posten selbst zurückgegangen werden, denn häufig war der nämliche Posten in dem einen Kreiscommunalverbande unter dieser Position, in dem anderen unter jener Position verrechnet, auch kam es vor — namentlich in den ersten Jahren oder bei einem Wechsel in der Rechnungsführung —, dass derselbe Posten in den Rechnungen desselben Kreiscommunalverbandes in verschiedenen Jahren unter verschiedenen Positionen sich fand. Nachdem ich auf diese Weise gewissermaassen ein Urmaterial geschaffen und gleichzeitig einen genauen Einblick in alles Einzelne gewonnen hatte, konnte ich für die weitere Bearbeitung eine einheitliche Form aufstellen, welche der weiteren Bearbeitung zu Grunde gelegt werden konnte. Die einzelnen Positionen und Posten des Urmaterials sind sodann von mir nach den einzelnen Rubriken der einheitlichen Zusammenstellung, unter welche sie gebracht werden sollten, bezeichnet worden und demnächst im statistischen Bureau nach diesen einzelnen Rubriken für jedes Jahr und jeden Kreiscommunalverband zusammengestellt und zusammengerechnet worden; hieraus sind endlich die jetzt publicirten Tabellen nach den fünfjährigen Zeitabschnitten hergestellt worden.

In den Tabellen ist zunächst die vollständige Scheidung zwischen Kreiscommunalcassen und Kreiscommunalwegebaucassen beibehalten worden; es entspricht dieses dem factischen Verhältniss in sämtlichen Kreiscommunalverbänden, hat aber daneben seine besondere materielle Begründung nicht nur in dem Umstande, dass gerade die Thätigkeit der Kreiscommunalverbände im Wegebauwesen eine hauptsächlichste derselben, namentlich auch nach der finanziellen Seite hin ist, sondern auch in dem fernerem, dass von sämtlichen Kreiscommunalverbänden lediglich für Wegebauzwecke nicht unbedeutende regelmässige und allgemeine, sowie ausserordentliche und besondere Abgaben erhoben werden, welche an sich eine besondere und ge-

trennte Behandlung nothwendig oder zum mindesten doch zweckmässig erscheinen lassen. Hervorzuheben ist hierbei jedoch, dass die Scheidung der Kreiscommuncassen und der Kreiscommunalwegebau-cassen nicht streng nach der in den einzelnen Kreiscommunalverbänden bestehenden bezüglichen factischen Scheidung erfolgt ist, sondern ganz principiell, so dass einzelne Verausgabungen wie z. B. Unterstützung der Gemeinden für Wegebauzwecke, welche in einzelnen Kreiscommunalverbänden nicht in den Wegebau-cassen, sondern in den Kreiscommuncassen verrechnet worden sind, unter entsprechender Berücksichtigung der dadurch entstehenden weiteren Consequenzen da, wo es principiell richtiger erschien bezw. wo auch die Mehrzahl der Kreiscommunalverbände sie verrechnet hatte, in Ansatz gebracht worden sind; in Folge dessen weichen natürlich die Gesamtsummen der vorliegenden Tabellen im Einzelnen von den bezüglichen Gesamtzahlen der betreffenden Kreiscommunal- und Kreiscommunalwegebau-cassenrechnungen an entsprechender Stelle ab. Abgesehen von dieser Hauptscheidung in Kreiscommunal- und Kreiscommunalwegebau-cassen noch eine weitere zu machen, lag ein innerer Grund nicht vor, obwohl einzelne Kreiscommunalverbände wie Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen noch eine besondere Casse für Armenzwecke abgetrennt haben.

Von den beiden vorbezeichneten Hauptabtheilungen umfasst sodann die erstere, wie schon aus dem Vorstehenden im Allgemeinen zu schliessen, sämtliche Vereinnahmungen und Verausgabungen der Kreiscommunalverbände mit Ausnahme derer, welche sich irgendwie auf den Wegebau beziehen; die letzteren sind in der zweiten Hauptabtheilung behandelt. Jede der beiden Hauptabtheilungen zerfällt sodann der Natur der Sache nach in zwei Unterabtheilungen über die Einnahmen und über die Ausgaben; die Einnahmen sind jedesmal in einer Tabelle zusammengestellt. Bei den Ausgaben der Kreiscommuncassen zunächst sind getrennt: die Ausgaben für Armenwesen und Unterstützungen; die Ausgaben für Kirchen- und Schulzwecke; die Ausgaben für das Feuerlöschwesen; die Ausgaben für Landesculturzwecke und Beförderung der Landwirthschaft; die Verwaltungskosten und die sonstigen Verausgabungen; je zwei dieser sechs Ausgabe-positionen sind immer in eine Tabelle zusammengefasst, wobei wesentlich auch praktische Rücksichten — Erreichung einer annähernden Gleichmässigkeit in dem Umfange der Tabellen — maassgebend gewesen; in einer weiteren Tabelle ist danach eine Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommuncassen gegeben, in welcher auch diejenigen Beträge, welche aus dem Vermögen bezw. den Erträgen der Kreiscommunalverbände für den Wegebau verwandt werden und sich in dem Zuschuss der Kreiscommuncasse zur Wegebau-casse im Allgemeinen darstellen, mit berücksichtigt worden sind. Die Ausgaben der Kreiscommunalwegebau-cassen sind in drei Abschnitte zerlegt über die Ausgaben für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau, die Verwaltungskosten und die sonstigen Verausgabungen; die ersten sind in einer eigenen Tabelle behandelt, während die beiden letzten wiederum in einer Tabelle zusammengestellt sind; in der letzten Tabelle ist in der gleichen Weise wie vorher eine

Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebau-cassen angefügt. Als Anhang ist am Schluss noch eine Uebersicht über den Rückgang der Zinserträge aus dem Dotationsfonds gegeben worden. Die vorbezeichnete Eintheilung ist auch in derselben Reihenfolge der nachstehenden Einzelbetrachtung zu Grunde gelegt.

Der Kreiscommunalverband Braunschweig, welcher lediglich aus der Stadt Braunschweig besteht und bei welchem daher Kreiscommunalverband und Ortsgemeinde identisch ist, hat in Folge dieser Sonderstellung natürlich auch eigenartige Verhältnisse; die Einnahmen aus dem Dotationsfonds des Kreiscommunalverbandes sind im Wesentlichen den einzelnen städtischen Cassen in grösseren Posten überwiesen worden und innerhalb der städtischen Cassen nicht getrennt behandelt oder etwa zu besonderen Einzelausgaben verwandt worden; soweit es der Sachlage nach möglich war, sind die Verwendungen, welche Braunschweig von den Einkünften aus dem Dotationsfonds gemacht hat, mit berücksichtigt worden und ist, wo es erforderlich, auf das zu beachtende Sonderverhältniss hingewiesen.

A. Die Kreiscommuncassen.

1. Die Vereinnahmungen der Kreiscommuncassen.

(Tabelle I.)

An erster Stelle sind hier die absoluten Zahlen für die Erträge aus den einzelnen Einnahmequellen der Kreiscommunalverbände gegeben, die Zinsen von dem Dotationsfonds, die Abgaben von Contracten, Testamenten etc. und die Strafgeelder, die Jagdscheingebühren und die ausserordentlichen Einnahmen; sodann ist die Gesamtsumme dieser sämtlichen Vereinnahmungen gezogen und daraus ein Jahresdurchschnitt für jede einzelne Periode berechnet.

Weitaus die hauptsächlichste Einnahmequelle der Kreiscommunalverbände bilden die Zinsen aus dem Dotationsfonds. Eine allgemeine Vergleichung der bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden sich zeigenden Verschiedenheit in der Höhe derselben würde ohne praktischen Werth sein; die Höhe der Zinserträge ist zunächst und in der Hauptsache bedingt durch die Höhe der Kreisfonds, welche den einzelnen Kreiscommunalverbänden nach ihrer Bevölkerungszahl überwiesen worden sind. Der Bestand der Fonds ist bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden, wie solches nach einer Richtung hin schon bei der Dotirung gesetzlich thunlichst gesichert worden, im Wesentlichen genau derselbe geblieben, nachdem er durch die letzte Ueberweisung vom Jahre 1876 zum Abschluss gelangt war; nur einige Veränderungen von untergeordneter Bedeutung zeigen sich einmal durch Abrundungen aus unbedeutenden Kapitalzuschlagungen bei Wiederbelegung ausgeloofter oder verkaufter Werthpapiere und ferner durch gewisse bei den späteren Convertirungen erlangte Vortheile in der Höhe des Betrages, welche für die Zinsherabsetzung, wenn auch nur zu einem geringen Theile eine Vergütung bieten sollten. Eine Ausnahme hiervon findet sich nur im Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel,

woselbst aus den regelmässigen Erträgen der Kreiscommunalcasse durch allmähliche Ansammlung ein sog. Fonds für gemeinnützige Einrichtungen gebildet war, welcher im Jahre 1885 zum Betrage von 100 000 Mk. mit dem Vermögen des Kreiscommunalverbandes vereinigt worden ist; in Folge dessen sind allerdings die Erträge aus der Verzinsung des Kreisfonds für den Kreiscommunalverband Wolfenbüttel verhältnissmässig höhere. Innerhalb der drei Zeitperioden sind die Erträge aus den Kreiscommunalverbänden durchweg gleichmässig verschiedene. In den Zahlen der ersten Periode tritt die in verschiedenen Absätzen allmähig erfolgte Dotirung der Kreiscommunalverbände in Erscheinung; erst mit dem Jahre 1877, dem ersten der zweiten Periode hat der Zinsertrag die volle Höhe erreicht; die erste Periode würde noch mehr abfallen, wenn nicht durch das Dotirungsgesetz vom 5. Juni 1871 Nr. 36 den Verbänden auch die Erträge vom Jahre 1871 schon mit überwiesen wären, so dass also im Jahre 1872, dem Anfangsjahre, ein zweijähriger Zinsgenuss zu verrechnen gewesen und mithin die Periode bezüglich dieser Rubrik eigentlich einen sechsjährigen Zeitraum umfasst. Die Zahlen der letzten Periode sind durchweg gegen die der zweiten etwas zurückgegangen; es zeigt sich hier schon der Einfluss des Rückganges des Zinsfusses und der Convertirungen; dieser Umstand, welcher mit die Veranlassung zu der vorliegenden Arbeit gegeben, wird unten als Anhang in einem besonderen Abschnitt näher behandelt werden, weshalb von einer weiteren Betrachtung der hier sich zeigenden Zahlenverhältnisse abzusehen ist; nur das möchte hervorzuheben sein, dass bei den Kreiscommunalverbänden Gandersheim und Holzminden sich ein Rückgang noch nicht zeigt, was wohl hauptsächlich mit darauf zurückzuführen ist, dass diese Verbände schon von früherer Zeit an in grösserem Umfange Kapitalien ihrer Kreisfonds an Gemeinden und Corporationen ausgeliehen haben und sich bei diesen der Zinsrückgang erst später geltend gemacht hat.

Die zweite Einnahmequelle der Kreiscommunalverbände sind die Abgaben von Contracten, Testamenten etc. und die Strafgelder, welche denselben wie oben dargestellt jetzt zu Folge der Gesetze No. 39 vom 28. Juni 1879, die Abgabe an die Armen- und Wegebesserungscassen betreffend und No. 12 vom 1. April 1879 § 15 zufließen. In den sämtlichen Rechnungen waren die Abgabe von Contracten, Testamenten etc. und die Strafgelder nur für die ersten Jahre auseinandergehalten, seit dem Jahre 1874 aber durchweg mit einander verbunden und meist so durcheinander verrechnet, dass eine Trennung nur mit unverhältnissmässigem Aufwand von Zeit und Arbeit hätte bewerkstelligt werden können; in Folge dessen ist davon Abstand genommen worden und sind die Zahlen für beide an sich verschiedenen Einnahmen in einer gemeinsamen Summe gegeben. Von den beiden zusammengefassten Einnahmen ist die Abgabe von Contracten, Testamenten etc. zahlenmässig die bedeutendere, sie umfasst nach überschläglicher Feststellung etwa zwei Drittel bis drei Viertel der gegebenen Gesamtsumme und ist daher auch für diese im Wesentlichen bestimmend. Die im Jahre 1879 vorgenommene Herabsetzung des Antheils der Kreiscommunalverbände an den Strafgeldern von zwei Dritteln

auf ein Drittel prägt sich daher in den Zahlen der Tabelle nicht unmittelbar sichtbar aus; dass in den Verbänden Thedinghausen, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg auch von der vorletzten zur letzten Periode ein Rückgang in den Gesamtzahlen zu constatiren, wird aber immerhin nicht unwesentlich mit auf diesen Umstand zurückzuführen sein. Die Kreiscommunalverbände — die Stadt Braunschweig kommt nicht in Betracht — scheiden sich hier in zwei verschiedene Gruppen. Die culturell entwickeltesten Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Helmstedt haben eine steigende Tendenz und weisen in der letzten Periode die höchsten Zahlen auf; dabei haben Wolfenbüttel und Helmstedt in der zweiten Periode weitaus die niedrigsten Summen, was wohl hauptsächlich auf ein Nachlassen der Abgabe von Contracten wegen der geringeren Neigung zu gewerblichen und speculativen Grundverkäufen in Folge des derzeitigen wirthschaftlichen Niedergangs zurückzuführen ist. Die übrigen Kreiscommunalverbände Thedinghausen, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg weisen von Periode zu Periode eine Verminderung in den betreffenden Einnahmen auf und zwar ist diese Verminderung von der ersten Periode zur zweiten eine weitaus stärkere als von der zweiten zur dritten; auch hier wird der wirthschaftliche Rückgang in der zweiten Hälfte der siebenziger Jahre nicht ohne Einfluss gewesen sein, bei den einfacheren Verhältnissen dieser Verbände erfolgt aber der immerhin schon wieder zu constatirende Aufschwung langsamer als in vorgeschrittenen Gegenden. Bemerkt werden muss jedoch, dass man zu eingehende Schlüsse gerade aus diesen Zahlen und namentlich aus kleineren Differenzen unter denselben nicht ziehen darf, weil doch ihre Höhe im Ganzen nicht eine solche ist, dass nicht ein einzelner zufälliger, aber besonders hervorragender Umstand, wie z. B. ein Erbesfall mit ganz bedeutender Hinterlassenschaft, ein grosser Gutsverkauf, ein besonders hohes Strafgeld von bestimmender Ausschlag gebender Wirkung sein könnte.

Die dritte Einnahmequelle der Kreiscommunalverbände bilden die Jagdscheingebühren. Die dafür vereinnahmten Summen sind von Periode zu Periode und innerhalb der Perioden fast regelmässig von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Steigerung ist von der zweiten zur letzten Periode eine nicht unerheblich stärkere als wie von der ersten zur zweiten; theilweise ist dieses stärkere Zunehmen mit durch die vom Jahre 1879 an erfolgte Erhöhung der Jagdscheingebühr nach Maassgabe des Gesetzes No. 19 vom 1. April 1879, die Jagdpolizeiübertretungen betreffend, veranlasst, doch kann man nicht die gesammte Erhöhung hierauf in Rechnung bringen, denn die Gebühr ist — von den Tagesjagdscheinen ganz abzusehen — nur von 9 auf 10 Mk., also um eine Mark erhöht worden, die Höhe der Gesamtsumme der letzten Periode hat aber um circa 15 400 Mk. gegenüber der vorletzten zugenommen und würde mithin die Mehrausgabe einer gleichen Zahl von Jagdscheinen bedingen, während in der letzten Periode insgesamt nur 95 992 Mk. vereinnahmt worden sind, mithin bei der Annahme, dass nur Jahresscheine ausgegeben wären, auch nur 9599 Jagdscheine ausgestellt sein können. Aus den Zahlen qu. ist daher auch eine stetige Zunahme der Ausgabe der Jagdscheine zu constatiren. In sämtlichen Kreiscommunalverbänden haben die für Jagdscheingebühren vereinnahmten

Summen zugenommen; am stärksten ist die Zunahme in den Verbänden Wolfenbüttel und Helmstedt, woselbst sie insgesamt je 7—8000 Mk. beträgt; für das ganze Herzogthum beläuft sich die Steigerung von circa 69 000 Mk. auf circa 96 000 Mk., also auf circa 27 000 Mk. oder 39,9 %.

Endlich sind noch einige untergeordnetere ausserordentliche Einnahmen aufgeführt, welche lediglich die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Helmstedt betreffen. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat für sämtliche drei Perioden ausserordentliche Einnahmen aufzuweisen; die 600 Mk. der ersten Periode stellen eine im Jahre 1876 zur Herstellung eines Ausladeplatzes an dem sogenannten scharfen Ufer der Eyter verwilligte Staatsbeihilfe dar; die 1150 Mk. der zweiten Periode setzen sich zusammen aus einer im Jahre 1878 vereinnahmten Staatsbeihilfe zu den Kosten des Projects der Thedinghäuser Be- und Entwässerung und aus einer gleichen Beihilfe, welche im Jahre 1879 zu den Kosten des Feuerhülfswesens bewilligt worden; die 5500 Mk. der letzten Periode vertheilen sich wiederum auf zwei Staatsbeihilfen zu Feuerhülfskosten der Jahre 1884 (1000 Mk.) und 1886 (4500 Mk.). Die ausserordentlichen Einnahmen des Kreiscommunalverbandes Helmstedt beziehen sich lediglich auf eine Summe von 28 684 Mk. in der ersten Periode, welche im Jahre 1873 als rückständige Wegebaubeiträge aus der Zeit vor der Begründung der Kreiscommunalverbände vereinnahmt ist.

Aus diesen sämtlichen Vereinnahmungen der Kreiscommunalverbände ist sodann in Rubrik 7 die Gesamtsumme für die Periode und in Rubrik 8 aus dieser wiederum der Jahresdurchschnitt berechnet worden. Die Gesamtsumme für das Herzogthum weist hier von der ersten zur zweiten Periode ein starkes Steigen um circa 500 000 Mk. oder 100 000 Mk. im Jahresdurchschnitt auf, während von der zweiten zur dritten Periode ein verhältnissmässig geringer Rückgang um 10 000 Mk. oder 2000 Mk. im Jahresdurchschnitt sich zeigt. Dieses Verhältniss entspricht übrigens nicht dem der Mehrzahl der Kreiscommunalverbände; von der ersten Periode zur zweiten ist allerdings für die sämtlichen Verbände gleicherweise ein grösseres Zunehmen der Einnahmen zu constatiren, für die Verbände Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim aber auch von der zweiten zur dritten Periode ebenmässig ein Zunehmen, wenn auch ein weit geringeres; für den Kreiscommunalverband Holzminden zeigt sich ein ganz unbedeutendes, kaum nennenswerthes Zurückgehen um nicht 200 Mk. im Jahresdurchschnitt, für die Kreiscommunalverbände Braunschweig und Blankenburg dagegen macht sich ein verhältnissmässig grosses Sinken bemerkbar; dasselbe beläuft sich für den Kreis Blankenburg allein auf dieselbe Summe, wie sie oben für das ganze Herzogthum sich zeigte, auf 2000 Mark im Jahresdurchschnitt, und steigt für den Kreiscommunalverband Braunschweig sogar auf circa 7000 Mk. im Jahresdurchschnitt; für den Kreiscommunalverband bezw. die Stadt Braunschweig erklärt sich dieses Verhältniss aus dem Umstande, dass die Gesamteinnahme allein aus den Zinsen des Dotationsfonds besteht, da die bezüglichen anderen Einnahmen direct in die Stadtcasse

vereinnahmt werden und hier überhaupt nicht mit berücksichtigt sind; der Kreiscommunalverband Blankenburg weist auch von der vorletzten zur letzten Periode in den Einnahmen von der Abgabe von Contracten, Testamenten etc. und den Strafgebern den Rückgang auf und zeigt sich dieser Umstand bei der Gesamtsumme in Verbindung mit dem bei Blankenburg gerade schon starken Sinken der Erträge aus dem Dotationsfonds mit von Einfluss.

In der Tabelle I ist ferner das procentuale Verhältniss, in welchem die einzelnen Einnahmequellen an der Gesamteinnahme betheiligt sind, berechnet worden. Für das Herzogthum beläuft sich nach oberflächlichem Durchschnitt der Antheil der Zinsen vom Dotationsfonds von den Gesamteinnahmen auf 90%, der der Abgaben von Contracten, Testamenten etc. und Strafgebern auf 7,5%, der der Jagdscheingebühren auf 2,2% und der der ausserordentlichen Einnahmen auf 0,3%. Der Procentsatz der Zinsen vom Dotationsfonds variirt innerhalb der einzelnen Kreiscommunalverbände und Perioden — Braunschweig wiederum ausser Acht gelassen — zwischen 81,4% (Helmstedt, erste Periode) und 93,2% (Holzminden, dritte Periode); von der ersten zur zweiten Periode findet sich durchweg eine Zunahme des Procentsatzes, von der zweiten zur dritten nur bei den Kreiscommunalverbänden Gandersheim und Holzminden; durchweg am höchsten ist der Procentsatz in den Verbänden Gandersheim, Holzminden und Blankenburg. Die Abgaben von Contracten, Testamenten etc. und Strafgebern weisen den höchsten regelmässigen Procentsatz bei den Kreiscommunalverbänden Wolfenbüttel und Helmstedt auf, ihr niedrigster Procentsatz beträgt 5,2% (Holzminden, dritte Periode), der höchste 12,3% (Thedinghausen, erste Periode). Bei den Jagdscheingebühren treten hauptsächlich die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Helmstedt hervor, ihr Procentsatz hebt sich bis auf 4,2% (Riddagshausen-Vechelde, dritte Periode) und sinkt bis zu 0,5% (Thedinghausen, erste und zweite Periode) herab. Die ausserordentlichen Einnahmen sind besonders stark beim Kreiscommunalverband Thedinghausen in der dritten Periode (9,2%) und beim Kreiscommunalverband Helmstedt, erste Periode (4,5%).

Zum Schluss ist noch für das Herzogthum und für jeden Kreiscommunalverband festgestellt worden, wie viel sowohl von der Gesamteinnahme in jeder der Perioden als auch von den Zinsen des Dotationsfonds in denselben auf den Kopf der Bevölkerung entfällt. Es sind dabei für die erste Periode die Bevölkerungszahlen der Zählung vom Jahre 1875, für die zweite Periode die der Zählung vom Jahre 1880 und für die dritte Periode die der Zählung vom Jahre 1885 zu Grunde gelegt. Danach haben die Kreiscommunalverbände im Herzogthum insgesamt durchschnittlich etwa 10,50 Mk. in der Periode, also pro Jahr etwa 2,10 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung zu vereinnahmen gehabt und davon aus den Zinsen der Dotationsfonds etwa 9,50 Mk. in der Periode und 1,90 Mk. pro Jahr. Unter den einzelnen Kreiscommunalverbänden steht wiederum Braunschweig ganz besonders da mit hervorragend niederen Zahlen, eine natürliche Consequenz der gegenüber den anderen Kreiscommunalverbänden ungleich stärkeren Bevölkerungszunahme der Stadt Braunschweig. Abgesehen von

Braunschweig variiren bezüglich der Gesamteinnahme die die Periode umfassenden Zahlen zwischen 10,67 Mk. (Wolfenbüttel, erste Periode) und 13,93 Mk. (Gandersheim, dritte Periode), bezüglich der Einnahmen aus dem Dotationsfonds 9,12 Mk. (gleichfalls Wolfenbüttel, erste Periode) und 12,97 Mk. (auch Gandersheim, dritte Periode); im übrigen zeichnen sich sowohl bei der Gesamteinnahme, wie bei den Zinsen aus dem Dotationsfonds durch regelmässig besonders hohe Ziffern die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Gandersheim, in umgekehrter Richtung namentlich der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel aus.

2. Die Verausgabungen der Kreiscommunalcassen.

a. Die Verausgabungen für Armenwesen und Unterstützungen.

(Tabelle II, A.)

Die Verausgabungen der Kreiscommunalverbände für das Armenwesen sind schon ausführlich behandelt bei der Darstellung der Ergebnisse der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885 im VII. Heft der Beiträge zur Statistik des Herzogthums Braunschweig. Der derzeitigen Bearbeitung sind jedoch nur die Jahre 1872—1885 einschliesslich zu Grunde gelegt und ist deshalb eine Periodeneintheilung 1872/75, 1876/80 und 1881/85 gewählt. Die Zahlenangaben der jetzigen Darstellung sind mithin durchgehend andere, das dadurch gegebene allgemeine Bild bleibt jedoch dasselbe. Das Nachstehende muss nothwendig im Wesentlichen Wiederholungen aus der früheren Bearbeitung bieten, trotzdem durfte es aber der Vollständigkeit der vorliegenden Darstellung wegen nicht fehlen.

Die Aufwendungen, welche die Kreiscommunalverbände für das Armenwesen machen, sind in folgender Weise geschieden: Unterstützung von Gemeinden und Stiftungen bei Herrichtung und Unterhaltung von Kranken- und Armenhäusern; Unterstützung der Gemeinden in der Tragung der allgemeinen Armenlast; Beihilfen bei Unterbringung von Kranken, Irren, Blinden etc. in den öffentlichen oder Privatanstalten; für vagirende Arme; directe Armenunterstützungen; Unterstützung der Auswanderer und entlassenen Sträflinge; sonstige Unterstützung Privater wegen extraordinärer Schädigung oder aus sonstigem Anlass. Aus allen diesen einzelnen Aufwendungen ist demnächst die Gesamtsumme gezogen worden.

Die Herstellung und Erhaltung von Kranken-, Armen-, Waisen-, Werk- und Rettungshäusern war schon in dem Gesetze über die Dotirung der Kreiscommunalverbände mit in erster Stelle als eine Aufgabe dieser hervorgehoben worden. Eine eigene Kreisanstalt der Art zu gründen, hat sich nun allerdings bis jetzt noch kein Kreiscommunalverband veranlasst gesehen, dahingegen sind zur Unterstützung von Gemeinden und Stiftungen bei Herrichtung und Unterhaltung solcher Anstalten mehr oder weniger umfangreiche Aufwendungen gemacht und ist somit indirect der gesetzlichen Vorschrift Genüge geleistet worden. Die sämtlichen bezüglichlichen Verausgabungen der Kreiscommunalverbände belaufen sich in den 15 Jahren auf etwa 280 000 Mk.; diese Summe ist allerdings gegenüber

den fünfzehnjährigen Vereinnahmungen nur aus den Zinsen der Dotationsfonds zu rund 10 Millionen Mark verhältnissmässig unbedeutend, sie macht nur 2,8% derselben aus; würde man sämtliche Einnahmen der Kreiscommunalverbände in Betracht ziehen, so käme man nur auf 2,3%. Der Kreiscommunalverband Braunschweig kann hier seiner besonderen Verhältnisse wegen wiederum nicht in Betracht kommen. Die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen haben überhaupt gar keine bezüglichlichen Ausgaben aufzuweisen. Beim Kreiscommunalverbande Gandersheim sind sie zwar vorhanden, aber verhältnissmässig sehr unbedeutend; der Verband gewährt principiell denjenigen Gemeinden, welche in ihren Armenhäusern besonders reservirte Zimmer zu Krankenstuben einrichten und ausstatten, drei Fünftel der entstandenen Kosten und ausserdem eine jährliche Miethsentschädigung von 20 Mk. pro Zimmer; in Folge dessen bestanden Ausgang des Jahres 1886 in 4 Gemeinden (Bodenstein, Lutter am Barenberge, Gandersheim und Greene) besondere Krankenstubeneinrichtungen; in einer Gemeinde (Neuwallmoden) war dieselbe getroffen, aber bald darauf wieder eingestellt; die gesammten Aufwendungen belaufen sich auf nur 1311 Mk. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat im Jahre 1872 der Idiotenanstalt Neu-Erkerode die Summe von 600 Mk. überwiesen; ingleichen sind im Jahre 1880 von dem durch Ansammlung aus den regelmässigen Einnahmen der Kreiscommunalcasse gebildeten sog. Fonds für gemeinnützige Einrichtungen 10 832 Mk. zum Bau einer Baracke beim städtischen Krankenhause in Wolfenbüttel verwandt worden; diese Summe ist in der Kreiscommunalcasse nicht verrechnet worden, sondern nur in der derzeit noch speciell geführten Rechnung über den Fonds für gemeinnützige Einrichtungen; in Folge dessen ist dieselbe bei der früheren Darstellung anlässlich der Statistik der öffentlichen Armenpflege für das Jahr 1885 nicht mit in Betracht gezogen. Bezüglich des Kreiscommunalverbandes Wolfenbüttel ist hier noch hervorzuheben, dass derselbe den Vorrath der früheren Amtsarmencassen, welcher im Jahre 1872 55 921 Mk. betrug, in seinem Bestande unverändert gelassen hat; über diesen ist und wird noch eine eigene getrennte Rechnung geführt; bis zum Jahre 1884 wurden Ausgaben aus den Erträgen nicht gemacht, sondern die Zinsen lediglich zum Kapital geschlagen; im Jahre 1884 sind einer Gemeinde (Westerlinde) 1000 Mk. zu den Kosten des Baues eines Gemeindehäuslingshauses verwilligt; 1885 abermals keine Ausgaben; 1886 sind wiederum einer Gemeinde (Adersheim) 1000 Mk. zur Bestreitung der Baukosten eines neuen Gemeindehauses, speciell zur Errichtung eines Krankenzimmers in demselben gewährt; Ende des Jahres 1886 belief sich in Folge dessen der Kapitalbestand auf 92 700 Mk.; 1887 ist als Zweck für die Verwendung der Erträge festgestellt worden: die Gewährung von Beihilfen für den Ausbau von Armen- und Krankenhäusern und zur Linderung der Gemeinde-Armenlast, sowie die Bewilligung von Unterstützungen durch den Kreisausschuss; bedacht werden dürfen jedoch lediglich Landgemeinden mit Rücksicht auf die Herkunft und ursprüngliche Bestimmung der Fonds. Der Kreiscommunalverband Blankenburg hat im Jahre 1879 die Gemeinde Allrode beim Armenhausbau

mit 300 Mk. und im Jahre 1881 die Stadt Blankenburg beim Bau eines städtischen Krankenhauses mit 15 000 Mk., etwa dem dritten Theile der bezüglichen Gesamtbaukosten, unterstützt. Die einschlagenden Aufwendungen des Kreiscommunalverbandes Helmstedt sind den vorstehenden gegenüber schon wesentlich bedeutendere; die Gesamtsumme derselben beläuft sich auf fast 43 000 Mk.; den Haupttheil derselben machen die Subventionen des Krankenhauses zu Kloster St. Marienberg in Helmstedt aus, nämlich insgesamt 34 375 Mk. einschliesslich der bei Umbildung des Krankenhauses in eine selbstständige milde Stiftung im Jahre 1886 verwilligten 10 000 Mk.; ausserdem sind gewährt worden für das Wildenstein-Leesten'sche Hospital zu Schöningen 2230 Mk., für den Armenhausbau zu Klein-Twülpstedt 1800 Mk., für den Armenhausbau zu Klein-Sisbeck 1500 Mk., für das Krankenhaus zu Helmstedt 1217 Mk., für das Armenhaus zu Velstove 1200 Mk., für den Armenhausbau zu Oberlutter 300 Mk. und für den Armenhausbau zu Warmenau 234 Mk. Weitaus obenan bezüglich der Höhe der Aufwendungen steht hier aber der Kreis Holzminden, dessen Vorausgaben insgesamt die unverhältnissmässig hohe Summe von 196 932 Mk. erreichen, was einem Procentsatz von 13,7 der vereinnahmten Zinsen aus dem Dotationsfonds gleichkommt. Gleich nach Erlass der Kreisordnung wurde im Kreiscommunalverbande Holzminden auf Veranlassung des Kreisausschusses eine allgemeine Revision der Armenhäuser veranstaltet und danach in den Jahren 1873 bis 1877 in 30 Gemeinden eine bauliche Instandsetzung und Reparatur der Armenhäuser vorgenommen; aus der Kreiscommunalcasse wurden den Gemeinden je nach der Höhe ihrer Aufwendungen und ihren allgemeinen materiellen Verhältnissen Beihilfen dazu in der Höhe von 105 Mk. bis zu 1800 Mk. zum Gesamtbetrage von 24 147 Mk. gewährt. Gleichzeitig wurde von den Organen des Kreiscommunalverbandes als allgemeiner Grundsatz aufgestellt, dass diejenigen Landgemeinden, welche nach einem vom Kreisausschusse genehmigten Bauplane Armenhäuser aufführten und in denselben je nach Bedarf eine oder mehrere abgesondert zugängliche Krankstuben herrichteten, dazu Beihilfen in der Höhe von $\frac{2}{3}$ bis zu $\frac{3}{4}$ der Gesamtkosten aus der Kreiscommunalcasse ausgezahlt erhalten sollten. Dieser Grundsatz ist unverändert beibehalten und durchgeführt bis in die jüngste Zeit, woselbst er nur insofern eine Aenderung erlitten, als die Eingrenzung der Höhe der Kreisbeihilfe fortgefallen und dieselbe jetzt unbeschränkt für jeden einzelnen Fall je nach den speciellen Verhältnissen festzustellen ist. Hierdurch ist natürlich eine Reihe von Gemeinden veranlasst worden, neue den gestellten Anforderungen entsprechende Armenhäuser zu bauen; im Jahre 1886 waren 11 derartige Armenhäuser fertiggestellt bzw. begonnen und durch Beihilfen aus der Kreiscommunalcasse subventionirt worden, nämlich Fürstenberg (13 500 Mk.), Altendorf (13 333 Mk.), Bispedode (12 000 Mk.), Derenthal (11 667 Mk.), Hellenthal (10 875 Mk.), Harderode (9900 Mk.), Coppengrave (8500 Mk.), Bessingen (7933 Mk.), Linse (7933 Mk.), Wangelstedt (7800 Mk.) und Grave (2344 Mk.); zu einer grösseren Instandsetzung des Armenhauses und Errichtung einer Krankstube in demselben ist sodann noch der Gemeinde

Dohnsen die Summe von 3500 Mk. im Jahre 1882 verwilligt worden. Endlich hat der Kreiscommunalverband Holzminden auch noch die Aufführung neuer Krankenhäuser in den Städten Stadtoldendorf und Holzminden unterstützt; zur Anlage des ersteren sind in den Jahren 1875 und 1876 17 000 Mk., und zu der des zweiten in den Jahren 1878—1880 42 000 Mk. ausbezahlt worden, welche Summen etwa gleichfalls zwischen $\frac{2}{3}$ und $\frac{3}{4}$ der Gesamtkosten stehen; bei dem Krankenhaus Holzminden ist ausserdem zu den regelmässigen Unterhaltungskosten in den Jahren 1884 und 1886 1500 Mk. bzw. 2000 Mk. zugeschossen worden.

Eine Unterstützung der Gemeinden in der Tragung der allgemeinen Armenlast lassen die Kreiscommunalverbände mit einer einzigen Ausnahme nur da eintreten, wo eine ausserordentliche Belastung einer Gemeinde mit Ausgaben für das Armenwesen wirklich vorliegt; dabei ist jedoch noch der Unterschied zu constatiren, dass einzelne Verbände derartige Unterstützungen häufiger, andere nur ganz ausnahmsweise gewähren. Zu den letzteren gehören die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Gandersheim, auch wohl noch der Kreiscommunalverband Thedinghausen; bei diesen allen sind daher auch die bezüglichen Aufwendungen nur ganz geringe; bei dem Kreiscommunalverband Gandersheim muss der Unterschied zwischen den jetzt und den in der Armenstatistik vom Jahre 1885 gemachten Angaben auffallen; es beruht derselbe darauf, dass die in den Kreiscommunalcassenrechnungen als Unterstützung der Gemeinden angegebenen Summen, welche bei der früheren Bearbeitung ohne Weiteres als solche behandelt sind, sich nachträglich meist als eigentlich einer bestimmten unterstützten Person gewährte Beneficien dargestellt haben und daher nunmehr richtig bei den directen Unterstützungen in Rechnung gezogen sind. Die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Holzminden und Blankenburg sind weniger zurückhaltend mit Bewilligung von Gemeindearmenunterstützungen und sind ihre Gesamtaufwendungen hierfür auch erheblich stärkere. Eine Ausnahmestellung nimmt hier der Kreis Helmstedt ein, er gewährt nämlich seinen sämtlichen Gemeinden auch zu der regelmässigen Armenlast stets eine Beihilfe und zwar principiell von einem Drittel der aufgewandten Kosten, er trägt somit die regelmässige Armenlast seiner Gemeinden zu einem Drittheil; seine hier verrechneten Aufwendungen sind daher auch ganz unverhältnissmässig höhere wie die der übrigen Verbände; während dieselben bei letzteren insgesamt in den drei Perioden wenig über 12 000 Mark betragen, belaufen sie sich beim Kreiscommunalverband Helmstedt durchschnittlich in der Periode auf 60—70 000 Mk., also insgesamt auf über das fünfzehnfache; unter den Zahlensummen fallen daher hier auch ausschlaggebend nur die des Kreiscommunalverbandes Helmstedt ins Gewicht. Das Verfahren bezüglich der Gemeindeunterstützungen ist das schon früher dargestellte; alljährlich wird in dem Etat der Kreiscommunalcasse dem Kreisausschuss eine bestimmte Summe für die fraglichen Unterstützungen zur Verfügung gestellt, welche er auf die Gemeinden des Kreises in der Weise vertheilt, dass jede principiell ein Drittel des von ihr aus der Gemeindecasse in die Armen-casse gezahlten Zuschusses, welcher eben die eigentliche

Aufwendung der Gemeinde für das Armenwesen repräsentiert, erhält; reicht die ausgeworfene Summe nicht, so tritt eine entsprechende Reducirung ein; die Festsetzung im Einzelnen geschieht immer durch den Kreisausschuss.

Die Gewährung von Beihilfen bei Unterbringung von Kranken, Irren, Blinden etc. in öffentlichen oder Privatanstalten ist gleichfalls schon durch das erste Dotationsgesetz den Kreiscommunalverbänden zur Pflicht gemacht worden. Für die Bewilligung dieser Beihilfen bestehen in den einzelnen Kreiscommunalverbänden durchweg bestimmte Grundsätze, welche unter sich wiederum von einander abweichen. Dieselben sind bereits in der Bearbeitung der Armenstatistik vom Jahre 1885 näher dargestellt worden und seitdem unverändert geblieben; der Vollständigkeit wegen und mit Rücksicht auf die Bedeutung gerade dieses Zweiges der kreiscommunalen Thätigkeit erscheint jedoch eine Wiederholung geboten, welcher auch die derzeit gegebene tabellarische Zusammenstellung über die von den einzelnen Kreiscommunalverbänden gewährten bezüglichen Beitragsquoten wieder beizufügen sein wird. Was zunächst den Kreiscommunalverband der Stadt Braunschweig anlangt, so ist daselbst seit dem Jahre 1883 die bezügliche erforderliche Aufwendung aus den Erträgen der Dotation bestritten worden. Im Kreiscommunalverbande Riddagshausen-Vechelde werden die durch Verpflegung Kranker in Krankenhäusern entstehenden Kosten nur ausnahmsweise bei erheblichem Betrage übernommen und dann vom Kreisausschusse regelmässig zur Hälfte bewilligt, dahingegen werden die Kosten der Anstaltsverpflegung von Blinden, Taubstummen, Idioten und Geisteskranken principiell in voller Höhe getragen, während Beihilfen zur Unterbringung von verwahrlosten Kindern in der Herzoglichen Erziehungsanstalt Wilhelm-Stift zu Bevern oder von Waisenkindern in einem Waisenhaus wiederum nur ausnahmsweise und dann meist in der Höhe der Hälfte der Kosten gewährt werden. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen trägt gleichfalls die Krankenhausverpflegungskosten ebenso wie die Unterhaltungskosten verwahrloster Kinder im Wilhelm-Stift, der von Waisen in Waisenhäusern nur ausnahmsweise und dann meist zur Hälfte, zu den Kosten der Verpflegung Blinder, Taubstummer, Idioten und Geisteskranker zahlt er aber nur die Hälfte. Im Kreise Wolfenbüttel wird regelmässig sowohl bei Verpflegung Kranker in Krankenhäusern als auch bei Aufnahme Blinder, Taubstummer, Idioten und Geisteskranker in Anstalten und Unterbringung von Zöglingen in der Herzoglichen Erziehungsanstalt Wilhelm-Stift zu Bevern die Hälfte der Kosten als Beihilfe aus der Kreiscommunalcasse den Gemeinden erstattet; Beihilfen zur Unterbringung von Waisen in Waisenhäusern werden nicht gewährt. Vom Kreiscommunalverbande Helmstedt werden die Unterhaltungskosten Kranker in Krankenhäusern zur Hälfte, dagegen die Aufnahmekosten Blinder, Taubstummer, Idioten und Wahnsinniger in Anstalten ganz getragen; bei Unterbringung von Kindern im Wilhelm-Stift oder in einem Waisenhaus wurden bis zum Jahre 1882 incl. zwar Beihilfen gewährt, seit dem ist solches aber nicht mehr der Fall. Im Kreiscommunalverbande Gandersheim sind von Anfang an zu Folge eines generellen Beschlusses der Kreisversammlung die Kosten, welche den Gemeinden

durch Unterbringung armer Kranker, Blinder, Taubstummer, Idioten und Wahnsinniger in öffentlichen Anstalten erwachsen, zum vollen Betrage auf die Kreiscommunalcasse übernommen; der betreffende Kreisversammlungsbeschluss ist jedoch im Jahre 1881 in Folge des übermässigen Anwachsens der bezüglichen Ausgaben der Kreiscommunalcasse dahin eingeschränkt, dass die Bekleidungskosten für Geisteskranke, sowie die Leistung eines Jahreszuschusses von 100 Mk. (ausnahmsweise 75 Mk.) zu den Unterhaltungskosten der Idioten den Gemeinden wieder auferlegt ist. Der Kreiscommunalverband Holzmindeu gewährt Beihilfen behuf Unterbringung Kranker in einem Krankenhaus regelmässig nicht, sondern nur wenn die entstandenen Kosten die Gemeinde erheblich bedrücken; die Höhe der Beihilfe wird je nach den Verhältnissen des concreten Falles bemessen, ausnahmsweise wird auch wohl der Gesamtkostenbetrag übernommen; die Unterhaltungskosten von Blinden, Taubstummen, Idioten und Wahnsinnigen in Anstalten werden dahingegen ganz vom Kreise getragen und ebenso der Unterhaltungskostenzuschuss für die Zöglinge des Wilhelm-Stiftes; nur bezüglich idiotischer Kinder findet dieser Grundsatz seit einer Reihe von Jahren nur noch ausnahmsweise Anwendung mit Rücksicht auf die bedeutenden dadurch dem Kreise erwachsenden Kosten; es werden statt dessen in geeigneten Fällen Beihilfen für bessere Beaufsichtigung und Verpflegung idiotischer Kinder in Privathäusern unter Controle der Gemeindebehörden gewährt; Zuschüsse zur Unterbringung von Waisen in Waisenhäusern werden nicht verwilligt. Der Kreiscommunalverband Blankenburg endlich giebt seinen Gemeinden sowohl bei Aufnahme Kranker in Krankenhäusern, wie bei Unterbringung Blinder, Taubstummer, Idioten und Wahnsinniger in Anstalten und verwahrloster Kinder im Wilhelm-Stift regelmässig eine Beihilfe von $\frac{4}{5}$ der entstandenen Kosten; doch wird diese Beihilfe in jedem einzelnen Falle besonders festgesetzt; für die Unterbringung von Waisen in einem Waisenhaus wird nichts gewährt. Die von den einzelnen Kreiscommunalverbänden übernommenen Beihilfsquoten sind im Nachstehenden tabellarisch zusammengestellt:

(Siehe Tabelle auf folgender Seite.)

Die weitgehendsten Grundsätze bringen danach bei der qu. Beihilfengewährung die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt, Gandersheim und Holzmindeu zur Anwendung; sie selbst stehen unter sich bezüglich der Tragweite, trotz der Unterschiede im Einzelnen, im Allgemeinen gleich; ihnen folgt zunächst Blankenburg und in letzter Linie Wolfenbüttel und Thedinghausen. Die gesammten Aufwendungen für die in Frage stehende Beihilfengewährung belaufen sich für das Herzogthum in den fünfzehn Jahren auf über 900 000 Mk. Die einzelnen Kreiscommunalverbände gruppieren sich nach der fünfzehnjährigen Gesamtausgabe in folgender Weise: Helmstedt, Holzmindeu, Gandersheim, Braunschweig, Wolfenbüttel, Riddagshausen-Vechelde, Blankenburg und Thedinghausen. Bei sämmtlichen Kreiscommunalverbänden macht sich wiederum durchweg ein Steigen der bezüglichen Ver- ausgaben bemerkbar; auch hier ist dieses Steigen von der ersten zur zweiten Periode ungleich stärker als von der zweiten zur dritten.

Kreiscommunalverband	Den Gemeinden wird als Beihülfe gewährt zu den Unterhaltungskosten von						
	Kranken	Blinden	Taubstummen	Idioten	Wahnsinnigen	Zöglingen im Wilhelm-Stift	Waisen
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Riddagshausen-Vechelde	regelmässig $\frac{1}{2}$ bei besonders hoher Aufwendung	das Ganze	das Ganze	das Ganze	das Ganze	nur ausnahmsweise $\frac{1}{2}$	nur ausnahmsweise $\frac{1}{2}$
Thedinghausen.....	regelmässig $\frac{1}{2}$ bei erheblicher Aufwendung	$\frac{1}{2}$, ausnahmsweise das Ganze	$\frac{1}{2}$, ausnahmsweise das Ganze	$\frac{1}{2}$, ausnahmsweise das Ganze	$\frac{1}{2}$, ausnahmsweise das Ganze	nur ausnahmsweise $\frac{1}{2}$	nur ausnahmsweise $\frac{1}{2}$
Wolfenbüttel	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	$\frac{1}{2}$	—
Helmstedt.....	$\frac{1}{2}$	das Ganze	das Ganze	das Ganze	das Ganze	—	—
Gandersheim	das Ganze	das Ganze	das Ganze	$\frac{7}{11}$, ausnahmsweise $\frac{8}{11}$	das Ganze	das Ganze	—
Holzminde	nur bei besonderer Belastung der Gemeinde in verschiedener Höhe bis zum Ganzen	das Ganze	das Ganze	bei Erwachsenen das Ganze, für Kinder Nichts	das Ganze	das Ganze	—
Blankenburg	$\frac{4}{5}$	$\frac{4}{5}$	$\frac{4}{5}$	$\frac{4}{5}$	$\frac{4}{5}$	$\frac{4}{5}$	—

Für vagirende Arme weist bislang nur der Kreiscommunalverband Blankenburg und zwar nur in der dritten Periode eine Ausgabe auf. Derselbe hat seit dem 1. Juni 1884 Naturalverpflegungsstationen für vagirenden Arme auf seine Kosten errichtet; dieselben bestehen zur Zeit in sieben Gemeinden und zwar sind drei derselben Vollstationen mit Nachtquartier und Abendessen und vier nur solche mit Verabreichung von Frühstück, Mittag und Vesper. Die Kosten beliefen sich in den sieben Monaten des Jahres 1884 auf 1515 Mk., in zweiten Jahr auf 2929 Mk., und endlich im Jahr 1886 auf 3129 Mk.; die Kosten der ersten Einrichtung betrugen 963 Mk.

Die directen Unterstützungen Bedürftiger, welche aus den Vereinnahmungen der Kreiscommunalcassen gezahlt werden, sind hier in einer Rubrik zusammengefasst, obwohl sie eigentlich — mit Ausnahme des Kreiscommunalverbandes Braunschweig, bei welchem es sich lediglich um rein städtische Unterstützungen ohne weitere Unterscheidung handelt, — aus drei verschiedenen Kategorien bestehen. Einmal sind ja gesetzlich die Kreiscommunalverbände verpflichtet, der Staatsbehörde, d. h. der Herzoglichen Kreisdirection, jährlich eine angemessene Summe für Gewährung ausserordentlicher Unterstützungen an Bedürftige zur Verfügung zu stellen; diese Pflicht müssen natürlich sämtliche Kreiscommunalverbände erfüllen und thun solches auch in ausreichender Weise. Daneben überweisen aber die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim und Blankenburg auch ihren Kreisausschüssen regelmässig jährlich eine bestimmte Summe für Unterstützung Bedürftiger, über welche die Kreisausschüsse zu verfügen haben; die Städte erhalten dann meist eine entsprechende Summe zu eigener bezüglicher Disposition.

Diese directen Unterstützungen sowohl der Staatsbehörde, wie des Kreisausschusses sind theils regelmässige für eine längere Dauer beziehungsweise die Lebenszeit des Bedürftigen bewilligte, theils ausserordentliche, bei besonderen Unglücksfällen, Krankheit, unverschuldeter Arbeitslosigkeit etc. helfende; in den Kreiscommunalverbänden, in welchen lediglich eine Verwilligung durch die Staatsbehörde stattfindet, umfassen diese Verwilligungen beide Arten von Unterstützungen, regelmässige und ausserordentliche, in denen dagegen, wo Staatsbehörde und Kreisausschuss verwilligen, findet zwischen beiden nach den Arten der Unterstützung eine Theilung statt, welche wiederum in den einzelnen Kreiscommunalverbänden verschieden ist; das Nähere hierüber ist in der Bearbeitung der Armenstatistik vom Jahr 1885 ausgeführt, eine Wiederholung scheint hier aber um so weniger angebracht, als bezüglich der Unterstützungen der Staatsbehörde nur die Zurverfügungstellung selbst, nicht aber der bei der Vertheilung von der Staatsbehörde befolgte Modus unter den Rahmen der vorliegenden Betrachtung fällt. Abgesehen von den beiden Kategorien der Staats- und der Kreisausschussverwilligungen kommt sodann allerdings nur in dem Kreiscommunalverbande Gandersheim noch eine dritte vor, die specielle Unterstützung verschämter Armer; der Kreiscommunalverband Gandersheim hat nämlich, als die erste Dotationssumme mit zweijährigen Zinsen für ein Etatsjahr zur Auszahlung kam, auf Vorschlag der Herzoglichen Kreisdirection aus den einjährigen Zinsen einen Fonds, den sogenannten Legatenfonds, gebildet, welcher ohne eine besondere reelle Absonderung zu dem Kreisfonds geschlagen ist, und dessen Erträgnisse in der Summe von 1500 Mk. jährlich lediglich zur Unterstützung verschämter Armer

verwendet werden; die Vertheilung geschieht durch die Herzogliche Kreisdirection nach Berathung mit dem Kreis-ausschuss in Beträgen von 20, 30 und 40 Mk.; wer öffentliche Armenunterstützung bezieht, ist der Regel nach von der Bewilligung ausgeschlossen; besondere Kategorien von Personen finden nicht vorweg Berücksichtigung, Landbewohner und Städter nehmen in gleicher Weise Theil. — Die Aufwendungen der Kreiscommunalverbände für directe Unterstützungen sind in ihrem Gesamtbetrage während der fünfzehn Jahre ungefähr gleich den für Gewährung von Beihilfen bei Unterbringung von Kranken, Irren, Blinden etc. in öffentlichen oder Privatanstalten aufgewandten Gesamtsummen; die Vertheilung auf die einzelnen Perioden ist aber eine andere, eine Steigerung der Aufwendungen von der ersten zur zweiten Periode findet auch hier statt, aber bei Weitem nicht eine so bedeutende wie bei der letzteren Ausgabenkategorie; mit der zweiten Periode ist hier aber der Höhepunkt erreicht, zwischen zweiter und dritter Periode ist nur ein geringer Unterschied, während dort noch ein immerhin bedeutendes Steigen constatirt werden musste. In Folge dessen sind in der ersten Periode die jetzt in Frage stehenden Aufwendungen, die Unterstützungsaufwendungen, ungleich höher (etwas über doppelt so hoch), als die früher behandelten Aufwendungen, welche kurz als Beihilfsaufwendungen bezeichnet werden sollen; schon in der zweiten Periode tritt aber eine annähernde Ausgleichung ein, die Unterstützungsaufwendungen sind jedoch immer noch etwas höher (nicht ein Sechstel) als die Beihilfsaufwendungen; in der letzten Periode aber stellt sich ein umgekehrtes Verhältniss heraus, hier nehmen die Beihilfsaufwendungen den ersten Platz ein und überragen die Unterstützungsaufwendungen wesentlich. Die einzelnen Kreiscommunalverbände zeigen sämmtlich ein dementsprechendes Bild der Entwicklung, in einigen (Thedinghausen und Wolfenbüttel) ist sogar ein geringes Sinken der bezüglichen Aufwendungen zu bemerken; durch besonders hohe Ausgaben summen zeichnen sich namentlich die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Gandersheim aus.

In der nächsten Rubrik der Tabelle sind die an sich unbedeutenden Verausgabungen für Auswanderer und für entlassene Sträflinge zusammengefasst worden. Nach dem ersten Dotirungsgesetz muss in den Etat der Kreiscommunalcasse ein Betrag für Unterstützung von Auswanderern eingestellt werden, da der Staat diese früher von ihm getragene Ausgabe den Kreiscommunalverbänden zuweisen wollte. Verausgabungen für Auswanderer haben wirklich gemacht der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde in der ersten Periode, der Kreiscommunalverband Thedinghausen ebenso, der Kreiscommunalverband Helmstedt in allen drei Perioden, der Kreiscommunalverband Gandersheim ebenfalls in allen drei Perioden, der Kreiscommunalverband Holzminden in der ersten und der Kreiscommunalverband Blankenburg in der zweiten und dritten Periode; nur die Aufwendungen von Gandersheim und Holzminden sind etwas bedeutendere; der Gesamtbetrag der Auswandererunterstützungen beläuft sich auf 1503 Mk. Die Verausgabungen für entlassene Sträflinge sind noch weit geringere; sie finden sich hauptsächlich nur im Kreiscommunalverbande Blanken-

burg, in ganz unbedeutendem Umfange im Kreiscommunalverbande Gandersheim; der Gesamtaufwand erreicht nur die Summe von 135 Mk.

Die vorletzte Rubrik enthält die sonstige Unterstützung Privater wegen extraordinärer Schädigung oder aus anderem Anlass; auch die hier verzeichneten Summen sind nur von untergeordneter Bedeutung und kommen nicht ganz auf den Betrag von 6000 Mk. 3000 Mk. davon hat der Kreiscommunalverband Blankenburg für die Einwohner der Stadt Hasselfelde 1886 zur Beseitigung eines durch ein ausserordentliches Hagelwetter herbeigeführten Nothstandes aufgewandt, wie solches als Bedingung einer weiteren vom Staat bewilligten bezüglichen Beihilfe gestellt war. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat einmal im Jahre 1872 440 Mk. zur Beseitigung von Hochwasserschäden und im Jahr 1876 1200 Mk. zur Herstellung eines Ausladeplatzes am scharfen Ufer der Eyter gleichfalls im Zusammenhang mit Hochwasserschäden an Private ausgezahlt. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat im Jahre 1880 mehreren Privaten wegen Schädigung in Folge der Rotzkrankheit unter den Pferden insgesamt eine Beihilfe von 700 Mk. bewilligt und 1885 einem Einzelnen 150 Mk. wegen Schädigung durch einen Wolkenbruch. Der Kreiscommunalverband Gandersheim endlich hat im Jahre 1873 einem Kreisangehörigen zur Anschaffung eines Pferdes eine Unterstützung von 300 Mk. gewährt.

Zum Schluss sind die Beträge der vorbehandelten Einzelausgaben in eine Summe zusammengezogen worden. Insgesamt sind danach über 2400 000 Mk. von den Kreiscommunalverbänden für Armenwesen und Unterstützungen aufgewandt; nach den einzelnen Perioden ist eine Steigerung der Ausgaben von etwa 500 000 Mk. auf etwa 900 000 Mk. und auf etwas über eine Million zu bemerken; im Kreiscommunalverbande Blankenburg ist das Zunehmen der Ausgaben von der ersten zur zweiten Periode ein ungleich bedeutenderes; im Uebrigen stehen die meisten Kreiscommunalverbände dem allgemeinen Verhältniss gleich, nur bei den Kreiscommunalverbänden Helmstedt und Holzminden ist ein geringes, bei letzterem etwas erheblicheres Zurückgehen von der zweiten zur dritten Periode zu constatiren, bei dem ersteren veranlasst durch den Rückgang in der Unterstützung in der Tragung der regelmässigen Armenlast und in der Gewährung directer Armenunterstützungen, bei dem letzteren durch die Verminderung der Unterstützungen von Gemeinden und Stiftungen bei der Herrichtung und Unterhaltung von Kranken- und Armenhäusern.

b. Die Verausgabungen für Kirchen- und Schulzwecke.

(Tabelle II, B.)

Die Aufwendungen der Kreiscommunalverbände für Kirchen- und Schulzwecke sind einmal gegenüber den vorstehenden Verausgabungen für das Armenwesen und sodann im Verhältniss zu der hervorragenden Bedeutung des Zwecks und zu den für seine ausreichende Erfüllung erforderlichen grossen Mitteln nur unbedeutende. Es ist dieses die nothwendige Folge davon, dass der Staat selbst

auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens, welches ja in erster Linie wesentlich den Kirchen- und Schul- bzw. politischen Gemeinden zu besorgen obliegt, die Unterstützung der Gemeinden in ihrer bezüglichlichen Pflichterfüllung sich vorbehalten hat und solche in verhältnissmässig reichem Maasse ausübt. Es mangelt daher an einem Bedürfniss für eine weitere Entwicklung der Thätigkeit der Kreiscommunalverbände und es entspricht den Verhältnissen, wenn dieselbe sich nur in untergeordneter Weise äussert. Vorweg ist wiederum die Sonderstellung des Kreiscommunalverbandes Braunschweig hervorzuheben; fast drei Viertel der sämtlichen hier verrechneten Ausgaben entfallen auf ihn; es ist aber wohl zu beachten, dass beim Kreiscommunalverband Braunschweig Kreiscommunalverband und Stadtgemeinde in eins zusammenfällt und dass die qu. Ausgaben lediglich Aufwendungen der Stadt, welche sie mit den Mitteln ihres Kreiscommunaldotationsfonds deckt, enthalten.

Die Verausgabungen für Kirchen- und Schulzwecke sind getrennt in: Beihilfen bei Kirchen- und Schulbauten resp. bei Beschaffung kirchlicher Geräthe etc.; Beihilfen bei Schulbauten; zur Unterhaltung der Schulen; Zuschuss zu den Lehrergehalten; behuf Ertheilung von Industrieunterricht; für Privatschulen und Kleinkinderbewahranstalten; zur Unterstützung der Lehrerausbildung durch Stipendien oder in sonstiger Weise.

Beihilfen bei Kirchen- und Pfarrbauten resp. bei Beschaffung kirchlicher Geräthe etc. weisen die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Holzminden überhaupt nicht auf. Der Kreiscommunalverband Braunschweig figurirt in dieser Rubrik mit der Hauptsumme. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat eine schon vor seiner Begründung contrahirte, jetzt noch 59 000 Mk. ausmachende Lunsener Kirchenbauschuld, an welcher die sämtlichen Gemeinden theilhaftig sind, übernommen und leistet seit dem Jahre 1875 bzw. 1876 die Verzinsung und die Abträge auf dieselbe; in Folge dessen steht Thedinghausen den folgenden Kreiscommunalverbänden in der Höhe der Ausgaben hier weit voraus. Von dem Kreiscommunalverbande Helmstedt sind im Jahre 1877 1000 Mk. zu dem Capellenbau der Gemeinde Jeseritz, im Jahre 1878 300 Mk. zum Pfarrbau in Grafhorst, im Jahre 1885 wiederum 250 Mk. für die Capelle in Jeseritz und im Jahre 1886 1000 Mk. zu dem Kirchenbau in Steinum, sowie ausserdem im Jahre 1878 750 Mk. für die Orgel in Reinsdorf, im Jahre 1880 60 Mk. für die Orgel in Rottorf, im Jahre 1882 500 Mk. für die Orgel in Helmstedt, und im Jahre 1883 600 Mk. für die Orgel in Parsau und 300 Mk. für ein Harmonium in der Capelle zu Jeseritz bewilligt worden. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat im Jahre 1879 die Gemeinde Opperhausen zur Instandsetzung des Pfarrhauses mit 150 Mk. unterstützt, im Jahre 1880 Dannhausen zur Restauration der Capelle gleichfalls mit 150 Mk., im Jahre 1883 die Gemeinde Bodenburg zur Pfarrhausreparatur mit 600 Mk. und im Jahre 1885 Ammensen zur Einfriedigung des Kirchenplatzes auch mit 600 Mk., desgleichen im Jahre 1879 Volkersheim zur Anschaffung einer Orgel mit 300 Mk. Vom Kreiscommunalverband Blankenburg endlich sind folgende Verwilligungen vorgenommen: 1873 für den Pfarrhaus-

bau zu Tanne 300 Mk., 1877 1000 Mk. für den Kirchenbau zu Hüttenrode und weitere 100 Mk. für den Pfarrhausbau zu Tanne, 1881 für die Pfarrhausreparatur zu Allrode 100 Mk. und 1886 für den Pfarrhausbau zu Cattenstedt 400 Mk. und nochmals für Pfarrhausbauten zu Tanne 200 Mk., sowie 1874 für eine Kirchenglocke zu Neuwerk 30 Mk. und 1877 für eine Kirchenorgel zu Treseburg 400 Mk.

Beihilfen zu Schulbauten hat der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde wiederum nicht gewährt, dahingegen sind aber die Aufwendungen, welche Braunschweig aus den Erträgen des Dotationsfonds zu Schulbauten gemacht hat, in den beiden ersten Perioden ganz bedeutende, in der dritten Periode fehlen sie dagegen auch. Unter den übrigen Kreiscommunalverbänden steht nach der Gesammthöhe der Aufwendungen und der Zahl der einzelnen Verwilligungen obenan der Kreiscommunalverband Helmstedt; die von demselben bedachten einzelnen Orte sind folgende: 1874 Stadt Helmstedt (900 Mk.), Wendschott (1200 Mk.); 1875 Ingeleben (300 Mk.), Dobbeln (1800 Mk.), Velpke (900 Mk.), Lössewitz (1200 Mk.); 1876 Rühen (1800 Mk.), Reislingen (650 Mk.), Wendschott (150 Mk.); 1877 Schöningen (6000 Mk.), Ingeleben (1000 Mk.); 1878 Querenhorst (300 Mk.), Gross-Sisbeck (900 Mk.), Grasleben (250 Mk.), Klein-Sisbeck (150 Mk.), Helmstedt (Opfereigebäude 3000 Mk.); 1879 Helmstedt (1000 Mk.), Eischott (3000 Mk.), Rickensdorf (300 Mk.), Klein-Sisbeck (900 Mk.); 1880 Kästorf (5980 Mk.); 1881 Eischott (300 Mk.), Saalsdorf (300 Mk.); 1882 Schöningen (1000 Mk.); 1883 Lössewitz (75 Mk.), Warmenau (1000 Mk.); 1884 Söllingen (1500 Mk.), Zobbenitz (500 Mk.), Brackstedt (1500 Mk.); 1885 Hoiersdorf (500 Mk.); 1886 Velpke (300 Mk.), Bergfeld (1500 Mk.), Gross-Sisbeck (600 Mk.). Nächstdem kommt der Kreiscommunalverband Blankenburg mit folgenden Einzelaufwendungen: 1873 Braunlage (600 Mk.); 1874 desgl. Braunlage (300 Mk.); 1876 Treseburg (1000 Mk.); 1877 Wienrode (600 Mk.); 1878 Rübeland (100 Mk.); 1879 Stiege (1000 Mk.); 1881 Trautenstein (1000 Mk.); 1882 nochmals Rübeland (150 Mk.); 1883 wiederum Braunlage (6000 Mk.); 1884 Blankenburg (3000 Mk.) und 1885 Blankenburg nochmals (1000 Mk.). Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat für Schulbauten Unterstützungen gewährt an die Gemeinden Oker (1875, 1500 Mk., 1877, 2000 Mk., 1878, 2000 Mk. und 1879, 2000 Mk.) und Gebhardshagen (1880, 1500 Mk.), der Kreiscommunalverband Holzminden im Jahre 1877 an die Gemeinden Mühlenberg (3000 Mk.) und Neuhaus (3000 Mk.), der Kreiscommunalverband Gandersheim an die Gemeinden Ahlshausen (1873, 75 Mk.), Bartshausen (1876, 400 Mk.), Opperhausen (1876, 600 Mk.) und Varrigsen (1880, 300 Mk.) und endlich der Kreiscommunalverband Thedinghausen an die Gemeinde Thedinghausen (1879, 43 Mk. und 1880, 200 Mk.). Regelmässige Beihilfen haben mithin hier nur die Kreiscommunalverbände Helmstedt und Blankenburg bewilligt.

Zur Unterhaltung der Schulen hat ebenfalls die Stadt Braunschweig erhebliche Mittel aus den Dotationserträgen, wenn auch nur in den beiden letzten Perioden, verwandt. Verhältnissmässig nahe an diese Aufwendungen

hinan reichen hier die des Kreiscommunalverbandes Gandersheim, welcher sich durch besonders hohe bezügliche Ausgaben gegenüber den andern Kreiscommunalverbänden auszeichnet; dieselben beziehen sich der Hauptsache nach auf die Realschule in Gandersheim, welche im Jahre 1878 mit 500 Mk., im Jahre 1879 mit 750 Mk., im Jahre 1880 mit 2500 Mk. und in den Jahren 1881—1886 je mit 6000 Mk. subventionirt worden ist; ausserdem sind der Gemeinde Langelsheim im Jahre 1876 400 Mk. zum Einkommen der Schulstelle und der Gemeinde Lutter am Barenberge 1879 30 Mk. zur Beschaffung einer Schulbibliothek verwilligt worden. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat im Jahre 1886 1000 Mk. zur Unterhaltung der Bürgerschulen in Wolfenbüttel gezahlt, der Kreiscommunalverband Helmstedt im Jahre 1881 die gleiche Summe zur Schullast in Helmstedt. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat wiederum hauptsächlich die Fortbildungsschule zu Stadtdendorf unterstützt und zwar in den Jahren 1875 und 1876 mit je 75 Mk. und in den Jahren 1879, 1880 und 1882 mit je 200 Mk., ferner hat er der Gemeinde Fohlenplacken im Jahre 1885 100 Mk. zur Beschaffung von Schultensilien gewährt. Der Kreiscommunalverband Blankenburg hat nur für die Fortbildungsschule in Walkenried im Jahre 1874 18 Mk. aufgewandt, die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen in dieser Rubrik überhaupt Nichts.

Ein Zuschuss zu den Lehrergehalten wird seit dem Jahre 1874 regelmässig von dem Kreiscommunalverbande Gandersheim gewährt; die Aufwendungen dafür sind an sich ziemlich bedeutende; die sämtlichen Schulgemeinden erhalten Beihilfen von 75 bis 300 Mk., welche nach den Kosten, die dieselben nach Abzug der Staatsbeihilfe noch zu decken haben und nach den sonstigen Verhältnissen der Gemeinde bemessen und jedes Jahr nach dem Gutachten des Kreisausschusses von der Herzoglichen Kreisdirection festgesetzt werden; das eigentliche Beneficium kommt so selbstredend der Gemeinde und nicht den Lehrern zu Gute. Einen ähnlichen Zuschuss hat auch der Kreiscommunalverband Thedinghausen, aber nur in den fünf Jahren der zweiten Periode bestritten. Der Kreiscommunalverband Blankenburg hat in einzelnen bestimmten Fällen einen bezüglichen Aufwand gemacht, so bei einer Pensionirung in Neuhof (1875, 37 Mk.; 1876, 150 Mk.; 1877, 87 Mk.), zu dem Lehrergehalt in Neuwerk (1878, 83 Mk.; 1879, 100 Mk.), in Altenbrak (1881, 100 Mk.; 1883, 100 Mk.; 1884, 50 Mk.; 1886, 50 Mk.) und Wendefurth (1886, 75 Mk.). Die übrigen Kreiscommunalverbände haben bezügliche Ausgaben nicht aufzuweisen.

Die Ertheilung von Industrieunterricht in den Landgemeinden wurde, wenn auch in nur geringem Umfange, vom Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel seit dem Jahre 1878 unterstützt; zunächst erhielten zwei Gemeinden (Achim und Kissenbrück) Beihilfen zu den Kosten desselben im Betrage von je 40 Mk., 1886 erhalten fünf Gemeinden eine derartige Beihilfe. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat im Jahre 1875 11 Mk. zur Einrichtung eines Industrieunterrichts in Harriehausen aufgewandt; in den anderen Kreiscommunalverbänden sind derartige Ausgaben nicht vorgekommen.

In der Rubrik für Privatschulen und Kleinkinderbewahranstalten ist wieder hauptsächlich der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel vertreten; derselbe subventionirt seit dem Jahre 1877 regelmässig jährlich die Privatschule zu Harzburg; die Höhe der Beihilfen ist in den einzelnen Jahren verschieden (150, 200, 500, 600, 800, 1050 Mk.); ausserdem gewährt Wolfenbüttel der Kleinkinderbewahranstalt Wolfenbüttel seit 1872 einen jährlichen Kostenzuschuss, welcher bis 1877 einschliesslich 150 Mk., von da an aber 300 Mk. beträgt. Der Kreiscommunalverband Helmstedt hat in den Jahren 1885 und 1886 der landwirthschaftlichen Schule zu Marienberg zu ihrem Pensionsfonds je eine Beihilfe von 1000 Mk. bewilligt. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat die Ackerbauschule zu Holzminden 1884 mit 500 Mk., 1885 mit 2000 Mk. und 1886 mit 2700 Mk. subventionirt. Die übrigen Kreiscommunalverbände kommen hier nicht weiter in Betracht.

Zur Unterstützung der Lehrerausbildung durch Stipendien oder in sonstiger Weise sind wiederum von der grösseren Zahl der Kreiscommunalverbände Aufwendungen gemacht worden, nur Braunschweig, Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen fallen hier aus. Die grössten Ausgaben weist wieder der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel auf; er gewährt zunächst den Zöglingen des Schullehrerseminars, Präparanden, sowie auch Realschülern, welche sich zu Volksschullehrern ausbilden wollen, zuweilen auch Besuchern von Fachschulen Stipendien zum Betrage von 40—65 Mk., ausnahmsweise auch wohl höhere, über welche der Kreisausschuss Verfügung trifft; die Aufwendungen dafür belaufen sich in der ersten Periode auf etwa 1500 Mk. pro Jahr, in der zweiten auf 2500—3000 Mk. und in der dritten auf 2000—2500 Mk.; ausserdem kommen aber auch öfter Unterstützungen zur Ausbildung als Lehrerin vor, regelmässig in der Höhe von 100 Mk. jährlich, desgleichen ausnahmsweise Stipendien für Studenten und Schulamtsandidaten zum Betrage von 100 oder 150 Mk. jährlich; die Gesamtsumme der letzteren Bewilligungen beläuft sich auf etwa 1500 Mk. Die übrigen Kreiscommunalverbände haben lediglich Stipendien für Präparanden und Schüler, welche sich dem Lehrfache widmen wollen, ausnahmsweise für Besucher von Fachschulen; im Kreiscommunalverbande Helmstedt, welcher erst seit dem Jahre 1876 mit der qu. Verleihung begonnen, variirt die Höhe der Stipendien zwischen 30—50 Mk. jährlich; in Gandersheim ist sie auf 45 Mk. fixirt, daselbst werden neu aufgenommenen Seminaristen Stipendien nicht mehr bewilligt, da zur Zeit ein Mangel an Lehrkräften nicht mehr obwaltet; auch Holzminden hat Stipendien von 45 Mk. jährlich (seit dem Jahre 1874) und ebenso die Stipendienverwilligung jetzt im Princip aus dem gleichen Grunde aufgegeben; Blankenburg, welches die Stipendien in der Höhe von 60 Mk. jährlich seit 1877 verlieh, hat sie gleichfalls jetzt fallen lassen.

Die Gesamtsumme der einzelnen vorbehandelten Ver- ausgaben der Kreiscommunalverbände für Kirchen- und Schulzwecke ist, wie bei denen für Armenwesen, am Schluss beigefügt. Wie sehr hierbei Braunschweig in das Gewicht fällt, ist schon oben hervorgehoben und erörtert. Nächst ihm zeigt die meisten Ausgaben der Kreiscommunalverband

Gandersheim, in dessen Ausgabeziffern auch ein Steigen von Periode zu Periode zu bemerken ist; nach ihm folgen die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Helmstedt, sodann Thedinghausen und Blankenburg und endlich Holzminden; nur bei Blankenburg findet sich durchweg ein Steigen, bei den übrigen ist dieses nur von der ersten zur zweiten Periode der Fall, während von der zweiten zur dritten Periode wieder ein Abnehmen zu constatiren ist. Der ganze bezügliche Aufwand für das Herzogthum in den 15 Jahren beläuft sich auf etwa 1 100 000 Mk., wovon aber fast 800 000 Mk. auf die Stadt Braunschweig entfallen.

c. Die Verausgabungen für das Feuerlöschwesen.
(Tabelle III, A.)

Auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens ist den Kreiscommunalverbänden durch das Gesetz Nr. 16 vom 2. April 1874, Feuerhülfswesen betreffend, wie schon oben gezeigt, eine gewisse Thätigkeit, welche pecuniäre Opfer erfordert, zugewiesen; andererseits unterstützen sie aber auch in mehr oder weniger ausgedehnter Weise die Gemeinden in der Erfüllung der denselben auf diesem Gebiete obliegenden Pflichten. Es sind hier folgende Kategorien von Verausgabungen der Kreiscommunalverbände unterschieden: Diäten resp. Remuneration und sonstige Verausgabungen für den Kreisbranddirector; Beschaffung von Utensilien etc., welche allgemein auf die Kreiscommunalcasse übernommen ist; Unterstützung der Gemeinden zu den Kosten der Feuerlöschscheinrichtungen; Entschädigung verunglückter Feuerwehrleute resp. der Familien derselben; Prämien für schnelle Feuerhülfe und für gut ausgebildete Feuerwehren; zur Abhaltung von Feuerwehrtagen und Feuerwehrrübungen. Der Kreiscommunalverband Braunschweig ist hier nur bei den Entschädigungen verunglückter Feuerwehrleute resp. der Familien derselben betheiligt, in den übrigen Rubriken hat er keine Verausgabungen.

Diäten resp. Remuneration und sonstige Verausgabungen für den Kreisbranddirector — eine gesetzliche Ausgabeverpflichtung der Kreiscommunalverbände — weist nur der Kreiscommunalverband Thedinghausen nicht auf, da in demselben die Geschäfte eines Kreisbranddirectors ohne eine Entschädigung freiwillig besorgt werden. Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde zahlt dem Kreisbranddirector für seine einzelnen dienstlichen Beschäftigungen Diäten, welche selbstredend in den ersten Jahren nach Einführung der neuen Organisation des Feuerhülfswesens mit Rücksicht auf die erste Einrichtungsthätigkeit höhere (1875, 1552; 1876, 910 Mk.) sein mussten; in der zweiten Periode beträgt der jährliche Durchschnitt etwa 560 Mk., in der dritten nicht ganz 500 Mk.; die Uniformierungskosten mit 225 Mk. sind gleichfalls vom Kreiscommunalverbande getragen worden. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel giebt dem Kreisbranddirector eine feste jährliche Remuneration als Entschädigung für Versäumniss und Reisekosten etc., welche bis zum Jahre 1883 einschliesslich 3000 Mk., von da aber 2500 Mk. betrug, für ausserordentliche Auslagen sind sodann in der ersten und zweiten Periode zusammen noch etwas über 300 Mk. vergütet. Im Kreiscommunalverbande Helmstedt

war zuerst eine Diätenentschädigung, wie in Riddagshausen-Vechelde; in den ersten drei Jahren (1875—1877) betrug dieselbe etwa 2300—2400 Mk., in den Jahren 1878—1883 etwas über 1800 Mk.; seit 1884 einschliesslich ist nunmehr eine Fixirung der Entschädigung auf 1000 Mk. jährlich eingeführt worden. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat dem Kreisbranddirector vom Jahre 1876 an unverändert eine feste Reisekosten- und Diätenentschädigung von 600 Mk. jährlich bewilligt, der Kreiscommunalverband Holzminden dagegen stets Diäten für die einzelnen Touren, welche in der ersten Periode etwa 800 Mk. pro Jahr, in der zweiten durchschnittlich etwa 600 Mk. und in der dritten etwa 380 Mk. betrugen; Holzminden hat auch die Kosten der Equipirung des Kreisbranddirectors bestritten. Der Kreiscommunalverband Blankenburg endlich hat in den beiden ersten Perioden Diäten zum durchschnittlichen Betrage von 500—600 Mk. gewährt, mit dem Jahre 1882 aber eine Fixirung auf 600 Mk. jährlich vorgenommen.

Dass die Beschaffung einzelner oder bestimmter Feuerlösch-Utensilien etc. allgemein auf die Kreiscommunalcasse übernommen ist, findet sich nur in den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen nimmt insofern hier eine besondere Stellung ein, als er das ganze Feuerhülfswesen auf sich genommen hat und sämtliche Kosten desselben aus der Kreiscommunalcasse bestreitet; in Folge dessen sind auch die bei Neuorganisation der Feuerwehr vom Staate gewährten Beihilfen in die Kreiscommunalcasse geflossen, wie oben bei Behandlung der ausserordentlichen Vereinnahmungen der Kreiscommunalverbände bereits hervorgehoben; die gesammten Kosten belaufen sich auf fast 10000 Mk., zu welcher Summe aber 6350 Mk. an Staatsbeihilfen vereinnahmt worden sind; es sind drei neue Spritzen angeschafft und 3 Spritzenhäuser neu bzw. umgebaut, ausserdem verschiedene Reparaturen ausgeführt. Die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Helmstedt haben die allgemein nachträglich angeordnete Beschaffung bestimmter rother Standarten und Laternen für jede einzelne Feuerwehr zur Bezeichnung des Standpunktes der Führer derselben durchweg übernommen und die Kosten aus der Kreiscommunalcasse gezahlt; Wolfenbüttel hat ausserdem noch im Jahre 1883 die Anschaffung neuer Brustbänder für die Feuerwehren des Kreises getragen. Im Kreiscommunalverbande Gandersheim sind im Jahre 1876 30 Mk. für Spritzenproben, sowie im Jahre 1886 75 Mk. für Anfertigung sogenannter Feuerwehrmedaillen, eines Abzeichens, welches den eine 10jährige Dienstzeit hinter sich habenden Feuerwehrleuten vom Kreisbranddirector gegeben wird, verausgabt.

Bezüglich der Unterstützungen der Gemeinden zu den Kosten der Feuerlöschscheinrichtungen zeichnet sich der Kreiscommunalverband Holzminden durch besonders hohe Aufwendungen aus: derselbe hat nämlich, in dieser Beziehung allein dastehend, bei der Reorganisation des Feuerhülfswesens nach Maassgabe des Gesetzes vom 2. April 1874 seinen sämtlichen Gemeinden für die ihnen dadurch erwachsenden grösseren Ausgaben neben und ohne Rücksicht auf die dazu verwilligte reichliche Staatssubvention

eine Beihilfe zum Betrage eines Viertels der entstandenen Kosten bewilligt und dafür im Jahre 1876 die Summe von 48000 Mk. und in den späteren Jahren noch 5448 Mk. verausgabte; im Jahre 1885 hat er dann ferner eine Beihilfe von 600 Mk. zur Anschaffung einer neuen Spritze bewilligt, sowie im Jahre 1882 zur Herstellung eines Feuerzeichens 200 Mk. Der Kreiscommunalverband Blankenburg, welcher auch verhältnissmässig höhere Ausgaben zeigt, hat dieselben zu Beihilfen theils für Spritzenanschaffung (1877 Altenbrak 315 Mk., Wieda 200 Mk.; 1879 Wienrode 600 Mk., Trautenstein 650 Mk.; 1880 Wendefurth 200 Mk.; 1882 Timmenrode 625 Mk.), theils für Spritzenhausbauten (1877 Tanne 500 Mk., Walkenried 400 Mk.; 1879 Treseburg 600 Mk.; 1884 Hohegeiss 600 Mk.; Stiege 250 Mk.), theils für Herrichtung von Feuerzeichen (1878 Hohegeiss 1300 Mk.; 1879 Trautenstein 120 Mk.; 1885 Tanne 300 Mk.), theils für sonstigen Utensilienankauf aufgewandt. Der Kreiscommunalverband Helmstedt hat im Jahre 1876 an Königs-Lutter eine Beihilfe von 500 Mk. zu den Feuerhülfskosten verwilligt, der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel im Jahre 1885 an die Gemeinde Engerode eine solche von 200 Mk. zur Beschaffung einer Feuerspritze, und der Kreiscommunalverband Gandersheim 1874 an die Gemeinde Windhausen 44 Mk. zu einer Spritzenreparatur, sowie an die Gemeinde Greene 60 Mk. zur Herstellung eines Feuerzeichens bezw. Bassins; der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat keine bezüglichen Aufwendungen zu verzeichnen.

Die Entschädigung der bei Ausübung ihrer Berufspflicht verunglückten Feuerwehrleute resp. der Familien derselben ist gleichfalls gesetzlich den Kreiscommunalverbänden zur Pflicht gemacht worden. Auch die Stadt Braunschweig bestreitet seit dem Jahre 1880 die fraglichen Ausgaben aus den Erträgen des Dotationsfonds. Sie steht mit ihrer Ausgabesumme bei Weitem obenan mit über 9000 Mk. in nur 2 Perioden, ihr folgt der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel mit fast 3500 Mk. in sämtlichen drei Perioden, dann Helmstedt mit nicht ganz 2000 Mk. in der nämlichen Zeit; Gandersheim und Holzminden, die nächsten beiden, sind unter sich etwa gleich mit etwas über 1100 Mk., welche Summe sich aber nur auf zwei Perioden bezieht, da eine Periode, wie bei den folgenden Kreiscommunalverbänden, ohne bezügliche Ausgaben ist; der Aufwand von Blankenburg beläuft sich auf ungefähr 600 Mk., der von Riddagshausen-Vechelde auf etwas über 200 Mk., Thedinghausen hat hier keine Ausgaben zu bestreiten brauchen.

Prämien für schnelle Feuerhülfe haben zeitweise sämtliche Kreiscommunalverbände, abgesehen von Braunschweig, verliehen. Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat in dieser Hinsicht das Meiste aufgewandt, nächst ihm kommt Thedinghausen, dann Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden, Blankenburg und endlich Gandersheim. Der Betrag für die einzelne Prämie ist nirgends generell geregelt worden, es werden vielmehr die Prämien immer für jeden vorliegenden Fall festgesetzt, die Höhe variiert etwa zwischen 10 und 50 Mk.; um 30 Mk. ist das gewöhnliche; die Prämien werden theils an die Feuerwehren, theils an die betreffenden Feuerwehrleute verliehen. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat seit

der Reorganisation des Feuerhülfswesens Prämien nicht mehr gewährt. Ausser den Prämien für schnelle Feuerhülfe hat der Kreiscommunalverband Blankenburg in den letzten Jahren noch Prämien für gut ausgebildete Feuerwehren auf Vorschlag des Kreisbranddirectors gezahlt; dieselben beliefen sich auf 25—30 Mk. in jedem einzelnen Falle.

Zur Abhaltung von Feuerwehrtagen haben nur die Kreiscommunalverbände Gandersheim und Holzminden Aufwendungen gemacht und zwar der erstere zweimal (1874 und 1885) bei Zusammenkünften der Feuerwehren von grösserem Umfang, den Verbandstagen, der letztere seit 1877 regelmässig auch zu den kleineren Zusammenkünften, den Amtsfeuerwehrtagen. Der Kreiscommunalverband Gandersheim ist der einzige, welcher für Abhaltung von Feuerwehrtagen eine Entschädigung verwilligt hat, allerdings nur in einem Jahre (1876) für 2 Uebungen; 1877 hat derselbe auch den Zugführern für Versäumniss eine geringe Summe gewährt, beide Verausgaben haben sich jedoch nicht wiederholt.

Die Aufwendungen sämtlicher Kreiscommunalverbände für das Feuerhülfswesen, welche im Vorstehenden einzeln erörtert sind, belaufen sich für die ganze Zeit auf etwas über 180000 Mk.; die erste Periode ist trotzdem, dass die Reorganisation der Feuerwehr und damit eine Reihe specieller Ausgaben erst in die zweite Hälfte derselben fällt, bezw. in dieser beginnt, an dieser Summe am stärksten theilhaftig; es ist dies bewirkt durch die vom Kreiscommunalverband Holzminden allgemein gewährte Beihilfe zu den Reorganisationskosten der Feuerwehren, welche in ihrem hohen Betrage nothwendig von ausschlaggebender Wirkung sein musste. Aus letzterer Veranlassung steht auch der Kreiscommunalverband Holzminden der Höhe der Ausgaben nach an erster Stelle mit über einem Drittel der obenbezeichneten Gesamtausgabe; die übrigen Kreiscommunalverbände gruppieren sich nach folgender Reihenfolge: Helmstedt, Blankenburg, Thedinghausen, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Braunschweig. Für die einzelnen Perioden macht sich ein durchgehender charakteristischer Unterschied nicht bemerkbar.

d. Die Verausgaben für Landesculturzwecke und Beförderung der Landwirthschaft.

(Tabelle III, B.)

Die Verausgaben der Kreiscommunalverbände für Landesculturzwecke zunächst beziehen sich auf ein Doppeltes, einmal auf Unterhaltung und Regulirung der Wasserzüge, und ferner auf Be- und Entwässerungsanlagen, Wasserleitungen und Brunnenbohrungen.

Für die Unterhaltung sowie die Regulirung der Wasserzüge Sorge zu tragen, ist im Wesentlichen eine gesetzliche Pflicht der Gemeinden, aber sämtliche Kreiscommunalverbände — Braunschweig bleibt hier, wie überhaupt in diesem ganzen Abschnitt wiederum ausser Betracht — haben, wenn auch in verschiedenem und meist nicht sehr erheblichem Umfange Gemeinden in Erfüllung dieser Pflicht unterstützt. Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat in den Jahren 1877—79 eine Reihe Bach- bezw. Flussregulirungen (Selkebach, Weddeler Graben,

Schunter, Thiedebach und Oker) allerdings untergeordneter Bedeutung vornehmen lassen und dafür insgesamt die Summe von etwas über 1500 Mk. aufgewandt. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat für Deichbefestigungen etc. in der zweiten Periode 319 Mk. verwilligt. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat namentlich Beihilfen zu Uferbefestigungen nach Ueberschwemmungen gewährt, ebenso eine solche zur Fuhsecorrection, die Gesamtsumme beläuft sich auf etwas über 1300 Mk. Vom Kreiscommunalverband Helmstedt sind allein zur Regulirung und Uferbefestigung der Aller bei Graffhorst wiederholt Aufwendungen gemacht (1876, 1800 Mk.; 1879, 800 Mk.; 1883, 1700 Mk. und 1885, 500 Mk.). Sowohl nach der Zahl der einzelnen Aufwendungen, wie der Höhe derselben nach steht obenan der Kreiscommunalverband Gandersheim, welcher folgende Beihilfe gewährt hat: 1872 der Gemeinde Langelsheim zur Befestigung der Innersteufer 900 Mk., der Gemeinde Orxhausen zur Verlegung des Gandeбетtes 600 Mk., Kirchberg zur Verlegung der Marken 600 Mk.; 1873 Langelsheim zur Befestigung der Innersteufer 300 Mk., Bornhausen zur Befestigung der Schildaaufer 300 Mk.; 1874 Greene zur Befestigung der Leinenfer 450 Mk., Münchhof zur Correctur des Pandelbachs 300 Mk.; 1875 Orxhausen zur Befestigung des Gandeбетtes 450 Mk., Greene für die Befestigung der Leinenfer 450 Mk.; 1878 Langelsheim für Pflasterung eines Mühlengrabens 150 Mk.; 1881 der Oppenhäuser Feldmarks-Interessentschaft und der Gemeinde Haieshausen zur Aue-Correctur insgesamt 1717 Mk.; 1882 Badenhausen zur Regulirung des Sulzbaches 150 Mk.; 1885 den Gemeinden Haieshausen und Billerbeck zur Aue-Correctur 1200 Mk. und den Separations-Interessenten zur Einrichtung einer Schleuse 300 Mk. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat 1881 der Gemeinde Meinbrexen zur Herstellung eines Weserschuttdammes 356 Mk. und der Gemeinde Boffzen zur Abböschung eines Platzes an der Weser 700 Mk. und 1882 denselben Gemeinden zu demselben Zweck nochmals 119 Mk. bzw. 263 Mk. verwilligt. Der Kreiscommunalverband Blankenburg endlich hat nur im Jahre 1881 der Gemeinde Zorge 500 Mk. zu Wasserbauten an der Zorge gewährt.

In der Rubrik für Be- und Entwässerungsanlagen, Wasserleitungen und Brunnenbohrungen zeichnet sich ganz hervorragend der Kreiscommunalverband Holzminden aus, dessen die Summe von 100 000 Mk. überschreitende bezügliche Aufwendungen den Haupttheil der in diesem ganzen Abschnitt behandelten Ausgaben ausmachen; hauptsächlich handelt es sich hierbei um die Förderung der Anlage von Wasserleitungen; Holzminden hat nämlich bezüglich derselben den gleichen Grundsatz wie bei den Armenhäusern befolgt und jeder eine Wasserleitung herrichtenden Gemeinde principiell eine Beihilfe bewilligt, welche zunächst zwischen $\frac{2}{3}$ und $\frac{3}{4}$ der Anlagekosten, in letzterer Zeit unbeschränkt nach den speciellen Verhältnissen der bauenden Gemeinde bemessen wurde; es haben in Folge dessen folgende 15 Gemeinden mit Unterstützung des Kreiscommunalverbandes mehr oder weniger kostspielige Wasserleitungen angelegt: Mühlberg (1874, 900 Mk.; 1876, 120 Mk.), Breitenkamp (1875, 180 Mk.), Derenthal (1876, 5000 Mk.), Bevern (1877, 1500 Mk.; sodann eine Erweiterung der ersten Anlage 1883, 5000 Mk.;

1884, 1750 Mk.; 1885, 2783 Mk.), Fürstenberg (1878, 1800 Mk.; 1882, 200 Mk.), Grünenplan (1878, 7304 Mk.), Hohenbüchen (1879, 251 Mk.; 1881, 8500 Mk.; 1882, 585 Mk.), Eschershausen (1879, 9565 Mk.; 1880, 4783 M.), Städtoldendorf (1879, 6445 Mk.; 1880, 6444 Mk.; 1881, 7081 Mk.), Schiesshaus (1881, 500 Mk.), Holenberg (1883, 9199 Mk.), Heinade (1884, 6500 Mk.; 1885, 500 Mk.), Fohlenplacken (1885, 4725 Mk.), Westerbak (1885, 5000 Mk.) und Hohe (1886, 1638 Mk.); ausserdem hat der Kreiscommunalverband noch die Gemeinde Mainzholzen bei Herrichtung eines Wasserreservoirs (1878, 600 Mk.), die Gemeinde Fohlenplacken bei einem Brunnenbau (1879, 500 Mk.) und die Gemeinde Linnenkamp ebenfalls bei einem Brunnenbau (1884, 613 Mk.) subventionirt. Nächst dem, aber in ganz erheblichem Abstände, kommt der Kreiscommunalverband Blankenburg; derselbe hat für die Anlage von Wasserleitungen den Gemeinden Stiege (1879, 300 Mk.; 1881, 140 Mk.; 1884, 37 Mk.), Blankenburg (1883, 5000 Mk.) und Treseburg (1885, 1500 Mk.) Beihilfen gewährt, desgleichen der Gemeinde Allrode zur Wiederherstellung eines Brunnens (1873, 60 Mk.) und der Gemeinde Zorge zu demselben Zweck (1877, 30 Mk.). Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat eine verhältnissmässig grössere Anzahl von Gemeinden, aber durchweg mit geringeren Beihilfen unterstützt, so dass sein Gesamtaufwand wiederum hinter dem von Blankenburg wesentlich zurückbleibt; zur Anlage von Wasserleitungen erhielten Subventionen: Bruchhof (1873, 150 Mk.), Stroit (1874, 180 Mk.), Dannhausen (1878, 150 Mk.), Bartshausen (1879, 300 Mk.), Bodenburg (1882, 200 Mk.) und Hachenhausen (1884, 200 Mk.), zu Brunnenanlagen bzw. Wiederherstellungen: Gehrenrode (1884, 300 Mk.), Varrigsen (1884, 75 Mk.) und Wolperode (1886, 150 Mk.). Der Kreiscommunalverband Thedinghausen endlich hat der Gemeinde Bruchhausen für das Project der Be- und Entwässerung der Amtsbezirke Syke und Bruchhausen 600 Mk. (1876) gewährt und für das Project der Thedinghäuser Be- und Entwässerung 665 Mk. (1877 und 1878) aufgewandt. Die übrigen Kreiscommunalverbände haben nach dieser Richtung hin keinerlei Ausgaben gemacht.

Die an sich mehr untergeordneten Aufwendungen der Kreiscommunalverbände für die Beförderung der Landwirthschaft beziehen sich theils auf die Beförderung der Viehzucht, theils auf die Vertilgung von der Landwirthschaft schädlichen Vögeln und Insecten.

Zur Beförderung der Viehzucht haben nur die Kreiscommunalverbände Holzminden und Blankenburg Verausgaben gemacht. Der Kreiscommunalverband Blankenburg steht hier obenan; derselbe hat zunächst in den Jahren 1873—75 einschliesslich Glaner Vieh auf Kosten der Kreiscommunalcasse angekauft und dasselbe sodann mit einem Verluste von etwa 20 % wieder unter den Kreiseingesessenen verlost; nachdem sich jedoch dieses Verfahren als wenig zweckentsprechend herausgestellt, hat man lediglich eine jährliche Prämierung guten bzw. hervorragenden Viehes vorgenommen; die einzelnen Prämien werden jedes Jahr festgesetzt, sie sind in der verschiedensten Weise von 5 bis zu 65 Mk. abgestuft, ihre Zahl beläuft sich auf gegen 50; unterschieden wird dabei Vieh reiner alter Harzrace und Vieh anderer Racen und ferner

Zuchtbullen, Zugochsen, Bullenkälber, Milchkühe, Rinder und weibliche Kälber; die Prämüfung findet jetzt regelmässig in Hasselfelde und in Zorge statt, früher versuchsweise auch einmal in Braunlage; die dafür verausgabten Summen haben sich in der letzten Periode etwas erhöht, sie belaufen sich auf etwa 900—1000 Mk. jährlich. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat für Stierkörung seit dem Jahre 1884 Aufwendungen gemacht, welche durchschnittlich pro Jahr ungefähr 600 Mk. betragen.

Für Vertilgung von der Landwirthschaft schädlichen Vögeln und Insecten haben durch Gewährung von Prämien die Kreiscommunalverbände Thedinghausen, Gandersheim und Holzminden Sorge getragen. Die Aufwendungen von Thedinghausen beziehen sich auf Krähenschiessen und haben in den Jahren 1872, 1873, 1883, 1884, 1885 und 1886 stattgefunden; Gandersheim und Holzminden haben das Maikäfersammeln belohnt, Gandersheim aber nur im Jahre 1879, Holzminden dagegen in den Jahren 1879, 1880, 1882 und 1883.

Die sämtlichen einzelnen Verausgabungen der Kreiscommunalverbände für Landesculturzwecke und Beförderung der Landwirthschaft sind wiederum in eine gemeinsame Summe zusammengezogen, welche den Betrag von nicht ganz 150 000 Mk. erreicht. Mehr als der dritte Theil dieser Summe entfällt allein auf die Beihilfen, welche der Kreiscommunalverband Holzminden bei Anlage von Wasserleitungen an seine Gemeinden bewilligt hat. Die beiden letzten Perioden zeichnen sich durch ungleich höhere Aufwendungen gegenüber der ersten aus. Nächst dem Kreiscommunalverbände Holzminden hat namentlich der Kreiscommunalverband Blankenburg verhältnissmässig hohe Ausgabezahlen.

e. Die Verwaltungskosten. (Tabelle IV, A.)

Die Verwaltungskosten zerfallen in folgende Kategorien, welchen je eine Rubrik gewidmet ist: Diäten und Reisekosten; Besoldung des Rendanten; Banquiergebühren, resp. Kosten der Veränderungen im Bestande der Kreisfonds; Verzinsung von angeliehenen Geldern; sonstige Kosten.

Diäten und Reisekosten bestreiten die Kreiscommunalverbände für die Mitglieder der Ersatz-Commission beim Militair-Musterungsgeschäft und für die Mitglieder des Kreisausschusses und der Kreiscommissionen sowie eventuell für den Rendanten der Kreiscommunalcasse. Nur der Kreiscommunalverband Thedinghausen ist hier ohne bezügliche Ausgaben. Die Diäten etc. für die Kreisausschussmitglieder sind von den einzelnen Kreiscommunalverbänden in verschiedener Weise festgesetzt worden; Riddagshausen-Vechelde zahlt überhaupt den Kreisausschussmitgliedern keine Entschädigung; Wolfenbüttel gewährt 9 Mk. pro Tag einschliesslich der Reisevergütung, Helmstedt 6 Mk. pro Tag und 3 Mk. pro Nacht und daneben die Reisekosten, Gandersheim 6 Mk. für Geschäfte ausserhalb des Wohnorts, 4 Mk. für Geschäfte am Wohnort, Eisenbahnfahrt 2. Classe und bei Landwegen 1,50 Mk. für die Meile, Holzminden 6 Mk. für den Tag neben einer Reiseentschädigung von 1 Mk. für die Meile (für die regelmässigen Kreisausschusssitzungen sind die Diäten etc. für jedes

einzelne Mitglied speciell und zwar etwas niedriger festgesetzt) und Blankenburg jetzt 6 Mk. für den Tag, 4,50 Mk. für die Nacht (vor 1876, 4,50 Mk. für den Tag, 2,50 Mk. für die Nacht), daneben Reiseentschädigung von 2,50 Mk. für die Meile (vor 1876, 2,00 Mk.). Die Mitglieder der Kreiscommissionen und der Rendant der Kreiscommunalcasse erhalten durchweg dieselben Diäten etc., denselben werden auch vom Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde Diäten gezahlt. Die Gesamtsumme der verausgabten Diäten und Reisekosten ist von der ersten zur zweiten Periode gestiegen, dann aber annähernd constant auf etwa 31 000 Mk. in der Periode oder 6 200 Mk. im Jahre geblieben. Die stärkste und eine andauernde Steigerung findet sich im Kreiscommunalverbände Blankenburg, die übrigen zeigen nur geringere Unterschiede.

Die Besoldung des Rendanten der Kreiscommunalcasse beträgt im Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde 600 Mk. jährlich, daneben ist demselben jedoch häufig ein Extraordinarium von 50—150 Mk. bewilligt worden, auch ist in den letzteren Jahren namentlich noch für Aushülfleistung an einen Dritten wiederholt 100 bis 300 Mk. gezahlt worden. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat stets 240 Mk. jährlich an Besoldung aufgewandt und nur im letzten Jahre ein Extraordinarium von 160 Mk. gewährt. Im Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel ist die Rendantenbesoldung von 1275 Mk. allmählig auf 2100 Mk. gestiegen, welche Summe im Jahre 1881 erreicht und seitdem neben einem regelmässigen jährlichen Extraordinarium von 300 Mk. unverändert beibehalten ist. Der Kreiscommunalverband Helmstedt hat von Anfang an — das erste Mal ist nur für ein halbes Jahr die Besoldung gewährt — 1500 Mk. jährlich ohne irgend welches Extraordinarium gezahlt. Vom Kreiscommunalverbände Gandersheim ist die Besoldung zunächst auf 750 Mk., dann auf 900 Mk. und seit 1877 auf 1200 Mk. festgesetzt; ausserdem ist dem Rendanten in den Jahren 1879—1881 einschliesslich ein Extraordinarium von 200 Mk. und in den Jahren von 1882 bis 1885 einschliesslich ein solches von 300 Mk. zu Theil geworden. Im Kreiscommunalverband Holzminden betrug die Rendantenbesoldung 1872 900 Mk., 1873—1876 einschliesslich 1200 Mk., 1877 bis 1885 einschliesslich 1500 Mk. und 1886 1900 Mk.; Extraordinarien sind nicht bewilligt. Nachdem in den ersten drei Jahren geringere Beträge gezahlt, ist im Kreiscommunalverband Blankenburg 1875 die Besoldung auf 750 Mk. jährlich festgestellt und sodann im Jahre 1881 auf 850 Mk. erhöht worden; die Verwilligung eines Extraordinariums hat nicht stattgefunden.

In der nächsten Rubrik sind die Banquiergebühren resp. die Kosten der Veränderungen im Bestande der Kreisfonds angegeben. Es ist hierbei jedoch hervorzuheben, dass die angegebenen Zahlen nicht überall den Anspruch auf vollständige Genauigkeit machen können, dass vielmehr zum Theil eine wenn auch nicht gerade bedeutende Mehrausgabe stattgehabt haben wird. Die Banquiergebühren etc. waren nämlich vielfach mit der Neuebelegung von Kapitalien der Kreisfonds derartig zusammen verrechnet, dass eine ganz specielle Auseinander-trennung nicht ohne Aufwand ganz unverhältnissmässiger Zeit und Arbeit zu ermöglichen stand; dieselbe ist daher

nur, soweit die Rechnungen selbst sie zulassen, vorgenommen und daher auch eine weniger genaue geblieben, immerhin liefert sie aber ein annähernd sicheres Bild über die in Frage stehenden Verausgabungen. Die Kreiscommunalverbände haben durchweg für die Besorgung ihrer Geschäfte mit einem bestimmten Banquier oder Bankinstitut ein festes Abkommen getroffen, nach welchem zu bestimmten Sätzen ein für alle Mal die Papierankäufe, Ausloosungen, Convertirungen etc. vermittelt werden. Die Gesamtsumme des Verausgabten ist mit der Zeit geringer geworden, obwohl von der zweiten zur dritten Periode immerhin wieder eine Steigerung zu bemerken ist; durchschnittlich belaufen sich die Verausgabungen etwa auf 11 000 Mk. für die Periode oder 2200 Mk. für das Jahr.

Eine Verzinsung angeliehener Gelder ist seit dem Jahre 1875 regelmässig vom Kreiscommunalverbande Riddagshausen-Vechelde etwa im durchschnittlichen Betrage von 1300 Mk. pro Jahr aufgewandt worden, es handelt sich dabei um eine an den Banquier zu zahlende Vorschussverzinsung, welche nothwendig geworden, weil die Gemeinden ihre Wegebaupräcipua nicht rechtzeitig zahlen. Auch der Kreiscommunalverband Helmstedt ist verschiedene Male, so in den Jahren 1874, 1877, 1878, 1881, 1882, 1883 und 1884 in die Lage gekommen, zeitweilig für die regelmässigen Ausgaben Kapitalien anzuleihen und dieselben zu verzinsen; die insgesamt dafür aufgewandten Beträge belaufen sich aber nur auf etwas über 2300 Mk. Die übrigen Kreiscommunalverbände haben eine bezügliche Ausgabe nicht.

Unter der Rubrik »sonstige Kosten« sind zunächst alle fernerer regelmässigen Verwaltungskosten der Kreiscommunalverbände enthalten, so die Gebühren für die erforderliche Schreiberei, die Druckkosten, die Auslagen für Schreibmaterialien etc., die Portoaussgaben, Botengebühren, Ausgaben für Zeitschriften und Bücher etc. Ferner sind darunter begriffen auch verschiedene theils einmalige, theils nur von einzelnen Kreiscommunalverbänden besonders aufgewandte Verausgabungen. So haben sämtliche Kreiscommunalverbände mit Ausnahme von Thedinghausen bezw. Braunschweig zur Aufbewahrung des Dotationsfonds etc. feuersichere Geldschränke mit verschieden hohem Kostenaufwande beschafft, welche Kosten hier verrechnet sind mit folgenden Beträgen: Riddagshausen-Vechelde 609 Mk., Wolfenbüttel 1050 Mk., Helmstedt 1311 Mk., Gandersheim 616 Mk., Holzminden etwa 1500 Mk. und Blankenburg 119 Mk. Einen besonderen Sitzungssaal für den Kreisausschuss bezw. die Kreisversammlung haben die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg sich ausgestattet und dabei die hier verrechneten Summen von 707 Mk., bezw. 2772 Mk., bezw. ca. 2300 Mk., bezw. 775 Mk. verausgabt; der Kreiscommunalverband Helmstedt zahlt an die Stadt Helmstedt als Miethe für das zur Verfügung gestellte Local zu den Kreisversammlungen und den Kreisausschusssitzungen jährlich 150 Mk. Die Gesamthöhe dieser über die einzelnen Perioden ziemlich gleichmässig vertheilten Ausgaben beläuft sich im Durchschnitt auf etwa 31 000 Mk. pro Periode.

Die sämtlichen Verwaltungskosten, welche wiederum in der letzten Rubrik in einer Summe gegeben sind, be-

tragen für alle Kreiscommunalverbände durchschnittlich etwa 120 000 Mk. für die Periode oder 24 000 Mk. für das Jahr; dieselben sind mit der Zeit angewachsen, wenn auch nicht übermässig bedeutend; von 107 000 Mk. der ersten Periode sind sie zu 121 000 Mk. in der zweiten gestiegen und von da zur dritten auf 126 000 Mk. Die gleiche Erscheinung im Steigen der bezüglichen Ausgaben zeigt sich im Einzelnen auch bei den Kreiscommunalverbänden Wolfenbüttel, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg; die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen und Helmstedt haben dagegen nur zur zweiten Periode ein Zunehmen der Ausgaben, zur dritten ist bei Riddagshausen-Vechelde ein stärkeres, bei Thedinghausen und Helmstedt ein geringeres Abfallen zu constatiren, welches aber bei allen dreien nicht so bedeutend ist, wie das erste Zunehmen.

f. Die sonstigen Verausgabungen.

(Tabelle IV, B.)

Unter den sonstigen Verausgabungen der Kreiscommunalverbände sind nochmals die Unterstützungen der Gemeinden in verschiedenen Obliegenheiten derselben (Standesämter, Ausbildung der Hebammen etc.) und die Aufwendungen für sanitäre Zwecke von den fernerer, ihrer unbedeutenden Natur oder ihrer Vereinzeltheit wegen unter keine besondere eigene Rubrik zu bringenden und deshalb hier in Eins zusammengefassten Ausgaben ausgeschieden.

In der Rubrik »Unterstützung der Gemeinden in verschiedenen Obliegenheiten derselben« treten besonders die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Helmstedt hervor, beide Kreiscommunalverbände haben nämlich die Entschädigung der Standesbeamten allgemein übernommen. Wolfenbüttel zahlt den Standesbeamten eine Entschädigung, welche nach der Seelenzahl bestimmt und durch den Kreisausschuss in jedem einzelnen Falle festgesetzt wird; Helmstedt bewilligt die Entschädigung gleichfalls nach der Seelenzahl und zwar jetzt 0.05 Mk. für den Kopf der Bevölkerung des Bezirks, früher bis zum Jahre 1883 einschliesslich 0.10 Mk.; beide Verbände haben die Entschädigungen für die ganze Zeit seit Inkrafttreten des Personenstandsgesetzes (1876) getragen; Wolfenbüttel hat jedoch die Zahlung für die ersten Jahre nachträglich und zwar im Jahre 1880 für die vier vorhergehenden Jahre auf einmal geleistet und dazu einen Theil des schon mehrfach berührten Fonds für gemeinnützige Einrichtungen verwandt; die bezüglichen Ausgaben sind verhältnissmässig nicht unbedeutende, sie belaufen sich für Wolfenbüttel auf etwa 4000 Mk. jährlich, für Helmstedt auf etwa 3000 Mk. jährlich; Wolfenbüttel hat ausserdem nur noch einer Gemeinde eine Unterstützung angedeihen lassen, nämlich Eitzum zur Ausbildung einer Hebamme 50 Mk. im Jahre 1883; Helmstedt dagegen hat noch eine Reihe von Gemeinden zu den verschiedensten Zwecken subventionirt, so 1872 Emmerstedt zu den Kosten des durch Erdbrand des Bruches entstandenen Schadens mit 150 Mk., 1873 Calvörde anlässlich der Cholera-Epidemie mit 675 Mk., 1875 und 1876 Gross-Sisbeck bei Regulirung der Brandstellen mit 74 Mk. bezw. 900 Mk., 1878 Bahrdorf zur

Tragung allgemeiner Gemeindelasten mit 300 Mk., 1885 Helmstedt und Lelm zur Tragung allgemeiner Gemeindelasten zusammen mit 650 Mk. und 1886 Rickensdorf, Meynkoth und Parleib bei Neuanlage von Kirchhöfen mit 180 Mk., bzw. 250 Mk., bzw. 500 Mk., sowie Wobeck zur Tragung allgemeiner Gemeindelasten 250 Mk. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat namentlich zur Ausbildung von Hebammen seinen Gemeinden Unterstützung gewährt, pro 1875 221 Mk., 1877 210 Mk., 1878 200 Mk., 1879 280 Mk., 1880 100 Mk., 1883 350 Mk., 1885 150 Mk. und 1886 330 Mk.; ferner hat er 1876 der Gemeinde Bessingen, welche an die Gemeinde Coppenbrügge eine grössere Entschädigung auszuzahlen hatte, dazu 500 Mk. bewilligt, sowie 1885 der Gemeinde Braak zur Tragung allgemeiner Gemeindelasten 400 Mk. Der Kreiscommunalverband Blankenburg ist gleichfalls hauptsächlich eingetreten, wenn es sich um Ausbildungskosten der Hebammen gehandelt hat, und zwar regelmässig mit der Hälfte der Kosten; es haben dafür erhalten 1873 Hohegeiss 60 Mk., 1880 Neuwerk 50 Mk., 1882 Blankenburg 75 Mk., Hasselfelde 95 Mk., Cattenstedt 167 Mk., 1883 Stiege 105 Mk. und 1885 Hasselfelde 111 Mk. und Zoge 69 Mk.; daneben sind Neuhoof, Wieda und Hohegeiss 1876 und 1877 zu den sächlichen Kosten der Standesämter 18 Mk., bzw. 18 Mk., bzw. 15 Mk. gewährt, und endlich Walkenried und Hohegeiss zur Neuanlage bzw. Erweiterung des Begräbnissplatzes 1874 150 Mk., bzw. 1875 100 Mk. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat bis zum Jahre 1880 einschliesslich an Stelle der Gemeinden den Hebammen eine Summe für unentgeltliche Hülfeleistung bei Bedürftigen gewährt und dafür jährlich etwa 120 Mk. aufgewandt. Vom Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde sind hier nur der Gemeinde Gross-Brunnsrode zur Erweiterung der Volksbibliothek im Jahre 1876 15 Mk. und vom Kreiscommunalverband Gandersheim der Gemeinde Ildehausen zur Planung einer früheren Kiesgrube im Jahre 1874 75 Mk. verwilligt worden.

Directe Aufwendungen für sanitäre Zwecke haben nur die Kreiscommunalverbände Gandersheim, Holzminden und Blankenburg gemacht. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Gewährung von festen Remunerationen an Aerzte, um dieselben zur Niederlassung in abgelegenen Theilen des Kreises zu veranlassen und so den Bewohnern der Gegend schnellere, bequemere und billigere ärztliche Hülfe zu verschaffen; so hat der Kreiscommunalverband Blankenburg seit 1878 den Arzt in Braunlage mit jährlich 300 Mk. remunerirt und seit 1879 auch den zweiten Arzt in Hasselfelde mit 300 Mk. bzw. 350 Mk. und seit 1882 mit 450 Mk. jährlich; beide Verwilligungen sind übrigens gegenüber den zunächst beteiligten Gemeinden Braunlage und Hasselfelde an die Bedingung geknüpft, dass auch aus der Gemeinde- bzw. Stadtcasse eine Remuneration in gleicher Höhe gezahlt werde. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat seit dem Jahre 1885 dem Arzt in Ottenstein 400 Mk. jährlich ohne weitere Bedingung zugesichert. Von dem Kreiscommunalverband Blankenburg ist in gleicher Weise auch dem Thierarzt zu Hasselfelde eine Remuneration von 300 Mk. eine Reihe von Jahren gezahlt, was in Uebereinstimmung mit der

Kreiscommunalcassenrechnung hier mit verrechnet worden ist, obwohl es wohl richtiger in den Abschnitt zur Beförderung der Landwirthschaft Aufnahme gefunden hätte. Ausserdem hat der Kreiscommunalverband Blankenburg im Jahre 1877 192 Mk. für Untersuchung von Brunnen und 1878 18 Mk. für Untersuchung von Lebensmitteln aufgewandt; desgleichen zahlt er seit 1879 für das Auffinden von Trichinen in den Schweinen an die bestellten Trichinenschauer je 6 Mk. für jeden Fall und hat dafür in den Jahren 1879—1882 insgesamt 108 Mk. verausgabt. Der Kreiscommunalverband Gandersheim gewährt auch für das Auffinden von Trichinen regelmässig eine Prämie von 30 Mk.; die betreffenden Ausgaben dafür, welche im Jahre 1880 beginnen, haben insgesamt die Höhe von 150 Mk. erreicht.

In der letzten Rubrik, sonstige Verausgabungen, sind sämtliche übrige in das Vorstehende nicht mit einzurangirende Aufwendungen der Kreiscommunalverbände in einer Summe zusammengefasst; dieselbe enthält demgemäss ein ziemlich buntes Gemisch von Einzelausgaben, welches im Nachstehenden nach der Reihenfolge der Kreiscommunalverbände näher bezeichnet und auseinandergezogen werden soll. Braunschweig zunächst hat aus den Einkünften des Dotationsfonds in den Jahren 1873 und 1874 den Bau einer neuen Synagoge je mit 6000 Mk. subventionirt, desgleichen den Umbau der katholischen Kirche im Jahre 1873 mit 6000 Mk.; ausserdem sind der katholischen Kirche seit dem Jahre 1881 regelmässig zur Bestreitung der Cultuskosten 200 Mk. jährlich gezahlt worden, sowie der reformirten Kirche im Jahre 1881 ein einmaliger Betrag von 1200 Mk. Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat das auf der Feldmark Oelper belegene Denkmal an den siegreichen Kampf des Herzogs Friedrich Wilhelm bei Oelper gegen die Franzosen auf seinem Zuge nach der Nordsee im Jahre 1809 wiederherstellen lassen und erhalten, wofür 1875 458 Mk., 1876 119 Mk., 1877 128 Mk., 1882 60 Mk. und 1884 152 Mk. aufgewendet worden sind; ferner hat derselbe für Vervollständigung der Karten der Amtsgerichtsbezirke Riddagshausen und Vechelde, welche Copien der Recesskarten der separirten Feldmarken enthalten, im Jahre 1876 192 Mk. und im Jahre 1886 60 Mk. verausgabt. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat zunächst die Flussreinigung der Eyter und die Instandsetzung der Fussstege über dieselbe besorgt mit einem Kostenaufwande von insgesamt 152 Mk., welcher sich jedoch nur auf die beiden ersten Perioden vertheilt, da die dritte Periode bezügliche Ausgaben nicht aufweist; sodann hat Thedinghausen die Diäten, welche die Deichgeschworenen für ihre amtliche Thätigkeit, die Theilnahme an der Deichschau und den Deichgerichten, beziehen, seit 1877 einschliesslich auf die Kreiscommunalcasse übernommen und auf die Höhe von 2 Mk. pro Tag festgesetzt; die jährliche Ausgabe dafür beläuft sich auf etwa 90 Mk.; ferner sind verrechnet 1881 22 Mk. für eine Adresse an Seine Hoheit den hochseligen Herzog Wilhelm zu Höchst- dessen 50jährigem Regierungsjubiläum, und endlich 1885 90 Mk. und 1886 200 Mk. für die Krankenversicherung, welche dem Rendanten für Einrichtung derselben gezahlt worden sind. Vom Kreiscommunalverband Wolfenbüttel

sind nur zwei Aufwendungen hier zu verzeichnen: einmal eine solche von 346 Mk. für das Kriegerdenkmal für den Feldzug 1870/71 zu Wolfenbüttel und eine zweite von 92 Mk. zur Unterstützung des Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke. Helmstedt ist der einzige Kreiscommunalverband, welcher hier ganz ausfällt. Beim Kreiscommunalverbande Gandersheim ist hier zunächst der Servizzuschuss für den Bezirksfeldwebel mit 30 Mk. jährlich seit 1875 in Rechnung gezogen; ferner sind aufgewandt 1878 150 Mk. für Einfriedigung der Wilhelmseiche, 1880 50 Mk. für die Kircheneinweihung zu Ammensen, 1881 251 Mk. für eine Adresse an Seine Hoheit den Hochseligen Herzog Wilhelm und eine ausserordentliche Gratification an die Kreiscommunalwegewärter aus Anlass des 50jährigen Regierungsjubiläums, 1883 187 Mk. und 1884 1464 Mk. Anwaltsgebühren und Processkosten in einer Klagesache, welche ungünstig für den Kreiscommunalverband ausgefallen, 1885 100 Mk. als Zuschuss zu den aus Staatsmitteln verwilligten sog. Bauprämien und 60 Mk. für zwei Prämien für getreue Gesindedienste, wie sie der Kreiscommunalverband principiell für 25jährigen Gesindedienst an unverheirathete Diensthofen in der Höhe von 30 Mk. verleiht, und endlich 1886 475 Mk. zu dem Empfange Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preussen etc. Regenten des Herzogthums Braunschweig in der Stadt Gandersheim, 100 Mk. Zuschuss zu der Orts-Krankenkasse der Maurer und Steinhauer in Lutter am Barenberge und 45 Mk. Prämie für fünfzigjährige Dienstzeit als Maurergesell. Der Kreiscommunalverband Holzminden hat im Jahre 1882 für die Landwirthschaftliche Ausstellung zu Holzminden eine Beihilfe von 703 Mk. verwilligt, desgleichen 1883 771 Mk. als Anschaffungskosten von Materialien für den Schafräude-Bader, 1884 831 Mk. zur Anschaffung von Desinfectionsmitteln, und 1886 1946 Mk. zum Empfang Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preussen etc. Regenten des Herzogthums Braunschweig in Holzminden, sowie 1505 Mk. für eine ausserordentliche Revision und Ordnung der Rechnungen von dem Jahre 1872 bis 1885. Für den Kreiscommunalverband Blankenburg endlich sind folgende Verausgaben hier verrechnet: 1874 900 Mk. für das Kriegerdenkmal zur Erinnerung an den Feldzug 1870/71 zu Blankenburg, 1876—1886 je 60 Mk. als Subvention für das Blankenburger Kreisblatt, das amtliche Organ des Kreises, 1879 150 Mk. für die Ausstellung von Producten des Harzes in Wernigerode und endlich 1880 502 Mk. Kosten für einen verlorenen Process.

Auch für den Abschnitt der sonstigen Verausgaben sind die Gesamtsummen in der letzten Rubrik berechnet worden; für das Herzogthum beläuft sich der Gesamtbetrag der drei Perioden auf etwa 146 000 Mk., die zweite und dritte Periode zeigen keinen erheblichen Unterschied, die erste steht um etwas über die Hälfte zurück. In der ersten Periode überwiegt vorzüglich der Antheil des Kreiscommunalverbandes Braunschweig, in welchem die Beihilfen zum Synagogenbau und zum Bau der katholischen Kirche enthalten sind; in der zweiten und dritten Periode treten namentlich die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Helmstedt hervor, im Wesentlichen wegen der von ihnen gezahlten Entschädigungen für die Standes-

beamten; dass diese Entschädigungen in der ersten Periode noch fehlen, ist auch der Grund für das Zurückbleiben des Gesamtbetrages der bezüglichen Aufwendungen in der ersten Periode gegenüber den beiden anderen Perioden; im Uebrigen sind die wechselnden Summen unter den einzelnen Perioden und bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden schon durch die Natur der hier zusammengestellten, vielfach auf einer einmaligen ausserordentlichen Veranlassung beruhenden Verausgaben bedingt.

3. Uebersicht über die sämtlichen Verausgaben der Kreiscommunalcassen.

(Tabelle V).

In der Uebersichtstabelle über die sämtlichen Verausgaben der Kreiscommunalverbände sind zunächst in absoluten Zahlen die Jahresdurchschnitte für die einzelnen im Vorstehenden unterschiedenen Kategorien der Ausgaben und die daraus zu ziehende Gesamtsumme gegeben. Diese Zahlen sind im Wesentlichen schon bei den Einzelbetrachtungen im vorigen Abschnitt mit berücksichtigt worden, es sollen hier nur noch diejenigen Kreiscommunalverbände, welche in den einzelnen Ausgabekategorien die höchsten Summen aufweisen, besonders hervorgehoben werden. Bei den Ausgaben für Armenwesen und Unterstützungen steht der Kreiscommunalverband Helmstedt in allen drei Perioden obenan. Für Kirchen- und Schulzwecke weist der Kreiscommunalverband Braunschweig gleichfalls in allen drei Perioden die höchsten Verausgaben auf, nächst ihm folgt in allen Perioden Gandersheim. Für Feuerlöschzwecke hat in der ersten Periode der Kreiscommunalverband Holzminden, und zwar ganz hervorragend die meisten Aufwendungen gemacht, in der zweiten und dritten dagegen nicht in so vortretender Weise Wolfenbüttel. Bezüglich der Ausgaben für Landesculturzwecke und zur Beförderung der Landwirthschaft hat in allen drei Perioden Holzminden die Spitze. Der Zuschuss zur Kreiscommunalwegebaucasse ist im Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel durchweg am höchsten. Die Verwaltungskosten betragen in der ersten Periode im Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel am meisten, in der zweiten in Helmstedt und in der dritten wiederum in Wolfenbüttel. Bei den sonstigen Ausgaben zeigt in der ersten Periode Braunschweig die höchste Summe, in der zweiten Helmstedt und in der dritten Wolfenbüttel. Die höchsten Gesamtverausgaben hat in allen drei Perioden Wolfenbüttel.

Sodann ist für jede einzelne Ausgabekategorie, wie auch bezüglich der Gesamtausgabe berechnet worden, wieviel von den durchschnittlichen jährlichen Verausgaben auf den Kopf der Bevölkerung entfallen.

Die Verausgaben für Armenwesen und Unterstützungen steigen von 0,30 Mk. in der ersten Periode auf 0,51 Mk. in der zweiten und 0,55 Mk. in der dritten Periode. Wenn man von Braunschweig absieht, welches in der ersten Periode gar keine, in der zweiten Periode nur geringe bezügliche Ausgaben hat und in der zweiten Periode auf 0,09 Mk., in der dritten aber doch auf 0,38 Mk. steht, so variirt der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Satz in der ersten Periode zwischen 0,21 Mk. (Blankenburg) und 0,52 Mk. (Holzminden), in der

zweiten zwischen 0,42 Mk. (Riddagshausen-Vechelde) und 0,86 Mk. (Holzminden) und in der dritten zwischen 0,43 Mk. (Riddagshausen-Vechelde) und 0,76 Mk. (Helmstedt.) Bei den meisten Kreiscommunalverbänden macht sich eine regelmässige Steigerung des Satzes von Periode zu Periode bemerkbar, so bei Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Gandersheim und Blankenburg, nur bei Helmstedt und Holzminden übertrifft die zweite Periode noch die dritte. Nach der Höhe der bezüglichen Ausgabezahlen steht obenan der Kreiscommunalverband Holzminden, darauf folgt in nur ganz geringem Abstände Helmstedt, dann etwas mehr zurückbleibend Thedinghausen und Blankenburg, unter sich ziemlich gleich, demnächst Wolfenbüttel und Gandersheim und endlich Riddagshausen-Vechelde.

Für Kirchen- und Schulzwecke sind im Herzogthum in der ersten Periode 0,19 Mk., in der zweiten 0,29 Mk. und der dritten 0,15 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung von den Kreiscommunalverbänden verausgabt. Von den einzelnen Verbänden zeigt Holzminden in allen Perioden das Minimum mit 0,01 Mk., 0,04 Mk. und 0,03 Mk., das Maximum hat in den ersten beiden Perioden Braunschweig mit 0,81 Mk. und 0,96 Mk., in der letzten jedoch Thedinghausen mit 0,37 Mk. Einigermassen höhere Sätze haben hier, abgesehen von Braunschweig, nur die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Gandersheim, die übrigen schliessen sich näher an Holzminden an. Der Höhepunkt unter den einzelnen Perioden findet sich bei fast sämtlichen Kreiscommunalverbänden in der zweiten Periode, nur Gandersheim und Blankenburg haben eine durchgängige Zunahme.

Von den Verausgabungen der Kreiscommunalverbände für das Feuerhülfswesen kommen im Herzogthum auf den Kopf der Bevölkerung in der ersten Periode 0,04 Mk. und in der zweiten und dritten 0,03 Mk. Die Kreiscommunalverbände stehen in der ersten Periode zwischen 0,24 Mk. (Holzminden) und 0,01 Mk. (Gandersheim und Blankenburg), in der zweiten zwischen 0,11 Mk. (Thedinghausen) und 0,01 Mk. (Braunschweig und Gandersheim), und in der dritten zwischen 0,38 Mk. (Thedinghausen) und wiederum 0,01 Mk. (Braunschweig); durchweg nähern sich die Kreiscommunalverbände im übrigen mehr dem niedrigen Satze.

Von den Verausgabungen für Landesculturzwecke und zur Beförderung der Landwirthschaft, welche ihrer absoluten Zahl nach noch geringer sind als die vorigen, kommen durchweg nur einige Pfennige auf den Kopf der Bevölkerung. Im Herzogthum ist der Satz in der ersten Periode 0,01 Mk., in der zweiten 0,04 Mk. und in der dritten 0,04 Mk. Von den einzelnen Kreiscommunalverbänden fällt Braunschweig aus, bei Wolfenbüttel bleibt der Betrag stets unter 0,01 Mk., ebenso bei Helmstedt in der zweiten Periode. Von Vorstehendem abgesehen ist das Minimum in allen Perioden 0,01 M., das Maximum in der ersten 0,04 (Blankenburg), in der zweiten 0,26 Mk. (Holzminden) und in der dritten 0,19 Mk. (Holzminden).

Zu dem höchsten fast durchweg die Summe von 1 Mk. überschreitenden Betrage erhebt sich der Zuschuss zur Kreiscommunalwegebaukasse. Für das Herzogthum beläuft sich derselbe in der ersten Periode auf 1,05 Mk., in der zweiten auf 1,20 Mk. und in der dritten auf 1,12 Mk.

Braunschweig bleibt hier gegenüber den anderen Kreiscommunalverbänden sehr zurück, indem es nur 0,41 Mk., 0,35 Mk. und 0,38 Mk. in den drei Perioden aufweist; dasselbe soll bei der nachstehenden Betrachtung deshalb ausser Acht gelassen werden. In der ersten Periode zeigt sich im Uebrigen eine Differenz zwischen 0,83 Mk. (Helmstedt) und 1,64 Mk. (Riddagshausen-Vechelde), in der zweiten eine solche zwischen 1,07 Mk. (Helmstedt) und 1,96 Mk. (Riddagshausen-Vechelde), und in der dritten eine zwischen 1,02 Mk. (Helmstedt) und 1,67 Mk. (Riddagshausen-Vechelde); Helmstedt und Riddagshausen-Vechelde stehen demnach durchweg auf den äussersten Grenzen. Die einzelnen Perioden untereinander scheiden sich bei den sämtlichen Kreiscommunalverbänden in gleicher Weise wie bei der Gesamtheit des Herzogthums, von der ersten zur zweiten stärkere Zunahme, von der zweiten zur dritten eine weniger starke Abnahme, sodass der Höhepunkt in der zweiten Periode liegt. Der Höhe des Betrages nach gruppieren sich die übrigen Kreiscommunalverbände zwischen Riddagshausen-Vechelde und Helmstedt in folgender Weise: Wolfenbüttel, Gandersheim, Blankenburg, Holzminden und Thedinghausen.

Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Theil der Verwaltungskosten ist in allen drei Perioden für das Herzogthum der gleiche, 0,07 Mk. Braunschweig muss hier seiner besonderen Verhältnisse wegen wieder ausser Betracht gelassen werden; im Uebrigen stehen die einzelnen Kreiscommunalverbände meist dem Durchschnittssatze des Herzogthums ziemlich nahe, am meisten weicht Blankenburg ab, welches mit 0,12 Mk., 0,13 Mk. und 0,14 Mk. in allen drei Perioden hier die grösste Höhe zeigt; ihm zunächst steht Holzminden mit 0,10 Mk. in allen drei Perioden; die anderen Kreiscommunalverbände haben sämtlich stets 0,07 Mk. oder 0,08 Mk., nur Riddagshausen-Vechelde hat in der zweiten Periode 0,11 Mk.

Die sonstigen Aufwendungen, deren Kopfbetrag für das Herzogthum in der ersten Periode 0,02 Mk., in der zweiten und dritten aber 0,03 Mk. ausmacht, sind in einer Anzahl von Kreiscommunalverbänden und Perioden so geringe, dass der Satz von 0,01 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung nicht erreicht wird. Durchweg am höchsten steht hier der Kreiscommunalverband Helmstedt mit 0,02 Mk., 0,09 Mk. und 0,07 Mk. Ihm am meisten nähern sich die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Blankenburg. Vorzugsweise niedrig stehen Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim und Holzminden.

Schliesslich ist auch von der Gesamtsumme der Verausgabungen der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag berechnet worden, welcher für das Herzogthum auf 1,68 Mk. in der ersten, 2,23 Mk. in der zweiten und 1,98 Mk. in der dritten Periode zu stehen kommt. Braunschweig wird auch hier zweckmässig von den übrigen Kreiscommunalverbänden abgesondert; es zeigt durchweg niedrigere Sätze wie diese, der Natur der Sache entsprechend, nämlich 1,28 Mk., 1,42 Mk. und 1,11 Mk. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Kreiscommunalverbänden sind hier durchweg nicht so starke, wie bei den einzelnen Ausgabekategorien; in der ersten Periode ist die grösste Höhe 2,18 Mk. (Holzminden), der nie-

drigste Betrag 1,44 Mk. (Helmstedt), in der zweiten 2,95 Mk. (Thedinghausen) und 2,21 Mk. (Helmstedt), und in der dritten 2,60 Mk. (Thedinghausen) und 2,01 Mk. (Helmstedt); Helmstedt steht mithin regelmässig unten an. Bei sämtlichen Kreiscommunalverbänden mit Ausnahme von Gandersheim hat die zweite Periode den Höhepunkt, der Abfall zur dritten ist aber dann durchweg geringer als das Steigen zur zweiten; Gandersheim hat eine Zunahme von Periode zu Periode. Nach der durchschnittlichen Gesamthöhe reihen sich die Kreiscommunalverbände in folgender Weise aneinander: Thedinghausen, Holzminden, Riddagshausen-Vechelde, Blankenburg, Gandersheim, Wolfenbüttel und Helmstedt.

Endlich ist in der Tabelle V noch das Procentverhältniss, in welchem die einzelnen Ausgabe-Kategorien an der Gesamtsumme der Verausgabungen der Kreiscommunalverbände Theil nehmen, für die unterschiedenen Perioden und die sämtlichen Kreiscommunalverbände berechnet worden.

Die Verausgabungen für Armenwesen und Unterstützungen sind im Ganzen in ihrem Verhältniss ziemlich regelmässig von Periode zu Periode gestiegen. Sie betrugen in der ersten Periode 17,95 %, in der zweiten 23,01 % und in der dritten 27,58 % und weisen allgemein den zweithöchsten Procentsatz unter den verschiedenen Ausgabekategorien auf, in ihrer Höhe nur übertroffen durch den Zuschuss zur Kreiscommunalwegebaucaasse. Bei einer Betrachtung der bezüglichen Verhältnisszahlen der einzelnen Kreiscommunalverbände ist auf Braunschweig in der ersten und zweiten Periode wiederum keine Rücksicht zu nehmen, da die durchgängige regelmässige Verwendung der Dotationseinkünfte für Armenwesen nur in der dritten Periode stattgefunden. In der ersten Periode differirt der Procentsatz zwischen 11,24 % (Blankenburg) und 31,08 % (Helmstedt), in der zweiten zwischen 16,86 % (Riddagshausen-Vechelde) und 37,37 % (Helmstedt) und in der dritten zwischen 19,57 % (Riddagshausen-Vechelde) und 37,86 % (Helmstedt). Helmstedt hat mithin überall den höchsten Procentsatz, durchweg den niedrigsten weist Riddagshausen-Vechelde auf, welches darin nur in der ersten Periode von Blankenburg überholt wird; dieses Verhältniss von Blankenburg in der ersten Periode ist aber den andern beiden Perioden gegenüber ein ganz besonderes, denn zur zweiten Periode ist sofort eine Steigerung auf über das Doppelte zu constatiren, welche sich zur dritten Periode noch, wenn auch nicht so erheblich, fortsetzt. Durchgängig niedrigere Verhältnisszahlen zeigen auch die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Gandersheim, welche gleicherzeit auch die geringste Schwankung unter den einzelnen Perioden haben, höhere namentlich Holzminden und auch Blankenburg in der zweiten und dritten Periode. Ein ganz besonderes Bild bietet der Kreiscommunalverband Thedinghausen, welcher in der ersten Periode den höchsten Satz hat, zur zweiten stark abfällt und zur dritten wiederum, aber nur etwa um die Hälfte des früheren Fallens, steigt. Im Allgemeinen wiederholt sich sonst die für die Gesamtheit constatirte Erscheinung eines allmäligen Steigens auch bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden.

Die Verausgabungen für Kirchen- und Schulzwecke haben in den beiden ersten Perioden, abweichend von der

vorher zu Tage getretenen Erscheinung, einen höheren Procentsatz von 11,59 % bzw. 12,99 % und sinken in der dritten Periode auf 7,83 % herab; es ist dieses wesentlich bedingt durch das eigenthümliche Verhältniss von Braunschweig, welches in den ersten beiden Perioden 63,36 % bzw. 67,69 % seiner Dotationseinkünfte für die hier in Frage stehenden Zwecke verausgabt hat, in der dritten Periode dagegen nur 30,87 %. Von den übrigen Kreiscommunalverbänden fällt Riddagshausen-Vechelde hier ganz aus; sonst ist ihr höchster Procentsatz in der ersten Periode 8,11 % (Gandersheim), in der zweiten 27,07 % (Thedinghausen) und in der dritten 14,13 % (Thedinghausen), ihr niedrigster dagegen in der ersten Periode 0,28 % (Holzminden), in der zweiten 1,57 % (Holzminden) und in der dritten 1,41 % (Holzminden); der niedrigste Procentsatz ist sonach Holzminden regelmässig vorbehalten, durch hohe Procentsätze zeichnen sich namentlich die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Gandersheim aus, die übrigen Verbände stehen Holzminden näher als den letzten beiden. Ein Abfallen von der zweiten zur letzten Periode zeigen in Uebereinstimmung mit dem für das Ganze hervorgehobenen Resultat die Kreiscommunalverbände Thedinghausen, Wolfenbüttel, Helmstedt und Holzminden, der letztere aber nur in ganz unbedeutendem Maasse; die Kreiscommunalverbände Gandersheim und Blankenburg haben ein regelmässiges Wachsen im Procentsatz.

Für Feuerlöschzwecke ist der Procentsatz der Ausgaben sämtlicher Kreiscommunalverbände in der ersten Periode am höchsten, 2,57 %, sodann sinkt er auf 1,49 % in den beiden folgenden Perioden übereinstimmend herab. Braunschweig kommt hier in der ersten Periode nicht in Betracht. Das Maximum steht in der ersten Periode mit 10,87 % (Holzminden) und in der letzten Periode mit 14,71 % (Thedinghausen) ganz vereinzelt da, die nächsten Sätze fallen gleich auf 1,54 % (Helmstedt) bzw. 1,95 % (Wolfenbüttel) ab; in der zweiten Periode ist 3,60 % (Thedinghausen) der höchste Satz; das Minimum ist in der ersten Periode 0,48 %, in der zweiten 0,56 % und in der dritten 0,76 %; diese sämtlichen niedrigsten Sätze gehören dem Kreiscommunalverbande Gandersheim an. Abgesehen von den im Vorstehenden hervorgehobenen äussersten Grenzzahlen sind unter den für die verschiedenen Kreiscommunalverbände berechneten Verhältnisszahlen keine erheblichen Abweichungen zu constatiren: die Zahlen kommen durchweg dem für das Ganze in der zweiten und dritten Periode angegebenen Satze annähernd gleich.

Der Procentsatz der Ausgaben für Landesculturzwecke und zur Beförderung der Landwirthschaft beträgt für das ganze Herzogthum in der ersten Periode 0,68 %, in der zweiten wächst er auf 1,77 % an, um in der dritten wieder etwas, auf 1,58 %, zu sinken. Braunschweig und auch Riddagshausen-Vechelde mit Ausnahme der zweiten Periode fallen wiederum aus. In der ersten Periode ist 2,09 % (Blankenburg) das höchste, in der zweiten 9,61 % (Holzminden) und in der dritten 8,50 % (Holzminden); die niedrigsten Sätze hat in allen drei Perioden der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel mit 0,12 %, bzw. 0,07 % bzw. 0,02 %. Besonders hohe Procentsätze haben hier die Kreiscommunalverbände Holzminden und Blankenburg,

die übrigen stehen hinter diesen erheblich zurück und nähern sich mehr Wolfenbüttel, indem sie fast durchweg unter 1,00 % bleiben.

Der Zuschuss zur Kreiscommunalwegebaucasse bildet im Ganzen die Hauptausgabe der Kreiscommunalcassen und belief sich in der ersten Periode auf 62,37 %, in der zweiten ist er sodann auf 56,14 % gefallen und hat sich auf dieser Höhe mit nur einem geringen Unterschied, auf 56,41 % gehalten. Braunschweig weicht hier von den übrigen Kreiscommunalverbänden insofern erheblich ab, als bei ihm die bezüglichen Ausgaben in der ersten und dritten Periode nur etwa ein Drittel (32,23 % bzw. 33,81 %), in der zweiten Periode nicht einmal ein Viertel (24,24 %) betragen. Bei den übrigen Kreiscommunalverbänden ist der Procentsatz in der ersten Periode durchweg am höchsten, er bewegt sich in den Grenzen von 81,63 % (Riddagshausen-Vechelde) und 57,82 % (Helmstedt); in der zweiten Periode beträgt das Maximum 77,62 % (Riddagshausen-Vechelde), das Minimum 45,19 % (Thedinghausen), in der dritten 76,19 % (Riddagshausen-Vechelde) und 44,47 % (Thedinghausen). Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat mithin durchweg den höchsten Procentsatz, Helmstedt und Thedinghausen stehen dagegen am niedrigsten, die übrigen Kreiscommunalverbände gruppieren sich dazwischen in folgender Weise: Wolfenbüttel (Minimum 66,96 %), Gandersheim (Minimum 60,81 %), Blankenburg (Minimum 50,93 %), welches nur in der ersten Periode ganz besonders hoch (77,73 %) steht, und endlich Holzminden (Minimum 50,93 %). Bei sämtlichen Kreiscommunalverbänden zeigt sich von Periode zu Periode ein Abnehmen der Höhe des Procentsatzes, nur der Kreiscommunalverband Helmstedt hat in der zweiten Periode den niedrigsten Satz.

Der Procentsatz der Verwaltungskosten zeigt in der Gesamtsumme für das ganze Herzogthum nur verhältnissmässig geringe Veränderungen; er beträgt in den einzelnen Perioden 3,89 %, 3,12 % und 3,42 %. Für Braunschweig sind die Verwaltungskosten in Folge der eigenartigen Verhältnisse ganz besonders unbedeutend und erreichen nur in der zweiten Periode die Höhe von 0,60 %. Die übrigen Kreiscommunalverbände differieren in der ersten Periode zwischen 3,34 % (Riddagshausen-Vechelde) und 6,51 % (Blankenburg), in der zweiten zwischen 2,76 % (Thedinghausen und Gandersheim) und 5,41 % (Blankenburg), und in der dritten zwischen 2,97 % (Thedinghausen) und 6,19 % (Blankenburg); der Kreiscommunalverband Blankenburg, welcher hier durchweg die höchsten Procentzahlen aufweist, zeichnet sich überhaupt vor den anderen Kreiscommunalverbänden durch besonders hohe Verwaltungskosten aus.

Die sonstigen Ausgaben weisen einen noch geringeren Procentsatz auf: 0,95 %, 1,48 % und 1,69 % für das ganze Herzogthum in den drei Perioden. Die Kreiscommunalverbände Braunschweig, mit Ausnahme der ersten Periode, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim und Holzminden haben ganz besonders niedrige Sätze, Thedinghausen und Blankenburg mittlere, und Wolfenbüttel und Helmstedt endlich, beide mit Ausnahme der ersten Periode, höhere. Das Maximum des Procentsatzes ist 4,37 % (Helmstedt

in der zweiten Periode), das Minimum, abgesehen von 0 (Wolfenbüttel in der ersten Periode), 0,04 % (Gandersheim in der ersten Periode).

B. Die Kreiscommunalwegebaucassen.

1. Die Vereinnahmungen der Kreiscommunalwegebaucassen.

(Tabelle VI.)

Die Vereinnahmungen der Kreiscommunalwegebaucassen setzen sich zusammen aus folgenden einzelnen Posten: Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse, welcher theils ein ordentlicher, theils ein ausserordentlicher ist; Wegebausteuer; Präcipua, welche einerseits von den Gemeinden, andererseits von den gewerblichen Etablissements zu leisten sind; Nutzungen aus den Wegen, die wiederum in Nutzungen aus Obst, aus Gräserei, aus Erde und Abraum und aus Baum- und Holzverkauf und sonstigen Nutzungen bestehen; sonstige Einnahmen. In der Tabelle VI sind zunächst die absoluten Zahlen für alle diese einzelnen Einnahmequellen mit specieller Aussonderung der einzelnen Unterabtheilungen aufgeführt und sodann ist die Gesamtsumme derselben für die Periode und aus dieser wiederum der Jahresdurchschnitt berechnet worden. Demnächst ist das Procentverhältniss, in welchem die Summen der einzelnen Einnahmequellen zu einander stehen, gegeben, dabei ist der Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse in eins gefasst, die Präcipua der Gemeinden und der gewerblichen Etablissements sind dagegen getrennt gehalten, bei den Nutzungen aus den Wegen ist die Gesamtsumme und dann speciell noch der Ertrag aus dem Obstverkauf berücksichtigt worden. Anschliessend an diese Zahlen ist endlich noch berechnet, welcher Betrag einmal von der Gesamteinnahme, ferner von dem Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse und drittens von der Wegebausteuer in der Periode auf den Kopf der Bevölkerung und auf 100 gr. des Grundsteuercapitals entfallen. Der Kreiscommunalverband Braunschweig ist hier, wie überhaupt in den Tabellen über die Kreiscommunalwegebaucassen, ganz fortgelassen; seine Verausgabungen für den Wegebau bestehen in dem Zuschuss, welcher aus den Einkünften der Dotationsgelder zur städtischen Wegebaucasse geleistet worden ist; eine Unterscheidung bezüglich der Verwendung dieser Gelder kann der Natur der Sache nach in den Rechnungen etc. der städtischen Wegebaucasse nicht weiter gemacht sein; ebensowenig kann von einem eigentlichen Kreiscommunalwegebau die Rede sein; es kommt mithin als Verwendung des Kreiscommunalverbandes Braunschweig für den Wegebau nur der Zuschuss an sich in Frage; dieser Zuschuss ist aber bereits in der Tabelle V in der Uebersicht über die Verausgabungen der Kreiscommunalcassen genügend berücksichtigt worden und braucht deshalb hier nicht weiter in Betracht gezogen zu werden.

Zunächst sind die absoluten Zahlen der einzelnen Vereinnahmungen einer kurzen Betrachtung zu unterziehen.

Der ordentliche Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse zu der Kreiscommunalwegebaucasse betrug für das Herzogthum in der ersten Periode etwas über 1½ Millionen Mark, in der zweiten steigt er auf fast 2 Millionen

und geht in der dritten wiederum auf 1,8 Millionen zurück; die Unterschiede sind mithin keine übermässig bedeutenden. Das für das Herzogthum constatirte Ueberwiegen des Zuschusses in der zweiten Periode findet sich auch bei den meisten Communalverbänden wieder, so bei Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Holzminden und Blankenburg, nur Helmstedt und Gandersheim haben auch von der zweiten zur dritten Periode den Zuschuss gesteigert. Ausserordentliche Zuschüsse sind in den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel und Gandersheim vorgekommen. Bei Riddagshausen-Vechelde findet sich ein ausserordentlicher Zuschuss in den Jahren 1874, 1876, 1878 und 1886; 1874 und 1878 ist derselbe nur durch die allgemeine grosse Höhe der Wegebaukosten motivirt; 1876 ist die Summe zum Ankauf von Bäumen an den Strassen verwandt worden, 1886 namentlich zur Deckung der Kosten, welche durch die ausserordentliche Schädigung der Wege durch Frost verursacht sind. Der Kreiscommunalverband Thedinghausen hat zweimal einen an sich unbedeutenderen Zuschuss geleistet. 1874 und 1877; in ersterem Jahre hat derselbe zur Deckung einer Schuld gedient. Als ausserordentlicher Zuschuss ist bei dem Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel hier eine regelmässig, jährlich aus der Kreiscommunalcassee gezahlte Vergütung an die Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Harzburg verrechnet, welche denselben nach dem Grundsteuercapital überwiesen und gezahlt wird, weil der Kreiscommunalwegebau in dem Amtsgerichtsbezirke billiger als in den anderen ist und namentlich die Wege wegen des Fehlens der Zuckerfabriken weniger abgenutzt werden; ausserdem ist im Jahre 1885 ein Extraordinarium von 30 000 Mk. aus dem Fonds für gemeinnützige Einrichtungen als Betriebsfonds der Kreiscommunalwegebau cassee überwiesen worden. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat endlich in den Jahren 1879 bis 1885 einschliesslich stets ein Extraordinarium in der Höhe von 1000—5000 Mk. aus der Kreiscommunalcassee in die Wegebau cassee gezahlt; im Jahre 1877 ist gleichfalls ein solches Extraordinarium in der Höhe von 5000 Mk. in den Etat eingestellt und daneben noch ausserordentlich zur Deckung des Vorschusses der Wegebau cassee vom Vorjahre, der Betrag von 18 401 Mk. Der gesammte Zuschuss aus der Kreiscommunalcassee, welcher noch in einer besonderen Rubrik gegeben ist, erhöht sich mithin für die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Gandersheim nicht ganz unerheblich; nach der Höhe des Gesamtzuschusses gruppiren sich die einzelnen Kreiscommunalverbände in folgender Weise: Wolfenbüttel, Gandersheim, Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt, Holzminden, Blankenburg und Thedinghausen.

Die von den Kreiscommunalverbänden erhobene Kreiswegebau steuer zeigt für das gesammte Herzogthum keine sehr erheblichen Abweichungen unter den einzelnen Perioden; sie beläuft sich durchweg auf etwa 2 Millionen, in der zweiten Periode etwas weniger, in der dritten etwas mehr. Die einzelnen Kreiscommunalverbände wechseln dagegen hier mehr und zwar in der verschiedensten Weise. Riddagshausen-Vechelde hat in der zweiten Periode etwas weniger (ca. $\frac{1}{7}$) an Steuern erhoben, als in der ersten, dagegen in der dritten Periode die Erhebung wiederum

ganz bedeutend gesteigert, sodass diese ihrerseits die erste Periode um $\frac{1}{3}$ überragt. Thedinghausen hat von der ersten zur zweiten Periode eine geringe Erhöhung, zweite und dritte Periode stehen gleich. Wolfenbüttel weist das Maximum in der ersten Periode auf, zur zweiten Periode stärkerer Abfall, zur dritten wiederum Steigen um die Hälfte des früheren Rückganges. Beim Kreiscommunalverbande Helmstedt findet sich ein durchgängiges Steigen, welches zur zweiten Periode stärker, zur dritten geringer ist. Gandersheim zeigt das gleiche Bild, nur dass die Steigerung in beiden Fällen eine mehr gleichmässige ist. Holzminden hat ebenso wie Wolfenbüttel den höchsten Steuerbetrag in der ersten Periode, in der zweiten Periode geht derselbe, wenn auch nicht sehr bedeutend, zurück und steigt in der dritten Periode wieder um ein Geringes. Blankenburg endlich hat verhältnissmässig die bedeutendste Zunahme des Steuerbetrages und vertheilt sich dieselbe auf beide Perioden, zur dritten ist sie etwas erheblicher wie zur zweiten. Nach der Höhe des Steuerbetrages steht der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel weitaus oben mit etwa 900 000 Mk. durchschnittlich in der Periode, der Kreiscommunalverband Helmstedt, welcher dann folgt, steht gleich fast um die Hälfte zurück mit nicht ganz 500 000 Mk., zu dem nächsten Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde ist dann wiederum ein gleicher Abfall um etwa die Hälfte auf 250 000 Mk. im Durchschnitt; in geringerem Abstände kommt sodann Holzminden mit etwa 180 000 Mk., welchem wiederum Gandersheim mit etwas über 130 000 Mk. verhältnissmässig nahe steht; Blankenburg weist nicht ganz 100 000 Mk. auf und Thedinghausen endlich nicht ganz 50 000 Mk.

Wie schon oben dargestellt, können von den Gemeinden Präcipualleistungen zum Neubau von Communicationswegen und zu Instandsetzungen derselben, welche den Umfang der gewöhnlichen Unterhaltungslast überschreiten und zur Zeit des Uebergangs der Baulast auf den Kreiscommunalverband bereits nothwendig gewesen sind, erhoben werden. Sämmtliche Kreiscommunalverbände sind in die Lage gekommen, derartige Präcipualleistungen zu erheben, im Einzelnen sind dieselben jedoch nach dieser Richtung hin sehr verschieden. Der Gesamtbetrag der im ganzen Herzogthum erhobenen bezüglichen Präcipua beläuft sich durchschnittlich auf etwa 500 000 Mk. in der Periode; die Beträge der einzelnen Perioden haben durchweg abgenommen. Der Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde hat nur in den beiden letzten Jahren derartige Präcipualbeiträge erhoben und zwar 1885 von zwei Gemeinden zu grösseren Instandsetzungen und 1886 von der Gemeinde Gross-Veltheim zur Verbreiterung der Dorfstrasse im Zuge des Communicationsweges zum Betrage von 250 Mk. Von dem Kreiscommunalverbande Thedinghausen ist im Jahre 1879 ein Gemeindebeitrag von 215 Mk. für eine eine Brückenerneuerung in sich greifende Instandsetzung erhoben, desgleichen im Jahre 1884 ein Präcipuum von 100 Mk. von der Gemeinde Bahlum für den Ausbau des Weges von der Hoya-Bremer Staatsstrasse in der Richtung auf Wachendorf. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat mit Ausnahme des Jahres 1873 alljährlich von einer mehr oder weniger grossen Zahl von Gemeinden zu grösserer Instandsetzung oder Aus-, Um- und

Neubauten von Communicationswegen ausserordentliche Beiträge in den verschiedensten Höhen erhoben; so 1872 5355 Mk. von 39 Gemeinden für grössere Instandsetzungen und 11 052 Mk. von 9 Gemeinden zum Ausbau von Communicationswegen mit einer zwischen 8 Mk. und 6158 Mk. wechselnden Höhe der Einzelbeiträge, 1875 von 9 Gemeinden Einzelbeiträge zwischen 150 Mk. und 1800 Mk., 1876 von 14 Gemeinden zwischen 100 Mk. und 4755 Mk., 1877 von 17 Gemeinden zwischen 280 Mk. und 3486 Mk., 1878 von 10 Gemeinden zwischen 630 Mk. und 4135 Mk., 1879 von 11 Gemeinden zwischen 475 Mk. und 2923 Mk., 1880 gleichfalls von 11 Gemeinden zwischen 302 Mk. und 3158 Mk., 1881 von 8 Gemeinden zwischen 731 Mk. und 2500 Mk., 1882 von 7 Gemeinden zwischen 71 Mk. und 2759 Mk., 1883 von 6 Gemeinden zwischen 905 Mk. und 2287 Mk., 1884 von 11 Gemeinden zwischen 402 Mk. und 1824 Mk., 1885 von 12 Gemeinden zwischen 527 Mk. und 1983 Mk. und endlich 1886 von 15 Gemeinden zwischen 493 Mk. und 1865 Mk.; die einzelne Präcipualleistung wird je nach den Verhältnissen der einzelnen in Anspruch zu nehmenden Gemeinde und nach dem Betrage der aufzuwendenden Gesamtkosten bestimmt; sie wird meist auf die Hälfte der letzteren festgesetzt, zuweilen aber auch höher, auf zwei Drittel oder drei Viertel, zuweilen niedriger bis auf ein Drittel oder ein Viertel. Bei weitem die höchsten Auflagen hat hier der Kreiscommunalverband Helmstedt seinen Gemeinden gemacht; derselbe hat nämlich vielfach den Neubau von Communicationswegen auf Kosten der einzelnen Gemeinden, in deren Feldmark die zu bauende Wegestrecke liegt, durch den Kreisbaubeamten ausführen lassen; die gesamten Baukosten sind von der Gemeinde zu zahlen, werden aber in der Kreiscommunalwegebaucasse verrechnet; dagegen erhalten die Gemeinden zu den ihnen hierdurch erwachsenden Kosten aus der Kreiscommunalcasse — nicht Kreiscommunalwegebaucasse — wiederum Beihilfen, welche in dieser Bearbeitung in der Tabelle VII berücksichtigt worden sind; die hier gegebenen Zahlen über die von den Gemeinden gezahlten Präcipua schliessen sich den Rechnungen genau an, sie geben aber streng genommen die wirklichen Präcipualleistungen der Gemeinden nicht wieder, diese würden sich erst durch Abrechnung der an die Gemeinden wiederum freiwilligen Beihilfen ergeben; danach würden die Zahlen sich folgendermaassen stellen: für die erste Periode auf 378 035 Mk. (472 022 Mk. minus 93 987 Mk.), für die zweite Periode auf 295 807 Mk. (382 171 Mk. minus 86 364 Mk.) und für die dritte Periode auf 174 039 Mk. (202 839 Mk. minus 28 800 Mk.), immerhin würden aber die bezüglichen Auflagen im Kreise Helmstedt noch weitaus die höchsten bleiben. Der Kreiscommunalverband Gandersheim hat auch regelmässig jedes Jahr von einer grösseren Anzahl von Gemeinden Präcipualleistungen sowohl zu Neubauten wie zu Instandsetzungen erhoben und dieselben stets jedes Jahr für jeden einzelnen Fall festgesetzt, bald höher, bald niedriger; die Auflagen bei Instandsetzungen sind meist etwas geringer als die bei Neubauten; beide steigen auf über zwei Drittel der Gesamtkosten und fallen wiederum bis unter ein Viertel derselben hinab. Im Kreiscommunalverband Holzminden sind die Gemeinden nicht so stark herangezogen wie in den vorigen Verbänden; es kommen hier durchweg nur

Präcipualleistungen bei Neubauten vor und ist ihre Zahl daher geringer; die Höhe der Präcipua ist in jedem einzelnen Falle festgesetzt, steht aber meist in einem untergeordneten Verhältniss zu den Gesamtkosten der betreffenden Neubauten, nur in der letzten Zeit scheinen etwas höhere Präcipua gefordert zu sein. Der Kreiscommunalverband Blankenburg hat bei Neubauten und bei Umbauten und grösseren Instandsetzungen Präcipualleistungen und zwar im Allgemeinen wiederum höhere als Holzminden verlangt, fast in sämtlichen Jahren sind solche vereinnahmt worden; in der letzten Periode ist der Betrag erheblich gestiegen, er bleibt aber immerhin auch noch gegen Holzminden zurück.

Auf Grund der Wegeordnung können ferner, wie oben gleichfalls schon hervorgehoben, auch gewerbliche Etablissements wie Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Berg- und Hüttenwerke, Zucker- und Cichorienfabriken etc., wenn die Instandsetzung und Unterhaltung eines Communicationsweges durch dessen aussergewöhnliche Abnutzung für dieselben unverhältnissmässig vertheuert wird, nach Maassgabe der erhöhten Abnutzung zu einem ausserordentlichen Beitrage für die Unterhaltungskosten des fraglichen Weges herangezogen werden. Sämtliche Kreiscommunalverbände ziehen dementsprechend die bezüglichen gewerblichen Etablissements zu ausserordentlichen Beiträgen heran, doch wird bei der Festsetzung dieser Präcipualbeiträge von den einzelnen Verbänden verschieden verfahren. Riddagshausen-Vechelde erhebt durchschnittlich von etwa 30 Etablissements die bezüglichen Präcipua, hat damit aber erst im Jahre 1875 begonnen, weshalb die erste Periode so weit hinter den beiden anderen zurückbleibt; mit der Zeit hat eine Steigerung im Betrage der Präcipua stattgefunden, die jährliche Gesamtsumme ist von ca. 5500 Mk. auf ca. 8500 Mk. in die Höhe gegangen; das Minimum eines ausserordentlichen Beitrages ist stets unverändert auf 15 Mk. geblieben, das Maximum war erst 1200 Mk., später 1500 Mk. und endlich 2000 Mk. Für den Kreiscommunalverband Thedinghausen ist das Erheben von Präcipualleistungen gewerblicher Etablissements nur von untergeordneter Bedeutung; dasselbe beginnt auch erst im Jahre 1875 und bezieht sich anfangs auf 8, später nur noch auf 5 Etablissements; die Höhe der Einzelleistung differirt anfangs zwischen 3 Mk. und 20 Mk., später zwischen 3 Mk. und 12 Mk.; der Gesamtbetrag ist von 86 Mk. im Jahre 1875 auf 45 Mk. im Jahre 1886 heruntergegangen. Dagegen zeichnet sich Wolfenbüttel durch ganz bedeutende Präcipualeinnahmen aus; die Zahl der herangezogenen Etablissements belief sich anfangs auf etwa 60, schliesslich auf 75; das Minimum des einzelnen Beitrags war zunächst 15 Mk., sank aber später auf 5 Mk., dafür entwickelte sich das Maximum in umgekehrter Richtung, von 1890 Mk. hat es sich auf 4180 Mk. erhoben; im Ganzen hat wiederholt eine Verschärfung der Veranlagung stattgefunden, so dass die dritte Periode eine über doppelt so hohe Gesamtsumme aufweist, als wie die erste. Die Zahl der belasteten gewerblichen Etablissements ist im Kreiscommunalverbande Helmstedt eine noch grössere; zunächst beträgt sie allerdings auch nur zwischen 50 und 60, Anfang der achtziger Jahre ist sie aber schon auf über 100 gestiegen;

dahingegen ist die Höhe des geforderten Einzelbeitrages nicht so hoch wie in Wolfenbüttel, der geringste Beitrag ist hier anfangs 15 Mk., später 10 Mk., der grösste anfangs 1350 Mk., schliesslich 3380 Mk.; die Zunahme der Gesamtsummen in den einzelnen Perioden ist hier noch etwas stärker, von 60 000 Mk. in der ersten auf 146 000 Mk. in der letzten Periode. Der Kreiscommunalverband Gandersheim zieht bei Weitem die grösste Zahl von gewerblichen Etablissements zu den betr. Präcipualleistungen heran, schon im ersten Jahre ist die Zahl 70 überschritten und mit der Zeit steigt dieselbe immer weiter bis auf 161 im Jahre 1886; die Beiträge selbst sind dagegen niedrig angesetzt, so dass die Gesamtsumme der Präcipualeinnahme weit hinter den vorher behandelten Kreiscommunalverbänden zurückbleibt; das Minimum ist durchweg 3 Mk., das Maximum steigt von 360 Mk. auf 1050 Mk.; die Einnahme selbst wächst von der ersten zur zweiten Periode stark, von der zweiten zur dritten gering. Im Kreiscommunalverbände Holzminden werden im Anfang nur wenige (etwa 20) Etablissements mit Präcipualleistungen belegt, später wächst jedoch die Zahl derselben; in umgekehrtem Verhältniss steht es jedoch mit der Höhe der Beiträge, diese nimmt mit der Zeit ab, anfangs ist das Minimum 30 Mk. und das Maximum 1200 Mk., schliesslich stehen die Beiträge zwischen 10 Mk. und 920 Mk.; Folge davon ist auch, dass in der ersten Periode die grösste bezügliche Einnahmesumme sich zeigt, dann stärkerer Abfall zur zweiten Periode und endlich wiederum Steigen zur dritten. Der Kreiscommunalverband Blankenburg endlich hat auch eine grössere Anzahl gewerblicher Etablissements, welche er mit kleineren Präcipualleistungen belastet, nur eines (die Harzer Werke) wird stärker, fast halb so stark wie sämtliche andere zusammen, herangezogen; die Beiträge variiren im Uebrigen zwischen 9 Mk. und 120 Mk.; die Gesamteinnahme ist in der letzten Periode am höchsten, danach steht die erste Periode und in dritter Linie die zweite Periode. Für das ganze Herzogthum zeigt sich in den Gesamtsummen der einzelnen Perioden ein regelmässiges Ansteigen, jede Periode übertrifft die vorhergehende fast um die Hälfte, die Gesamtsteigerung beläuft sich von 206 000 Mk. auf 459 000 Mk.

Die Nutzungen aus den Wegen sind einmal in einer Gesamtsumme gegeben und dann sind, soweit sich dieses aus den einzelnen Kreiscommunalwegebaucassenrechnungen ohne Weiteres ersehen liess, noch die verschiedenen Nutzungen weiter geschieden; bei der Verschiedenheit der Rechnungsaufstellung in den einzelnen Kreiscommunalverbänden liess sich hier eine volle Uebereinstimmung nicht erzielen und war auch in Folge dessen eine Unterscheidung der einzelnen Nutzungsarten für das Herzogthum nicht möglich. Insgesamt haben sich die Nutzungen aus den Wegen ganz bedeutend vermehrt, mehr als verdoppelt, und zwar vertheilt sich diese Zunahme gleichmässig auf die Perioden. Die höchste Einnahme weist hier der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel auf, dieselbe macht über die Hälfte der bezüglichen Gesamteinnahmen vom Herzogthum aus; es folgt in weitem Abstände der Kreiscommunalverband Helmstedt, bei welchem sich namentlich eine starke Steigerung der Einnahmen von Periode zu Periode zeigt; ganz anders steht dagegen das zunächst kommende Riddagshausen-Vechelde da, woselbst die höchste Einnahme in der ersten Periode erzielt und nach einem stärkeren Abfall zur zweiten in der dritten noch nicht wieder erreicht ist; der Kreiscommunalverband Gandersheim hat namentlich in der ersten Periode eine ganz unbedeutende bezügliche Einnahme, zur zweiten steigt dieselbe sehr stark und zur dritten wiederum geringer; Holzminden steht ganz ähnlich wie Gandersheim, nur ist der Unterschied zwischen erster und zweiter Periode nicht ganz so gross; die Kreiscommunalverbände Blankenburg und Thedinghausen haben beide nur geringere Einnahmen, welche auch während der verschiedenen Perioden nicht so starke Unterschiede aufweisen; wie hier gleich vorweg hervorgehoben werden soll, hat Thedinghausen nur Einnahmen aus der Gräserei, Blankenburg eine solche aus Gräserei und Abraum sowie einmal aus dem Baum- und Holzverkauf und ist in beiden eine erhebliche Steigerung daher ausgeschlossen. Die Einnahme aus dem Obst speciell ist nun mit der Zeit ganz besonders gewachsen; es ist dieses einestheils die Folge von der grösseren Sorgfalt, welche jetzt auf die Obstcultur an den Strassen verwandt wird, und von dem Bestreben überall, wo das herrschende Klima es erlaubt, an Stelle der früher vielfach oder meist angewandten Nutzholzpflanzungen, Obstpflanzungen an die Strassen zu setzen; andernteils ist es aber auch mit durch den Umstand begründet, dass vielfach die Gemeinden die Pflanzung von Obstbäumen oder auch überhaupt die Baumpflanzungen an den Strassen übernommen und diese nach dem Inkrafttreten der Kreiscommunalverbände zunächst im Eigenthum behalten, später solche aber gegen angemessene Entschädigung erst den Kreiscommunalverbänden überlassen haben, wodurch dann die Ausdehnung der den Kreiscommunalverbänden gehörigen Pflanzungen und damit wiederum auch der Ertrag dieser selbstredend gestiegen ist; letzteres ist z. B. in den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim und Holzminden der Fall gewesen; übrigens sind z. Z. noch immer nicht sämtliche Baumpflanzungen an den Communicationswegen im Eigenthume der Kreiscommunalverbände. In sämtlichen Kreiscommunalverbänden, für welche die Einnahmen aus dem Obst abgesondert sind, zeigt sich eine erhebliche Steigerung. in Riddagshausen-Vechelde eine solche von 14 Mk. auf 1931 Mk., in Wolfenbüttel von ca. 6000 Mk. auf ca. 22 000 Mk., in Helmstedt, woselbst erst in der zweiten Periode eine bezügliche Einnahme sich findet, von etwa 4000 Mk. auf 12 000 Mk., in Gandersheim von 250 Mk. auf ca. 3200 Mk. und in Holzminden endlich, für welches die Obsteinnahme mit der Gräserei verbunden ist, für beides zusammen von ca. 500 Mk. auf 4000 Mk. Die Gräsereinnahme ist durchweg nicht dementsprechend gewachsen, im Kreiscommunalverbände Helmstedt zeigt sie sogar eine Abnahme, im Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde eine ganz geringe Steigerung, dahingegen im Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, welcher auch hier bei Weitem obenan steht, wiederum ein verhältnissmässig starkes Zunehmen von 20 000 Mk. auf 42 000 Mk. Einnahme aus Erde und Abraum haben namentlich die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Helmstedt; bei dem ersten zeigt sich eine Abnahme der bezüglichen Einnahmesumme, bei den letzteren dahingegen

wiederm eine Zunahme. Aus Baum- und Holzverkauf und sonstigen Nutzungen haben die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg Einnahmen gehabt, dieselben sind der Natur der Sache nach wechselnder Art und erreichen auch keine irgendwie beträchtliche Höhe den vorbehandelten Einzelnutzungen gegenüber.

Die sonstigen Einnahmen setzen sich aus verschiedenen Einzelheiten zusammen, welche für jeden Kreiscommunalverband zu betrachten sind; sämtliche Kreiscommunalverbände haben bezügliche Einnahmen. Riddagshausen-Vechelde zunächst weist sie nur in der letzten Periode auf, sie bestehen aus der im Jahre 1882 erfolgten Zahlung von 20050 Mk. aus der Herzoglichen Baucasse für Uebernahme der Erneuerung und Erhaltung von vier Schunterbrücken auf den Kreiscommunalverband, sodann aus der gleichen Zahlung von 15000 Mk. vom Jahre 1886 für Uebernahme der grossen Schunterbrücke bei Quernum, aus einer im Jahre 1885 erfolgten Entschädigungszahlung der Ilse der Hütte für Ausbeutung auf Eisenstein unter dem Wegeterrain (810 Mk.) und endlich in einem freiwilligen Beiträge (1886) von 1600 Mk. der Zuckerfabrik Wierthe zur Verbreiterung des Wierther Communicationsweges. Thedinghausen hat hier im Jahre 1872 den Bestand der früheren Amtswegebesserungscasse mit 9814 Mk. vereinnahmt, demnächst die ihm zum Ausbau des Weges von der Hoya-Bremer Staatsstrasse in der Richtung auf Gödesdorf und Syke in den Jahren 1878—1881 gezahlten Staatsbeihilfen zu insgesamt 30660 Mk., die fernere im Jahre 1884 gewährte Staatsbeihilfe zum Ausbau des Weges von der Hoya-Bremer Staatsstrasse in der Richtung auf Wachendorf in der Höhe von 5000 Mk., sodann für in den Jahren 1875, 1877 und 1884 vorgenommene Terrainverkäufe insgesamt 445 Mk., die in den Jahren 1879, 1880 und 1885 gezahlten Beiträge Privater bzw. einer Genossenschaft für ganz specielle Wegebauten zum Gesamtbetrage von 3397 Mk. und endlich ein der Wegebaukasse vermachtes Legat von 300 Mk. (1880). Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat einen Antheil an der zur Zeit noch bestehenden Barrieren-Einnahme zu Dedeleben, welcher hier jährlich mit einem Betrage von etwa 300 Mk. in Rechnung gesetzt ist, ferner ist im Jahre 1872 eine schon aus früheren Jahren stammende Staatsbeihilfe gezahlt von 9000 Mk. und der Bestand der Amtswegebesserungscassen mit 207 Mk. vereinnahmt; ausserdem sind in den Jahren 1878 und 1883 Terrainverkäufe für insgesamt 315 Mk. vorgenommen, desgleichen in den Jahren 1882 und 1884 der Verkauf alten Walzenmaterials zu 237 Mk.; endlich hat im Jahre 1887 die Preussische Wegebauverwaltung zu einem Brückenbau im Zuge des Weges von Börssum nach Heiningen einen Beitrag von 1305 Mk. geleistet. Helmstedt hat seit dem Jahre 1877 regelmässig bezügliche Vereinnahmungen aufzuweisen; dieselben bestehen namentlich im Erlös aus dem Verkauf einzelner unnöthig gewordener Terrainparzellen, ferner in einer Vergütung für das Verleihen von Walzen und Schneepflügen und in Anderem; der Betrag steigt auf etwa 3000 Mk. in der Periode. Für den Kreiscommunalverband Gandersheim ist hier einmal eine von 3 Privaten geleistete Zahlung für ausserordentliche Wegebauten,

welche im Jahre 1876 mit 960 Mk. erfolgt ist, in Rechnung gesetzt; ferner sind seit dem Jahre 1878 von denjenigen Gemeinden, welche noch Eigenthümer der an den Communicationswegen befindlichen Baumpflanzungen sind, regelmässig in die Kreiscommunalwegebaukasse bestimmte Beiträge gezahlt worden, wogegen der Kreiscommunalverband die Beaufsichtigung und die Unterhaltung der Pflanzung besorgt hat; die Höhe dieser Beiträge beläuft sich auf 2—300 Mk. jährlich. Der Kreiscommunalverband Holzminden weist hier die grössten Summen auf; der Haupttheil davon entfällt auf den vom Staat für Unterhaltung der Sollingswege in den Jahren 1872—1882 einschliesslich mit 6450 Mk. jährlich gezahlten Zuschuss; ferner hat der Staat im Jahre 1872 zum Ausbau des Communicationsweges Rühle-Golmbach bzw. Lütgenade eine Beihilfe von 36347 Mk. gewährt; die Herzogliche Baucasse hat 1881 zur Herstellung eines Reffers am Wege Reileifzen-Dölme, welcher in einer Strecke gleichzeitig als Leinpfad dient, einen Beitrag von 2400 Mk. berichtet und ferner zum Ausbau des Rühle-Dölmer Communicationsweges, welcher gleichfalls zum Theil als Leinpfad verwendet wird, im Jahre 1886 einen solchen von 3800 Mk.; endlich haben zum Ausbau des Linse-Buchhagener Communicationsweges im Jahre 1886 verschiedene Industrielle 2000 Mk. freiwillig eingezahlt und ist im Jahre 1883 die Summe von 110 Mk. für Verkauf eines Terrainstückes vereinnahmt. Der Kreiscommunalverband Blankenburg endlich hat hier nur eine einzige Einnahme zu verzeichnen, nämlich 670 Mk., welche im Jahre 1886 für verkauftes Steinmaterial eingekommen sind. Insgesamt für das Herzogthum betrachtet haben die sonstigen Einnahmen mit der Zeit abgenommen, in der ersten Periode stellen sie sich noch auf fast 90000 Mk., in der zweiten schon auf nicht ganz 75000 Mk. und in der dritten endlich nur auf ca. 64000 Mk.

Den vorbehandelten Einzeleinnahmen ist sodann die Gesamtsumme für die Periode und im Jahresdurchschnitt angeschlossen. Die Höhe der Gesamteinnahmen für das Herzogthum hat während der verschiedenen Perioden nicht wesentlich gewechselt, sie beträgt etwa eine Million Mark im Jahre, nur in der ersten Periode bleibt sie etwas dahinter zurück. Die einzelnen Kreiscommunalverbände zeigen demgegenüber ein nach den verschiedenen Richtungen abweichendes Bild. Eine regelmässige Steigerung der Einnahmen von Periode zu Periode haben Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Blankenburg, ein Steigen zur zweiten, dann aber wieder ein Sinken zur dritten Periode haben Thedinghausen, Helmstedt und Gandersheim, welche sich unter sich wiederum insofern unterscheiden, als bei Helmstedt das letztere Sinken grösser ist als das erstere Steigen, während bei den anderen beiden das Umgekehrte der Fall ist; Holzminden endlich steht allein mit einem durchgängigen Abnehmen der Einnahme, welches nach der zweiten Periode hin nur ganz gering, nach der dritten dagegen erheblicher ist. Nach der Höhe der Einnahme im Durchschnitt gruppieren sich die einzelnen Kreiscommunalverbände in folgender Reihe: Wolfenbüttel, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden, Gandersheim, Blankenburg und Thedinghausen; berücksichtigt man nur den Betrag der letzten Periode, so schiebt sich Gandersheim

vor Holzminden, während die übrigen unverändert ihren Platz behalten.

Im Anschluss an die vorbehandelten absoluten Zahlen ist das procentuale Verhältniss, in welchem die einzelnen Einnahmekategorien der Kreiscommunalwegebaucaassen zu einander stehen, berechnet worden.

Der Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse bildet mit und neben der Wegebausteuer die Haupteinnahme der Kreiscommunalwegebaucaassen. Für das Herzogthum macht er ein Drittel bis zwei Fünftel sämmtlicher Einnahmen aus, von 34,11 % in der ersten Periode steigt er auf 40,62 % in der zweiten und sinkt dann wieder auf 37,56 % in der dritten herab. Bei vier Kreiscommunalverbänden, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg, wird der für das Herzogthum ermittelte Procentsatz zum Theil nicht unbedeutend überschritten, bei den anderen dreien, Thedinghausen, Wolfenbüttel und Helmstedt, dagegen nicht erreicht. In der ersten Periode ist der höchste Procentsatz 64,31 % (Blankenburg), der niedrigste 18,69 % (Helmstedt), in der zweiten Periode der höchste 64,65 % (Gandersheim), der niedrigste 23,40 % (Helmstedt), und in der dritten Periode der höchste 62,90 % (Gandersheim), der niedrigste 26,18 % (Helmstedt); Helmstedt steht mithin überall am niedrigsten, Gandersheim und Blankenburg haben in allen Perioden über 50 %, meist sogar über 60 %. Nach der Höhe des Procentsatzes rangiren die Kreiscommunalverbände in folgender Weise: Gandersheim, Blankenburg, Holzminden, Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Thedinghausen und Helmstedt.

Der Procentsatz, welchen die Wegebausteuer ausmachen, ist noch um ein geringes höher als der des Zuschusses aus der Kreiscommunalcasse, obwohl er mit der Zeit etwas zurückgegangen ist. Für das Herzogthum war er in der ersten Periode 44,51 %, also verhältnissmässig nicht unbedeutend höher als der Kreiscommunalcassenzuschuss, er fällt dann allerdings in der zweiten Periode unter den Satz des letzteren auf 38,76 %, erhebt sich in der dritten aber wiederum stärker über denselben auf 42,95 %. Die einzelnen Kreiscommunalverbände stehen hier zum Theil in dem umgekehrten Verhältniss wie bei der vorigen Einnahmekategorie, so übertreffen Wolfenbüttel und Thedinghausen den Procentsatz des Herzogthums, ebenso aber auch Riddagshausen-Vechelde; Gandersheim, Holzminden und Blankenburg bleiben dahinter zurück, desgleichen aber auch Helmstedt. Der Procentsatz der einzelnen Kreiscommunalverbände differirt in der ersten Periode zwischen 60,90 % (Wolfenbüttel) und 27,26 % (Gandersheim), in der zweiten zwischen 48,99 % (Wolfenbüttel) und 23,80 % (Gandersheim), in der dritten endlich zwischen 60,32 % (Thedinghausen) und 26,45 % (Gandersheim); Gandersheim hat mithin überall den niedrigsten Procentsatz. Die Reihenfolge der Kreiscommunalverbände nach der durchgängigen Höhe des Procentsatzes ist: Thedinghausen, Wolfenbüttel, Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt, Holzminden, Blankenburg und Gandersheim.

Die Präcipua der Gemeinden zeigen schon einen ungleich niedrigeren Procentsatz wie die vorhergehenden beiden Kategorien. Für das Herzogthum standen sie in der ersten Periode auf 13,61 %, fielen dann mässig auf 11,31 % in der zweiten Periode und erheblich stärker auf

6,73 % in der dritten Periode. Unter den einzelnen Kreiscommunalverbänden zeichnet sich ganz hervorragend Helmstedt durch die vorwiegend höchsten Procentsätze in allen Perioden aus (39,00 %, 29,00 %, 16,87 %), dahingegen in umgekehrter Richtung Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen, ersteres in zwei, letzteres in einer Periode mit 0 % und beide in den übrigen unter 1 %; die übrigen schliessen sich der Höhe nach an Helmstedt in folgender Reihenfolge an: Gandersheim, Wolfenbüttel, Holzminden, Blankenburg.

Die Präcipua der gewerblichen Etablissements sind in ihrer Gesamtheit zwar geringer als die Präcipua der Gemeinden, sie haben aber eine steigende Tendenz, welche ihren Procentsatz in der letzten Periode den der letzteren übertreffen macht. Von 4,46 % in der ersten Periode erheben sie sich zunächst in der zweiten Periode auf 5,94 % und in der dritten sodann auf 8,96 %, ihr Procentsatz hat sich also mehr als verdoppelt. Bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden ist in der ersten Periode eine Differenz zwischen 6,17 % (Wolfenbüttel) und 0,20 % (Thedinghausen), in der zweiten Periode eine solche zwischen 7,66 % (Wolfenbüttel) und 0,29 % (Thedinghausen) und in der dritten Periode eine solche zwischen 12,18 % (Helmstedt) und 0,27 % (Thedinghausen). Ein durchgängiges Steigen des Procentsatzes hat stattgefunden in den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim; bei Holzminden und Blankenburg fällt die zweite Periode etwas, doch steigt die dritte wiederum über den Betrag des früheren Fallens hinaus. Die Reihenfolge der Kreiscommunalverbände nach der allgemeinen Höhe des Procentsatzes ist hier folgende: Wolfenbüttel, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Blankenburg, Holzminden, Gandersheim und Thedinghausen, welches letztere ziemlich bedeutend hinter den anderen zurückbleibt und auch, wie schon aus dem Obigen hervorgeht, in allen Perioden den niedrigsten Procentsatz überhaupt aufweist.

Die gesammten Nutzungen aus den Wegen stehen wiederum nicht unerheblich hinter den Präcipuis der gewerblichen Etablissements zurück, doch haben sie auch dieselbe Neigung zum Steigen. In der Gesamtheit für das Herzogthum betragen sie in der ersten Periode 1,37 %, in der zweiten 1,91 % und in der dritten 2,55 %. Durch besonders hohen Procentsatz zeichnet sich hier der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel aus, welcher auch in sämmtlichen Perioden das Maximum mit 2,57 %, 3,92 % und 4,65 % repräsentirt; das Minimum ist in der ersten Periode 0,09 % (Gandersheim und Holzminden), in der zweiten 0,35 % (Blankenburg) und in der dritten 0,42 % (Blankenburg). Bei sämmtlichen Kreiscommunalverbänden ist ein durchgängiges Steigen von Periode zu Periode zu beobachten, nur Riddagshausen-Vechelde hat den höchsten Procentsatz in der ersten Periode. Nach der Höhe des Procentsatzes rangiren sich die Kreiscommunalverbände in folgender Weise: Wolfenbüttel, Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt, Thedinghausen, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg. Der Procentsatz der Obstnutzungen ist für die Kreise Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim nochmals speciell berechnet worden. überall zeigt sich eine mehr oder weniger erhebliche

Steigerung desselben, in der dritten Periode beträgt er für den Kreiscommunalverband Helmstedt schon 1,00 ‰, für Wolfenbüttel sogar 1,24 ‰. Der Procentsatz der sonstigen Einnahmen hat sich für das Herzogthum verringert; er stand in der ersten Periode auf 1,94 ‰, sank in der zweiten zunächst auf 1,46 ‰ und endlich in der dritten auf 1,25 ‰. Die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Holzminden nehmen hier den anderen gegenüber durch ihre hohen Procentsätze eine Sonderstellung ein; der erstere weist überall das Maximum mit 12,31 ‰, 28,81 ‰ und 8,56 ‰ auf; der Procentsatz der übrigen Kreiscommunalverbände bleibt durchweg unter 1 ‰; Riddagshausen-Vechelde kommt nur für die letzte Periode, Helmstedt nur für die beiden letzten in Betracht.

Endlich giebt die Tabelle noch den auf den Kopf der Bevölkerung und auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals entfallenden Betrag von der Gesamteinnahme, dem Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse und der Wegebausteuer in der Periode an. Zunächst sind die für den Kopf der Bevölkerung berechneten Zahlen zu betrachten.

Bei der Gesamteinnahme für das Herzogthum stellt sich das Resultat in den verschiedenen Perioden ziemlich gleich, es kommen in der ersten Periode 17,73 Mk., in der zweiten 18,51 Mk. und in der dritten 17,82 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Die einzelnen Kreiscommunalverbände unterscheiden sich hier im Ganzen ziemlich bedeutend und stehen sich in zwei Gruppen gegenüber, deren eine durch Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel und Helmstedt gebildet wird und besonders hohe Zahlen aufweist, während die andere, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg umfassend, in umgekehrter Weise hervortritt. In der ersten Periode variirt der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Betrag der Gesamteinnahme zwischen 25,26 Mk. (Wolfenbüttel) und 10,07 Mk. (Gandersheim), in der zweiten zwischen 26,60 Mk. (Thedinghausen) und 11,89 Mk. (Blankenburg) und in der dritten zwischen 25,41 Mk. (Wolfenbüttel) und 10,45 Mk. (Holzminden). Was den Unterschied der Perioden bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden betrifft, so haben eine durchgängige Zunahme des Kopfbetrages nur Riddagshausen-Vechelde und Blankenburg; Thedinghausen und Helmstedt steigen zur zweiten Periode, fallen aber wiederum in stärkerem Maasse zur dritten, während Gandersheim auch zur zweiten steigt, aber dann nur ganz unbedeutend wieder abnimmt; Wolfenbüttel ist in der zweiten Periode etwas zurückgegangen, um in der dritten wieder mehr zu steigen; eine durchgängige Abnahme zeigt nur Holzminden. Nach der durchschnittlichen Höhe des Gesamtbetrages folgen die einzelnen Kreiscommunalverbände folgendermaassen: Wolfenbüttel, Thedinghausen, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden, Gandersheim und Blankenburg. Von dem Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse entfallen im Herzogthum überhaupt in der ersten Periode 6,05 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung, in der zweiten 7,52 Mk. und in der dritten 6,69 Mk. Eine ähnliche Gruppierung der Kreiscommunalverbände wie bei der Gesamteinnahme ist hier nicht zu machen, die Unterschiede sind überhaupt nicht so schroff hervortretend. Das Maximum in der ersten Periode ist 8,19 Mk. (Riddagshausen-Vechelde), das Minimum 4,15 Mk. (Helmstedt); in

der zweiten Periode stellt sich das Maximum auf 9,76 Mk. (Riddagshausen-Vechelde), das Minimum auf 5,32 Mk. (Helmstedt), in der dritten das Maximum auf 8,37 Mk. (Riddagshausen-Vechelde), das Minimum auf 5,10 Mk. (Helmstedt); Riddagshausen-Vechelde und Helmstedt bilden mithin stets die äussersten Grenzen; dazwischen gruppieren sich die übrigen Kreiscommunalverbände in nachstehender Weise: Wolfenbüttel, Gandersheim, Blankenburg, Holzminden, Thedinghausen. Die Unterscheidung der einzelnen Perioden von einander ist insofern eine regelmässige, als alle Kreiscommunalverbände in der zweiten Periode den höchsten Betrag aufweisen, Thedinghausen, Holzminden und Blankenburg fallen dann in der dritten Periode wieder unter das Maass der ersten Periode, was bei den übrigen Kreiscommunalverbänden nicht der Fall ist.

Von der Wegebausteuer kommt ein etwas höherer Betrag auf den Kopf der Bevölkerung; für das Herzogthum beläuft sich derselbe in der ersten Periode auf 7,89 Mk., in der zweiten auf 7,18 Mk. und in der dritten auf 7,65 Mk. Die einzelnen Kreiscommunalverbände zeigen hier wiederum starke Unterschiede. Den Maximalbetrag hat in sämtlichen Perioden Wolfenbüttel mit 15,38 Mk., 12,33 Mk. und 12,59 Mk., den Minimalbetrag in gleicher Weise Gandersheim mit 2,74 Mk., 3,04 Mk. und 3,29 Mk.; Wolfenbüttel steht ganz nahe Thedinghausen, Gandersheim dagegen Blankenburg und Holzminden; Riddagshausen-Vechelde und Helmstedt nehmen eine mittlere Stellung ein. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Perioden gehen vielfach durcheinander; eine Zunahme von der ersten zur letzten Periode haben die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Helmstedt, Gandersheim und Blankenburg, eine Abnahme dagegen Wolfenbüttel und Holzminden.

Nummehr würden schliesslich die auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals entfallenden Beträge noch zu berücksichtigen sein. Bei der Gesamteinnahme zeigt hier das Herzogthum eine durchgängige wenn auch unbedeutende Zunahme; in der ersten Periode stellt sich der Betrag auf 3,39 Mk., in der zweiten auf 3,71 Mk. und in der dritten auf 3,74 Mk. Für die einzelnen Kreiscommunalverbände sind die äussersten Grenzen in der ersten Periode 4,38 Mk. (Helmstedt) und 2,00 Mk. (Gandersheim), in der zweiten Periode 4,77 Mk. (Helmstedt) und 2,59 Mk. (Gandersheim) und in der dritten Periode 4,59 Mk. (Wolfenbüttel) und 2,51 Mk. (Holzminden). Eine fortwährende Zunahme des Betrages von Periode zu Periode weisen auf Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel und Blankenburg, eine Zunahme von der ersten zur letzten Periode Thedinghausen und Gandersheim, eine Abnahme, aber mit Steigerung in der zweiten Periode, Helmstedt und endlich eine durchgängige Abnahme Holzminden. Der Höhe des Betrages nach folgen die Kreiscommunalverbände so auf einander: Helmstedt, Wolfenbüttel, Thedinghausen, Blankenburg, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden und Gandersheim.

Der Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse, welcher auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals kommt, ist in der zweiten Periode für das Herzogthum am höchsten; in der ersten beträgt er 1,16 Mk., in der zweiten dagegen 1,51 Mk. und in der dritten wiederum nur 1,40 Mk. Bei

den kleineren Zahlen fallen hier die Unterschiede weniger scharf sofort in die Augen, obwohl sie an sich gar nicht so unbedeutend sind. In der ersten Periode ist das Maximum 1,95 Mk. (Blankenburg), das Minimum 0,82 Mk. (Helmstedt), in der zweiten das Maximum 2,12 Mk. (Blankenburg), das Minimum 1,10 Mk. (Thedinghausen) und in der dritten das Maximum 1,87 Mk. (Blankenburg), das Minimum 0,99 Mk. (Thedinghausen); Maximum und Minimum stehen mithin stets etwa in dem Verhältniss von 2 zu 1. In sämtlichen Kreiscommunalverbänden hat die zweite Periode die höchste Summe, nur in Helmstedt ist die dritte ihr noch überlegen. Die Kreiscommunalverbände rangiren nach der Höhe in folgender Weise: Blankenburg, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden, Gandersheim, Wolfenbüttel, Helmstedt und Thedinghausen.

Der Betrag der Wegebausteuern auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals beläuft sich im Gesamtdurchschnitt auf 1,51 Mk. in der ersten Periode, auf 1,44 Mk. in der zweiten und auf 1,61 Mk. in der dritten Periode. Unter den einzelnen Kreiscommunalverbänden bilden hier wiederum die äussersten Grenzen Wolfenbüttel mit 2,46 Mk., 2,09 Mk. und 2,27 Mk. und Gandersheim mit 0,55 Mk., 0,62 Mk. und 0,67 Mk.; Wolfenbüttel zunächst stehen Thedinghausen, Helmstedt und Riddagshausen-Vechelde, näher an Gandersheim schliessen sich an Holzminden und Blankenburg. Regelmässig von Periode zu Periode zugenommen hat der Betrag in Thedinghausen, Helmstedt, Gandersheim und Blankenburg; bei Riddagshausen-Vechelde macht sich erst ein Rückgang, dann aber ein denselben übertreffendes Steigen bemerkbar; Wolfenbüttel und Holzminden gehen zur zweiten Periode zurück und steigen zur dritten nicht wieder auf die Höhe der ersten.

2. Die Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucaassen.

a. Die Verausgabungen für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau.

(Tabelle VII.)

Die Ausgaben der Kreiscommunalwegebaucaassen für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau beziehen sich auf ein Dreifaches: auf die regelmässige Unterhaltung, auf die Neubauten und auf die grösseren Instandsetzungen und ausserordentlichen Aufwendungen. Diese Unterscheidung war sowohl der Tabelle wie der nachstehenden Betrachtung zu Grunde zu legen.

Die Ausgabe für die regelmässige Unterhaltung der Communicationswege bildet die Hauptausgabe der Kreiscommunalwegebaucaassen. Dieselbe ist zunächst allgemein angegeben und sodann sind noch verschiedene in den einzelnen Rechnungen besonders verrechnete Posten, wie Unterrendantengebühren, Abfuhr von Schlamm und Schnee, ferner Fusswege und Wegweiser speciell ausgeschieden; demnächst ist das Ganze in einer Gesamtsumme zusammengefasst. Da die speciell ausgeschiedenen Posten sich nur bei einigen Kreiscommunalverbänden finden, auch an sich nur von untergeordneter Bedeutung sind, so ist zwischen der zuerst gegebenen allgemeinen Summe der Ausgabe für die regelmässige Unterhaltung und der später folgenden Gesamtsumme nur ein unwesentlicher Unterschied; eine

eingehende Betrachtung beider würde unter diesen Umständen nur zu Wiederholungen führen und will ich mich deshalb gleich der Gesamtsumme zuwenden. Dieselbe ist für das Herzogthum fortwährend gestiegen, von der ersten zur zweiten Periode allerdings erheblich als von der zweiten zur dritten. Es ist dieses die natürliche und unabweisbare Folge davon, dass durch die Jahr für Jahr erfolgenden Neubauten das Communicationswegenetz immer an Ausdehnung gewonnen hat und mithin sich die regelmässige Unterhaltung auf eine immer grössere Strecke zu beziehen hat. Das Steigen von Periode zu Periode kehrt daher auch bei allen einzelnen Kreiscommunalverbänden wieder, nur Blankenburg macht hier eine Ausnahme, indem es in der letzten Periode einen allerdings nur ganz geringen Minderaufwand zeigt; ganz besonders auffallend stark ist die Zunahme der regelmässigen Unterhaltungslast im Kreiscommunalverbande Helmstedt. Die Höhe der bezüglichen Aufwendungen ist der Natur der Sache nach in den einzelnen Kreiscommunalverbänden eine sehr verschiedene und ist namentlich abhängig von der Grösse der zu unterhaltenden Strecken der Communicationswege, der Stärke der Inanspruchnahme dieser Wege und der durch die besonderen örtlichen Verhältnisse mehr oder weniger erleichterten Unterhaltung selbst. Die einzelnen Kreiscommunalverbände stehen nach der Höhe ihrer bezüglichen Aufwendungen in folgender Reihenfolge: Wolfenbüttel, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Holzminden, Blankenburg und Thedinghausen.

Von den einzelnen besonders verrechneten Posten der regelmässigen Unterhaltung sind die Unter-Rendantengebühren nur bei den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde und Helmstedt speciell ausgeschieden, desgleichen auch die Ausgaben für Abfuhr von Schlamm und Schnee. Die Unter-Rendantengebühren sind in Riddagshausen-Vechelde von der ersten zur zweiten Periode gestiegen und dann constant geblieben, bei Helmstedt zeigt sich diese Steigerung von der zweiten zur dritten Periode und vorher Gleichmässigkeit; die bezüglichen Ausgaben von Helmstedt sind ungleich höher als die von Riddagshausen-Vechelde. Die Ausgabe für Abfuhr von Schlamm und Schnee findet sich beim Kreiscommunalverbande Riddagshausen-Vechelde nur in der zweiten und dritten Periode und zwar in gleichmässiger Höhe; der Kreiscommunalverband Helmstedt hat gerade in der ersten Periode eine ganz besonders hohe bezügliche Ausgabe, welche in der zweiten ganz erheblich abnimmt, aber in der dritten wiederum um die Hälfte steigt. Für Fusswege und Wegweiser haben die Kreiscommunalverbände Holzminden und Blankenburg speciell verrechnete Verausgabungen gemacht; diejenigen von Holzminden beziehen sich lediglich auf Wegweiser und treffen nur das Jahr 1879; in Blankenburg sind alljährlich bezügliche Aufwendungen zu verzeichnen sowohl für Fusswege wie für Wegweiser; die unterhaltenen Fusswege sind durchweg Touristenwege im Harz.

Bezüglich der Neubauten ist wiederum ein dreifacher Unterschied gemacht, es sind speciell die Wegeneubauten, die Brücken und Durchlässe und die Beihülfen an Gemeinden zum Ausbau von Communicationswegen ausgesondert. Die Ausgaben für den eigentlichen Neubau von Communicationswegen sind nach Maassgabe der für das ganze Herzog-

thum ermittelten Zahlen um etwa die Hälfte zurückgegangen; in der ersten Periode kamen dieselben noch über eine Million, in der zweiten nur auf etwas über 900 000 Mk. und in der dritten endlich nur auf etwas über eine halbe Million. Die einzelnen Kreiscommunalverbände zeigen hier ein sehr wechselndes Bild. Zunächst ist der Kreiscommunalverband Helmstedt hervorzuheben, welcher sich durch ganz besonders hohe Ausgaben auszeichnet und auch in dieser Richtung in allen Perioden obenan steht; bei ihm zeigt sich gerade ein ganz besonderes Abnehmen der bezüglichen Verwendungen, von der ersten Periode zur dritten auf den dritten Theil; aber die Verausgabungen der ersten Periode sind so hohe, dass trotzdem die letzte Periode unter den übrigen Kreiscommunalverbänden noch die höchste Summe aufweist. Nach Helmstedt folgt der Höhe der Ausgabe nach Wolfenbüttel, welches aber fast um die Hälfte zurückbleibt; bei ihm macht sich von der ersten zur zweiten Periode eine Steigerung bemerkbar, welche dann zur dritten Periode in das Gegentheil, und zwar in erhöhtem Maasse, umschlägt. Dieselbe Erscheinung macht sich bezüglich des Kreiscommunalverbandes Holzminden, welcher dann kommt, geltend, nur ist die Abnahme in der dritten Periode eine verhältnissmässig noch weit erheblichere. Bei Gandersheim, dem nächsten Kreiscommunalverbande, zeigt sich ein regelmässiges Abnehmen von Periode zu Periode, insgesamt um etwas über die Hälfte. Thedinghausen steht wieder Wolfenbüttel gleich, nur dass das Steigen zur zweiten Periode ein verhältnissmässig stärkeres ist. Im Kreiscommunalverband Blankenburg endlich nehmen die bezüglichen Verausgabungen in der zweiten Periode ganz erheblich, fast um zwei Drittel ab, sie steigen jedoch dann in der dritten Periode wiederum um so bedeutender, so dass diese die erste fast um so viel übertrifft, wie die erste die zweite. Riddagshausen-Vechelde zeigt gar keine bezüglichen Ausgaben; es hängt dieses mit den Grundsätzen, welche beim Neubau von Communicationswegen angewandt sind, zusammen; es baut hier nämlich der Kreiscommunalverband die erforderlichen neuen Communicationswege nicht selbst, sondern er lässt sie von den Gemeinden, welche früher pflichtig gewesen und jetzt mit Präcipualbeiträgen heranzuziehen sind, natürlich unter Leitung des Kreisbaubeamten, ausführen und zahlt den Gemeinden aus der Kreiscommunalwegebaukasse nur eine Beihilfe zu den von ihnen aufgewandten Kosten; die gesamten Neubaukosten gehen auf diese Weise nicht durch die Kreiscommunalwegebaukasse, sondern nur eben die den Gemeinden zu den Neubauten verwilligten Beihilfen, auf welche demnächst zurückzukommen ist.

Der Neubau von Brücken und Durchlässen ist nur von den Kreiscommunalverbänden Wolfenbüttel und Blankenburg besonders behandelt; bei Wolfenbüttel finden sich die Ausgaben nur in den ersten beiden Perioden, bei Blankenburg in allen dreien; von grosser Bedeutung sind die bezüglichen Verausgabungen nicht.

Der Neubau von Communicationswegen ist von verschiedenen Kreiscommunalverbänden auch den präcipualleistungspflichtigen Gemeinden gegen Gewährung einer entsprechenden Beihilfe aus Kreiscommunalmitteln übertragen worden; diese Beihilfen sind in der nächsten Rubrik verrechnet worden. Wie schon früher hervorgehoben, haben

die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde und Helmstedt dieses Verfahren, ersterer durchweg, letzterer in der Regel, angewandt; Riddagshausen-Vechelde hat dabei die Gemeinden insofern selbstständiger handeln lassen, als es die sämtlichen Ausgaben für Neubauten von ihnen hat bestreiten und auch verrechnen lassen, Helmstedt hat dagegen die Neubaukosten von den Gemeinden an den Kreiscommunalverband zahlen und in den Kreiscommunalwegebaurechnungen buchen lassen; die hier in Rechnung gezogenen Beihilfen hat Riddagshausen-Vechelde aus der Kreiscommunalwegebaukasse, Helmstedt aber aus der Kreiscommunalcasse ausbezahlt. Ausnahmsweise haben dieses Verfahren sodann noch die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Gandersheim beobachtet. Nach der Höhe der bezüglichen Aufwendungen sind natürlich die ersteren beiden Verbände den letzteren sehr überlegen; das Verhältniss der einzelnen Perioden zu einander ist bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden stets ein anderes; für die Gesamtheit ist im Ganzen ein Abnehmen, jedoch mit einem besonderen Hervortreten der zweiten Periode zu constatiren.

Zum Schluss ist noch die Gesamtsumme sämtlicher Verausgabungen für Neubauten zusammengezogen. Die gesondert behandelten Ausgaben für Brücken und Durchlässe, sowie die Beihilfen der Gemeinden zum Ausbau von Communicationswegen sind jedoch gegen die Hauptsumme für Wegeneubauten, welche an erster Stelle behandelt worden, so zurücktretend, dass sie das bezüglich der letzteren hervorgetretene Bild nach keiner Richtung hin zu verändern im Stande sind. Die Gesamtsumme zeigt mithin ganz dieselben Verhältnisse, wie die zunächst behandelte Rubrik der Wegeneubauten, eine nähere Erörterung der ersteren würde lediglich eine Wiederholung des für letztere Gesagten sein und soll deshalb unterbleiben.

Die Instandsetzungen und ausserordentlichen Aufwendungen bilden den dritten Abschnitt der Verausgabungen für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau. Als Instandsetzungen sind diejenigen meist grösseren Bauten an den Wegen aufgefasst, welche den Umfang der gewöhnlichen Unterhaltungslast überschreiten, dabei aber einen eigentlichen Neubau nicht darstellen; es handelt sich hierbei meist um Verbreiterungen der bisherigen Wegeanlagen, unbedeutende Verlegungen derselben, bessere Nivellirung, Erneuerung von Brücken und Durchlässen etc. etc. Dabei ist jedoch nicht zu verhehlen, dass die Grenzen hier nicht immer ganz gleichmässig gezogen sein können und dass in den verschiedenen Kreiscommunalverbänden nach beiden Seiten hin Abweichungen vorkommen, so dass ein Bau in dem einen Kreiscommunalverband als Instandsetzung, in dem andern als Neubau oder auch als zur regelmässigen Unterhaltung gehörend aufgefasst worden ist. Die Erneuerung von Brücken und Durchlässen sowie die Gossenspflasterungen in den Dorfstrassen sind bei einigen Kreiscommunalverbänden noch besonders hervorgehoben und deshalb für diese hier in besondere Rubriken gebracht.

Die Instandsetzungen treten, was die Höhe anlangt, ziemlich stark gegen die in den beiden Vorabschnitten behandelten Verausgabungen zurück. Für das Herzogthum zeigen sie von der ersten zur zweiten Periode einen Rückgang, dann aber von der zweiten zur dritten wiederum

ein Steigen um mehr als der frühere Rückgang betrug. Die einzelnen Kreiscommunalverbände sind bezüglich der Verausgabungen in den einzelnen Perioden wiederum sehr verschieden. Vorweg hervorzuheben ist, dass Thedinghausen überhaupt Verausgabungen für Instandsetzung nicht hat. Riddagshausen-Vechelde ist der einzige Kreiscommunalverband, welcher ein regelmässiges Steigen von Periode zu Periode aufweist, und zwar ist das Steigen ein sehr beträchtliches. Noch erheblicher ist die Zunahme im Ganzen beim Kreiscommunalverbande Wolfenbüttel, doch tritt sie erst schroff in der dritten Periode auf, von der ersten zur zweiten ist eine Abnahme. Helmstedt, Holzminden und Blankenburg haben das Minimum in der zweiten, und in der dritten Periode wird bei ihnen sämmtlich die Höhe der ersten Periode nicht wieder erreicht. Der Kreiscommunalverband Gandersheim endlich zeigt in der zweiten Periode die grösste Höhe, zur dritten Periode fällt er ab, aber nicht bis auf den Standpunkt der ersten Periode.

Die Erneuerung von Brücken und Durchlässen ist besonders ausgeschieden bei den Kreiscommunalverbänden Wolfenbüttel und Blankenburg, desgleichen findet sie sich auch bei dem Kreiscommunalverband Thedinghausen. Insgesamt findet eine ziemlich starke Zunahme bei dieser Ausgabe statt; in den Kreiscommunalverbänden Thedinghausen und Wolfenbüttel vertheilt sich dieselbe auf alle drei Perioden, wenn sie auch von der ersten zur zweiten erheblich grösser ist als von der zweiten zur dritten; in Blankenburg hat die zweite Periode das Maximum, die dritte überragt die erste aber immerhin noch bedeutend.

Gossenpflasterungen im Dorfe haben gleichfalls Wolfenbüttel und Blankenburg getrennt behandelt; beim letzteren findet sich dieses allerdings nur in den beiden letzten Perioden. Eine Steigerung ist auch hier vorhanden, doch ist sie der vorher behandelten gegenüber nur sehr schwach zu nennen, sie ist eine durchgängig regelmässige.

Unter den ausserordentlichen Aufwendungen sind wiederum die ausserordentlichen Aufwendungen für Baumpflanzungen und die sonstigen ausserordentlichen Aufwendungen unterschieden. Die besonderen Verausgabungen für Baumpflanzungen sind ziemlich beträchtliche, namentlich in den ersten beiden Perioden, welche unter sich fast gleich stehen; die dritte Periode bleibt um etwa ein Drittel den beiden ersten gegenüber zurück. Die besonderen Aufwendungen für die Baumpflanzungen beziehen sich theilweise auf den Ankauf von bereits vorhandenen Pflanzungen an den Communicationswegen; wie schon oben hervorgehoben, ist namentlich in früherer Zeit eine Bepflanzung der Strassen von den Gemeinden innerhalb ihrer Feldmarken vorgenommen und auch besonders gefördert worden; bei Uebergang der Communicationswege auf den Kreiscommunalverband sind dann die Gemeinden zunächst im Eigenthum ihrer Pflanzungen an diesen Strassen geblieben; da aber eine bessere Beaufsichtigung und eine sachgemässere Pflege namentlich der Obstbaumpflanzungen sich viel besser ermöglichen lässt, wenn die Pflanzungen in einer Hand sind, es auch für die Kreiscommunalverbände immerhin mit Uebelständen verknüpft sein konnte, wenn noch Fremde besondere Rechte bezüglich eines Theiles der Communicationswege in Anspruch nehmen durften,

so zeigte sich überall das Bestreben die Gemeindepflanzungen anzukaufen; vielfach geschah der Kauf auch noch mit aus dem Grunde, um an Stelle einer Waldbaumpflanzung eine Obstbaumpflanzung einzuführen. Andererseits waren aber an den Communicationswegen vielfach Waldbaumpflanzungen vorhanden, welche sofort in den Besitz der Kreiscommunalverbände traten; auch diese thunlichst, soweit Klima und sonstige Verhältnisse es gestatteten, durch Obstbaumpflanzungen zu ersetzen, ist man eifrig bemüht gewesen; der Erfolg hat sich bereits oben bei den Einnahmen vom Obst gezeigt, welche doch eine erfreuliche Zunahme aufzuweisen hatten. Die Aufwendungen der einzelnen Kreiscommunalverbände sind in den einzelnen Perioden sowohl wie unter sich sehr verschiedene. Oft tritt gerade eine einzelne Periode bei einem Kreiscommunalverbande ganz besonders hervor, so die erste bei Wolfenbüttel, die zweite bei Gandersheim; da es sich hier durchweg um ausserordentliche Aufwendungen handelt, so sind daraus weitere Schlüsse nicht zu ziehen. Nach der Höhe der Ausgaben gruppieren sich die Kreiscommunalverbände folgendermaassen: Helmstedt, Wolfenbüttel, Gandersheim, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden, Blankenburg, Thedinghausen.

Unter den sonstigen ausserordentlichen Aufwendungen sind zunächst und hauptsächlich diejenigen meist im Etat nicht näher specificirten und auch nicht näher specificirbaren Ausgaben begriffen, welche vermöge besonderer ausserordentlicher Umstände durchweg plötzlich nothwendig geworden waren, so namentlich wenn es sich um Beseitigung von Schäden an den Wegen handelte, welche durch ausserordentliche Naturereignisse, wie Ueberschwemmung, Wolkenbruch, Gewitterregen, starker Frost etc. entstanden; die bezüglichen Aufwendungen sind, wenn auch der Natur der Sache nach sehr wechselnde, doch meist von grösserem Umfang. Ferner fallen unter diese Rubrik Verausgabungen für durchgängige oder theilweise Neustationirung der Wege durch Nummersteine, wie sie von einigen Kreiscommunalverbänden vorgenommen und speciell verrechnet worden ist, auch ausserordentliche Reinigung der Seitendurchlässe, welche vom Kreiscommunalverband ausgeführt wurde. Die bezüglichen Gesamtausgaben sind danach verhältnissmässig bedeutende, sie steigen auch von Periode zu Periode im Ganzen erheblich und haben sich mehr als verdreifacht. Die bezüglichen Ausgaben fehlen gänzlich bei Holzminden, bei Thedinghausen in der ersten und dritten Periode und bei Riddagshausen-Vechelde in der zweiten Periode. Bei den übrigen Kreiscommunalverbänden wiederholt sich durchweg die schon für die Gesamtheit constatirte Zunahme der Ausgaben, wenn auch Helmstedt und Blankenburg in der zweiten Periode den höchsten Ausgabebetrag aufweisen. Nach der Höhe der Aufwendung folgen die Kreiscommunalverbände wie nachsteht: Helmstedt, Gandersheim, Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Blankenburg, Thedinghausen.

Zum Schluss ist noch die Gesamtsumme der Instandsetzungen und ausserordentlichen Aufwendungen berechnet worden. Nach Maassgabe des Vorstehenden muss hier für die Gesamtheit eine Zunahme der Ausgaben stattfinden, dieselbe ist von der zweiten zur dritten Periode stärker als von der ersten zur zweiten. Die einzelnen

Kreiscommunalverbände stehen auch hier sehr verschieden; eine regelmässige und zwar sehr starke Zunahme haben Riddagshausen-Vechelde und Wolfenbüttel aufzuweisen, eine regelmässige aber unbedeutende Abnahme dagegen Helmstedt und Blankenburg; Thedinghausen und Gandersheim zeigen ein Steigen, mit dem Maximum in der zweiten Periode, und wiederum umgekehrt Holzminden ein Sinken, mit dem Minimum in der zweiten Periode. Die einzelnen Kreiscommunalverbände folgen nach der Höhe so aufeinander: Wolfenbüttel, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Holzminden, Blankenburg und Thedinghausen.

b. Die Verwaltungskosten und die sonstigen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucassen.

(Tabelle VIII.)

Hier sind die Verwaltungskosten, die Beihilfen an die Gemeinden zum Gemeindewegebau und die sonstigen Ausgaben unterschieden. Die Verwaltungskosten zunächst zerfallen dann wiederum in Bureau- und Druckkosten, Uniformirung der Wegewärter, Gratificationen der Wegebauaufseher, Anschaffung von Geräthen, Herstellung von Wegekarten etc.

Die Bureau- und Druckkosten sind durchweg für das Herzogthum und für die einzelnen Kreiscommunalverbände in der ersten Periode am höchsten; nur Holzminden und Thedinghausen machen hier eine Ausnahme, ersteres hat in der letzten Periode ganz besonders hohe Aufwendungen, letzteres hat überhaupt nur in der letzten Periode eine bezügliche Ausgabe und zwar nur eine recht unbedeutende. Für die Gesamtheit belaufen sich die Kosten im Durchschnitt auf etwas über 1000 Mk. jährlich. Die Verausgabungen werden, wenn man die verschiedene Grösse der Kreiscommunalverbände in Rechnung zieht, als ziemlich gleichmässige angesehen werden können, nur Holzminden tritt vielleicht etwas durch grössere Aufwendungen hervor.

Die Kosten der Uniformirung der Wegewärter sind für die Gesamtheit in den ersten beiden Perioden höher als in der dritten. Von den einzelnen Kreiscommunalverbänden kommen hier Blankenburg, welches die Uniformirung der Wegewärter überhaupt nicht verrechnet hat, und Thedinghausen, welches eine bezügliche Ausgabe nur in der ersten Periode aufweist, nicht weiter in Betracht. Von den übrigen haben Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden dasselbe Verhältniss wie die Gesamtheit, während Riddagshausen-Vechelde gerade in der dritten Periode die höchsten Aufwendungen zeigt. Der Grund für diese Erscheinung ist übrigens nicht in einem ab- oder zunehmenden Bedürfniss zu suchen, sondern er liegt vielmehr darin, dass die Uniformirung der Wegewärter durchweg alle drei Jahre erfolgt und mithin überhaupt nur alle drei Jahre in Rechnung gestellt wird. Die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden haben von Anfang an die bezügliche Ausgabe bestritten, in der ersten Periode haben sie solche mithin in den Jahren 1872 und 1875, in der zweiten in den Jahren 1878 und 1881, in der dritten aber nur im Jahre 1884 in Rechnung stellen müssen; Riddagshausen-

Vechelde hat erst im Jahre 1876, dem Endjahr der ersten Periode, mit der bezüglichen Verausgabung begonnen, in der zweiten Periode dieselbe deshalb auch nur in einem Jahr, 1879, gehabt, dagegen in der dritten Periode in zwei Jahren, 1882 und 1885; auf diese Weise mussten mit Nothwendigkeit die oben berührten Differenzen hervortreten. Im Uebrigen ist allgemein eine gewisse Gleichmässigkeit in den bezüglichen Ausgaben auch hier zu constatiren.

Gratificationen der Wegebauaufseher kommen in sämtlichen Kreiscommunalverbänden vor. Dieselben werden den vom Staat angestellten Wegebauaufsehern für Besorgung der Geschäfte im Kreiscommunalwegebau bewilligt, regelmässig nach näherer Festsetzung durch den Kreisausschuss. Die bezüglichen Ausgaben sind mit der Zeit im Ganzen etwas gestiegen, von der ersten zur zweiten Periode mehr als von der zweiten zur dritten; die Steigerung wiederholt sich auch bei den sämtlichen Kreiscommunalverbänden, nur Holzminden steht hier vereinzelt mit einem Rückgang da. Die Verausgabungen sind auch hier, bei Berücksichtigung der verschiedenen Grössenverhältnisse etc. der Kreiscommunalverbände, durchweg gleichmässige; die Höhe der einzelnen Remuneration beläuft sich meist auf 150 Mk. jährlich.

Die Anschaffung von Geräthen etc. muss der Natur der Sache nach in der ersten Periode den stärksten Aufwand erfordert haben, da ja doch durch die erste Einrichtung und Organisation des Kreiswegebauwesens eine Reihe specieller Ausgaben nach dieser Richtung hin bedingt waren. Insgesamt ist die in der ersten Periode verausgabte Summe daher auch etwa dreifach so gross, wie der Betrag in jeder der beiden folgenden Perioden. Durch verhältnissmässig hohe Aufwendungen zeichnen sich hier namentlich Helmstedt und Holzminden aus, überhaupt ist die Uebereinstimmung zwischen den einzelnen Kreiscommunalverbänden hier keine so hervortretende wie bei den vorher behandelten Ausgabekategorien, was ja in der besonderen Natur der bezüglichen Verausgabungen in Verbindung mit der Verschiedenheit der Verhältnisse der einzelnen Kreiscommunalverbände seinen Grund hat.

Die sämtlichen Verwaltungskosten sind sodann zum Schluss wiederum in einer Summe gegeben worden. Für das Herzogthum zeigt sich hier ein starkes Vorherrschen der ersten Periode, die beiden letzten Perioden sind fast ganz gleich. Von den einzelnen Kreiscommunalverbänden hat die grössere Zahl dasselbe Vorherrschen, nämlich Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt, Gandersheim und Holzminden, theils allerdings nicht in so starkem Maasse und durchweg mit einem erheblicheren Abfallen zur dritten Periode; bei Wolfenbüttel und Thedinghausen tritt die letzte Periode etwas hervor, bei Blankenburg die zweite. Die Reihenfolge der einzelnen Kreiscommunalverbände nach der Höhe der gesamten Verwaltungskosten ist nachstehende: Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden, Gandersheim, Riddagshausen-Vechelde, Blankenburg und Thedinghausen.

Die Beihilfen an Gemeinden zum Gemeindewegebau sind im Einzelnen verwilligt zum Ausbau von Ortsstrassen, für Gemeindewege, für Brücken- und Canalbauten etc. und wegen besonders hoher Wegebaulast.

Die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen haben Beihilfen zum Bau von Dorfstrassen nicht gewährt. Der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hat eine Reihe von Gemeinden im Ausbau der Dorfstrassen unterstützt, so 1873, 1874, 1875, 1881 und 1886; die Höhe der gezahlten Einzelsummen variiert zwischen 200 Mk. und 600 Mk. Helmstedt hat nur in der ersten Periode bezügliche Aufwendungen, welche sich auf die Jahre 1872, 1873, 1874 und 1876 vertheilen und meist grössere Beträge wie bei Wolfenbüttel ausmachen. Gandersheim zeichnet sich durch eine besonders grosse Zahl derartiger Verwilligungen aus, welche sich auf alle drei Perioden vertheilen und fast jedes Jahr derselben berühren; die Beträge im Einzelnen sind sehr verschieden bemessen, zwischen 150 Mk. und 600 Mk. Vom Kreiscommunalverbände Holzminden sind wiederum seltener, aber meist höhere bezügliche Beihilfen verwilligt worden, sie kommen in den Jahren 1879, 1880, 1881, 1882 und 1885 vor. In Blankenburg sind die verwilligten Summen nur verhältnissmässig geringe, sie betreffen nur die Jahre 1880, 1881 und 1885.

Nach den Bestimmungen der Neuen Wegeordnung giebt es ausser den Ortsstrassen, den Strassen und Wegen in den Städten, Flecken und Dörfern, eigentlich keine Wege, welche von den Gemeinden oder der Gesamtheit der Einwohner und Feldmarksinteressenten unterhalten werden müssen; es ist jedoch vielfach vorgekommen, dass einzelne Gemeinden entgegen den gesetzlichen Vorschriften die Unterhaltung von Feld- und Wannenwegen übernommen und letztere auf diese Weise gewissermaassen zu Gemeindewegen gemacht haben; dieses Verfahren ist theils bezüglich aller Wege der Feldmark eingeschlagen, theils nur bezüglich einzelner besonderer; im letzteren Falle handelte es sich meist um Wege, welche ihrer besonderen Lage und Beschaffenheit nach grössere Unterhaltungskosten erforderten oder welche ihrer ausgedehnten Benutzung wegen eine derartige Behandlung rechtfertigten. Zur Unterhaltung derartiger Wege ist dann auch wohl von den Kreiscommunalverbänden eine Beihilfe verwilligt worden. So ist es z. B. im Kreise Holzminden mehrfach vorgekommen, dass Feld- und Wannenwege, welche gleichzeitig als Abfuhrwege aus den Forsten benutzt wurden und theils dieses Umstandes wegen, theils auch wegen ihrer besonderen Lage und der damit verbundenen Terrainschwierigkeiten einen ganz ungewöhnlichen Unterhaltungskosten-**aufwand** bedingten, auf die Gemeinde übernommen und dann mit **Hilfe** von einem Kostenbeitrage der betreffenden Forstverwaltung, **stets** Herzogliche Cammer Direction der Forsten, und **unter** **Gewährung** einer Beihilfe aus der Kreiscommunalcasse in einen ordnungsmässigen guten Zustand versetzt worden sind. Aufwendungen der bezeichneten Art weisen die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg auf. Gandersheim hat der Zahl der einzelnen Aufwendungen nach den ersten Platz unter diesen inne; es zeigt auch in allen drei Perioden eine bezügliche Ausgabe und zwar mit einem durchgängigen Aufwärtssteigen. Holzminden hat die höchsten Aufwendungen hier gemacht, dieselben concentriren sich aber im Wesentlichen auf die letzte Periode. Für die Gesamtheit macht sich eine

nicht unbedeutende Zunahme der bezüglichen Ausgaben bemerkbar, von der ersten zur zweiten Periode fast um das Dreifache, und von der zweiten zur dritten wiederum um über das Doppelte.

In gleicher Weise wie für derartige Gemeindewege sind auch zu Brücken- und Canalbauten etc. Beihilfen bewilligt worden. Die Zahl der Bewilligungen ist jedoch eine geringere, auch bleibt der Betrag der gewährten Summen wesentlich hinter dem der vorigen Rubriken zurück. Vorgekommen sind bezügliche Bewilligungen in den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg. Gandersheim zeichnet sich hier vorzüglich aus und vereinigt über die Hälfte der Gesamtaufwendung auf sich; es zeigt in der zweiten Periode die höchste bezügliche Ausgabe. In der ersten Periode ist die Gesamtausgabe nur sehr niedrig, Gandersheim ist überhaupt allein in derselben vertreten; in den beiden anderen ist sie ziemlich gleich hoch mit einem geringen Ueberwiegen der zweiten.

Wegen besonders hoher Baulast sind nur von den Kreiscommunalverbänden Thedinghausen, Helmstedt, Holzminden und Blankenburg Beihilfen verliehen worden und zwar nicht in gerade ausgedehntem Maasse, so dass die bezüglichen Verausgabungen an sich von nur untergeordneter Natur sind. Beim Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel ist hier eine Ausgabe, welche regelmässig jedes Jahr wiederkehrt, aufgeführt; der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel gewährt nämlich den Gemeinden des Amtsbezirkes Harzburg regelmässig eine Vergütung dafür, dass für den Communicationswegebau im Amtsbezirke Harzburg geringere Aufwendungen als in den übrigen Amtsbezirken des Kreises zu machen sind; dieselbe wird den Gemeinden nach dem Grundsteuerkapital überwiesen; sie ist hier mit in Rechnung gestellt und übertrifft die sonst hier verrechneten Ausgaben um ein ganz Beträchtliches.

Die Gesamtsumme der Beihilfen an die Gemeinden ist zum Schluss wiederum angefügt worden. Dieselbe stellt für das Herzogthum eine durchgängige Zunahme dar, welche von der ersten zur zweiten Periode am stärksten ist. Durch hohe Aufwendungen tritt namentlich der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel hervor, ihm folgt Gandersheim und Holzminden in grösserem Abstände, sodann Helmstedt und Blankenburg, hinter welchen wiederum Riddagshausen-Vechelde und Thedinghausen weit zurückbleiben.

Unter den den dritten Hauptabschnitt der Tabelle VIII ausmachenden sonstigen Ausgaben sind verrechnet die Beihilfen an Private, die Verausgabungen wegen Wegebau-schulden und diejenigen zur Unterstützungs- und Krankencasse der Wegewärter etc. Die Beihilfen an Private sind wiederum doppelt unterschieden in solche für Wege- oder Zugangsbauten und in solche für Versetzung von Gebäuden, Stacketterien etc., für Futtermauern etc. Die ersteren sind überhaupt nur einmal, im Jahre 1876, im Kreiscommunalverbände Gandersheim vorgekommen; der verwilligte Betrag beläuft sich nur auf 75 Mk. Die letzteren, bei welchen es sich natürlich nur um solche Ausgaben handelt, für welche der Kreiscommunalverband als wegebauende oder wegebesitzende Corporation nicht schon zur Zahlung verpflichtet war, finden sich in den Kreis-

communalverbänden Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim. Wolfenbüttel hat hier drei bezügliche Ausgaben in der Höhe von 10 Mk. bzw. 164 Mk. bzw. 120 Mk. aus den Jahren 1881, 1882 und 1886, Helmstedt nur eine im Jahre 1881 von 500 Mk.; Gandersheim endlich steht hier obenan und hat eine ganze Reihe bezüglicher Aufwendungen in allen drei Perioden und in einer Höhe zwischen 30 Mk. und 495 Mk. Die gesammten hier in Frage stehenden Aufwendungen sind in der zweiten Periode bei Weitem am höchsten, in der ersten sind sie ganz unbedeutend, in der dritten umfassen sie noch etwa den dritten Theil von der Höhe der zweiten Periode.

Eine eigentliche Wegebauschuld hat nur der Kreiscommunalverband Thedinghausen. Dieselbe stammt aus der Zeit vor der Bildung der Kreiscommunalverbände; der Staat hatte die durchgehenden Strassenzüge des Amtsbezirks als Staatsstrassen übernommen und ausgebaut, dagegen aber von den Gemeinden einen Beitrag, welcher auf zwei Fünftel der Baukosten und der freien Abtretung des erforderlichen Grund und Bodens festgesetzt war, gefordert, die Gemeinden hatten diese Beiträge gemeinschaftlich auf sich genommen und dieselben zum wesentlichsten Theil durch Aufnahme einer Anleihe auf die Amtswegebaukasse gedeckt; diese Schuld ist sodann auf den Kreiscommunalverband Thedinghausen übergegangen und betrug derzeit (1872) noch 65 250 Mk.; durch ordentliche und ausserordentliche Abträge ist dieselbe nunmehr (1886) bis auf 41 800 Mk. herabgeschmolzen; für Verzinsung sind in der ganzen Zeit etwa 29 000 Mk., für Amortisation nicht ganz 24 000 Mk. verausgabt worden. Ausserdem wendet der Kreiscommunalverband Wolfenbüttel noch alljährlich seit Anfang der letzten Periode einen Zinsbetrag auf; derselbe hat von dem anfangs von ihm gebildeten Fonds für gemeinnützige Einrichtungen 30 000 Mk. der Kreiscommunalwegebaukasse als Betriebsfonds überwiesen gegen eine aus der Wegebaukasse zu entrichtende jährliche Verzinsung von 4 %, welche seit 1882 regelmässig in Rechnung gestellt worden ist.

Zur Unterstützungs- und Krankencasse der Wegebauer etc., welche in sämtlichen Kreiscommunalverbänden von Anfang an bestand, haben regelmässige Beiträge die Kreiscommunalverbände Riddagshausen-Vechelde, Helmstedt und Gandersheim speciell verrechnet, zeitweise Beiträge die Kreiscommunalverbände Wolfenbüttel und Blankenburg, nichts die Kreiscommunalverbände Thedinghausen und Holzminden. Die Beiträge sind durchweg sehr verschieden; nicht nur die einzelnen Perioden, sondern auch zum Theil die einzelnen Jahre bei demselben Kreiscommunalverband bieten erhebliche Unterschiede. Im Ganzen zeigt sich eine Abnahme der bezüglichen Aufwendungen, welche namentlich zur zweiten Periode stark hervortritt; zur dritten ist wiederum eine wenn auch nicht sehr bedeutende Zunahme.

Die Gesamtsumme der als »sonstige Ausgaben« zusammengefassten vorstehend einzeln behandelten Posten ist in Uebereinstimmung mit den übrigen Abtheilungen gleichfalls beigefügt, obwohl ihr eine hervortretende innere Bedeutung bei der Verschiedenheit der einzelnen zusammengefassten Ausgaben nicht beigemessen werden kann. Für das ganze Herzogthum weist die erste Periode bei Weitem

die höchste Summe auf; in der zweiten Periode ist der Betrag nur etwas über halb so gross, in der dritten steigt er aber wieder etwas. Die höchsten Ausgaben hat hier der Kreiscommunalverband Thedinghausen, die übrigen folgen in nachstehender Reihe: Helmstedt, Wolfenbüttel, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Blankenburg und Holzminden; Holzminden hat überhaupt gar keine Aufwendungen hier zu verzeichnen.

3. Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaukassen.

(Tabelle IX.)

In der Uebersichtstabelle über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaukassen sind zuerst die absoluten Zahlen für die einzelnen Ausgabekategorien im Jahresdurchschnitt für jede Periode gegeben worden, wobei wiederum unterschieden sind die Ausgaben für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau — mit den Unterabtheilungen regelmässige Unterhaltung, Neubauten und Instandsetzungen und ausserordentliche Aufwendungen —, die Verwaltungskosten, die Beihilfen an die Gemeinden und die sonstigen Ausgaben. Demnächst ist das procentuale Verhältniss, in welchem die einzelnen Ausgabekategorien zu der Gesamtsumme der Verausgabungen stehen, in gleicher Weise und mit den gleichen Unterscheidungen im Einzelnen berechnet worden.

Die absoluten Zahlen für den Jahresdurchschnitt geben im Wesentlichen kein neues Bild, das sich aus ihnen ergebende Verhältniss ist vielmehr bereits bei Behandlung der einzelnen Ausgabekategorien dargestellt worden; es kam hier hauptsächlich darauf an, auch für den Jahresdurchschnitt eine Uebersicht zu geben; eine nochmalige nähere Erörterung dieser Zahlen kann daher hier unterbleiben.

Bei Betrachtung des procentualen Verhältnisses, in welchem die einzelnen Ausgabekategorien zu der Gesamtsumme der Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaukassen stehen, muss es zunächst in die Augen fallen, wie sehr alle übrigen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaukassen gegen die Ausgaben für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau zurücktreten. Für das Herzogthum ist der Procentsatz der Gesamtausgabe für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau durchweg ein ziemlich gleichmässiger geblieben; er beträgt in der ersten Periode 96,78%, in der zweiten 97,77% und in der dritten 97,61%; danach bleibt mithin nur wenig für die übrigen Verausgabungen zur Verfügung. Der Unterschied zwischen den einzelnen Kreiscommunalverbänden ist auch kein sehr grosser, nur Thedinghausen nimmt hier eine Sonderstellung ein, indem es in sämtlichen Perioden einen ganz besonders niedrigen Procentsatz von 64,82%, 87,71% und 85,17% aufweist; die Ursache hiervon bildet die schon oben dargestellte grosse Verausgabung unter »sonstige Ausgaben« in Folge der älteren Wegebauschuld. Abgesehen vom Kreiscommunalverbande Thedinghausen sind die Grenzen des Procentsatzes in der ersten Periode 98,52% (Blankenburg) und 96,45% (Gandersheim), in der zweiten 98,67% (Helmstedt) und 96,58% (Gandersheim) und in der dritten 98,47% (Helmstedt) und 95,63% (Holzminden). Sämtliche Kreiscommunalverbände mit Ausnahme von Gandersheim und Blankenburg haben

in der zweiten Periode den Höhepunkt, welcher allerdings von den beiden anderen Verhältnisszahlen nicht sehr abweicht. Bei den einzelnen Unterabtheilungen der Verausgabungen für den eigentlichen Kreiscommunalwegebau zeigen sich grössere Abweichungen.

Schon bei den Verausgabungen für die regelmässige Unterhaltung tritt in den Procentsätzen für das Herzogthum von Periode zu Periode eine nicht unbeträchtliche Steigerung hervor; der Satz der ersten Periode ist 63,07 %, der der zweiten 68,13 % und der der dritten 73,70 %; die Steigerung ist mithin auch eine ganz regelmässige. Thedinghausen zeigt hier ebenso wie bei den anderen Unterabtheilungen ein ganz besonderes Verhältniss, es hat nämlich hier die ganz ausserordentlich niedrigen Sätze von 20,05 %, 22,34 % und 37,17 %. Lässt man Thedinghausen wiederum ausser Betracht, so ist bei den übrigen Kreiscommunalverbänden in der ersten Periode der höchste Procentsatz 79,14 % (Riddagshausen-Vechelde), der niedrigste 44,13 % (Helmstedt), in der zweiten Periode der höchste 83,58 % (Blankenburg), der niedrigste 57,57 % (Holzminden) und in der dritten Periode der höchste 79,82 % (Blankenburg) und der niedrigste 64,69 % (Riddagshausen-Vechelde). Das Verhältniss der Perioden wechselt; eine fortwährende Zunahme haben Helmstedt, Gandersheim und Holzminden, eine ebenmässige Abnahme Riddagshausen-Vechelde; Wolfenbüttel und Blankenburg haben das Maximum in der zweiten Periode, bei ersterem übertrifft die erste Periode dabei die dritte, bei letzterem umgekehrt die dritte die erste. Nach der Höhe des gesammten Procentsatzes folgen die Kreiscommunalverbände wie nachstehend aufeinander: Blankenburg, Wolfenbüttel, Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Holzminden und Helmstedt.

Der Procentsatz der Ausgaben für Neubauten weist für das gesammte Herzogthum das umgekehrte Verhältniss auf, er fällt unter die Hälfte hinab; in der ersten Periode steht er auf 26,89 %, in der zweiten auf 22,02 % und in der dritten auf 13,18 %. Um Thedinghausen wiederum, als in einem Sonderverhältniss, vorweg zu nehmen, so zeichnet sich dieses hier gerade durch einen ungewöhnlich hohen Procentsatz aus, nämlich 44,60 %, 55,86 % und 40,35 %. Die übrigen Kreiscommunalverbände variiren in der ersten Periode zwischen 46,31 % (Helmstedt) und 8,47 % (Blankenburg), in der zweiten zwischen 32,87 % (Helmstedt) und 2,35 % (Blankenburg) und in der dritten zwischen 17,48 % (Helmstedt) und 8,96 % (Blankenburg); Helmstedt und Blankenburg bilden mithin durchweg die äussersten Grenzen. Ein regelmässiges Abfallen von Periode zu Periode tritt bei Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim hervor, Riddagshausen-Vechelde steigt zur zweiten Periode und fällt zur dritten nicht ganz auf den Satz der ersten zurück; Holzminden steigt gleichfalls zur zweiten, wenn auch nur sehr gering, um dann zur dritten allerdings sehr stark abzufallen; Blankenburg endlich hat in der zweiten Periode einen ganz besonders niedrigen Satz, in der dritten einen etwas höheren als in der ersten. Der durchschnittlichen Höhe des Procentsatzes nach stehen die übrigen Kreiscommunalverbände zwischen Helmstedt und Blankenburg in folgender Weise: Holzminden, Gandersheim, Riddagshausen-Vechelde und Wolfenbüttel.

Der Procentsatz der Instandsetzungen und ausserordentlichen Aufwendungen nimmt für das Herzogthum wiederum von Periode zu Periode zu, von 6,82 % in der ersten Periode auf 7,62 % in der zweiten und 10,73 % in der dritten Periode. Thedinghausen steht hier nur in der ersten Periode sehr zurück, sonst mit den übrigen Kreiscommunalverbänden in derselben Linie, weshalb es auch hier mit ihnen zusammen behandelt werden kann. In der ersten Periode ist der höchste Procentsatz 14,56 % (Blankenburg), der niedrigste 0,17 % (Thedinghausen) und nächst dem 4,07 % (Wolfenbüttel), in der zweiten Periode der höchste 14,67 % (Gandersheim), der niedrigste 4,08 % (Wolfenbüttel) und in der dritten Periode der höchste 14,06 % (Gandersheim), der niedrigste 6,91 % (Helmstedt). Die Perioden weisen meist eine Zunahme auf, so mit ganz geringen Abweichungen bei den Kreiscommunalverbänden Riddagshausen-Vechelde, Thedinghausen, Wolfenbüttel, Helmstedt und Gandersheim; Holzminden hat zur zweiten Periode eine Abnahme und zur dritten nur ein geringes Steigen; Blankenburg hat zur zweiten und zur dritten Periode eine Abnahme. Nach der Höhe des Procentsatzes rangiren die Kreiscommunalverbände folgendermaassen: Gandersheim, Blankenburg, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden, Wolfenbüttel, Helmstedt und Thedinghausen.

Die Verwaltungskosten nehmen unter den übrigen Verausgabungen der Kreiscommunalwegebaucaassen noch den höchsten Procentsatz ein; derselbe beträgt für das Herzogthum in der ersten Periode 1,93 %, in der zweiten 1,31 % und in der dritten gleichfalls 1,31 %, es ist mithin eine geringe Abnahme des Satzes zu constatiren. Die einzelnen Kreiscommunalverbände weichen von einander in den ersten Perioden stärker, in der letzten weniger ab; die erste Periode hat als Maximum 3,10 % (Holzminden), als Minimum 0,87 % (Thedinghausen), die zweite als Maximum 2,04 % (Holzminden), als Minimum 0,47 % (Thedinghausen) und die dritte als Maximum 1,89 % (Holzminden), als Minimum 1,00 % (Blankenburg); Holzminden hat mithin überall den höchsten Procentsatz der Verwaltungskosten. Thedinghausen tritt durch einen besonders niedrigen hervor. Für die verschiedenen Perioden zeigen sämmtliche Kreiscommunalverbände mit nur geringen Abweichungen im Einzelnen eine abnehmende Tendenz, nur Thedinghausen weist eine Zunahme auf. Die Höhe des Procentsatzes rangirt die Kreiscommunalverbände in folgender Weise: Holzminden, Gandersheim, Helmstedt, Riddagshausen-Vechelde, Wolfenbüttel, Blankenburg und Thedinghausen.

Die Beihilfen an Gemeinden haben für das Herzogthum in der ersten Periode einen Procentsatz von 0,42 %, in der zweiten von 0,50 % und in der dritten von 0,56 %; es macht sich mithin ein geringes Steigen bemerkbar. Von den Kreiscommunalverbänden fallen einige für einzelne Perioden hier überhaupt ganz aus: abgesehen davon ist in der ersten Periode eine Differenz von 0,82 % (Gandersheim), und 0,02 % (Holzminden), in der zweiten eine solche von 1,30 % (Gandersheim) und 0,05 % (Riddagshausen-Vechelde) und in der dritten eine solche von 2,48 % (Holzminden) und 0,37 % (Blankenburg). Der Procentsatz der einzelnen Perioden wechselt hier bunt durcheinander. Nach der Höhe des Procentsatzes folgen die Kreiscommunalverbände aufeinander wie nachsteht: Gan-

dersheim, Holzminden, Blankenburg, Wolfenbüttel, Helmstedt, Thedinghausen und Riddagshausen-Vechelde.

Der Procentsatz der sonstigen Ausgaben ist im Ganzen etwas höher als der der vorigen Ausgabekategorie, er beläuft sich in der ersten Periode auf 0,87 %, in der zweiten auf 0,42 % und in der dritten auf 0,52 %, fällt mithin etwas ab. Von den einzelnen Kreiscommunalverbänden fällt hier zunächst Holzminden ganz aus; dahingegen zeichnet sich Thedinghausen durch ganz abnorm hohe Sätze aus, 34,09 % in der ersten, 11,72 % in der zweiten und 13,64 % in der dritten Periode; es hat dieses seinen Grund darin, dass Thedinghausen die von ihm übernommene nicht unbedeutende Wegebauschuld der früheren Amtswegebesserungscasse zu verzinsen und zu amortisiren hat und diese Beträge unter dieser Rubrik in Rechnung gestellt sind. Die übrigen Kreiscommunalverbände folgen nach der Höhe ihres Procentsatzes wie nachsteht: Riddagshausen-Vechelde, Gandersheim, Helmstedt, Wolfenbüttel und Blankenburg.

Zum Schluss ist endlich noch berechnet worden, wieviel von der durchschnittlichen jährlichen Gesamtausgabe der Kreiscommunalwegebau- und auf den Kopf der Bevölkerung und auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals entfällt.

Der Durchschnittssatz für das ganze Herzogthum des auf den Kopf der Bevölkerung kommenden Betrages stellt sich in der ersten Periode auf 3,57 Mk., in der zweiten auf 3,76 Mk. und in der dritten wiederum auf 3,57 Mk., er bleibt mithin beharrlich. Innerhalb der einzelnen Kreiscommunalverbände herrscht zwischen den Beträgen der verschiedenen Perioden in gleicher Weise eine verhältnissmässige Uebereinstimmung. In der Gesamtheit ist in der ersten Periode ein Unterschied zwischen 4,82 Mk. (Wolfenbüttel) und 2,10 Mk. (Gandersheim), in der zweiten

zwischen 5,48 Mk. (Thedinghausen) und 2,44 Mk. (Blankenburg) und in der dritten zwischen 5,08 Mk. (Wolfenbüttel) und 2,18 Mk. (Holzminden). Durch hervorragend hohe Beträge zeichnen sich die Kreiscommunalverbände Thedinghausen, Wolfenbüttel und Helmstedt aus, Riddagshausen-Vechelde hat einen mittleren Stand und die übrigen drei, Gandersheim, Holzminden und Blankenburg, einen niedrigen.

Bei Zugrundelegung des Grundsteuerkapitals verschiebt sich das Verhältniss etwas, die Gesamtunterschiede der einzelnen Kreiscommunalverbände namentlich sind nicht so grosse. Im Herzogthum kommen von den durchschnittlichen jährlichen Ausgaben der Kreiscommunalwegebau- und auf 100 gr. des Grundsteuerkapitals in der ersten Periode 0,68 Mk., in der zweiten 0,75 Mk. und in der dritten gleichfalls 0,75 Mk.; hier stimmen also zweite und dritte, und nicht erste und dritte Periode überein, es ist mithin eine geringe Zunahme zu constatiren. Die äussersten Grenzen, welche die einzelnen Kreiscommunalverbände aufweisen, sind in der ersten Periode 0,98 Mk. (Helmstedt) und 0,42 Mk. (Gandersheim), in der zweiten 0,99 Mk. (Helmstedt) und 0,50 Mk. (Gandersheim) und in der dritten 0,92 Mk. (Wolfenbüttel) und 0,50 Mk. (Gandersheim); Gandersheim hat mithin durchgehend das Minimum. Die scharf abgegrenzte Gruppierung der Kreiscommunalverbände, welche sich bei dem auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Gesamtkostenbetrage zeigte, tritt hier nicht so hervor, sondern die Kreiscommunalverbände stellen sich hier in allmäligeren Uebergängen in folgender Reihenfolge dar: Helmstedt, Wolfenbüttel, Thedinghausen, Blankenburg, Riddagshausen-Vechelde, Holzminden und Gandersheim.

Anhang.

Der Kapitalbestand und der Zinsertrag der Dotationsfonds der Kreiscommunalverbände in den Jahren 1883—1888 einschliesslich.

(Tabelle X.)

Wie in der Einleitung näher dargestellt, ist ein äusserer Anstoss für die vorliegende Arbeit mit gewesen, dass von den Kreiscommunalverbänden der Antrag auf eine abermalige Erhöhung der Dotationsfonds gestellt worden, weil der Zinsertrag aus den Kreisfonds in Folge der Convertirungen und Zinsreductionen erheblich zurückgegangen und damit die hauptsächlichste Einnahme der Kreiscommunalverbände in sehr empfindlicher Weise geschmälert sei. Es erschien deshalb angebracht, diesen Zinsrückgang etwas ausführlicher darzustellen, als es sonst durch den Rahmen der vorliegenden Bearbeitung geboten war, und ist zu diesem Zweck die Tabelle X als Anhang beigegeben. In derselben ist zunächst für jeden Kreis-

communalverband — nur Braunschweig ist seiner besonderen Verhältnisse wegen ausser Rechnung gelassen — der Kapitalbestand in Werthpapieren bzw. in Hypothekenausleihungen nach dem Zinsertrage der einzelnen Kapitale für jedes der Jahre 1883 bis 1888 einschliesslich geordnet worden, sodann ist danach der jedesmalige Zinsertrag berechnet und in ganz gleicher Weise übereinstimmend aufgeführt worden; beide Male ist auch die Gesamtsumme für jedes Jahr gezogen; in einer Schlussrubrik ist endlich die Differenz des gesammten Zinsertrages von Jahr zu Jahr für jeden Kreiscommunalverband dargestellt worden.

Die Zahlen der Tabelle sprechen ohne Weiteres für den durch dieselben bezweckten Nachweis und werden einer ausführlicheren Besprechung kaum noch bedürfen.

Während in dem Anfangsjahre 1883 noch bei sämmtlichen Kreiscommunalverbänden die Kapitale zu 5 % und 4 1/2 % bei Weitem überwiegend sind, verschiebt sich dieses Verhältniss von Jahr zu Jahr mehr, so dass im Jahre

1888 gerade das Umgekehrte zu constatiren ist. Thedinghausen hat 1888 überhaupt keine Kapitale mehr, welche über 4 % Zinsen tragen, Riddagshausen-Vechelde die nicht zu Buche schlagende Summe von 2100 Mk., Holzminden 79 000 Mk., Gandersheim 120 000 Mk., Helmstedt 137 700 Mk., Blankenburg 205 100 Mk. und Wolfenbüttel 517 800 Mk., alles Beträge, welche gegenüber dem Gesamtkapitalbesitz der betreffenden Kreiscommunalverbände nur von mehr oder weniger untergeordneter Bedeutung sind. Es ist dabei allerdings nicht zu verkennen, dass in den Gesamtsummen der Kapitale bei sämtlichen Kreiscommunalverbänden eine Erhöhung eingetreten ist; die Differenz zwischen dem Jahre 1888 und 1883 beträgt für den Kreiscommunalverband Riddagshausen-Vechelde 46 050 Mk., für Thedinghausen 2700 Mk., für Wolfenbüttel 54 500 Mk., für Helmstedt 17 275 Mk., für Gandersheim 88 475 Mk., für Holzminden 97 707 Mk. und für Blankenburg 47 650 Mk. Diese Erhöhungen des Gesamt-

kapitals können aber selbstredend den Zinsverlust nur in beschränktem Maasse vermindern, keineswegs ganz ausgleichen. Dieses weisen die Rubriken, welche den Zinsertrag behandeln, des Näheren nach. Die Summen aus den einen höheren Procentsatz tragenden Kapitalien lassen immer mehr nach und die Zinserträge aus den übrigen Kapitalien wachsen nicht dementsprechend. Die Gesamtsumme des Zinsertrages fällt daher durchweg bei sämtlichen Kreiscommunalverbänden von Jahr zu Jahr und ganz ausnahmsweise ist ein einzelnes Jahr mit einem Beharren oder auch einer ganz unbedeutenden Zunahme. Die Gesamtabnahme des Zinsertrages vom Jahre 1883 bis 1888 beläuft sich bei den einzelnen Kreiscommunalverbänden auf folgende Beträge: Riddagshausen-Vechelde 5087 Mk.; Thedinghausen 1086 Mk.; Wolfenbüttel 10 783 Mk.; Helmstedt 14 666 Mk.; Gandersheim 5824 Mk.; Holzminden 10 294 Mk. und Blankenburg 4721 Mk.

Tabellen.

Die Vereinnahmungen der Kreiscommunalcassen.

Kreis- communalcasse	Im Jahr- fünf	A b s o l u t						P r o c e n t u a l				Auf den Kopf der Bevölke- rung kommen	
		Zinsen vom Dotationsfonds Mk.	Abgabe von Con- tracten, Testa- menten etc. und Strafgelder Mk.	Jagdschein- gebühren Mk.	ausserordentliche Einnahmen Mk.	I n g e s a m m t		Zinsen vom Dotationsfonds	Abgabe von Con- tracten, Testam- enten etc. und Straf- gelder	Jagdscheinge- bühren	ausserordentliche Einnahmen	von der Ge- samteinahme in der Periode Mk.	des Dotations- fonds in der Periode Mk.
						in der Periode Mk.	im Jahres- durchschnitt Mk.						
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
Braunschweig . .	1872/76	439 538	.	.	.	439 538	87 908	100,0	.	.	.	6,67	6,67
	1877/81	501 908	.	.	.	501 908	100 382	100,0	.	.	.	6,69	6,69
	1882/86	467 182	.	.	.	467 182	93 436	100,0	.	.	.	5,50	5,50
Riddagshausen- Vechelde . . .	1872/76	290 781	25 384	12 344	.	328 509	65 702	88,5	7,7	3,8	.	10,88	9,59
	1877/81	344 002	29 295	13 819	.	387 116	77 423	88,9	7,5	3,6	.	12,00	10,66
	1882/86	337 600	39 483	16 455	.	393 538	78 708	85,8	10,0	4,2	.	11,41	9,79
Thedinghausen . .	1872/76	43 052	6 160	270	600	50 082	10 016	86,0	12,8	0,5	1,2	12,13	10,48
	1877/81	50 721	4 959	294	115 0	57 124	11 425	88,8	8,7	0,5	2,0	13,53	12,01
	1882/86	48 859	4 704	681	5 500	59 744	11 949	81,8	7,9	1,1	9,2	13,66	11,17
Wolfenbüttel . .	1872/76	570 610	76 831	20 646	.	668 087	133 617	85,4	11,5	3,1	.	10,67	9,12
	1877/81	675 513	68 732	23 689	.	767 934	153 587	88,0	8,9	3,1	.	11,55	10,16
	1882/86	654 297	94 594	28 478	.	777 369	155 474	84,2	12,1	3,7	.	10,99	9,25
Helmstedt	1872/76	524 225	73 754	17 577	28 684	644 240	128 848	81,4	11,4	2,7	4,5	11,88	9,63
	1877/81	609 868	56 646	20 009	.	686 523	137 305	88,8	8,3	2,9	.	11,88	10,55
	1882/86	588 413	76 777	25 028	.	690 218	138 044	85,3	11,1	3,6	.	11,19	9,54
Gandersheim . . .	1872/76	468 809	39 604	6 831	.	515 244	103 049	91,0	7,7	1,3	.	11,90	10,83
	1877/81	560 366	37 674	8 162	.	606 202	121 240	92,4	6,2	1,4	.	13,78	12,69
	1882/86	576 652	33 396	9 490	.	619 538	123 908	93,1	5,4	1,5	.	13,93	12,97
Holzminden . . .	1872/76	407 453	44 295	7 087	.	458 835	91 767	88,8	9,7	1,5	.	10,74	9,53
	1877/81	515 823	33 614	7 258	.	556 695	111 339	92,7	6,0	1,3	.	12,57	11,64
	1882/86	517 796	28 833	9 163	.	555 792	111 158	93,2	5,2	1,6	.	12,32	11,48
Blankenburg . . .	1872/76	236 115	30 113	4 485	.	270 713	54 143	87,2	11,1	1,7	.	11,26	9,82
	1877/81	280 821	21 425	6 341	.	308 587	61 717	91,0	6,9	2,1	.	12,30	11,19
	1882/86	270 991	20 827	6 697	.	298 515	59 703	90,8	7,0	2,2	.	11,29	10,25
Herzogthum	1872/76	2 980 583	296 141	69 240	29 284	3 375 248	675 050	88,4	8,7	2,1	0,8	10,31	9,10
	1877/81	3 539 022	252 345	79 572	1 150	3 872 089	774 418	91,4	6,5	2,1	.	11,08	10,13
	1882/86	3 461 790	298 614	95 992	5 500	3 861 896	772 379	89,7	7,7	2,5	0,1	10,37	9,29

Die Verausgabungen der Kreiscommunalcassen für Armenwesen und Unterstützungen
sowie für Kirchen- und Schulzwecke.

Tabelle II.

Kreis- communal- casse	In der Periode	A. Für Armenwesen und Unterstützungen								B. Für Kirchen- und Schulzwecke							
		Unterstützung von Ge- melnden und Stiftungen bei Herrichtung und Unter- haltung von Kranken- und Armenhäusern	Unterstützung der Ge- melnden in der Tragung der allgemeinen Armenlast	Beihilfen bei Unterbrin- gung von Kranken, Irren, Blinden etc. in öffentlichen oder Privatanstalten	Für vagierende Arme	Directe Armenunter- stützungen	Unterstützung der Aus- wanderer und entlassenen Sträflinge	Sonstige Unterstützung Pri- vater wegen extraord. Schu- ldigung od. aus and. Anlässen	Insgesamt	Beihilfen bei Kirchen- und Pfarreien resp. bei Besetzung kirchlicher Gerichte etc.	Beihilfen bei Schul- bauten	Zur Unterhaltung der Schulen	Zuschuss zu den Lehrergehalten	Behuf Erhaltung von Industrieunterricht	Für Privatschulen und Kleinkinderbewahr- anstalten	Zur Unterstützung der Lehrerbildung durch Stipendien oder in son- stiger Weise	Insgesamt
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.
Braun- schweig	1872/76	66 000	201 975	267 975
	1877/81	*33 500	.	.	33 500	60 000	277 742	24 000	361 742
	1882/86	.	.	114 586	.	*47 000	.	.	161 586	60 000	.	86 000	146 000
Riddagsh- Vechelde	1872/76	.	.	15 693	.	25 856	143	.	41 692
	1877/81	.	1 030	31 473	.	35 917	.	.	68 420
	1882/86	.	1 360	33 229	.	39 498	.	.	74 087
Theding- hausen	1872/76	.	.	6 384	.	2 088	15 1640	.	10 127	1 578	1 578
	1877/81	.	280	9 146	.	1 960	.	.	11 386	7 257	243	.	9 342	.	.	.	16 842
	1882/86	.	400	9 868	.	1 890	.	.	12 158	8 028	8 028
Wolfenbüttel	1872/76	600	150	8 060	.	108 430	.	.	117 240	.	1 500	.	.	.	750	6 210	8 460
	1877/81	10 832	.	25 472	.	126 333	.	700	163 337	.	7 500	.	.	280	3 200	14 571	25 551
	1882/86	.	.	51 664	.	123 590	.	150	175 404	.	.	1 000	.	718	4 850	12 190	18 758
Helmstedt	1872/76	3 975	57 505	27 616	.	32 366	120	.	121 582	.	8 900	478	9 378
	1877/81	12 381	76 285	101 233	.	48 980	90	.	238 969	2 110	23 355	1 000	.	.	.	3 315	29 780
	1882/86	26 500	62 293	110 026	.	26 164	50	.	235 033	2 650	8 975	.	.	.	2 000	2 270	15 895
Gandersheim	1872/76	.	.	22 179	.	45 322	375	300	68 176	150	1 075	400	24 590	11	.	1 890	28 116
	1877/81	426	.	47 110	.	63 713	250	.	111 499	600	300	9 780	43 265	.	.	3 185	57 130
	1882/86	885	20	48 833	.	66 368	.	.	116 106	1 200	.	30 000	45 235	.	.	3 210	79 645
Holzminden	1872/76	58 881	1 201	34 109	.	16 200	420	.	110 811	.	.	150	.	.	.	1 154	1 304
	1877/81	93 051	2 872	74 422	.	21 000	.	.	191 345	.	6 000	400	.	.	.	2 917	9 317
	1882/86	45 000	2 902	86 799	.	21 000	.	.	155 701	.	.	300	.	.	5 200	1 441	6 941
Blankenburg	1872/76	.	158	8 977	.	15 882	.	.	25 017	330	1 900	18	187	.	.	.	2 435
	1877/81	15 300	1 248	28 456	.	35 130	155	.	80 289	1 600	2 700	.	370	.	.	2 340	7 010
	1882/86	.	750	40 064	8536	35 648	20 3000	.	88 018	600	10 150	.	275	.	.	2 640	13 665
Herzogthum	1872/76	63 456	59 014	123 018	.	246 104	1073 1940	.	494 645	68 058	215 350	568	24 777	11	750	9 732	319 246
	1877/81	131 990	81 715	317 312	.	366 533	495 700	.	898 745	71 567	317 840	35 180	52 977	280	3 200	26 328	507 372
	1882/86	72 385	67 725	495 069	8536	371 158	70 3150	1 018 093	72 478	19 125	117 300	45 510	718	12 050	21 751	288 932	

* Es sind hier auch die Angaben für die Spalten 3 und 4 mit enthalten.

Die Verausgabungen der Kreiscommuncalcassen für das Feuerlöschwesen,
Tab. III. sowie für Landesculturzwecke und Beförderung der Landwirthschaft.

Kreis- communcalcasse	In der Periode	A. Für das Feuerlöschwesen							B. Für Landesculturzwecke und Beför- derung der Landwirthschaft				
		Diäten resp. Remu- neration und sonstige Verausgabungen für den Kreisbranddirector	Beschaffung von Uten- silien etc. welche allge- mein auf die Kreiscommu- nalcasse übernommen ist	Unterstützung der Gemeinden zu den Kosten der Feuer- lösch-einrichtungen	Entschädigung ver- unglückter Feuer- wehrlente resp. der Familien derselben	Prämien für schnelle Feuerhülfe und für gut ausgebildete Feuerwehren	Zur Abhaltung von Feuerwehrtagen und Feuerwehrrübungen	Ins- gesamt	Unterhaltung und Regelung der Wasserzöge	Für Be- und Ent- wässerungsanlagen, Wasserleitungen und Brunnenbohrungen	Zur Beförderung der Viehzucht	Behuf Vertilgung von der Landwirthschaft schädlichen Vögeln und Insecten	Ins- gesamt
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
Braunschweig . .	1872/76
	1877/81	.	.	.	5068	.	.	5 068
	1882/86	.	.	.	4020	.	.	4 020
Riddagshausen- Vechelde . . .	1872/76	2 687	.	.	173	399	.	3 259
	1877/81	2 830	203	.	.	385	.	3 418	1589	.	.	.	1 589
	1882/86	2 424	123	.	60	360	.	2 967
Thedinghausen . .	1872/76	285	.	285	.	600	.	48	648
	1877/81	.	1919	.	.	327	.	2 246	319	665	.	.	984
	1882/86	.	7932	.	.	422	.	8 354	.	.	.	389	389
Wolfenbüttel . .	1872/76	6 254	.	.	598	660	.	7 512	650	.	.	.	650
	1877/81	15 077	1340	.	1244	75	.	17 736	568	.	.	.	568
	1882/86	13 500	130	200	1620	90	.	15 540	120	.	.	.	120
Helmstedt	1872/76	4 789	.	500	40	444	240	6 013	1800	.	.	.	1 800
	1877/81	9 716	526	.	663	40	31	10 976	800	.	.	.	800
	1882/86	6 600	.	.	1285	220	.	8 105	2200	.	.	.	2 200
Gandersheim . .	1872/76	1 115	30	104	.	135	300	1 684	4530	330	.	.	4 860
	1877/81	3 000	.	.	122	.	.	3 122	2067	450	.	764	3 281
	1882/86	3 000	75	.	1034	.	200	4 309	1680	925	.	.	2 605
Holzminden . . .	1872/76	1 930	.	48 000	.	157	450	50 537	.	6 200	.	.	6 200
	1877/81	2 989	.	3 548	133	145	599	7 414	1056	55 573	.	451	57 080
	1882/86	1 889	.	2 700	978	133	775	6 475	382	39 193	1847	322	41 744
Blankenburg . .	1872/76	1 653	.	.	.	35	.	1 688	.	60	4584	.	4 644
	1877/81	2 614	.	5 005	455	.	.	8 074	500	470	3891	.	4 861
	1882/86	3 000	.	1 959	139	185	.	5 283	.	6 537	4771	.	11 308
Herzogthum . . .	1872/76	18 428	30	48 604	811	2115	990	70 978	6980	7 190	4584	48	18 802
	1877/81	36 226	3988	8 553	7685	972	630	58 054	6899	57 158	3891	1215	69 163
	1882/86	30 413	8260	4 859	9136	1410	975	55 053	4382	46 655	6618	711	58 366

Die Verwaltungskosten und die sonstigen Verausgabungen der
Tab. IV. Kreiscommuncalcassen.

Kreis- communcalcasse	In der Periode	A. Die Verwaltungskosten						B. Sonstige Verausgabungen			
		Diäten und Reisekosten	Besoldung des Rendanten	Banquiergebühren resp. Kosten der Ver- änderungen im Be- stande der Kreisfonds	Verzinsung von angeliehenen Geldern	Sonstige Kosten	Ins- gesamt	Unterstützung d. Ge- meinden in verschie- denen Obliegenheiten derselben (Standes- ämter, Ausbildung der Hebammen etc.)	Für sanitäre Zwecke	Sonstige Verausgabungen	Ins- gesamt
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Braunschweig . .	1872/76	666	666	.	.	18 000	18 000
	1877/81	3 183	3 183	.	.	1 400	1 400
	1882/86	443	443	.	.	1 000	1 000
Riddagshausen- Vechelde . . .	1872/76	522	3 390	1 424	3 378	1 450	10 164	15	.	769	784
	1877/81	768	3 900	960	10 491	1 162	17 281	.	.	128	128
	1882/86	840	4 600	772	5 477	1 156	12 845	.	.	272	272
Thedinghausen . .	1872/76	.	1 200	125	.	223	1 548	580	.	81	661
	1877/81	.	1 200	215	.	305	1 720	456	.	479	935
	1882/86	.	1 360	31	.	297	1 688	.	.	752	752
Wolfenbüttel . .	1872/76	4 133	6 975	5 055	.	5 797	21 960
	1877/81	4 859	10 367	1 179	.	6 358	22 763	19 976	.	346	20 322
	1882/86	5 494	12 000	2 787	.	8 619	28 900	23 835	.	92	23 927
Helmstedt	1872/76	7 432	6 750	549	800	6 169	21 700	4 522	.	.	4 522
	1877/81	7 113	7 500	520	1 260	6 651	23 044	27 930	.	.	27 930
	1882/86	6 454	7 500	375	275	7 852	22 456	22 257	.	.	22 257
Gandersheim . .	1872/76	2 909	4 163	2 877	.	5 924	15 873	75	.	60	135
	1877/81	4 654	6 600	1 233	.	2 819	15 306	.	90	601	691
	1882/86	4 216	7 200	1 405	.	4 798	17 619	.	60	2 581	2 641
Holzminden . . .	1872/76	4 703	5 700	3 576	.	6 817	20 796	721	.	.	721
	1877/81	5 243	7 500	2 997	.	5 859	21 599	790	.	.	790
	1882/86	4 831	7 900	5 011	.	5 521	23 263	1 230	800	4 756	6 786
Blankenburg . .	1872/76	5 810	2 906	1 246	.	4 527	14 489	346	.	960	1 306
	1877/81	8 289	3 850	742	.	3 908	16 789	65	4463	1 134	5 662
	1882/86	9 781	4 250	944	.	4 065	19 040	632	3855	300	4 787
Herzogthum . . .	1872/76	25 509	31 084	14 852	4 178	31 573	107 196	6 259	.	19 870	26 129
	1877/81	30 926	40 917	7 846	11 751	30 245	121 685	49 217	4553	4 088	57 858
	1882/86	31 616	44 810	11 325	5 752	32 751	126 254	47 954	4715	9 753	62 422

Kreis- communalcasse	In der Periode	Absolute Zahlen für den Jahresdurchschnitt							
		Für Armenwesen und Unter- stützungen	Für Kirchen- und Schulzwecke	Für Feuerlösch- wesen	Für Landes- culturzwecke und zur Beför- derung der Land- wirthschaft	Zuschuss zur Kreis- communal- wegebau- casse	Ver- waltungs- kosten	Sonstige Voraus- gaben	Ins- gesamt
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.
Braunschweig	1872/76	.	53 595	.	.	27 259	133	3600	84 587
	1877/81	6 700	72 348	1 014	.	25 908	637	280	106 887
	1882/86	32 317	29 200	804	.	31 969	89	200	94 579
Riddagshausen-Vechelde	1872/76	8 339	.	652	.	49 679	2 033	157	60 860
	1877/81	13 684	.	684	318	62 994	3 456	26	81 162
	1882/86	14 817	.	593	.	57 710	2 569	54	75 743
Thedinghausen	1872/76	2 026	315	57	129	5 096	309	132	8 064
	1877/81	2 277	3 369	449	197	5 623	344	187	12 446
	1882/86	2 432	1 605	1 671	78	5 087	338	151	11 362
Wolfenbüttel	1872/76	23 448	1 692	1 502	130	81 300	4 392	.	112 464
	1877/81	32 667	5 110	3 547	114	110 700	4 552	4 064	160 754
	1882/86	35 081	3 752	3 108	24	106 472	5 780	4 786	159 003
Helmstedt	1872/76	24 317	1 877	1 203	360	45 247	4 340	904	78 248
	1877/81	47 794	5 956	2 195	160	61 588	4 609	5 586	127 888
	1882/86	47 007	3 179	1 621	440	62 984	4 491	4 451	124 173
Gandersheim	1872/76	13 635	5 623	337	972	45 600	3 175	27	69 369
	1877/81	22 300	11 426	624	656	72 880	3 061	138	111 085
	1882/86	23 221	15 929	862	521	69 200	3 524	528	113 785
Holzminden	1872/76	22 160	261	10 107	1 240	54 896	4 159	144	92 967
	1877/81	38 269	1 863	1 483	11 416	61 297	4 320	158	118 806
	1882/86	31 140	1 388	1 295	8 349	50 002	4 652	1 357	98 183
Blankenburg	1872/76	5 004	487	338	929	34 610	2 898	261	44 527
	1877/81	16 058	1 402	1 615	972	37 492	3 358	1 132	62 029
	1882/86	17 604	2 733	1 057	2 261	33 082	3 808	957	61 502
Herzogthum	1872/76	98 929	63 850	14 196	3 760	343 687	21 439	5 225	551 086
	1877/81	179 749	101 474	11 611	13 833	438 482	24 337	11 571	781 057
	1882/86	203 619	57 786	11 011	11 673	416 506	25 251	12 484	738 330

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen von den durch- schnittlichen jährlichen Vorausgaben								Procentverhältniss der einzelnen Vorausgaben						
für Armen- wesen und Unter- stützun- gen	für Kirchen- und Schul- zwecke	für Feuer- lösch wesen	für Lan- descultur- zwecke u. zur Beför- derung der Land- wirth- schaft	an Zu- schusses zur Kreis- commu- nalwege- baucasse	an Ver- waltungs- kosten	an sonstigen Aufwen- dungen	Ins- gesamt	für Armen- wesen und Unter- stützun- gen	für Kirchen- und Schul- zwecke	für Feuer- lösch- wesen	für Lan- descultur- zwecke u. zur Beför- derung der Land- wirth- schaft	Zuschuss zur Kreis- commu- nalwege- baucasse	Ver- waltungs- kosten	Sonstige Voraus- gaben
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	%	%	%	%	%	%	%
11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.
.	0,81	.	.	0,41	0	0,06	1,28	.	63,36	.	.	32,23	0,16	4,25
0,09	0,96	0,01	.	0,35	0,01	0	1,42	6,27	67,69	0,94	.	24,24	0,60	0,26
0,38	0,34	0,01	.	0,38	0	0	1,11	34,17	30,87	0,85	.	33,81	0,09	0,21
0,27	.	0,02	.	1,64	0,07	0,01	2,01	13,70	.	1,07	.	81,63	3,34	0,26
0,42	.	0,02	0,01	1,96	0,11	0	2,52	16,86	.	0,84	0,39	77,62	4,26	0,03
0,43	.	0,02	.	1,67	0,08	0	2,20	19,57	.	0,78	.	76,19	3,39	0,07
0,49	0,08	0,01	0,03	1,23	0,08	0,03	1,95	25,12	3,91	0,71	1,60	63,19	3,83	1,64
0,54	0,80	0,11	0,05	1,33	0,08	0,04	2,95	18,30	27,07	3,60	1,58	45,19	2,76	1,50
0,56	0,37	0,38	0,02	1,16	0,08	0,03	2,60	21,40	14,13	14,71	0,69	44,77	2,97	1,33
0,38	0,03	0,02	0	1,30	0,07	.	1,80	20,85	1,50	1,34	0,12	72,29	3,90	.
0,49	0,08	0,05	0	1,67	0,07	0,06	2,42	20,32	3,18	2,21	0,07	68,86	2,83	2,53
0,50	0,05	0,04	0	1,51	0,08	0,07	2,25	22,06	2,36	1,95	0,02	66,96	3,64	3,01
0,45	0,03	0,02	0,01	0,83	0,08	0,02	1,44	31,08	2,40	1,54	0,46	57,82	5,55	1,15
0,83	0,10	0,04	0	1,07	0,08	0,09	2,21	37,37	4,68	1,71	0,13	48,16	3,60	4,37
0,76	0,05	0,03	0,01	1,02	0,07	0,07	2,01	37,86	2,56	1,31	0,35	50,72	3,62	3,58
0,32	0,13	0,01	0,02	1,05	0,07	0	1,60	19,66	8,11	0,48	1,40	65,73	4,58	0,04
0,51	0,26	0,01	0,01	1,65	0,07	0	2,51	20,07	10,29	0,56	0,59	65,61	2,76	0,12
0,52	0,36	0,02	0,01	1,56	0,08	0,01	2,56	20,41	14,00	0,76	0,46	60,81	3,10	0,46
0,52	0,01	0,24	0,03	1,28	0,10	0	2,18	23,84	0,28	10,87	1,33	59,05	4,47	0,16
0,96	0,04	0,03	0,26	1,39	0,10	0	2,68	32,21	1,57	1,25	9,61	51,59	3,61	0,13
0,69	0,03	0,03	0,19	1,11	0,10	0,03	2,18	31,72	1,41	1,32	8,50	50,93	4,71	1,38
0,21	0,02	0,01	0,04	1,44	0,12	0,01	1,85	11,24	1,09	0,76	2,09	77,73	6,51	0,58
0,64	0,06	0,06	0,04	1,49	0,13	0,05	2,47	25,89	2,26	2,60	1,57	60,44	5,41	1,83
0,67	0,10	0,04	0,09	1,25	0,14	0,04	2,33	28,62	4,44	1,72	3,68	53,79	6,19	1,56
0,30	0,19	0,04	0,01	1,05	0,07	0,02	1,68	17,95	11,59	2,37	0,68	62,37	3,89	0,95
0,51	0,29	0,03	0,04	1,26	0,07	0,03	2,23	23,01	12,99	1,49	1,77	56,14	3,12	1,48
0,55	0,15	0,03	0,03	1,12	0,07	0,03	1,98	27,58	7,83	1,49	1,58	56,41	3,42	1,69

Die Vereinnahmungen der

Kreiscommunalwegebaucaassen.

Kreiscommunal- wegebaukasse	In der Periode	Absolute Zahlen											
		Zuschuss aus der Kreiscommunalcassee			Wegebau- steuer	Präcipua der		Nutzungen aus den Wegen					Sonstige Ein- nahmen
		ordentlicher	ausser- ordent- licher	gesammter		Gemein- den	gewerb- lichen Etablis- sements	Obst	Gräserei	Erde und Abraum	Baum- und Holz- verkauf und son- stige Nutzungen	ins- gesamt	
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
Riddagshausen- Vechelde . . .	1872/76	241 648	6 750	248 398	228 602	.	11 163	14	5 480	6 872	.	12 366	.
	1877/81	307 587	7 386	314 973	196 639	.	34 838	163	5 355	3 907	.	9 425	.
	1882/86	261 195	27 355	288 550	309 391	1 285	44 013	1 931	6 003	3 938	.	11 872	37 460
Thedinghausen . .	1872/76	24 729	750	25 479	45 463	.	163	.	303	.	.	303	10 024
	1877/81	27 815	300	28 115	50 796	215	329	.	518	.	.	518	32 370
	1882/86	25 433	.	25 433	50 905	100	231	.	508	.	.	508	7 222
Wolfenbüttel . . .	1872/76	399 000	7 500	406 500	962 698	63 117	97 508	5 961	20 910	13 611	137	40 619	10 273
	1877/81	516 000	37 500	553 500	820 106	103 633	128 194	14 254	32 258	18 834	356	65 702	2 838
	1882/86	495 360	37 000	532 360	890 336	70 193	218 365	22 297	42 249	19 008	83	83 637	2 077
Helmstedt	1872/76	226 235	.	226 235	442 445	472 022	60 790	8 785			.	8 785	.
	1877/81	307 940	.	307 940	508 642	382 171	99 237	3 968	5 886	5 020	.	14 874	3 053
	1882/86	314 918	.	314 918	510 873	202 839	146 451	12 058	6 274	6 481	.	24 813	2 925
Gandersheim . . .	1872/76	228 000	.	228 000	118 816	79 088	8 552	257	.	.	140	397	960
	1877/81	330 000	34 401	364 401	134 155	43 834	16 811	3 099	.	.	83	3 182	1 264
	1882/86	337 000	9 000	346 000	146 419	37 417	18 580	3 183	.	94	923	4 200	1 040
Holzminden . . .	1872/76	274 480	.	274 480	192 675	7 726	16 200	480	.	.	.	480	68 597
	1877/81	306 484	.	306 484	165 021	37 938	12 500	1985	.	.	302	2 287	34 650
	1882/86	250 010	.	250 010	170 912	18 023	15 895	3948	.	.	98	4 046	12 360
Blankenburg . . .	1872/76	173 048	.	173 048	73 573	9 391	12 434	.	636	.	.	636	.
	1877/81	187 458	.	187 458	93 179	6 672	10 082	.	1061	.	.	1 061	.
	1882/86	165 412	.	165 412	120 006	14 875	15 405	.	1008	.	331	1 339	670
Herzogthum . . .	1872/76	1 567 140	15 000	1 582 140	2 064 272	631 344	206 810	63 586	89 854
	1877/81	1 983 284	79 587	2 062 871	1 968 538	574 463	301 991	97 049	74 175
	1882/86	1 849 328	73 355	1 922 683	2 198 842	344 732	458 940	130 415	63 754

Absolute Zahlen		Procentualverhältnisse der einzelnen Vereinnahmungen							Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen von			Auf 100 gr. des Grundsteuer Capitals entfallen von		
Insgesamt		Zuschuss aus der Kreiscommunalcasse	Wegebau- steuer	Präcipua der		Nutzungen aus den Wegen		Sonstige Ein- nahmen	der Gesamt- einnahme	dem Zu- schuss aus der Kreis- commu- nalcasse	der Wegebau- steuer	der Gesamt- einnahme	dem Zu- schuss aus der Kreis- commu- nalcasse	der Wegebau- steuer
in der Periode	im Jahres- durchschnitt			Gemein- den	gewerb- lichen Etablisse- ments	Ins- gesamt	speciell für Obst							
(Sp. 3—14)		%	%	%	%	%	%	%	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.
500 529	100 106	49,63	45,67	.	2,23	2,47	0	.	16,50	8,19	7,54	2,75	1,37	1,26
555 875	111 175	56,66	35,37	.	6,27	1,70	0,03	.	17,23	9,76	6,10	3,06	1,73	1,08
692 571	138 514	41,66	44,67	0,19	6,36	1,71	0,28	5,41	20,08	8,37	8,97	3,41	1,59	1,70
81 432	16 286	31,29	55,83	.	0,20	0,37	.	12,31	19,73	6,17	11,01	3,18	0,99	1,77
112 343	22 469	25,03	45,22	0,19	0,29	0,46	.	28,81	26,60	6,66	12,03	4,38	1,10	1,98
84 399	16 880	30,13	60,32	0,12	0,27	0,60	.	8,56	19,30	5,81	11,64	3,29	0,99	1,99
1 580 715	316 143	25,72	60,90	3,99	6,17	2,57	0,38	0,65	25,26	6,50	15,38	4,03	1,04	2,46
1 673 973	334 795	33,07	48,99	6,19	7,66	3,92	0,85	0,17	25,17	8,32	12,33	4,27	1,41	2,09
1 796 968	359 394	29,63	49,54	3,91	12,15	4,65	1,24	0,12	25,41	7,53	12,59	4,59	1,36	2,27
1 210 277	242 055	18,69	36,56	39,00	5,02	0,73	.	.	22,22	4,15	8,12	4,38	0,82	1,60
1 315 917	263 183	23,40	38,66	29,04	7,54	1,13	0,30	0,23	22,76	5,32	8,80	4,77	1,12	1,84
1 202 819	240 564	26,18	42,47	16,87	12,18	2,06	1,00	0,24	19,49	5,10	8,28	4,36	1,14	1,85
435 813	87 163	52,32	27,26	18,15	1,96	0,09	0,06	0,22	10,07	5,27	2,74	2,00	1,04	0,55
563 647	112 729	64,65	23,80	7,78	2,98	0,57	0,55	0,22	12,77	8,25	3,04	2,59	1,67	0,62
553 656	110 731	62,49	26,45	6,76	3,35	0,76	0,57	0,19	12,45	7,87	3,29	2,54	1,59	0,67
560 158	112 032	49,30	34,40	1,38	2,89	0,09	.	12,24	13,11	6,42	4,51	2,99	1,46	1,03
558 880	111 776	54,84	29,53	6,79	2,24	0,41	.	6,19	12,62	6,92	3,73	2,98	1,63	0,88
471 246	94 249	53,05	36,27	3,83	3,37	0,86	.	2,62	10,45	5,54	3,79	2,51	1,33	0,91
269 082	53 816	64,31	27,34	3,49	4,62	0,24	.	.	11,19	7,19	3,96	3,04	1,95	0,83
298 452	59 690	62,81	31,22	2,24	3,38	0,35	.	.	11,89	7,47	3,71	3,37	2,12	1,05
317 707	63 541	52,07	37,77	4,68	4,85	0,42	.	0,21	12,02	6,28	4,54	3,59	1,87	1,35
4 638 006	927 601	34,11	44,51	13,61	4,46	1,37	.	1,94	17,73	6,05	7,89	3,39	1,16	1,51
5 079 087	1 015 817	40,62	38,76	11,31	5,94	1,91	.	1,46	18,51	7,52	7,18	3,71	1,51	1,44
5 119 366	1 023 873	37,56	42,95	6,73	8,96	2,55	.	1,25	17,82	6,69	7,65	3,74	1,10	1,61

Tabelle VII.

Die Verausgabungen der Kreiscommunal-Wegebaucassen für den eigentlichen Kreiscommunal-Wegebau.

Kreis- communal- Wegebau- casse	In der Periode	Regelmässige Unterhaltung					Neubauten				Instandsetzungen und ausserordentliche Aufwendungen						
		Allgemein	Einzelne besonders verrechnete Posten			Ins- gesamt	Wegeneu- bauten	Brücken und Durchlässe	Beihilfen an Gemein- den zum Ausbau von Communicationswegen	Ins- gesamt	Grössere Wegeinstand- setzungen, Verbreite- rungen etc.	Erneuerung von Brücken und Durch- lässen	Gossenpflasterungen in den Dorfstrassen	Baumanpflanzungen	Sonstige ausser- ordentliche Auf- wendungen	Ins- gesamt	
			Unter- Rendanten- gebühren	Abfuhr von Schlamm u. Schnee	Für Fusswege und Wegeweiser												
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	
Riddagsh- Vechelde	1872/76	396 665	1380	.	.	398 045	.	.	67 403	67 403		19 395		5 135	982	25 512	
	1877/81	397 917	1800	2338	.	402 055	.	.	100 166	100 166		46 480		12 087	.	58 567	
	1882/86	433 333	1800	2300	.	437 433	.	.	94 466	94 466		86 367		10 542	34 582	131 491	
Theding- hausen	1872/76	16 646	.	.	.	16 646	37 026	.	.	37 026	.	137	.	.	.	137	
	1877/81	25 868	.	.	.	25 868	64 702	.	.	64 702	.	4 984	.	260	5 888	11 132	
	1882/86	31 035	.	.	.	31 035	33 692	.	.	33 692	.	6 384	.	.	.	6 384	
Wolfen- büttel	1872/76	1 192 113	.	.	.	1 192 113	197 007	13 704	10 498	221 209	11 613	9 532	11 821	22 529	5 893	61 388	
	1877/81	1 340 197	.	.	.	1 340 197	234 569	5 254	1 975	241 798	11 556	25 875	15 146	6 830	9 091	68 498	
	1882/86	1 410 894	.	.	.	1 410 894	168 938	.	14 507	183 445	101 920	27 440	16 272	3 420	18 009	167 061	
Helmstedt	1872/76	582 611	5463	6950	.	595 024	530 549	.	93 987	624 536	36 597	.	.	21 270	30 954	88 821	
	1877/81	807 085	5736	1922	.	814 743	363 939	.	86 364	450 303	8 928	.	.	14 080	63 714	86 722	
	1882/86	881 319	7090	3967	.	892 376	181 765	.	28 800	210 565	11 974	.	.	13 827	57 495	83 296	
Ganders- heim	1872/76	267 150	.	.	.	267 150	123 893	.	7 830	131 723	30 297	.	.	7 997	1 703	39 997	
	1877/81	349 637	.	.	.	349 637	96 469	.	2 997	99 466	49 949	.	.	18 180	12 325	80 454	
	1882/86	393 095	.	.	.	393 095	56 257	.	6 114	62 371	40 681	.	.	4 996	31 480	77 157	
Holzminden	1872/76	271 497	.	.	.	271 497	149 835	.	.	149 835	62 397	.	.	1 083	.	63 480	
	1877/81	325 675	.	.	1796	327 471	173 088	.	.	173 088	44 142	.	.	7 713	.	51 855	
	1882/86	355 301	.	.	.	355 301	62 160	.	.	62 160	46 626	.	.	6 529	.	53 156	
Blanken- burg	1872/76	199 721	.	.	1874	201 595	17 915	4 706	.	22 621	36 527	1 292	.	180	887	38 886	
	1877/81	254 048	.	.	2421	256 469	6 403	815	.	7 218	17 161	10 652	1 504	537	6 258	36 118	
	1882/86	252 432	.	.	2160	254 592	27 272	1 292	.	28 564	20 897	4 338	2 010	499	3 106	30 850	
Herzog- thum	1872/76	2 926 403	6843	6950	1874	2 942 070	1 056 225	18 410	179 718	1 254 353	177 431	30 356	11 821	58 194	40 419	318 221	
	1877/81	3 500 427	7536	4260	4217	3 516 440	939 170	6 069	191 502	1 136 741	131 736	87 991	16 650	59 687	97 276	393 340	
	1882/86	3 757 409	8890	6267	2160	3 774 726	530 084	1 292	143 887	675 263	222 098	124 529	18 282	39 813	144 672	549 394	

Tab. VIII.

Die Verwaltungskosten und die sonstigen Verausgabungen der Kreiscommunal-Wegebaucassen.

Kreiscommunal- Wegebaucasse	In der Periode	Verwaltungskosten					Beihilfen an Gemeinden					Sonstige Ausgaben					
		Bureau- und Druckkosten	Uniformirung der Wegewärter	Gratifikationen der Wegebauaufseher	Anschaffung von Ge- räthen, Herstellung von Wegekarten etc.	Ins- gesamt	Zum Ausbau von Ortsstrassen	Für Gemeindewege	Für Brücken- und Canalbauten etc.	Wegen besonders hoher Wegebau- last etc.	Ins- gesamt	Beihilfen an Private		Wegen der Wegebauschuld		Zur Unterstützungs- und Krankencasse der Wegewärter etc.	Ins- gesamt
												Für Wege- oder Zugangsbauteilen	Für Verletzung von Gebäuden, Stechetierren etc., für Futter- mauern etc.	Zinsen	Abträge		
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.
Riddagshausen- Vechelde . .	1872/76	1074	1 783	3 705	2 726	9 288	2 716	2 716
	1877/81	768	1 631	4 400	.	6 799	.	.	300	.	300	3 252	3 252
	1882/86	753	3 843	4 500	.	9 096	3 767	3 767
Thedinghausen	1872/76	.	356	365	.	721	.	.	.	180	180	.	.	11 648	16 650	.	28 298
	1877/81	.	.	545	.	545	9 075	4 500	.	13 575
	1882/86	44	.	950	.	994	8 592	2 800	.	11 392
Wolfenbüttel .	1872/76	1795	7 766	7 651	3 200	20 412	1860	.	.	7 500	9 360	3 600	3 600
	1877/81	1512	8 094	8 250	2 191	20 047	500	2 000	134	7 500	10 134	.	10	.	.	.	10
	1882/86	1430	4 305	8 250	7 407	21 392	200	900	100	7 500	8 700	.	284	6 000	.	.	6 284
Helmstedt . .	1872/76	1908	4 356	6 796	16 481	29 541	3880	1 050	.	500	5 430	5 140	5 140
	1877/81	1231	4 228	7 409	3 035	15 903	500	.	.	1 750	2 250
	1882/86	1258	3 872	7 495	2 796	15 421	2 968	2 968
Gandersheim .	1872/76	724	3 931	3 601	3 502	11 758	1910	1 230	600	.	3 740	75	30	.	.	600	705
	1877/81	584	3 189	4 305	1 055	9 133	2642	2 320	2150	.	7 112	.	965	.	.	1 500	2 465
	1882/86	572	1 665	4 500	912	7 649	2220	3 650	840	.	6 710	.	217	.	.	1 512	1 729
Holzminden . .	1872/76	854	3 127	4 800	6 712	15 493	.	.	.	100	100
	1877/81	876	3 531	5 175	2 020	11 602	2839	900	300	750	4 789
	1882/86	1332	2 441	4 650	886	9 309	2000	9 197	1000	.	12 197
Blankenburg .	1872/76	563	.	896	1 601	3 060	.	.	.	600	600	300	300
	1877/81	196	.	970	2 270	3 436	404	820	385	2 000	3 609
	1882/86	241	.	1 250	1 705	3 196	187	.	1000	.	1 187	589	589
Herzogthum . .	1872/76	6918	21 319	27 814	34 222	90 273	7650	2 280	600	8 880	19 410	75	30	11 648	16 650	12 356	40 759
	1877/81	5167	20 673	31 054	10 571	67 465	6405	6 040	3269	10 250	25 944	.	1475	9 075	4 500	6 502	21 552
	1882/86	5630	16 126	31 595	13 706	67 057	4607	13 747	2940	7 500	28 794	.	501	14 592	2 800	8 836	26 729

Der Kapitalbestand und der Zinsenertrag der Dotationsfonds der

Kreiscommunal- Verband	Jahr	K a p i t a l b e s t a n d						
		in Werthpapieren bzw. in Hypothek-Ausleihungen zu:						Insgesamt
		5 %	4 1/2 %	4 1/4 %	4 %	3 1/2 %	3 %	
1.	2.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.		
Riddagshaus.-Vechelde	1883	265 200	681 300	.	587 350	46 500	.	1 580 350
	1884	264 000	677 400	.	592 450	46 500	.	1 580 350
	1885	265 200	681 300	.	587 350	46 500	.	1 580 350
	1886	264 000	677 400	.	590 950	48 000	.	1 580 350
	1887	140 400	21 600	.	1 378 700	61 800	.	1 602 500
	1888	.	2 100	.	1 401 600	222 700	.	1 626 400
Thedinghausen	1883	32 800	147 900	.	48 300	2 100	.	232 100
	1884	22 800	147 900	.	49 500	2 100	9 000	231 300
	1885	22 800	145 200	.	52 200	2 100	9 000	231 300
	1886	22 800	145 200	.	52 200	2 100	9 000	231 300
	1887	.	.	.	199 400	35 400	.	234 800
	1888	.	.	.	199 400	35 400	.	234 800
Wolfenbüttel	1883	1 000 200	1 359 600	.	349 200	.	400 000	3 109 000
	1884	844 800	1 127 600	.	736 600	.	400 000	3 109 000
	1885	833 700	1 115 100	.	761 130	.	400 000	3 109 930
	1886	567 600	274 800	.	1 918 750	.	400 000	3 161 150
	1887	567 600	217 500	.	1 946 050	.	400 000	3 131 150 *
	1888	367 800	150 000	.	2 127 500	118 200	400 000	3 163 500
Helmstedt	1883	1 071 300	865 800	.	710 275	3 000	282 000	2 932 375
	1884	1 065 300	862 200	.	720 175	3 000	282 000	2 932 675
	1885	949 200	861 600	.	864 950	3 000	285 000	2 963 750
	1886	714 600	94 500	.	1 627 750	114 800	282 000	2 833 650
	1887	714 600	94 500	.	1 627 750	114 800	282 000	2 833 650
	1888	45 000	92 700	.	2 281 250	248 700	282 000	2 949 650
Gandersheim	1883	541 800	1 015 450	.	683 425	26 250	421 150	2 688 075
	1884	541 800	381 900	632 300	696 825	26 250	421 150	2 700 225
	1885	532 800	374 400	678 850	709 475	25 650	421 150	2 742 325
	1886	381 600	166 500	723 000	1 054 800	24 600	421 150	2 771 650
	1887	147 000	28 700	.	2 003 950	190 000	421 150	2 790 800
	1888	120 000	.	.	2 114 550	201 850	340 150	2 776 550
Holzminden	1883	582 900	1 024 200	290 788	393 950	3 000	.	2 294 838
	1884	565 500	1 024 200	301 349	400 950	3 000	.	2 294 999
	1885	368 700	1 016 000	411 963	524 900	3 000	.	2 324 563
	1886	294 600	410 100	.	1 515 118	119 850	.	2 339 668
	1887	.	122 400	.	1 658 024	612 900	.	2 393 324
	1888	.	79 200	.	1 726 045	587 300	.	2 392 545
Blankenburg	1883	432 800	594 900	.	185 400	.	.	1 213 100
	1884	432 800	594 900	.	185 400	.	.	1 213 100
	1885	428 000	580 600	.	204 400	.	.	1 213 000
	1886	364 100	317 400	.	531 900	.	.	1 213 400
	1887	263 000	78 700	.	743 450	86 300	.	1 171 450
	1888	126 800	78 300	.	858 850	196 800	.	1 260 750

* Ausschlüsslich 30 000 Mk. zinsfreies Betriebskapital der K. C.-C. vom Fonds für gem. Einrichtungen.

Kreiscommunalverbände in den Jahren 1883–1888 einschliesslich.

Z i n s e n e r t r a g														Differenz des gesammten Zinsenertrages von Jahr zu Jahr	
aus den Werthpapieren bzw. aus Hypothek-Ausleihungen zu:												Insgesamt			
5 %		4 1/2 %		4 1/4 %		4 %		3 1/2 %		3 %					
Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
10.		11.		12.		13.		14.		15.		16.		17.	
13 260	.	30 658	50	.	.	23 494	.	1 627	50	.	.	69 040	.	.	.
13 200	.	30 483	.	.	.	23 698	.	1 627	50	.	.	69 008	50	— 31	50
13 260	.	30 658	50	.	.	23 494	.	1 627	50	.	.	69 040	.	+ 31	50
13 200	.	30 483	.	.	.	23 638	.	1 680	.	.	.	69 001	.	— 39	.
7 020	.	972	.	.	.	55 148	.	2 163	.	.	.	65 303	.	— 3 698	.
.	.	94	50	.	.	56 064	.	7 794	50	.	.	63 953	.	— 1 350	.
1 640	.	6 655	50	.	.	1 932	.	73	50	.	.	10 301	.	.	.
1 140	.	6 655	50	.	.	1 980	.	73	50	270	.	10 119	.	— 182	.
1 140	.	6 534	.	.	.	2 088	.	73	50	270	.	10 105	50	— 13	50
1 140	.	6 534	.	.	.	2 088	.	73	50	270	.	10 105	50	0	.
.	7 976	.	1 239	.	.	.	9 215	.	— 890	50
.	7 976	.	1 239	.	.	.	9 215	.	0	.
50 010	.	61 182	.	.	.	13 968	.	.	.	12 000	.	137 160	.	.	.
42 240	.	50 742	.	.	.	29 464	.	.	.	12 000	.	134 446	.	— 2 714	.
41 685	.	50 179	50	.	.	30 445	20	.	.	12 000	.	134 309	70	— 136	30
28 380	.	12 366	.	.	.	76 750	.	.	.	12 000	.	129 496	.	— 4 813	70
28 380	.	9 787	50	.	.	77 842	.	.	.	12 000	.	128 009	50	— 1 486	50
18 390	.	6 750	.	.	.	85 100	.	4 137	.	12 000	.	126 377	.	— 1 632	50
53 565	.	38 961	.	.	.	28 411	.	105	.	8 460	.	129 502	.	.	.
53 265	.	38 799	.	.	.	28 807	.	105	.	8 460	.	129 436	.	— 66	.
47 460	.	38 772	.	.	.	34 598	.	105	.	8 550	.	129 485	.	+ 49	.
35 730	.	4 252	50	.	.	65 110	.	4 018	.	8 460	.	117 570	50	— 11 914	50
35 730	.	4 252	50	.	.	65 110	.	4 018	.	8 460	.	117 570	50	0	.
2 250	.	4 171	50	.	.	91 250	.	8 704	50	8 460	.	114 836	.	— 2 734	50
27 090	.	45 695	25	.	.	27 337	.	918	75	12 634	50	113 675	50	.	.
27 090	.	17 185	50	26 872	75	27 873	.	918	75	12 634	50	112 574	50	— 1 101	.
26 640	.	16 848	.	28 851	13	28 379	.	897	75	12 634	50	114 250	38	+ 1 675	88
19 080	.	7 492	50	30 727	50	42 192	.	861	.	12 634	50	112 987	50	— 1 262	88
7 350	.	1 291	50	.	.	80 158	.	6 650	.	12 634	50	108 084	.	— 4 903	50
6 000	84 582	.	7 064	75	10 204	50	107 851	25	— 232	75
29 145	.	46 089	.	12 358	49	15 758	.	105	.	.	.	103 455	49	.	.
28 275	.	46 089	.	12 807	33	16 038	.	105	.	.	.	103 314	33	— 141	16
18 435	.	45 720	.	17 508	43	20 996	.	105	.	.	.	102 764	43	— 549	90
14 730	.	18 454	50	.	.	60 604	72	4 194	75	.	.	97 983	97	— 4 780	46
.	.	5 508	.	.	.	66 320	96	21 451	50	.	.	93 280	46	— 4 703	51
.	.	3 564	.	.	.	69 041	80	20 555	50	.	.	93 161	30	— 119	16
21 640	.	26 770	50	.	.	7 416	55 826	50	.	.
21 640	.	26 770	50	.	.	7 416	55 826	50	0	.
21 400	.	26 127	.	.	.	8 176	55 703	.	— 123	50
18 205	.	14 283	.	.	.	21 276	53 764	.	— 1 939	.
13 150	.	3 541	50	.	.	29 738	.	3 020	50	.	.	49 450	.	— 4 314	.
6 340	.	3 523	50	.	.	34 354	.	6 888	.	.	.	51 105	50	+ 1 655	50

88 Uebersicht über die sämtlichen Verausgabungen der Kreiscommunal-Wegebaucassen.

Tabelle IX.

Kreis- communal- Wegebaucasse	In der Periode	Absolute Zahlen für den Jahresdurchschnitt								Procentualverhältniss der einzelnen Verausgabungen							Von d. durch- schnittlichen jährlichen Gesamtaus- gabe ent- fallen auf	
		Ausgaben für den eigentlichen Kreiscommunal-Wegebau				Verwaltungskosten	Beihilfen an Gemeinden	Sonstige Ausgaben	Ins- gesamt	Ausgaben für den eigentl. Kreiscommunal-Wegebau				Verwaltungskosten	Beihilfen an Gemeinden	Sonstige Ausgaben	den Kopf der Bevölkerung	100 gr. des Grundsteuer- kapitals
		Regel- mässige Unter- haltung	Neu- bauten	Instandsetz- ungen und ausser- ordentliche Auf- wendungen	Ins- gesamt					regelmässige Unterhaltung	Neubauten	Instandsetz- ungen u. ausser- ordentl. Auf- wendungen	Insgesamt					
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	%	%	%	%	%	%	%	Mk.	Mk.
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	16.	17.	18.	19.
Riddagshausen- Vechelde ...	1872/76	79 609	13 481	5 102	98 192	1 858	.	543	100 593	79,14	13,40	5,07	97,61	1,85	.	0,54	3,32	0,55
	1877/81	80 411	20 033	11 714	112 158	1 360	60	650	114 228	70,40	17,54	10,25	98,19	1,19	0,05	0,57	3,54	0,63
	1882/86	87 487	18 893	26 298	132 678	1 819	.	753	135 250	64,69	13,97	19,44	98,10	1,34	.	0,56	3,92	0,74
Thedinghausen	1872/76	3 329	7 405	28	10 762	44	36	5660	16 602	20,05	44,60	0,17	64,82	0,87	0,32	34,09	4,02	0,65
	1877/81	5 174	12 940	2 226	20 340	109	.	2715	23 164	22,34	55,86	9,61	87,81	0,47	.	11,72	5,48	0,90
	1882/86	6 207	6 738	1 277	14 222	199	.	2278	16 699	37,17	40,35	7,65	85,17	1,19	.	13,64	3,82	0,65
Wolfenbüttel ..	1872/76	238 423	44 242	12 278	294 943	4 082	1872	720	301 617	79,05	14,67	4,07	97,79	1,35	0,62	0,24	4,82	0,77
	1877/81	268 039	48 359	13 700	330 098	4 009	2027	2	336 136	79,73	14,39	4,08	98,20	1,19	0,61	0	5,05	0,86
	1882/86	282 179	36 689	33 412	352 280	4 278	1740	1257	359 555	78,48	10,21	9,29	97,98	1,19	0,48	0,35	5,08	0,92
Helmstedt.	1872/76	119 005	124 907	17 764	261 676	5 908	1086	1028	269 698	44,13	46,31	6,59	97,03	2,19	0,40	0,38	4,95	0,98
	1877/81	162 949	90 061	17 344	270 354	3 181	.	450	273 985	59,47	32,87	6,33	98,67	1,16	.	0,17	4,74	0,99
	1882/86	178 475	42 113	16 659	237 247	3 084	.	594	240 925	74,08	17,48	6,91	98,47	1,28	.	0,25	3,90	0,87
Gandersheim ..	1872/76	53 430	26 345	7 999	87 774	2 352	748	141	91 015	58,71	28,95	8,79	96,45	2,58	0,82	0,15	2,10	0,42
	1877/81	69 927	19 893	16 091	105 911	1 827	1422	493	109 653	63,77	18,14	14,67	96,58	1,67	1,30	0,45	2,48	0,50
	1882/86	78 619	12 474	15 431	106 524	1 530	1342	346	109 742	71,64	11,37	14,06	97,07	1,39	1,32	0,32	2,47	0,50
Holzminden ...	1872/76	54 299	29 967	12 696	96 962	3 099	20	.	100 081	54,26	29,94	12,68	96,88	3,10	0,02	.	2,34	0,53
	1877/81	65 494	34 618	10 371	110 483	2 320	958	.	113 761	57,57	30,43	9,12	97,12	2,04	0,84	.	2,57	0,61
	1882/86	71 060	12 432	10 631	94 123	1 862	2440	.	98 425	72,20	12,63	10,80	95,63	1,89	2,48	.	2,18	0,53
Blankenburg ..	1872/76	40 319	4 524	7 777	52 620	612	120	60	53 412	75,49	8,47	14,56	98,52	1,15	0,22	0,11	2,22	0,60
	1877/81	51 294	1 444	7 222	59 960	687	722	.	61 369	83,58	2,35	11,77	97,70	1,12	1,18	.	2,44	0,69
	1882/86	50 918	5 713	6 170	62 801	639	237	118	63 795	79,82	8,96	9,67	98,45	1,00	0,37	0,18	2,41	0,72
Herzogthum ...	1872/76	588 414	250 871	63 644	902 929	18 055	3882	8152	933 018	63,07	26,89	6,82	96,78	1,93	0,42	0,87	3,57	0,68
	1877/81	703 288	227 348	78 668	1 009 304	13 493	5189	4310	1 032 296	68,13	22,02	7,62	97,77	1,31	0,50	0,42	3,76	0,75
	1882/86	754 945	135 052	109 878	999 875	13 411	5759	5346	1 024 391	73,70	13,18	10,73	97,61	1,31	0,56	0,52	3,57	0,75

